

Pulswärmer der Nation: «Nachtclub»-Moderator Ralph Wicki

Nummer 4 – 22. Januar 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Der Patriot

**Thomas Jordans mutige
Rückkehr zur Unabhängigkeit.
Ein Spezialheft zur Weltlage
mit Robert D. Kaplan,
Nick Hayek, Angela Merkel,
Wladimir Putin, Andrea Bocelli,
José Manuel Barroso u. a.**



4
194407006904
40



PATEK PHILIPPE

GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition

Mehr Informationen erhalten Sie bei den unten genannten
Patek Philippe Partnern sowie im autorisierten Fachhandel.

Eine vollständige Liste unserer Partner in der Schweiz
finden Sie auf patek.com

Ascona

Doris Herschmann,
Piazza Giuseppe Motta/Lungolago

Basel

Gübelin AG, Freie Strasse 27
Seiler, Gerbergasse 89

Bern

Zigerli & Iff AG, Spitalgasse 14

Davos Platz

Chronometrie Stäuble, Promenade 71

Gstaad

Villiger Gstaad AG, Promenade

Interlaken

Kirchhofer Haute Horlogerie II,
Höheweg 56

Klosters

Maissen, Bahnhofstrasse 15

Lugano

Gübelin AG, Via Nassa 7
Mersmann SA, Via Nassa 5
Somazzi SA, Via Nassa 36

Luzern

Gübelin AG, Schwanenplatz

St. Moritz

Gübelin AG, Via Serlas/Palace Galerie

Vaduz/FL

Huber, Im Städtle

Zug

Lohri, Neugasse 9

Zürich

Patek Philippe Boutique at Beyer,
Bahnhofstrasse 31

Gübelin AG, Bahnhofstrasse 36



Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Toshiba empfiehlt Windows.



➤ GETESTET. ZUVERLÄSSIG. GARANTIERT.

DER SATELLITE PRO R50-B: BEREIT FÜR IHR GESCHÄFT

Erleben Sie die Faszination eines neuen Computers mit Intel Inside®. Der Satellite Pro R50-B wurde vom Design und der Entwicklung bis in die Produktion konsequent auf Zuverlässigkeit ausgelegt. Das macht ihn zu einer lohnenden Investition für Unternehmen jeder Größe, denn über Ausfälle müssen Sie sich bei diesem Notebook keine Gedanken machen. Typische Toshiba Qualität eben!

Und dabei dürfen Sie uns beim Wort nehmen: Auf alle Satellite Pro R50-B mit Intel® Core™ i3- oder Core™ i5-Prozessor geben wir unsere Reliability Garantie. Sollte doch einmal ein Defekt auftreten, reparieren wir das Gerät kostenlos UND erstatten Ihnen den Kaufpreis!*

Mehr Infos und die Teilnahmebedingungen finden Sie unter:

www.toshiba.ch/de/reliability

SATELLITE PRO R50-B-12R

- Intel® Core i5-4210U Prozessor
- Windows® 7 Professional (vorinstalliert) und Windows 8 Pro (auf DVD)
- Entspiegeltes HD-Display mit 39,6 cm (15,6")
- 2 x USB 3.0, 1 x USB 2.0, 1 x HDMI®, 1 x RGB, Intel® WiDi, Intel® Wi-Fi (802.11 ac+a/b/g/n), Bluetooth® 4.0, Gigabit LAN
- 500 GB Festplatte
- Bis zu 6,5 Stunden Akkulaufzeit (MobileMark 2012)
- 2,3 kg

CHF 799,-

TOSHIBA
Leading Innovation >>>

* Die „Reliability Garantie“ gilt für den Satellite Pro R50-B mit Intel® Core™ i3 und für den Satellite Pro R50-B mit Intel® Core™ i5. Sollte Ihr Notebook innerhalb eines Jahres ab Kaufdatum einen Defekt aufweisen, der den Garantiebedingungen entspricht, können Sie eine kostenlose Reparatur im Rahmen der Standardgarantie sowie eine Rückerstattung des Kaufpreises beantragen. Diese Garantieleistungen können nur beantragt werden, wenn das Notebook innerhalb von 30 Tagen ab Kaufdatum registriert wurde. Diese Aktion gilt nur für Modelle, die unter die Garantie fallen. Die Bedingungen können Sie unter www.toshiba.ch/de/reliability herunterladen.

Die geopolitische Kulisse für das Jahrestreffen des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos ist dieses Jahr spektakulär. Die fallenden Öl- und Energiepreise ordnen die Kräfteverhältnisse auf dem Globus neu. Die Euphorie in den meisten Schwellenländern ist verflogen, einige stehen am wirtschaftlichen Abgrund. Dafür schickt sich die oft totgesagte Grossmacht USA zu einer kraftvollen Rückkehr an. Trotzdem betrachtet US-Präsident Obama sein Land nicht als inter-



In der Tradition von Herodot: Autor Kaplan.

nationale Ordnungsmacht und bleibt dem WEF ebenso fern wie vor zwei Wochen dem Trauermarsch in Paris. Der Terror hat Europa seine Verletzlichkeit schmerzhaft vor Augen geführt. Des Weiteren entscheidet Griechenland Ende Woche über seine politische Führung und damit auch über die weitere Entwicklung des Euro.

In dieser angespannten Situation öffnet die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine neue Front: Sie löst den Franken vom Euro und, so der verbreitete Eindruck, entzieht dem Euro somit das Vertrauen. Thomas Jordan wird in Davos zugegen sein. Nicht so sein Gegenpart Mario Draghi von der Europäischen Zentralbank (EZB). Während die Wirtschaftselite im Schweizer Wintersportort tagt, wird er am Donnerstag die Details eines wohl gigantischen Programms zum Kauf von Staatsanleihen durch die Notenbanken der Euro-Zone verlesen.

In diesem Spezialheft zur Lage der Welt befasst sich die *Weltwoche* mit den wichtigsten Themen des jungen Jahres. Beat Gygi und Florian Schwab beleuchten die Hintergründe und Auswirkungen dieser Wiederherstellung der geldpolitischen Souveränität (Seite 16). Swatch-Chef

Nick Hayek äussert sich im Interview mit Roger Köppel zu den Folgen dieses Entscheids für den Industriestandort (Seite 20).

Die grosse Weltpolitik ergründet Urs Gehri mit Robert D. Kaplan, einem der wichtigsten strategischen Denker der USA (Seite 44). Als Autor des Magazins *Foreign Policy* zählt Kaplan zu den «Top 100 Global Thinkers», seit 25 Jahren beeinflusst er mit seinem nüchternen Realismus amerikanische Entscheidungsträger, Geheimdienste und Generalität. In der Tradition des antiken Reisegelehrten Herodot erwirbt und prüft er sein Wissen im Feld. Wie gestaltet sich die Welt aus der Sicht der USA? Wohin steuern China und Russland? Das Südchinesische Meer werde zur umstrittensten Zone der Welt, sagt Kaplan. Die Gefahr eines Konflikts nehme rasch zu. Zwischen dem Iran und den USA indes bestehe die Möglichkeit einer Aussöhnung.

Wolfgang Koydl traf am internationalen Alpensymposium in Interlaken eine andere weltpolitische Grösse: José Manuel Barroso, Ex-Präsident der Europäischen Kommission (Seite 58). Überraschend altersmilde ringt er mit einer Entschuldigung für das manchmal harsche Vorgehen der EU gegenüber dem «Unding» im Zentrum Europas, wie sein Nachfolger Jean-Claude Juncker die Schweiz auch schon betitelt hat. Aus helvetischer Sicht gibt es also auch Gründe, nicht zu düster in die nähere Zukunft zu blicken. Weitere Persönlichkeiten im Porträt: Kanzlerin Angela Merkel (Seite 62), Premierminister Manuel Valls (Seite 24) und Tenor Andrea Bocelli (Seite 72). Und: Wie reich ist eigentlich Wladimir Putin (Seite 56)?

Wir danken WEF-Gründer Klaus Schwab und seinem Medienteam um Michèle Mischler für die wertvollen Anregungen. Gespannt blicken wir nach Davos, wo die Welt gemäss WEF-Anspruch zu einem besseren Ort wird.

Florian Schwab



www.stellen-anzeiger.ch



STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer-Jobportal

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 283.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehri, Wolfgang Koydl, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Simon Keller, Martin Kappler (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger und Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits, Sandra Noser, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



Rund 10'000 Produkte, selber hergestellt.



VON UNS.
VON HIER.



Mehr auf: www.vonuns-vonhier.ch



Was uns am Herzen liegt, das machen wir selber. Deshalb stellen wir viele Migros-Produkte in unseren eigenen Schweizer Betrieben her.

MIGROS
Ein **M** einzigartiger.

Der Patriot

Zu spät, zu brutal, zu planlos:
Trotzdem ein Versuch, den
Nationalbank-Entscheid positiv
zu würdigen. Von Roger Köppel

Die Reaktionen fielen überwältigend aus. Auf deutschen Online-Foren wird die Entscheidung der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die Bindung an den Euro aufzugeben, jubelnd begrüsst. Die Tatsache, dass die SNB das Heft wieder in die Hand nimmt, flösst Respekt und Bewunderung ein. Viele Deutsche finden es grossartig, wie sich hier ein kleiner Staat gegen die Fluten eines sich abschwächenden Euro stemmt. Die allermeisten sind begeistert, dass die Schweiz zur geldpolitischen Unabhängigkeit zurückkehrt. Bei vielen Wortmeldungen spürt man den deutschen Phantomschmerz nach der Ersetzung der D-Mark durch den Euro. Auf einem Meinungsbarometer der Online-Ausgabe der Tageszeitung *Die Welt* ist eine grosse Mehrheit der Ansicht, dass die Schweiz nach dem SNB-Entscheid noch viel erfolgreicher sein werde als vorher.

Die Deutschen empfinden manchmal schweizerischer, als viele Schweizer meinen.

Ähnliches habe ich erlebt, als ich vor einem Jahr in einer deutschen Fernseh-Talkshow den Volksentscheid gegen die «Masseneinwanderung» verteidigte. In der Sendung selber wurden die Schweizer von Vertretern des deutschen Establishments als fremdenfeindliche Hinterwäldler abgekanzelt. In den Zuschriften und E-Mails danach ballte sich eine gewaltige Welle der Sympathie für die «Alpenrepublik». Noch Wochen nach der Ausstrahlung trafen auf der *Weltwoche*-Redaktion Kommentare aus Deutschland ein. Der einhellige Tenor mit ganz wenigen Ausnahmen: Die Schweiz hat ein geniales politisches System. Sie soll unbedingt an ihrer Unabhängigkeit, an ihrer Selbstbestimmung und an ihrer direkten Demokratie festhalten.

Wir wollen solche Interventionen nicht überschätzen, aber sie wirken in ihrer Häufung doch repräsentativ für ein breiteres Empfinden, und sie heben sich wohltuend ab von den so verzagten Auftritten schweizerischer Interessenvertreter im Ausland, die ihre Anliegen oft aus der zerknirschten Defensive eines dauerschlechten Gewissens vorzutragen scheinen. Tatsache ist: Die Schweiz hat viele Freunde in Europa. Die politisch motivierte Kritik aus den Regierungszentralen muss zur Kenntnis genommen werden, aber sie darf nicht zum Mass aller Dinge werden. Wir Schweizer sind uns vielleicht nicht immer be-



«Er macht sich angreifbar. Das zeichnet ihn aus.»

wusst, wie sehr die von uns für so selbstverständliche Kultur der Volkssouveränität und Selbstbestimmung die Menschen jenseits unserer Landesgrenzen berührt und beeindruckt.

Es grenzt zuweilen ans Absurde: Während man sich andernorts nach der direkten Demokratie sehnt, wollen sie Schweizer Politiker und Richter laufend einschränken. Aus Mangel an Problemen schafft man sich selber welche, indem man kaputtmacht, was einen auszeichnet und worum einen die anderen beneiden. Vielleicht ist der selbstquälerische Eifer, mit dem hierzulande immer wieder bewährte Einrichtungen angesägt werden, das



Symptom eines Wohlstands, der sich selber nicht mehr verkräftet.

Das entscheidende Signal des überraschenden, vielleicht überstürzten und sicher auch von einer Prise aufsteigender Panik verursachten Entscheids der Nationalbank unter Präsident Thomas Jordan, den Franken vom Euro zu befreien, lässt sich so zusammenfassen: Die haben Mut. Viel Mut. Es braucht tatsächlich Mut, nach der wohl viel zu lange aufrechterhaltenen Euro-Untergrenze in aller Stille schlagartig die Seile zu kappen. Dass es niemand so erwartet hatte und kommen sah, ist ein Qualitätszeugnis für die Unabhängigkeit des Direktoriums. Die Einführung der Untergrenze vor dreieinhalb Jahren war im Vergleich dazu ein Theaterspektakel mit Sitzungen, Meetings und sogar einem «Franken-Rütli». Die Details waren jeweils anschaulich in den Sonntagszeitungen nachzulesen. Jetzt lief es ganz anders. SNB-Präsident Thomas Jordan vollzog den kalten Ausstieg weit diskreter als sein Vorgänger Philipp Hildebrand den Einstieg. Einsam, überfallartig erwischte er alle auf dem falschen Fuss. Sehen wir es nüchtern: Sollten Nationalbanken in heiklen Momenten nicht genau so handeln?

Der Entscheid ist auch deshalb bemerkenswert, weil die Politik in der Schweiz darauf abzielt, Entscheidungen auszuweichen und zu verhindern. Das ist kein Unglück, das ist gewollt. Die Schweizer leiden zwar unter einer schwachen Führung im Bundeshaus, aber noch mehr würden sie unter einer starken Führung leiden. Der Preis der Selbstbestimmung ist die Kompromisswahl des politischen Personals, die den Vorsichtigen dem Mutigen, den Netten dem Profilierten und den Zögerer dem Entscheider vorzieht. Ein Volk, das sich selber regieren will, kann über sich keine starken Regierungen dulden. Dass es die Schweiz trotzdem fertigbringt, Persönlichkeiten nach oben kommen zu lassen, die bei Bedarf entschlossen durchgreifen, ist ungewohnt und daher besonders erfreulich.

Es ist leichter, einer Volkswirtschaft das schmerzlinde Mittel zu verabreichen, als die Medikamente später wieder abzusetzen. Was immer man von Jordans Entscheidung sachlich halten mag – dass er hinstand und die Verantwortung auf sich nahm, macht ihn angreifbar und zeichnet ihn gerade deshalb aus.

Am Ende hatte der SNB-Präsident die Wahl zwischen zwei fast gleich schlechten Möglichkeiten: Weiterführung der Untergrenze und Andockung an die Schwachwährungspolitik der EZB. Oder aber Preisgabe der Anbindung mit unabsehbaren Aufwertungsrisiken für den befreiten Franken. Interessanterweise hat sich Patriot Jordan im Zweifel für die Eigenständigkeit entschieden.

Die Schweiz wird auf die Schweiz zurückgeworfen, weil sie in wirklich brenzligen Situationen instinkthaft nur sich selbst vertraut.



Harley und Hesse: Ralph Wicki. Seite 34



Im Bann der digitalen Welt: Seite 66



«Made in Switzerland» hat Zukunft: Seite 22



«Zweite Heimat»: José Manuel Barroso. Seite 58

Kommentare & Analysen

7 Editorial

13 Kommentar Auch der Staat muss ran

13 Im Auge Mario Draghi, EZB-Präsident

14 Politik Entzauberte Grünliberale

15 Kommentar Sozialrentner

15 Personenkontrolle Poroschenko, Janukowitsch, Putin etc.

15 Nachruf Manfred Hörger, Hotelier

16 Gegen den Mainstream

SNB: Absage an die expansive Geldpolitik in Europa

18 Rückblick Harte Währung, starke Wirtschaft

19 Notenbanken Sturz vom Sockel

20 «Bruch in der Kultur»

Uhrenunternehmer Nick Hayek zum SNB-Entscheid

22 Mehr Selbstbewusstsein

Die bilateralen Verträge mit der EU werden überschätzt

24 Shérif de France

Frankreichs Premierminister Manuel Valls in Hochform

27 Sicherheit Datenspezialist Franz Grüter über Staatsschutz

28 Einbruch des Bösen

Regula Stämpfli über die Todesstrafe

29 Fernseh-Kritik Manipulierter Trauermarsch in Paris

30 Dynastien Erbstreit in der Familie von Finck (Serie, Teil 3/3)

33 Justiz Amtlich verordnete Zuhälter

34 Radio SRF-Nachtplauderer Ralph Wicki

37 Essay Populistischer Kurzschluss

38 Die Deutschen Entwarnung!

38 Wirtschaft Todsicheres Rezept

39 Ausland Lahmer Neustart in Amerika

40 Mörgeli Von Weltblatt zu Weltblatt

40 Bodenmann Jordan schießt auf Wirtschaft

41 Medien Stresstest für Journalisten

41 Gesellschaft Charlie und Ahmed

42 Leserbriefe/ Darf man das?

Dossier: World Economic Forum (WEF)

44 Robert D. Kaplan «An der Kehle der Weltwirtschaft»

50 Wirtschaft Im Schatten von Regierungskartellen

53 William White «Diese Strategie endet in Tränen»

56 Wladimir Putin Wie reich ist der russische Präsident?

58 José Manuel Barroso «Für ganz Europa sprechen»

62 Angela Merkel Maschinistin der Macht

64 Köpfe Wer das Jahr 2015 prägen wird

66 Forschung Dampfkessel der digitalen Revolution

68 Unternehmen Die interessantesten Start-ups

70 Katherine Garrett-Cox Eine gewaltige Reise

72 Andrea Bocelli Der Startenor im Gespräch

74 Klimapolitik Der tiefe Ölpreis als Spielverderber

76 Jürg Zeltner «Die Kunden hören uns wieder zu»

78 Haifa al-Mansur Revoluzzerin mit Kamera

80 Andrew Roberts Napoleon und die moderne Welt

Julius Bär

YOUR PRIVATE BANK



PIONIERE VERÄNDERN DIE WELT.
DIE FRAGE IST: WELCHE?

» Entdecken Sie unsere Denkweise auf juliusbaer.com/visionary-thinking

Julius Bär ist die führende Private-Banking-Gruppe der Schweiz und weltweit an rund 50 Standorten präsent. Von Dubai, Frankfurt, Genf, Guernsey, Hongkong, London, Lugano, Monaco, Montevideo, Moskau, Nassau, Singapur bis Zürich (Hauptsitz).



«Ich bin Pirat»: Uhrenunternehmer Hayek. Seite 20

Interview

20 «Bruch in der Kultur»

Der Schweizer Uhrenunternehmer Nick Hayek sieht den SNB-Entscheid als Beleg für mangelnde Führungsstärke

Stil & Kultur

84 Stil & Kultur «Inherent Vice»

86 Top 10

86 Kino «The Imitation Game»

87 Jazz Sean Jones

88 Namen Kariertes Anzug

89 Hochzeit Toni Heinen und Barbara Nigg

89 Thiel Im Bundesratsbus

90 Wein Losada Vinos de Finca: Altos de Losada Bierzo DO 2009

90 Zu Tisch Restaurant «Adelboden», Steinen SZ

91 Auto BMW X6 M50d

92 MvH trifft Walter Pfeiffer, Grafiker, Fotograf und Künstler

Autoren in dieser Ausgabe

Frank Urbaniok



Der Chefarzt des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD) des Kantons Zürich ist ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet von Sexual- und Gewaltstraftaten. Er warnt davor, die Behörden haftbar zu machen, wenn Straftäter rückfällig geworden sind. Seite 37

Andrew Roberts



Mit seiner Biografie «Napoleon the Great» fordert Andrew Roberts eine neue Sicht auf das Wirken des französischen Feldherrn. In dieser Ausgabe schreibt der brillante britische Historiker darüber, wie Napoleon zwischen 1799 und 1815 das heutige Europa prägte. Seite 80

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Available on the App Store ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCHEN

Burma auf dem Irrawaddy

mit den Suitenschiffen RV Thurgau Exotic 1 und 2



- Faszinierende Flusslandschaften
- Einzigartige Kulturschätze
- Luxuriöse Suitenschiffe für maximum 21 bzw. 28 Gäste
- 20 m²-Suiten mit Wohn- und Schlafzimmer

Rangun–Bagan–Mandalay

- 1. Tag Schweiz–Rangun** Flug via Bangkok.
- 2. Tag Rangun** Nach Ankunft 1. Teil der Stadtrundfahrt. Einschiffung, Besuch der Shwedagon Pagode.
- 3. Tag Rangun–Irrawady-Delta** 2. Teil der Stadtrundfahrt. Mittags «Leinen los!».
- 4. Tag Danupyu** Rundfahrt mit Fahrrad-Rikschas. Besuch Mönchskloster, Zigarren-Manufaktur. Fahrt durch das Irrawaddy Delta.
- 5. Tag Myan Aung–A Kauk Taung** Am Nachmittag Rundgang durch Myan Aung zum Stadtzentrum mit Markt.
- 6. Tag A Kauk Taung–Shwe Daung–Pyay** Passage der Klippen von A Kauk Taung. Nachmittags Busfahrt nach Shwe Daung. Stadtrundfahrt Pyay (Prome) und Besichtigung der Shwe San Daw Pagode.
- 7. Tag Thayet Myo** Rundgang durch die ehemalige Grenzstadt zwischen dem Süden und Norden Burmas.
- 8. Tag Minhla–Magwe** Besichtigung der Festung von Minhla. Busausflug in die Umgebung von Magwe.
- 9. Tag Magwe** Rundfahrt mit Fahrrad-Rikschas, Besuch von Markt, Eisenschmiede, Myat Thalon Pagode.
- 10. Tag Sale–Tan Gyi Taung** Spaziergang durch Sale. Fahrt auf den Tan-Gyi-Taung Berg. Abends Elefantentanz einer lokalen Theatergruppe.



Shwedigon-Pagode

RV Thurgau Exotic 1 und 2****

Im Kolonialstil in Burma gebaute Holzschiffe für max. 21/28 Gäste. Elegant eingerichtet überzeugen die Schiffe durch die familiäre Atmosphäre. Die grosszügigen Suiten verfügen über Klimaanlage, DU/WC, Föhn, Safe. Sie erstrecken sich über die gesamte Breite des Schiffes, so dass sich der Blick auf beide Ufer bietet. Im Restaurant finden alle Gäste gleichzeitig Platz. Eine kleine Salonbar befindet sich auf dem überdachten Sonnendeck. **Nichtraucher-schiff** (Rauchen auf dem Sonnendeck erlaubt).

- 11. Tag Bagan** Besichtigung einiger der wichtigsten Tempel und Pagoden. Abends Puppentheater an Bord.
- 12. Tag Yandabo** Rundgang durch das Dorf mit vielen familiär geführten Töpfereien. Besuch des Dorfes Shwe Pyi Thar.
- 13. Tag Amarapura** Schifffahrt am Morgen. Busausflug nach Amarapura. Sonnenuntergang bei der U Bein Brücke, der längsten Teakholzbrücke der Welt.
- 14. Tag Sagaing–Ava–Mingun** Busfahrt in die Sagainghügel und Fahrt mit Pferdekutschen zur Ruinenstadt Ava. Schifffahrt vorbei an Mandalay nach Mingun. Besuch des Mingun Tempels. Abends Tanzaufführung.
- 15. Tag Mandalay** Stadtrundfahrt mit Mahamuni Pagode, Teakholzkloster und Handwerksbetrieben. Besichtigung von einer Stickerei und einer Holzschnitzerwerkstatt. Abschieds-Cocktail an Bord.
- 16. Tag Mandalay–Bangkok** Ausschiffung und Transfer zum Flughafen. Flug nach Bangkok.
- 17. Tag Zürich** Morgens Ankunft und ind. Heimreise. *Programmänderungen vorbehalten.*

Mandalay–Bagan–Rangun

Gleiches Programm in umgekehrter Richtung.



U Bein Brücke

17 Tage ab Fr. 3990.–

Suite Hauptdeck, Rabatt von Fr. 2000.– bereits abgezogen



Suite, Doppelbett

Es het solangs het
Rabatt* bis Fr. 2000.–
*Abhängig von Auslastung und Wechselkurs

Reisedaten 2015 / 2016 Rabatt

RV Thurgau Exotic 1****	Rangun–Mandalay
Mandalay–Rangun	Rangun–Mandalay
10.03.15–26.03.15	24.03.15–09.04.15
24.11.15–10.12.15	15.12.15–31.12.15
09.02.16–25.02.16	23.02.16–10.03.16
08.03.16–24.03.16	22.03.16–07.04.16

RV Thurgau Exotic 2****	Rangun–Mandalay
Mandalay–Rangun	Rangun–Mandalay
31.03.15–16.04.15	17.03.15–02.04.15
14.07.15–30.07.15	28.07.15–13.08.15
11.08.15–27.08.15	25.08.15–10.09.15
08.09.15–24.09.15	22.09.15–08.10.15
06.10.15–22.10.15	20.10.15–05.11.15
01.12.15–17.12.15	19.01.16–04.02.16
29.03.16–14.04.16	16.02.16–03.03.16
	15.03.16–31.03.16

RV Paukan 1947****	Rangun–Mandalay
Mandalay–Rangun	Rangun–Mandalay
10.01.15–26.01.15	24.01.15–09.02.15
31.10.15–16.11.15	14.11.15–30.11.15
09.01.16–25.01.16	23.01.16–08.02.16

Preise/Details gemäss Internet

Unsere Leistungen

- Flusskreuzfahrt mit Vollpension an Bord
- Flüge ab/bis Zürich mit Thai Airways oder anderer IATA Gesellschaft in Economy Class
- Transfers, Hafentaxen, Landausflüge und Stadtrundfahrten
- Thurgau Travel Schiffmanagement
- Lokale deutschsprachige Reiseleitung

Nicht inbegriffen: Trinkgelder, Visum Fr. 80.–, Getränke, Versicherungen (wir empfehlen eine Jahresversicherung von Allianz Global Assistance), Treibstoffzuschläge vorbehalten, Auftragspauschale Fr. 35.– pro Auftrag (entfällt bei Buchung über www.thurgautravel.ch)

Preise pro Person in Fr. (vor Rabattabzug)

Einzelkabine Hauptdeck	5990
Suite Hauptdeck	5990
Suite Oberdeck Mitte	6390
Suite Oberdeck vorn	6790
Front-Suite Oberdeck, Privatbalkon	7790
Zuschlag Business Class	auf Anfrage

Weitere Burmareisen

Mit RV Thurgau Exotic 1	
Rangun–Inle See–Mandalay	16 Tage ab Fr. 5190.–
Bagan–Mandalay (Chindwin)	18 Tage ab Fr. 4390.–
Mandalay–Bagan (Upper Irrawaddy)	18 Tage ab Fr. 3990.–

Online navigieren
www.thurgautravel.ch

Verlangen Sie J. Büsser oder I. Hasler
Gratis-Nr. 0800 626 550



Thurgau Travel

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Rathausstrasse 5, 8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 55 00, info@thurgautravel.ch



Lexus Snow Drive 2015: Eiskalt reagieren – und geniessen

Perfektionieren Sie im traumhaften Berner Oberland Ihre Fahrkünste – und testen Sie dabei die neusten Lexus-Modelle wie den Premium-Allrounder NX 300h und das faszinierende Sportcoupé RC F!

Auf über tausend Meter Höhe ist der graue Alltag wie weggeblasen! Frische Alpenluft, ein traumhaftes Bergpanorama und die typischen Holzhäuser machen Gstaad Saanenland zum Paradies für Erholungssuchende – und für alle, die auf Schnee und Eis die Grenzen ihres fahrerischen Könnens kennenlernen wollen.

Auf einer abgesperrten Piste, inmitten der tiefverschneiten Bergwelt, lernen Sie jede Fahrsituation auf anspruchsvollem Terrain beherrschen. Sie werden individuell instruiert von den erfahrenen InstruktorInnen des Driving Center Schweiz.

Neben der gewonnenen Sicherheit steht vor allem Fahrspass auf dem Programm.

Als Teilnehmer des Lexus Snow Drive 2015 gehören Sie zu den Ersten, die das dynamische Hochleistungs-Sportcoupé RC F in extremis testen können! Das stärkste V8-Triebwerk, das Lexus je gebaut hat, setzt im RC F mit 477 PS und einem Drehmoment von 530 Nm neue Massstäbe.

Am Lexus Snow Drive 2015 kommt der Genuss nicht zu kurz: Sie logieren exklusiv im renommierten «Steigenberger Alpenhotel and Spa» oberhalb des Ortszentrums von Saanen. Hier lassen wir am Vorabend – nach etwas Fahrtheorie – den Tag gemütlich beim Dinner ausklingen. Am nächsten Morgen geht's los mit den atemberaubenden Manövern.

Platin-Club-Spezialangebot

Exklusives Winterfahrtraining mit aktuellen Lexus-Modellen

Sonderpreis:

Fr. 650.– pro Teilnehmer (statt Fr. 730.–)

Veranstaltungsort:

- Flugplatz Saanen
- «Steigenberger Alpenhotel and Spa»

Leistungen:

- Anleitung durch Profi-InstruktorInnen
- Lexus-Modelle fürs Fahrtraining
- Hotelunterkunft mit Vollpension

Kursdaten:

- Dienstag, 24. Februar 2015
 - Mittwoch, 25. Februar 2015
- (Anreise individuell jeweils am Vortag bis 17 Uhr)

Anmeldung:

Senden Sie eine E-Mail mit dem Vermerk «Weltwoche-Spezialangebot» an driveacademy@lexus.ch. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt, die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Veranstalter:

Lexus Division, Toyota AG, 5745 Safenwil
www.lexus.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Auch der Staat muss ran

Von Peter Keller — Die Wirtschaft wird durch den Euro-Verfall hart gefordert. Bessere Rahmenbedingungen sind dringend nötig: Dazu gehören auch schmerzliche Einschnitte bei der öffentlichen Hand.



Rosskur: Bundesräte Widmer-Schlumpf, Sommaruga, Berset, Leuthard, Burkhalter.

Wahrheit hilft. Der Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die Untergrenze zum Euro aufzuheben, ist schmerzvoll, aber unausweichlich und deshalb richtig. Die europäische Gemeinschaftswährung befindet sich auf dem organisierten Absturz. SNB-Präsident Thomas Jordan musste die Reissleine ziehen. Bei allen Turbulenzen gilt es, die Übersicht zu wahren: Der Euro ist das Ur-Problem, nicht der Schweizer Franken. Auf Dauer konnte sich die SNB dem halbsbrecherischen Kurs der Europäischen Zentralbank nicht anschliessen: ausser man will die eigene Währung preisgeben – und in die EU. Thomas Jordan war für einen solchen Streich offensichtlich nicht zu haben.

Zu hohes Ausgabenwachstum

Die Schweizer Wirtschaft hat schwierige Zeiten vor sich. Alles andere wäre gelogen. Wer nicht strampelt, geht unter. Kosten senken, neue Nischen finden, besser werden. Die Unternehmen stehen in der Verantwortung – und sie werden diese Verantwortung wahrnehmen. Und der Staat? Es kann nicht sein, dass der private Sektor einer Rosskur unterworfen wird und der Staat einfach weiter seine privilegierte, mit Steuergeldern finanzierte Gefrässigkeit pflegt.

Zur Diagnose: In den letzten Jahren sind die Ausgaben der öffentlichen Hand fast doppelt

so schnell gewachsen wie das Bruttoinlandprodukt. Zwischen 2008 (Amtsantritt Eveline Widmer-Schlumpfs) und 2013 lag das Wachstum der Bundesaussgaben bei 12,6 Prozent. Das Bruttoinlandprodukt wuchs lediglich um 7,9 Prozent. Ein volkswirtschaftlich verheerendes Auseinanderdriften.

Der Staat ist Kostentreiber Nummer eins. Was den Privathaushalten wirklich ans Portemonnaie geht, sind die administrierten Preise: für den öffentlichen Verkehr, das Wasser, den Strom, die Abfallentsorgung. Der grösste Brocken fällt im Gesundheitswesen an. 2002 belief sich das Total der Ausgaben in diesem Bereich auf 42,842 Milliarden Franken. Zehn Jahre später sind es bereits 67,982 Milliarden. Das sind umgerechnet pro Kopf und Jahr 8496 Franken. 2002 waren es noch 5857 Franken.

Das sogenannte Schweizer Wirtschaftswunder seit Einführung der totalen Personenfreizügigkeit ist bei näherer Betrachtung wenig substanziell: Der grösste Jobmotor ist der Staat, insbesondere das Gesundheitswesen und die Verwaltung.

Was hat die Schweiz zu tun? Zunächst einmal müssen sich Bundesrat und Parlament darüber im Klaren sein, was sie ganz sicher nicht tun sollten. Die Schweiz leidet an zu

»» Fortsetzung auf Seite 14

Drachentöter



Mario Draghi, EZB-Präsident.

Der Herr mit randloser Brille und Pokerface, der über das Chaos herrscht, muss Nerven haben wie die Kletterseile, die er benutzt als leidenschaftlicher Bergsteiger in den Dolomiten. Der Italiener Mario Draghi – der Name bedeutet: Drachen (Mehrzahl) – verantwortet als Präsident der Europäischen Zentralbank das Schicksal des Euro, der Einheitswährung, die Europa verbinden sollte und es stattdessen trennt. Der Retter des Abendlandes wird noch mehr Euro-Milliarden fluten mit dem Programm zum Aufkauf maroder Staatsanleihen, dann möglicherweise den Untergang Griechenlands abfedern, und vielleicht wird er als Retter Italiens dringender gebraucht und in den kommenden Tagen zum Staatspräsidenten in Rom gewählt. Obwohl er das vehement ausschliesst (Kandidaten, die sich zu früh als solche bekennen, verheizen sich selber) und bis 2019 im Büro in Frankfurt ausharren will. Der Herkules, der laufend der Euro-Hydra die Auswüchse abschlagen muss, ist ein bekannter Unbekannter, diskret, verschlossen, uneitel, das Gegenteil von Silvio Berlusconi. Frau Merkel ist von diesem italienischen *gentiluomo* angetan, und sogar Peer Steinbrück, der ehemalige Kavalierminister, vertraute ihm. Draghi ist Banker bis in die Poren, er hat bei der ältesten Bank der Welt, der Banca Monte dei Paschi di Siena (seit 1472), gearbeitet, die unlängst fast pleiteging, und bei Goldman Sachs, der grössten Investment-Bank. Er war italienischer Notenbankgouverneur, und schon sein Vater war bei der Banca d'Italia ein hohes Tier gewesen. Er starb plötzlich und kurz danach auch seine Frau, Mario Draghi war mit fünfzehn Waise. Im Jesuitenkolleg traf er auf Klassenkameraden wie den nachmaligen Fiat-Chef Luca di Montezemolo und den nationalen Polizeichef Giovanni De Gennaro; seine Ehefrau Serena stammt aus dem Nobelgeschlecht der Medici. Sein Beziehungsnetz knüpfte er ohne Mitgliedschaft in Geheimlogen, Parteien oder Klubs. Fanatischer Unterstützer ist er nur von seinem Lieblingsfussballklub AS Roma, den der amerikanische Hedge-Funds-Manager James Pallotta vor dem Bankrott bewahrte.

Peter Hartmann

viel und nicht an zu wenig Eingriffen von Bundesbern.

1—Energiewende abblasen. Die in der vergangenen Wintersession beschlossene Energiestrategie 2050 gleicht einem volkswirtschaftlichen Blindflug. Was jetzt schon sicher ist: Es soll ein gigantisches Subventionsregime eingerichtet werden. Ohne Not setzt die Schweiz ihre sichere und preisgünstige Energieversorgung aufs Spiel. Für den Werkplatz stellt der hysterische Ausstieg aus der Kernkraft eine zusätzliche Verunsicherung dar. Ähnlich gelagert ist das Swissness-Gesetz: Hier gebiert das Bundeshaus ein neues Bürokratiemonstrum, das den Produktionsstandort Schweiz von innen benachteiligt.

2—Liberaler Rahmenbedingungen statt gewerkschaftlicher Kurzschlussübungen. Unsere Nachbarstaaten leiden an starren Arbeitsmärkten. Umso unverständlicher, dass hiesige Gewerkschaften auf diese verschimmelten Rezepte setzen. Stellvertretend dafür steht die jüngste Forderung des SP-Präsidenten und Gewerkschafters Christian Levrat nach einem Kündigungsschutz für Arbeitnehmer ab fünfzig. Solche Eingriffe sorgen in Italien oder Frankreich für rekordhohe Jugendarbeitslosigkeit.

3—Was für Unternehmen eine Selbstverständlichkeit ist, muss auch der Staat können: runter mit den Kosten. Bis jetzt stieg die Zahl der Beschäftigten in der Verwaltung unaufhaltsam. Einsparungen beim Budget und beim Personal fanden keine Mehrheiten in Bundesbern. Die Wirtschaft braucht aber klare Signale, nicht symbolische Streicheleinheiten: Auch der Staat muss Ausgaben senken können. Da überall Pfründen in Gefahr sind, kann dieser Schnitt nur durch eine symmetrische Haushaltskürzung über alle Departemente erreicht werden. Die eingesparten Mittel erlauben den nächsten Schritt:

4—Abgaben senken für Bürger und Unternehmen. Die Schweiz muss auf ihre Stärken setzen. Dazu gehören möglichst attraktive Steuerbedingungen, damit den Menschen mehr im Portemonnaie bleibt und die Unternehmen in Produkte und Arbeitsplätze investieren können.

Der Euro-Verfall wird die Importpreise zum Purzeln bringen. Das ist positiv für alle. Auf der anderen Seite ist die Schweizer Exportwirtschaft ebenfalls gezwungen, ihre Kosten herunterzubringen. Dafür brauchen die Unternehmen Spielraum: weniger staatliche Auflagen, tiefere Steuern und Abgaben. Auf diese Aufgabe hat sich der Bundesrat als Ganzes einzuschwören. Nicht nur die Firmen müssen jetzt ein erfolgreiches Fitnessprogramm absolvieren – der Staat soll mitschwitzen.

Politik

Entzauberte Grünliberale

Von Alex Reichmuth — Die GLP wollte die vernünftige Variante der Grünen sein. Jetzt bringt sie eine radikale Energiesteuer-Initiative an die Urne. Die Partei enttäuscht die Erwartungen.

Als die Grünliberalen vor einigen Jahren starteten, konnten die Voraussetzungen kaum besser sein. Markt und Umweltschutz zu vereinen – das war ein Versprechen, auf das die politische Schweiz gewartet hatte. Nun konnte man sich grün geben, ohne gleichzeitig etatistischen Rezepten nachzuhängen. «Ökonomische Anreize statt staatlicher Verbote», lautete die Losung der Stunde. Die Grünliberalen galten als die besseren, weil klügeren Umweltschützer. Dass es in ihren Reihen traditionell zahlreiche Naturwissenschaftler hat, verstärkte den Eindruck, es handle sich um die vernünftige Alternative zu den Grünen. Nationalrat Martin Bäumle als Kühlerfigur war zudem ein Glücksfall, verkörperte er doch mit seinem Engagement die grünliberale Idee perfekt. Alle fanden die neue Partei irgendwie gut, selbst diejenigen, die sie nicht auf den Wahlzettel setzten.

Doch nach dem Durchstarten bei den nationalen Wahlen 2011 kam nichts mehr. Trotz einer stattlichen Fraktion hat die GLP in den letzten vier Jahren so gut wie keine Spuren hinterlassen. Ihr Profil im Parlament ist noch immer unklar. Die Grünliberalen stimmen manchmal mit den Linken, manchmal mit den Bürgerlichen. Aber wie man «grün» und «liberal» wirklich verbinden kann, weiss man immer noch nicht. Auch schaffte es keiner der



Es dämmert: GLP-Chef Bäumle.

neuen Parlamentarier, sich zu profilieren. Namen wie Beat Flach, Thomas Maier, Kathrin Bertschy oder Thomas Böhni klingen nicht. Wer bekannt ist, war dies schon vor der Karriere bei den Grünliberalen, wie Verena Diener und Margrit Kessler.

Es gibt ein einziges politisches Projekt, das die Grünliberalen zustande gebracht haben: die Initiative «Energie statt Mehrwertsteuer». Diese will die Mehrwertsteuer als wichtigste Einnahmequelle des Bundes durch eine Steuer auf nicht erneuerbarer Energie aus Öl, Gas und Uran ersetzen – staatsquotenneutral. So sollen Investitionen in Nachhaltigkeit und Energieeffizienz gefördert und der ökologischen Wende zum Durchbruch verholfen werden.

Selbst die SP geht auf Distanz

Am 8. März wird abgestimmt. Eine Initiative so kurz vor den Wahlen an die Urne zu bringen, ist eigentlich ein Steilpass für jede Partei. Doch für die Grünliberalen wird sie wohl zum Bumerang. Denn die Sympathien für die Initiative sind, vorsichtig gesagt, verhalten. Kein Wunder: Heute nimmt der Bund über die Mehrwertsteuer stattliche 22 Milliarden Franken ein. Würde man diesen Betrag den Energiekonsumenten abverlangen, wären utopisch anmutende Benzin- und Heizölpreise zwingend. Ganze Industriezweige wären bedroht – man denke an die Stahlindustrie oder das Transportgewerbe. Nähme der Energieverbrauch wegen der Steuer wie gewünscht deutlich ab, müsste der verbleibende Konsum umso stärker besteuert werden. Die Finanzierung des Bundeshaushalts wäre gefährdet.

Es dämmert mittlerweile fast allen: Diese Initiative ist unvernünftig und unklug. Dabei kommt sie ausgerechnet von der neuen grünen Kraft, von der man annahm, dass sie besonders vernünftig und klug sei. Selbst die Sozialdemokraten, die für fast jeden staatlichen Eingriff zu haben sind, gehen auf Distanz. Nur die Grünen signalisieren Zustimmung.

Wenn nicht alles täuscht, wird das Volk die Initiative ablehnen. Es könnte gar eine eigentliche Abfuhr geben. Die Vorlage enttarnt die Lebenslüge der Grünliberalen. Auf fossile Brennstoffe und Atomstrom zu verzichten ohne Einbussen beim Wohlstand, das geht nicht auf. Es gibt nicht den Fünfer und das Weggli. Trotz aller Beschwörungen. Grün oder grünliberal – es ist einerlei. Die Grünliberalen sind entzaubert.

Sozialrentner

Von Alex Baur — Das Autoverbot für Sozialhilfebezüger verstösst nicht gegen liberale Prinzipien.

Verkehrte Welt. Linke und Grüne, die den Strassenverkehr sonst mit allen Mitteln bekämpfen, verteidigten diese Woche im Zürcher Parlament den Anspruch von Fürsorgebezügerinnen auf ein Auto mit einer Vehemenz, als handelte es sich dabei um ein Menschenrecht. Die Mehrheit der bürgerlichen Volksvertreter dagegen votierte für eine Vorlage aus den Reihen der FDP, die Fürsorgeempfängerinnen den Autobesitz zwar nicht generell verbieten, durch negative finanzielle Anreize aber vermiesen will. Die Rechte setzte sich damit dem Verdacht aus, mit einer populistischen Reglementierung ihr liberales Credo zu verraten.

Ob nun bloss ein Prozent der Sozialhilfebezüger ein Auto besitzt, wie die Zürcher Regierung fabuliert, oder ob es doch zwölf bis sieben Prozent sind, wie Erhebungen aus den Städten Bern und Zürich zeigten – grosse finanzielle Ersparnisse wären von der knapp abgelehnten Vorlage kaum zu erwarten gewesen. Es hätte sicher Wege gegeben, das Gesetz zu umgehen, dessen aufwendige Umsetzung von der Verwaltungsjustiz womöglich torpediert worden wäre. Insofern war die Vorlage eher von symbolischem Charakter. Doch für einmal trifft die Symbolik direkt den Kern des Problems.

2007 löste der luxuriöse BMW einer tunesischen Fürsorgebezügerin, der an der Zürcher 1.-Mai-Feier in Flammen aufgegangen war, eine stürmische Debatte aus. Der Fall illustrierte das Dilemma unseres Sozialsystems auf drastische Art. Gemäss Recherchen der *Weltwoche* wusste man beim Sozialamt seit Jahren um die Luxuskarossen der Tunesierin; trotzdem bekam die Frau monatlich rund 4800 Franken Sozialhilfe. Das Geld war in erster Linie für ihre beiden Kinder bestimmt; doch niemand mochte oder konnte die Mutter zwingen, es für die Kinder statt für Autos auszugeben.

Nach gültigem Gesetz ist das Fürsorgegeld ein zweckgebundener, nach individuellen Bedürfnissen bemessener Überbrückungskredit in Notsituationen. Es handelt sich also explizit nicht um eine Rente, über die der Bezüger frei verfügen kann. Dass die sachgerechte Verwendung von Steuergeldern streng kontrolliert wird, müsste gerade in einem liberalen Staat eine Selbstverständlichkeit sein. Unter dem Druck einer wild wuchernden Soziallobby hat sich die Sozialhilfe gleichwohl schleichend zu einer Art bedingungslosem Grundeinkommen gemauert, zur Volksrente, wie sie die Sozialisten seit Urzeiten fordern – die der Souverän aber mehrmals deutlich abgelehnt hat.

Personenkontrolle

Poroschenko, Janukowitsch, Putin, Katumba, Riklin

Ein angenehmer Mensch scheint Petro Poroschenko nicht zu sein. Statt Charme versprüht der ukrainische Präsident latente Aggressivität, und wenn er stolz von seinem neuen digitalen Reisepass mit der Nummer 00001 erzählt, strahlt er wie Nordkoreas Diktator nach einem gelungenen Atomtest. Dennoch sind Hunderte von Menschen in die Uni Zürich geströmt, um Poroschenko reden zu hören. Es ist die «Churchill Lecture», aber dass Poroschenkos Redekunst hinter jener des britischen Kriegspremiers zurückbleibt, merkt man rasch. Wo er nicht langweilt, wird er angriffslustig: Russland ist kein europäisches Land, der frei gewählte ukrainische Ex-Präsident Wiktor Janukowitsch war ein Diktator,



Latente Aggressivität: Präsident Poroschenko.

und ein bislang ungeklärter Angriff auf einen Minibus in der Ostukraine steht auf einer Stufe mit dem Terroranschlag von Paris. Ach ja, und in fünf Jahren wird die Ukraine so etwas wie die Schweiz. Nur besser. Viel wichtiger war indes, was Poroschenko nicht sagte: Die Wörter «Nato» oder gar «Nato-Beitritt» fielen kein einziges Mal. Ein Gesprächsangebot an Wladimir Putin? (ky)

Der Zürcher SP-Kantonsrat und Vorzeigemigrant Andrew Katumba macht Wahlkampf mit der angeblich «prekären Wohnsituation» in Zürich. Doch eine Standaktion des Generalsekretärs des Verbands Kreativwirtschaft Schweiz wurde gestört, Freisinnige kamen mit Champagner und bescheinigten dem Nationalratskandidaten den Rang als «Cüpli-Spezialist». Der Grund: Katumba ist neben CVP-Nationalrätin Kathy Riklin der wohl prominenteste Politiker, der noch in einer vergünstigten Altstadtwohnung der Stadt Zürich haust. Auf Anfrage der *Weltwoche* widerspricht er jedoch. Es gebe noch prominentere Politiker als ihn, die ebenfalls in Stadtwohnungen lebten. Welche? Das will der 43-Jährige nicht verraten. Genau so wenig wie den Mietzins, den er der Stadt bezahlt. (cal)

Nachruf



«Servir et disparaître»: Hotelier Hörger.

Manfred Hörger (1939–2015) — «Weisst du, weshalb es keine Butler mehr gibt?», fragte mich Manfred Hörger, als ich am Mittwoch vorvergangener Woche wie immer, wenn das traditionelle *Weltwoche*-Neujahrssessen stattfindet, Gast in seinem Hotel, dem «Savoy Baur en Ville» am Zürcher Paradeplatz, war. Die Antwort gab er gleich selber: «Weil es keine Gentlemen mehr gibt!» Sechs Tage später verschied Manfred Hörger im Alter von 75 Jahren, still und schmerzlos im Schlaf, und wer immer ihn gekannt hat, weiss, dass mit ihm ein unvergleichlicher Gentleman gestorben ist. Sollte jemals das Denkmal der perfekten Gastfreundschaft gebaut werden, müsste es Manfred Hörgers Konturen tragen. Eine Perfektion, die er auf alle Mitarbeitenden zu übertragen verstand und von der Peter Ustinov einmal sagte: «Das «Savoy» ist das beste Hotel der Welt, weil es das weltweit beste Direktionsehepaar hat.»

Für Manfred Hörger, der zusammen mit seiner Frau Christina das «Savoy» dreissig Jahre lang führte, war das Hotel sein Zuhause, und die Gäste waren Mitglieder seiner Familie. Das Ehepaar war im Hotel, in der «Savoy»-Bar und im Restaurant «Orsini» omnipräsent, und wenn man Manfred Hörger fragte, wie viele Stunden er eigentlich täglich arbeite, meinte er lachend: «Wenn 24 Stunden am Tag nicht reichen, nimmt man einfach noch die Nacht dazu. So einfach ist das!» Bis zu seinem Tod blieb Manfred Hörger jener Devise treu, die Friedrich der Grosse formuliert hat: «Servir et disparaître». Seine Frau Christina wird dafür sorgen, dass das im «Savoy» auch weiterhin so bleibt. Peter Holenstein

Gegen den Mainstream

Von Beat Gygi und Florian Schwab — Die Schweizerische Nationalbank versucht, sich mit der Aufhebung der Euro-Franken-Kursuntergrenze von der extrem expansiven Geldpolitik in Europa abzukoppeln. Damit hat sie die Entwicklungsmöglichkeiten unseres Landes erweitert.



Scheinsicherheiten beseitigt: Thomas Jordan, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank.

Welch ein Kontrast: Die Schweiz hat eine Nationalbank, die sich in schwieriger Zeit zu einer eigenständigen Geldpolitik entschliesst und sich damit gegen den internationalen Mainstream stemmt – und eine Regierung, die aus Interesse an internationaler Koordination immer wieder Forderungen grosser Länder nachgibt. Gewiss, eine Woche nach der Aufhebung der Untergrenze für den Euro-Franken-Kurs ist noch vieles offen. Ist die Freigabe ein offensiver Schritt zur Erweiterung von Freiheit und Entwicklungsmöglichkeiten der Schweiz oder eine defensive Massnahme, um für ein Land mit wenig Bewegungsspielraum den Schaden zu begrenzen? Vieles spricht für die offensive Sicht: Die Nationalbank hat den Spielraum der Schweizer Wirtschaft erweitert.

Bei der Beurteilung spielen auch «weiche Faktoren» eine Rolle, etwa Charakter und Auftreten von Personen. Nationalbank-Präsident

Thomas Jordan hat am 15. Januar bei der öffentlichen Ankündigung der Kursfreigabe einen entschlossenen und glaubwürdigen Eindruck gemacht. Bereits von seiner Statur her wirkte er nicht so, als richte er sich nach dem Wind, und ähnlich war seine Sprache. Seiner Glaubwürdigkeit half auch, dass ja nicht er es gewesen war, der im September 2011 die Einführung der Limite angekündigt hatte, sondern sein Vorgänger Philipp Hildebrand. Dies ist nicht nur oberflächlich von Bedeutung, denn Jordan hat in früheren wissenschaftlichen Arbeiten Mängel der Europäischen Währungsunion untersucht und gehört vom fachlichen Hintergrund und von der inhaltlichen Stetigkeit her zur obersten Liga.

Subventionierung des Exportsektors

Als Führungsmitglied der Schweizerischen Nationalbank (SNB) hat Jordan den damaligen

Entscheid freilich noch bis vor kurzem mit Worten und Taten unterstützt und die Untergrenze als zentral für die Schweizer Volkswirtschaft dargestellt. Noch jüngst betonte er, die Verteidigung der Kursgrenze und Ausrichtung auf eine Wechselkurspolitik sei im Grunde ein Ausdruck geldpolitischer Eigenständigkeit. Damit hat die SNB-Führung vielen Firmenchefs, Managern und Pensionskassenverantwortlichen ein Gefühl von Sicherheit vermittelt, das sich nun als trügerisch herausgestellt hat.

Genau an dieser Stelle macht die Nationalbank nun eine wichtige Korrektur. Sie beseitigt Scheinsicherheiten und sorgt dafür, dass Preise und andere Marktsignale wieder klarer wirken können. Gewiss, die Anpassungen bedeuten nun für viele eine harte Zeit. Für Exporteure, die bei einem Kurs von Fr. 1.20 pro Euro erst auf knappe Margen kommen, verdüstert sich die

Zukunft, und Branchenverbände rechnen nun aus, wie viele Konkurse wegen des Währungsschocks zu erwarten sind. Aber eine Geschäftsgrundlage, die auf gestützten Kursen beruht, ist auch nichts Solides. Die Erfahrungen mit fast dreieinhalb Jahren Kursuntergrenze zeigen, wie schnell man sich an eine Unterstützung gewöhnt und die Schwerkraft vergisst.

Die günstigste Wendung für die SNB hätte natürlich in einer Erholung der Euro-Zone und damit des Wechselkurses bestanden. Das ist nicht geschehen. Der Euro-Kurs ist wieder etwa auf dem Niveau vom August 2011, kurz vor Erlass der Limite. Der Markt war so gesehen klüger als die Nationalbank, die mit Fr. 1.20 ein Niveau wählte, das nicht mehr zu halten war. Geht man davon aus, dass ein Kurs von 1:1 damals wie heute eine realistische Erwartung für die Zukunft der Euro-Zone spiegelt, dann hat die SNB über Jahre eine massive Umverteilung betrieben.

Die Subventionierung des Exportsektors lässt sich anhand der Zahlungsbilanz abschätzen. In den ersten zwölf Quartalen seit Einführung der Kursgrenze, also zwischen September 2011 und Juli 2014, hat die Schweizer Wirtschaft Güter und Dienstleistungen im Wert von 1260 Milliarden Franken exportiert und Güter im Wert von 1078 Milliarden Franken importiert. Nimmt man zurückhaltend an, dass die Exporte im Durchschnitt um zehn Prozent günstiger als unter Marktbedingungen waren, ergibt sich der Schluss, dass die Exporteure auf Kosten der Importeure mit rund 126 Milliarden Franken subventioniert wurden. Diese Umverteilung war indes nicht kostenneutral. Die Nationalbank bezahlte sie mit einer Aufblähung ihrer Bilanz im Umfang von knapp 200 Milliarden Franken seit September 2011.

Unverantwortliche Kritik?

Eine ökonomische Vollkostenrechnung über die Wechselkursgrenze lässt sich rückwirkend kaum anstellen, da nicht klar ist, wie sich die Wirtschaft ohne Mindestkurs entwickelt hätte: Wäre es ohne Mindestkurs tatsächlich zu ernsthaften konjunkturellen Verwerfungen gekommen, wie die Nationalbank befürchtete? Wären die Preise auf breiter Front gesunken (Deflation)? Tatsache ist, dass das Volumen der Exporte von Höhepunkt zu Höhepunkt eilte. In der kritischen Phase vor der Einführung der Kursuntergrenze zeigten sich lediglich bei der Maschinenindustrie und im Tourismussektor Knickpunkte. Dies sind dieselben Sektoren, die auch jetzt wieder unter Druck geraten.

Lange war es politisch verpönt, Fragezeichen hinter die Wechselkursuntergrenze zu setzen. Öffentliche Kritik wurde zum Beispiel von Bundesrat Schneider-Ammann und Economie-suisse als «unverantwortlich» bezeichnet; und noch vor einem Monat stand in der Wirtschaftspresse, die Aufgabe des Mindestkurses wäre «schlimmer» als die damals angekündigten Negativzinsen. Während im ersten Jahr der

Kursuntergrenze bei Unternehmen und Anlagekommissionen von Pensionskassen noch intensive Diskussionen über die Absicherung gegen eine allfällige Aufhebung der Kursgrenze geführt worden waren, verstummten später auch skeptische Stimmen allmählich. Das Auffangnetz der Nationalbank entfaltete seinen Gewöhnungseffekt.

Man kann sich einigermaßen vorstellen, wie belastend eine Weiterführung der Kursstützung geworden wäre – vor allem, wenn man die jüngsten Entwicklungen in der EU berücksichtigt. Die Europäische Zentralbank (EZB) arbeitet an einem riesigen Programm zum Aufkauf von Wertpapieren, das endlich die Wirtschaft ankurbeln soll und gegen tausend Milliarden Euro in die Märkte schwemmen könnte. Müsste die SNB den Franken-Euro-Kurs unter solchen Bedingungen stabil halten, müsste sie ähnlich wild Franken in Umlauf bringen und dafür Euro kaufen. Dabei kämen wohl nochmals Hunderte von Milliarden Euro in ihre Bilanz. Da deren Wert kursabhängig ist, würde

Die Erfahrungen zeigen, wie schnell man sich an eine Unterstützung gewöhnt.

das Risiko des Wertverlusts immer grösser, und darauf wollte sich die SNB nicht einlassen. Zugleich drohen Inflationsgefahren, auch wenn – oder vielleicht weil – dieser Begriff fast in Vergessenheit geraten ist. Sollten nämlich später die vielen in Verkehr gebrachten Franken, statt zu «schlafen», sich plötzlich bewegen, könnte eine Inflation entstehen und sich verschärfen.

Aber kann ein kleines, offenes Land überhaupt eine Geldpolitik mit flexiblen Wechselkursen gegen den Mainstream durchziehen, wenn die Welt quasi ausser Rand und Band ist, wenn also die Notenbanken der grossen Währungsräume die Wirtschaft regelrecht mit Geld überschwemmen? Gunther Schnabl, Professor für Wirtschaftspolitik und internationale Ökonomie an der Universität Leipzig, hält das für schwierig. Schnabl, ein profilierter Verfechter freier Märkte und harter Kritiker der expansiven Geldversorgung durch die Notenbanken, sagt, dass ein kleines Land theoretisch zwar eine eigenständige Geldpolitik verfolgen könne, dass dies aber in einer mit Liquidität überfüllten Welt die schlechtere Lösung sein könne.

Er hält die Aufgabe der Kursuntergrenze für gefährlich, weil damit neue Gelegenheiten für Aufwertungsgewinne geschaffen würden. Bei Zinsen von praktisch null seien Investoren fieberhaft auf der Suche nach Renditen, und die Aussicht auf eine Aufwertung des Frankens ziehe in riesigem Umfang Mittel an. Sein Urteil beruht auf dem Vergleich der Schweiz mit Japan, dessen Entwicklung er ausführlich erforscht hat. Er sieht viele Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ländern. Beide sind stark im Exportie-

ren von Gütern und Dienstleistungen, beide erzielen Leistungsbilanzüberschüsse, und ihre Kapitalexperte sind hoch, so dass Bürger und Firmen netto viel Vermögen im Ausland haben. Diese Bestände bergen ein Aufwertungspotenzial, denn irgendwann möchte man diese wohl ins Inland zurückholen. Ähnlich denken Ausländer, die für ihr Geld einen sicheren Hafen suchen und die Schweiz im Blick haben. So kann es zum Ansturm auf den Franken kommen, und daraus können längere Aufwertungsüberreibungen hervorgehen. Schnabl warnt angesichts japanischer Erfahrungen vor Gefahren nicht nur für den Export-, sondern auch für den Finanzsektor.

Machbarkeitsglaube und falsche Signale

Neben dem Vorwurf aus der Schweizer «Realwirtschaft», die Nationalbank setze hiesige Unternehmen einem zu starken Stress aus, ist auch Kritik an der Kommunikation der Notenbank laut geworden. Die SNB-Führung habe falsche Signale gegeben, dauernd in die eine Richtung geredet und plötzlich anders gehandelt, deshalb habe sie jetzt ein Glaubwürdigkeitsproblem: Was soll man künftig noch glauben? Gerade mit ihrer Kommunikation hat die Nationalbank jedoch eine Eigenständigkeit gezeigt, die in der Notenbankszene zu heilsamen Korrekturen und zu mehr Solidität führen kann.

Ungefähr seit der Amtszeit des US-Notenbankchefs Alan Greenspan in den neunziger Jahren ist es zunehmend in Mode gekommen, dass Geldpolitiker den Märkten eine *guidance* geben – also Hinweise oder Andeutungen, welche Entwicklung von Zinssätzen, Arbeitslosenquoten, Aktienkursen oder Häuserpreisen ihnen als ideal vorschwebt. Damit sollen im Markt Erwartungen so gesteuert werden, dass die Notenbank Zinsänderungen oder Käufe und Verkäufe dann gar nicht mehr vollziehen muss, weil die Marktteilnehmer schon in der gewünschten Richtung vorausseilen.

Unter dem Schlagwort «Transparenz» haben sich Notenbankführungen mehr und mehr auf die aktive Kommunikation ihrer Einschätzungen und Vorstellungen verlegt. Dies zieht Leute an, die im Scheinwerferlicht eine gute Figur machen und mit Schauspielertalent über ökonomische Zusammenhänge und Wirkungen reden. Zugleich förderte dieses Verständnis von Notenbankpolitik den Machbarkeitsglauben in diesen Institutionen. Federal Reserve und EZB trauen sich seit der Finanzkrise immer mehr neue Aufgaben zu, neben der Geldversorgung der Wirtschaft etwa die Aufsicht über den Finanzsektor, die Finanzierung von Staaten oder das Ankurbeln der Wirtschaft durch hemmungsloses Geld drucken. Es gibt nicht mehr viele Notenbanker, die sich solcher Anmassung von Wissen widersetzen, aber mit ihrem jüngsten Vorgehen hat die Schweizer Nationalbank deren Position gestärkt – das ist ebenso wichtig wie die Wiederherstellung der Marktsignale. ○

Harte Währung, starke Wirtschaft

Von Markus Schär — Der teure Franken hat die Schweizer Unternehmen immer wieder zum Kampf ums Überleben gezwungen. Ein Rückblick in die Wirtschaftsgeschichte zeigt: Gerade wegen der härtesten Währung ist die Schweiz immer noch das am stärksten industrialisierte Land der Welt.



«Ein Schweizer Franken bleibt ein Schweizer Franken»: Arbeiter in Sulzer-Werken, 1931.

«Für meinen Vater als jungen Milchmann galt noch die lateinische Währungsunion, die von 1865 bis kurz nach dem Ersten Weltkrieg bestand», erzählt der Luzerner Bankier Karl Reichmuth gerne. «Unter dieser internationalen Ordnung konnte er für einen französischen Franc, für eine italienische Lira und für einen Schweizer Franken je vier Liter Milch ausmessen.» Heute gibt es für einen Franken noch sechs Deziliter, für eine Lira oder einen Franc gäbe es nur mehr ein paar Tropfen Milch.

Stärkste Währung der Welt

Seit der Goldstandard im Ersten Weltkrieg zerfiel, sackte der Wert des Frankens um rund neunzig Prozent ab. Trotzdem hält sich die Schweizer Währung als stärkste der Welt – weil alle anderen Währungen noch weit mehr verloren. Der Franken wertete sich im Vergleich kräftig auf, das zwang die Exportindustrie oft zum Kampf ums Überleben. Allen Schwierigkeiten zum Trotz ist die Schweiz aber immer noch das am stärksten industrialisierte Land der Welt: Ihre Industrieproduktion pro Kopf ist um die Hälfte grösser als jene von Japan und von Deutschland, doppelt so gross wie jene der USA und achtmal so gross wie jene von China, das in absoluten Zahlen an der Spitze steht. Was machte diesen Erfolg möglich?

«Im 19. Jahrhundert war der Franken nur ein Anhängsel des französischen Franc, und er neigte ihm gegenüber häufig zur Schwäche», sagt der Berner Professor Ernst Baltensperger, der Doktorvater von Nationalbank-Präsident Thomas Jordan. In seinem Buch «Der Schweizer Franken», das 2012 herauskam, schreibt er

«Im 19. Jahrhundert war der Franken nur ein Anhängsel des französischen Franc.»

die «Erfolgsgeschichte» der härtesten Währung der Welt. Sie setzte 1907 ein, als die Kantone nach langwierigen Auseinandersetzungen die Schweizerische Nationalbank gründeten und ihr das Notenmonopol gaben. Und sie hob nach 1918 ab, als vor allem das Deutsche Reich wegen seiner Kriegslasten in der Hyperinflation versank und sich die Schweiz als rettender Hafen anbot. «Für den Erfolg brauchte es aber viel Zeit», stellt der Experte fest. «Entscheidend dafür waren die wirtschaftliche Prosperität und die politische Stabilität der Schweiz über das ganze 20. Jahrhundert.»

Der Finanzplatz mit dem Franken, der als Hort der Sicherheit die Gelder anzog, bedrohte in schwierigen Zeiten den Werkplatz, vor allem die Maschinenbauer, die seit dem

19. Jahrhundert in alle Welt verkauften. Das erste Mal kam es zum Konflikt, als in der Depression nach dem Börsenkrach von 1929 ein Abwertungswettbewerb begann, weil Grossbritannien 1931 die Bindung des Pfunds ans Gold aufhob und die USA 1933 gar den Privaten den Besitz von Gold verboten, um den Dollar unbemerkt zu schwächen.

Wirtschaft als Leidtragende

Die Schweiz litt schwer unter dem harten Franken. Die Zahl der Stellensuchenden schoss von 1931 bis 1936 von 10 000 auf 90 000 hoch; wie Ernst Baltensperger schätzt, lag die Arbeitslosenquote damit bei gut 20 Prozent. Er wertet aber trotzdem den Rückgang der Beschäftigung im internationalen Vergleich als «verhältnismässig gering». Dagegen schimpft der linke Historiker Hans Ulrich Jost in der «Geschichte der Schweiz und der Schweizer» über den Franken als «Staatsheiligum», was sich sogar darin ausdrückte, dass die Landesregierung öffentliche Diskussionen über eine Abwertung verbot: «Der Bundesrat lavierte, abstrakt gesagt, zwischen Wirtschaft und Währung, wobei die Währung zum Prestigefaktor erhoben und damit die Wirtschaft zum Leidtragenden gestempelt wurde.» Erst im September 1936, nach einer Abwertung auch des französischen Franc, knickte der Bundesrat ein. Am Tag danach wertete er den Franken um 30 Prozent ab, das einzige Mal in der Geschichte. «Ein Schweizer Franken bleibt ein Schweizer Franken», beteuerte Bundespräsident Albert Meyer, der sich selber gegen die Abwertung ausgesprochen hatte. Die Schweizer Wirtschaft erholte sich danach schnell.

Vierzig Jahre später stürzte die Schweizer Wirtschaft in ihre schwersten Turbulenzen. 1971 musste die Deutsche Bundesbank den Kurs der an den Dollar gebundenen D-Mark freigeben und drei Monate später US-Präsident Richard Nixon den Umtausch des Dollar in Gold aufheben. So zerbrach die Nachkriegsordnung, die 1944 in Bretton Woods entstanden war und der westlichen Welt einen beispiellosen Wirtschaftsboom gebracht hatte – auf brüchiger Grundlage. Nachdem die Amerikaner den Vietnamkrieg mittels einer Geldschwemme finanziert hatten, war der Dollar überbewertet. Sein Kurs kam nach der Freigabe unter Druck, das Geld der Amerikaner floss in die Schweiz als sicheren Hafen. Im März 1973 musste sie deshalb aus dem System der festen Wechselkurse aussteigen.

Der Dollar als Leitwährung der Welt sackte von Fr. 4.30 im Frühling 1971 auf Fr. 1.85 – sieben Jahre später – ab. Die Schweiz litt am schwersten unter den Turbulenzen, auch weil nach dem Erdölchock von 1973 der Bauboom einbrach. 1975 stürzte das Bruttosozialprodukt um – heute unvorstellbare – 7 Prozent ab; 300 000 Arbeitsplätze gingen verloren, 200 000 Fremdarbeiter kehrten zurück, weil es damals noch keine Sozialversicherungen gab.

Die Spitzen der Nationalbank dachten wie der Schweizer Ökonom Karl Brunner, der in Harvard und Chicago den Monetarismus gelehrt hatte. Sie weigerten sich deshalb, den Franken zu schwächen. Aber Präsident Fritz Leutwiler mahnte auch, die Schweiz sei nicht nur ein Finanzplatz: Die Nationalbank werde nicht tatenlos zusehen, wenn die unumgängliche Anpassung ein Tempo anzunehmen drohe, «das zu einer allzu brüskten und brutalen

Der starke Franken zwang die Unternehmen, ihre Produktivität stets zu steigern.

Ausschaltung von Unternehmen oder ganzen Wirtschaftszweigen führt». Im Oktober 1978 kündigten die Währungshüter deshalb an, sie wollten den Kurs der D-Mark «deutlich über achtzig Franken pro hundert D-Mark halten»; dafür warfen selbst die Schweizer Monetaristen die Notenpresse an. Der Dollar wertete sich deshalb bis Mitte der achtziger Jahre gegenüber dem Franken wieder um fast 40 Prozent auf, der Kurs der D-Mark hielt sich bis zur Einführung des Euro 1999 fast unverändert.

«Damals hatte die Schweizer Wirtschaft mehr Mühe, mit der Überbewertung umzugehen», sagt Ernst Baltensperger, der 1978 als Wissenschaftler bei der Nationalbank am historischen Entscheid mitwirkte. Als einer der erfahrensten Geldpolitiker des Landes verteidigte er auch den Beschluss von 2011, die Untergrenze des Euro-Kurses zu ziehen: «Es ist richtig, die Wirtschaft vor Schocks zu schützen, welche Strukturen und Branchen zerstören würden, die längerfristig gute Chancen haben», betonte Ernst Baltensperger vor zwei Jahren im Interview mit der *Weltwoche*. Klar war aber auch immer, dass dieser Schutz nicht ewig andauern kann.

Die historische Erfahrung zeigt: Der Werkplatz Schweiz entwickelte sich trotz starkem Franken bestens – oder gerade dank ihm. Denn er zwang die Unternehmen, ihre Produktivität stets zu steigern, dies vor allem mit Automatisierung, die sich dank starker Währung und geringen Kapitalkosten günstig finanzieren liess. Die Solidität zahlt sich also aus, auch wenn sie zeitweise schmerzt. Das ist die Erklärung für das scheinbare Paradox, dass die Schweiz nicht nur die härteste Währung der Welt hat, sondern auch die stärkste Industrie. ○

Einspruch

Sturz vom Sockel

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) zerstört nicht nur ihre Glaubwürdigkeit. Von Andreas Höfert



«Was immer es braucht»: Mario Draghi.

Für mich hat die SNB mit der Aufhebung der Euromindestgrenze massiv an Glaubwürdigkeit verloren. Viele, die den Glaubwürdigkeitsverlust der SNB monieren, konzentrieren sich aber auf eine vermeintlich schlechte Kommunikation. In einer Welt, in der Zentralbanken den Marktteilnehmern mittels *forward guidance* (Steuerung der Markterwartungen) das Händchen halten, gehört es einfach nicht zum guten Ton, mit Überraschungen in den Marktsälen zu poltern.

Eine solche Kritik greift aber daneben. Sobald man auch nur in irgendeiner Form auf die Möglichkeit einer Aufhebung oder Herabsetzung der Kursuntergrenze hingedeutet hätte, wäre es zur sofortigen Aufhebung gekommen. Es ist der gewählte Zeitpunkt der Aufhebung, der die Glaubwürdigkeit der SNB zerstört hat. Im Nachhinein betrachtet wäre es besser gewesen, gar nicht erst die Untergrenze einzuführen. Und wenn schon, dann wäre es einfacher gewesen, die Untergrenze ohne Aufschrei aufzuheben, als der Schweizer Franken nicht unter Aufwertungsdruck stand (ja, es gab tatsächlich in den vergangenen drei Jahren mehrere solcher Phasen).

Die Untergrenze im Vorfeld eines bedeutenden EZB-Entscheids und einer schicksalhaften Griechenland-Wahl aufzuheben,

wenn der Wert und die Beständigkeit des Euro in Frage gestellt werden, wirft den Verdacht auf, die SNB habe in Panik gehandelt. Natürlich erklärt uns diese, der Aufhebungszeitpunkt sei der bestmögliche gewesen. Die Argumente, die das SNB-Direktorium hierzu braucht – die Exporteure stünden heute besser da, und schliesslich habe sich der Dollar aufgewertet –, überzeugen mich jedoch nicht.

Für mich hat die SNB eine wichtige Schlacht im «Währungskrieg» verloren, den sie 2011 mit angezettelt hatte. Angenommen, der Schweizer Franken wertete sich noch weiter auf, wie kann die SNB in Zukunft glaubwürdig eine neue Verteidigungslinie ziehen? Im Wissen, dass sie schon einmal den Bettel hingeworfen hat, werden die Marktteilnehmer jede Linie angreifen, um den gebrochenen Willen zu testen.

Archimedes' «fester Punkt»

Der Verlust der Glaubwürdigkeit trifft allerdings nicht nur die SNB. Wenn eine bis anhin so renommierte Zentralbank in die Knie gezwungen werden kann, dann sollte dies auch mit anderen Zentralbanken möglich sein. Die Mittel hierfür müssen nur hoch genug sein (im Fall der SNB achtzig Prozent des Schweizer BIP). Archimedes hat einmal behauptet: «Gebt mir einen festen Punkt, und ich hebe die Welt aus den Angeln.» Dies gilt auch für die Finanzmärkte. «Gebt mir einen genug grossen Hebel, und ich zwingen jede Zentralbank in die Knie.»

Wer glaubt noch an das «Was immer es braucht» von EZB-Präsident Draghi, um den Euro zu retten? Wer glaubt noch der Bank of Japan, die japanische Zinsen mit «allen Mitteln» unter der Inflationsrate halten will? Wer glaubt noch an «Don't fight the Fed» (Kämpfe nicht gegen die Fed), die Warnung, die jeder US-Marktteilnehmer in Grossbuchstaben über seinen Bildschirmen stehen hat?

In der Welt nach der Finanzkrise, in der viele Preise (insbesondere diejenigen der Staatsanleihen) ausschliesslich vom Handeln der Zentralbanken bestimmt werden, hat das Aufheben der Euro-Untergrenze durch die SNB die Grenzen der omnipotenten Geldpolitik gezeigt. Die Währungshüter, bisher verehrt als allmächtige Halbgötter der Finanzmärkte, haben ihren ersten Sturz vom Sockel erfahren. Weitere dürften folgen. Andreas Höfert ist Chefökonom der UBS.

«Bruch in der Kultur»

Von Roger Köppel — Der Schweizer Uhrenunternehmer Nick Hayek sieht den SNB-Entscheid als Beleg für mangelnde Führungsstärke. Konzeptlos und überhastet, könnte der Ausstieg den Franken noch weiter nach oben treiben.

Herr Hayek, wo haben Sie von der Aufhebung der Euro-Untergrenze gehört?

Ich war in Zürich mit meiner Schwester. Wir warteten auf amerikanische Real-Estate-Partner. Unsere Finanzabteilung rief mich an und informierte, dass jetzt an der Börse alles drunter und drüber gehe.

Erster Gedanke?

Ich musste abklären, ob es wirklich stimmt. Es hätte ja auch ein Hacker aus Nordkorea oder den USA sein können, der sich als Nationalbank ausgibt. Zum Entscheid muss man sich differenziert ausdrücken: Ich war sehr erstaunt über den Zeitpunkt und die Art und Weise der Kommunikation.

Sie sprachen ironisch von SNB-Präsident Jordans Gang über den Jordan, von einem Tsunami.

Ich bin kein Monetarist und kann den Entscheid fachlich nicht kommentieren. Vielleicht war er richtig, vielleicht war er falsch. Was mich irritierte, war die Art, wie der Entscheid mitgeteilt und begründet wurde.

Was lief falsch?

Schauen Sie, die Nationalbank ist eine wichtige Institution. Sie sollte Stärke ausstrahlen, auch damit der Franken stark bleibt, aber gegen spekulative Angriffe verteidigt werden kann. Die SNB muss langfristig Besonnenheit, Überlegenheit und Überlegtheit ausstrahlen. Sie hat ja den Vorteil, dass sie nicht wie eine Geschäftsbank jederzeit vor das Publikum stehen muss. Der Mindestkurs wurde vor dreieinhalb Jahren eingeführt. So lange hatte die SNB Zeit, über ein Exit-Szenario nachzudenken. Der letzte Donnerstag machte aber deutlich, dass anscheinend kein solches Szenario bestand. Die SNB schien von der Entwicklung selber überrascht.

SNB-Präsident Jordan begründete den Schritt mit den unabsehbaren Risiken einer Weiterführung der Untergrenze. Er sah die Gefahr einer explosionsartigen Ausweitung der Bilanz.

Wieso gibt sich die SNB von den jüngsten Entwicklungen in Europa überrascht? Man weiss seit Monaten, dass die Europäische Zentralbank Staatsanleihen kaufen will und wird. Es ist kein Geheimnis, dass der Euro unter Druck steht. Ich frage mich, warum die SNB nun so überstürzt die Flinte ins Korn wirft. Beobachter vor allem aus dem aussereuropäischen Raum sprechen von einer Kapitulation.

Hätten Sie sich als Unternehmer eine Sicherung der Untergrenze gewünscht?

Wir sprechen hier nicht von der Swatch Group. Für uns ist der Euro-Raum wichtig, aber nicht spielentscheidend. Wir sind global aufgestellt. Ein starker Franken ist gut, aber nicht ein überbewerteter Franken. Er hat sich seit 2009 gegenüber allen relevanten Währungen zum Teil drastisch aufgewertet. Wir haben es bis jetzt geschafft, diese Verschärfungen ohne grosse Preiserhöhungen aufzufangen, und haben sogar noch weiter massiv in der Schweiz investiert und Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Ich glaube, die Nationalbank hat weniger durch den Entscheid an sich als durch die überstürzt und konzeptlos wirkende Art der Aufhebung an internationalem Ansehen verloren. In der heutigen Situation müsste unsere Nationalbank klare Zeichen setzen und Führung zeigen. Sie sollte nicht wie ein verängstigtes, verschupftes Bundesämtdchen wirken.

Sie werfen der SNB einen Schnellschuss vor?

Halt. Schauen wir doch ein Paar Fakten an. Noch am 9. und am 12. Januar beteuerte die SNB öffentlich ihren unbedingten Willen, an der Untergrenze festzuhalten. Kurz darauf wird die volle Schubumkehr eingeleitet. Interessant ist auch die Begründung. Die SNB sagte nicht: «Wir sehen in der Preisgabe

«Was mich irritierte, war die Art, wie der Entscheid mitgeteilt und begründet wurde.»

der Untergrenze langfristig bessere Chancen für die Schweiz.» Man verpackte den Entscheid in eine reine Negativbotschaft, die Risiken der Anbindung seien halt zu gross geworden. Das wirkt auf mich, als ob die SNB in all den Jahren nie ernsthaft über den Weg des Ausstiegs nachgedacht, also keine Strategie entwickelt hätte. Ich kenne so ein Vorgehen nur bei kurzfristig orientierten Unternehmen, die der Börse gefallen wollen.

Was lesen Sie aus dem Entscheid heraus?

Die SNB hat mit der Art ihres plötzlichen Entscheids am Donnerstag allen deutlich gezeigt, dass man nur reagieren, aber nicht mehr agieren will. Nämlich mit dem Satz, dass man, wenn nötig, situativ im Devisenmarkt wieder intervenieren wird. Solche Signale provozieren die Märkte geradezu, noch weiter in den Schweizer Franken zu investieren. Das Pro-

blem ist weniger der Euro, sondern es sind andere Währungen auf der Welt. Die SNB hat mit ihrem Verhalten am Donnerstag sicherlich keine Stärke demonstriert und vor allem keine positiven Perspektiven eröffnet.

Sie wirken enttäuscht.

Das bin ich auch. Ich kenne dieses Verhalten aus der Politik. Man reagiert kurzfristig auf Veränderungen, ohne dass es wirklich nötig ist. Nun scheint es mir auch in der SNB-Kultur Eingang gefunden zu haben. Wer eine klare Strategie hat, muss auch bereit sein, Risiken einzugehen und den einmal eingeschlagenen Weg nur dann abzubrechen, wenn es wirklich nicht mehr weitergeht.

Die SNB ist eingeknickt?

Es gibt da eine defensive Stimmung: voraus-eilender Gehorsam. Um ein anderes Beispiel zu nehmen: Ich war gegen die Masseneinwanderungsinitiative. Aber sie wurde angenommen. Die Mehrheit, wenn auch knapp, gibt der Regierung eine grosse Legitimation und Stärke. Vor Verhandlungen ist dies das Beste. Man könnte sich auf einen demokratischen Volksentscheid berufen. Stattdessen geht man vorsorglich in die Knie aus Angst vor negativen Konsequenzen. Man kapituliert, bevor die Schlacht überhaupt angefangen hat. So wirkt auf mich jetzt auch der Franken-Entscheid.

Überfordern Sie da nicht etwas die Behörde, die kein Unternehmen ist?

Leadership, Führungsstärke, bedeutet für mich, dass man auch überzeugend einen 180-Grad-Schwenk machen und begründen kann. Entscheidend ist die Glaubwürdigkeit der Strategie, die dem Manöver zugrunde liegt. Vielleicht war der Ausstieg ja richtig, aber die Gründe, ihn zu vollziehen, liegen sicher nicht erst seit ein paar Tagen vor. Wer führt, geht voran, strahlt Mut und Zuversicht aus. Aber hier sprach man nicht über Chancen, nur über Risiken und die Hoffnung, dass die Risiken jetzt geringer würden.

Hofften Sie auf eine ewige Untergrenze?

Sicher nicht. Aber die Nationalbank führte diese Notmassnahme ein, weil man laut SNB die Deflation und die Überbewertung des Frankens bannen wollte. Die Probleme haben sich nicht verbessert, sondern bestehen weiter und haben sich sogar verschlimmert. Doch das Medikament wird abgesetzt.

Haben Sie als Unternehmer Signale der SNB erhalten?

Nein. Unser Staat wird zum Glück nicht von Entrückten und Unberührbaren gesteuert.



«Ich bin Pirat»: Swatch-Chef Hayek.

Man kennt sich, und man redet miteinander. Eigentlich. Ich wundere mich: Zum Immobilienmarkt hat die SNB immer wieder konkrete Signale, Belehrungen und Handlungsorientierungen gegeben. Zum Mindestwechsellkurs aber nur militärmässig stoisch verkündet: «Am Mindestkurs wird nicht gerüttelt.» War das wirklich nötig?

Jede Andeutung hätte doch Attacken auf den Franken ausgelöst.

Ich verstehe, dass die SNB solch delikate Entscheidungen nicht vorher mit jemandem absprechen kann. Aber deswegen braucht sie die Menschen doch nicht in die Irre zu führen. Warum musste die SNB nur wenige Tage vor der Aufhebung ihre Entschlossenheit bekräftigen, die Untergrenze durchzuziehen? Man hätte ja ein paar Tage vorher auch einfach schweigen können. Vielleicht wurde die SNB von der Ängstlichkeit der Politik angesteckt. Man annonciert gross, dass man kämpfen will, solange man nicht kämpfen muss, aber wenn es dann losgeht, kapituliert man lieber.

Was sind die Folgen für die Wirtschaft?

Ich frage mich sorgenvoll, wie der sehr bewegliche und hochspekulative Devisenmarkt auf diesen überstürzten Exit reagieren wird. Viele Länder manipulieren ihre

Wechselkurse, der Dollar zum Beispiel ist unnatürlich schwach, wenn ich die Erholung der US-Wirtschaft betrachte. Macht die Schweiz ihren Franken hier leichtfertig zum Spielball? Ich bin mir sicher: Wenn die SNB den Ausstieg besser geplant – Zeit dazu hatte sie ja genug gehabt – und kreativer gestaltet sowie besser kommuniziert hätte, dann wären die Chancen für eine positive Entwicklung grösser.

Ist die Schweiz gerüstet für diesen Kälteschock?

Viele Unternehmen haben in den letzten drei Jahren dauernd optimiert und Alternativen entwickelt. Die SNB wiederum hat vor dreieinhalb Jahren die Leadership über den Wechselkurs übernommen. Wir, Unternehmer, Mitarbeitende, Gewerkschaften und Teile der Politik, wir sind alle gewohnt, für den Werkplatz Schweiz und den Tourismus zu kämpfen. Das ist Teil unserer Schweizer Kultur. Über Jahrzehnte war die SNB Teil, ja Garant dieser Kultur. Jetzt beobachte ich einen Bruch in dieser positiven Tradition.

Werden Sie Teile der Produktion auslagern?

Nein. Das war nie eine Option in der ganzen Geschichte der Swatch Group. «Swiss made» ist essenziell für uns. Ich erwarte für 2015 trotzdem ein sehr gutes Resultat, denn wir sind seit Jahrzehnten trainiert auf schlechte Wechselkurse.

Was muss der Staat machen?

Sich möglichst raushalten und die Bürokratie zurückfahren.

Wie sehen Sie vor dem Hintergrund des starken Frankens die Energiewende? Ersatzlos streichen?

(Lacht) Ein Rappen Unterschied zum Wechselkurs des Dollars kostet uns mehr, als wenn die Energiekosten um 100 Prozent steigen. Ich bin beim Unternehmen Belenos engagiert, das sehr erfolgreich im Energiebereich forscht. Ich bejahe die ehrgeizigen Ziele der Energiewende. Ihre Kinder werden Ihnen dankbar sein, wenn wir es fertigbringen, die Energie effizienter zu nutzen. Ich unterscheide hier zwischen Absurdistan mit der Lawine von neuen Umweltauflagen oder Bürokratie und den vielen anderen vernünftigen Massnahmen. Den Grossangriff auf die Energiewende würde ich wegen des Frankens nicht führen.

Wen werden Sie in diesem Wahljahr wählen?

(Lacht) Ich bin Pirat. Ich stimme brieflich ab, manchmal links, manchmal rechts. Bei Personenwahlen habe ich Mühe, ob ich überhaupt wählen soll, bei Parteien noch mehr. Oft gehe ich mit den Gewerkschaften einig, dann mal mit jener oder einer andern Partei. Sie sehen: Bei dieser Frage können Sie wenig mit mir anfangen. ○

Mehr Selbstbewusstsein

Auf dem Weltmarkt ist unser Land auf möglichst optimale wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen. Dabei spielen die bilateralen Verträgen mit der EU keineswegs die Hauptrolle. Diese werden massiv überschätzt. *Von Thomas Matter*



Schweizer Standard: Chinas Handelsminister Gao Hucheng (l.), Bundesrat Schneider-Ammann.

Wenn von den bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union die Rede ist, sind primär jene Abkommen gemeint, die mit der Exportwirtschaft und unserem Werkplatz zu tun haben. Dies zu Recht, denn die Entwicklung des schweizerischen Aussenhandels ist eine erstaunliche Erfolgsgeschichte: Trotz den hiesigen Lohnkosten, die so ziemlich die höchsten der Welt sind, erzielt unser Land regelmässig einen stattlichen Handelsbilanzüberschuss. Unsere Produkte sind auf dem globalen Markt gefragt, weil sie in der Regel qualitativ hochstehend, zuverlässig und innovativ sind; das Gütesiegel «made in Switzerland» hat in den letzten Jahren nichts von ihrer Strahlkraft eingebüsst.

Angesichts ihrer Lohnkosten kann die Schweiz keine billigen, standardisierten Massenprodukte exportieren. Eindrücklichstes Beispiel ist die einst blühende Textilindustrie,

die schon vor Jahrzehnten an die Billiglohnländer verlorenging, während die Textilmaschinen nach wie vor mit gutem Erfolg ins Ausland verkauft werden.

Für seine Beteiligung am Weltmarkt ist unser Land auf möglichst optimale wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen. Und diese beruhen – entgegen der hierzulande verbreiteten Wahrnehmung – bei weitem nicht in erster Linie auf den überschätzten bilateralen Verträgen mit der EU. Am wichtigsten sind die multilateralen Vereinbarungen im Rahmen der WTO, die bis zu vier Fünftel unseres Aussenhandels abdecken. Die Welthandelsorganisation für die globale Handels- und Wirtschaftspolitik mit Sitz in Genf verfolgt das für die Schweiz existenziell wichtige Ziel, Handelshemmnisse abzubauen und den länderübergreifenden Wirtschaftsverkehr zu liberalisieren. Dass die

WTO zudem selber eine breit akzeptierte Instanz zur Schlichtung von Wirtschaftskonflikten zur Verfügung stellt, ist ein grosser Vorteil. Zu den 160 Mitgliedstaaten, die über 90 Prozent des Welthandelsvolumens erwirtschaften, gehört auch die Europäische Union. Auch sie hat sich verpflichtet, mit den übrigen WTO-Mitgliedern – also auch mit der Schweiz – möglichst ohne Handelsbarrieren und Schutzzölle grenzüberschreitend zu handeln, auch ohne bilaterale Verträge. Es ist undenkbar, dass die EU im Zusammenhang mit der Schweiz die gemeinsamen WTO-Regeln in Frage stellt.

Eine institutionelle Bindung der Schweiz als «Kolonie» der EU hätte mehr Nachteile als Vorteile.

Die zweitwichtigste Säule unseres Handels mit der EU bildet das Freihandelsabkommen, das 1973 in Kraft gesetzt wurde. Zusammen mit der WTO dürfte dieses etwa neun Zehntel unserer Anforderungen an geordnete Wirtschaftsbeziehungen mit der EU ausmachen. Es gewährt grundsätzlich den gegenseitigen Marktzutritt, ohne dass die Schweiz Mitglied des EU-Binnenmarktes ist. Das Freihandelsabkommen von 1973 wurde automatisch auf jedes neue EU-Mitglied übertragen, so dass nicht jedes Mal mühsame Neuverhandlungen anstanden. Die Schweiz hat 27 weitere wichtige Freihandelsabkommen mit 38 Partnern abgeschlossen, unter anderem etwa mit China, Japan, Kanada, Mexiko, Singapur.

Die bilateralen Verträge als dritte Säule unserer Wirtschaftsbeziehungen tangieren den Export in die EU im einstelligen Prozentbereich. Die darin enthaltenen Abkommen sind für die Schweiz nicht von existenzieller ökonomischer Bedeutung.

Die globale Ausrichtung

Wenn wir die Entwicklung der Schweizer Exporte in die EU mit jenen in den amerikanischen oder asiatischen Wirtschaftsraum vergleichen, entwickelte sich der europäische Handel trotz den Bilateralen viel weniger dynamisch. Zwischen 2002, dem Jahr des Inkrafttretens der Bilateralen I, und 2013 sind die Ausfuhren der Schweiz in den EU-Raum um dreissig Prozent oder 27 Milliarden Franken angestiegen. Im gleichen Zeitraum betrug der Exportanstieg im amerikanischen Wirt-

schaftsraum aber 56 Prozent und jener im asiatischen Raum sogar 97 Prozent.

Mit 24 Milliarden Franken erreichte allein der Handel mit Asien der letzten zehn Jahre beinahe denselben Zuwachs in Franken wie derjenige in den EU-Raum. Diese positive Entwicklung in Amerika und Asien erreichte die Schweizer Wirtschaft, obwohl mit vielen der Partnerländer noch nicht einmal ein Freihandelsabkommen besteht. Die weltweiten Ausfuhren der Schweiz stiegen seit 2002 um 49 Prozent. Mit anderen Worten, der Export in die EU entwickelte sich trotz den Bilateralen stark unterdurchschnittlich.

Tatsächlich werden die bilateralen Verträge mit der EU in Politik, Verwaltung, Wirtschaftsverbänden und Medien massiv überschätzt. Betrug der Schweizer Exportanteil in den EU-Raum 2002 – also zu Beginn der Bilateralen – noch 63 Prozent, sind es heute nur noch 54 Prozent. Ich bin überzeugt, dass der EU-Anteil der Schweizer Ausfuhren noch in diesem Jahrzehnt auf unter 50 Prozent sinken wird.

Es spricht für die globale Ausrichtung unserer Industrie und Dienstleistungen, dass die Exporte zunehmend von der EU wegdiversifiziert werden. Wenn wir zusätzlich berücksichtigen, dass die EU gegenüber der Schweiz regelmässig einen namhaften Handelsbilanzüberschuss ausweist, belegt dies, dass vor al-



Gütesiegel «made in Switzerland».

lem die EU vom gegenseitigen Marktzutritt profitiert. Angesichts dieser Tatsache dürften unsere Verhandler, die jetzt die schweren Nachteile der Personenfreizügigkeit in Brüssel auf den Tisch legen müssen, ruhig etwas selbstbewusster auftreten.

Wert der Unabhängigkeit

Die Entwicklung des weltweiten Aussenhandels zeigt mehr als deutlich, dass eine institutionelle Bindung der Schweiz als «Kolonie» der EU mehr Nachteile als Vorteile nach sich ziehen würde. Die heutigen Zahlen belegen

den Wert der Unabhängigkeit auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Angesichts der positiven Entwicklung unseres Aussenhandels wäre es ein grosser Fehlentscheid, jetzt mittels eines sogenannten «institutionellen Rahmenvertrags» fremdes Recht und fremde Richter zu akzeptieren und so faktisch zum EU-Mitglied ohne Stimmrecht zu werden.

Es wäre nicht nur aus staatspolitischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht unverantwortlich. Um das erfolgreiche «made in Switzerland» aufrechtzuerhalten, braucht es den Schweizer Standard, nicht den in Bundesbern vergötterten «internationalen Standard». Wenn die Schweiz sämtliche internationale Standards übernimmt, verliert sie ihren Spitzenplatz und gleicht sich an den «internationalen Standard» an – auch im Bereich Wohlstand, Freiheit und Lebensqualität. Die bestehenden bilateralen Verträge mit Ausnahme des heute noch gültigen Abkommens zur Personenfreizügigkeit sind für beide Vertragspartner durchaus *nice to have*. Die Unabhängigkeit der Schweiz darf aber niemals durch ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU preisgegeben werden.

Thomas Matter ist Unternehmer und SVP-Nationalrat.

Wohn-Design machen wir nicht.
Aber rund um Ihre Anlagen treffen Sie
auch bei uns dank Expertenberatung
die besseren Entscheide.



Beratungstermin vereinbaren unter www.zkb.ch/anlagen

Klar, kompetent, individuell. Wir beraten Sie mit ausgewiesener Expertise für die beste Anlagelösung. Unser Ziel ist Ihr nachhaltiger finanzieller Erfolg.

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank



Halb Spanier, halb Schweizer: «Valls vereint den starken Willen des Südens und den gesunden Menschenverstand der Alpen.»

Frankreich

Shérif de France

Von Urs Gehrig — Er löste Roma-Lager auf und riet der eigenen Partei, das Wort «sozialistisch» aus dem Programm zu streichen. Frankreichs Premierminister Manuel Valls eckt an – besonders in den eigenen Reihen. Seit den Terroranschlägen läuft er zu Hochform auf.

Welch ein Unterschied ein Attentat macht. Da kriecht ein Präsident monatelang auf politischer Niederflur, so tief in der Wählergunst gesunken wie kein Präsident in der Fünften Republik zuvor, und nun: Kehrtwende über Nacht. Achtundachtzig Prozent stehen hinter

ihm, finden es tadellos, wie er die Krise managt. François Hollande gibt den Chef-Charlie mit magistraler Grandeur und einfühlsamer Gestik. Jedes Wort sitzt, jede Handbewegung passt. Tod und Elend haben dem Buhmann eine Renaissance beschert.

Noch eindrücklicher als Hollande brilliert zurzeit allerdings ein anderer: Manuel Valls, 52, der schneidige Premierminister. Man kann den Moment genau benennen, in dem sein Stern in voller Kraft über Frankreich zu leuchten begonnen hat. Es war Dienstag,



mus.» Steinerne Mienen im Saal. «Frankreich ist nicht im Krieg mit einer Religion. Frankreich ist nicht im Krieg mit dem Islam und den Muslimen.» Frenetischer Applaus.

Valls, schmale Lippen, kantiges Gesicht, rabenschwarze Sturmhaarfrisur, legt eine 45-minütige Rede hin, die, da sind sich seine

«Aber Frankreich steht aufrecht. Es ist da, es ist immer da.»

Feinde und Freunde im Saal einig, in die Annalen der Französischen Republik eingehen wird. Der Mann versteht zu bewegen: «Ja, man hat Frankreich ins Herz getroffen.» Er weiss Mut zuzusprechen: «Aber Frankreich steht aufrecht. Es ist da, es ist immer da.» Und er beherrscht die Kunst des klaren Wortes: «Diese Republik muss die grösste Entschlossenheit, die grösste Unnachgiebigkeit gegenüber jenen unter Beweis stellen, die im Namen des Islam versuchen, eine Decke aus Blei über manchen Stadtvierteln auszubreiten und mit Hilfe von illegalen Geschäften und religiösem Radikalismus eine Ordnung durchzusetzen, in der die Frau vom Mann beherrscht wird und der Glaube über die Vernunft siegt.»

Kampf wider den Antisemitismus

Eine Stunde zuvor, bei der Beisetzung der getöteten Polizisten vor dem Invalidendom, hatte er noch still getrauert, eine Träne löste sich aus gesenktem Auge und rollte über seine Wangen, während im Hof die Totenfanfaren schmetterten. Jetzt klingt seine Stimme fest und entschlossen: «Das Phänomen der Radikalisierung findet sich auf dem gesamten Staatsgebiet wieder. Wir müssen also überall aktiv werden.»

Zur gleichen Zeit im Marais, im Herzen von Paris. Im Café «Les Philosophes» läuft Valls' Rede live am Fernsehen. An der Tür hängt ein Schild: «Chez Charlie». Hier im 4. Arrondissement, wo Valls aufgewachsen ist und seine Mutter immer noch lebt, sind alle Charlie, und alle sind begeistert von Monsieur Valls. Draussen vor der Tür patrouilliert die Armee. 10 000 Soldaten hat Valls aufbieten lassen. Sie bewachen jüdische Geschäfte hier, wo die Stimmung schon lange schlecht ist. 7000 von 600 000 Juden haben Frankreich allein letztes Jahr in Richtung Israel verlassen. «Ohne die Juden Frankreichs wäre Frankreich nicht mehr Frankreich», sagt Valls in seiner Rede und schwört das Volk ein auf den «Kampf wider den Antisemitismus».

Ein weiter Weg liegt zwischen Valls, dem unerschrockenen Wortführer des Kriegs, und dem kleinen «Manuelito», der in diesen Gasen gespielt hatte. Mitte der 1970er Jahre: Im Lodenmantel geht Manuel Valls zur Schule,

ist dort unauffällig, ein gescheites Kind, nicht Klassenerster, aber solider Zweiter. Schöngeist durchweht sein Elternhaus, bildende Kunst steht in der Stube. Vater Xavier ist Kunstmaler aus Katalonien, Mutter Luisa, geborene Galfetti, ist Erzieherin aus Ludiano im Tessin. Sein Onkel ist der renommierte Schweizer Architekt Aurelio Galfetti, ein Freund von Mario Botta. Gern erinnert sich Valls an die Ferien in Ludiano. «Diese Region ist immer in meinem Gedächtnis, wie eine sanfte, angenehme, vertraute Melodie.»

Er packt den Besen aus

In der Rede spricht Valls jetzt von Kampf und Strafe. «Die Justiz muss gegenüber den Hasspredigern unerbittlich sein! Ich sage das mit Nachdruck!» Woher hat der Bohémien diese Härte? «Valls ist halb Spanier, halb Schweizer», versucht ein Freund des Premiers zu erklären. «Er vereint den starken Willen des mediterranen Südens und den gesunden Menschenverstand der Alpen.»

Wahrscheinlicher ist: Manuel Valls ist ein parteipolitischer Transgender. Ein Bürgerlicher im falschen Lager. Sozialisiert im linken Milieu, tritt er als Siebzehnjähriger der Sozialistischen Partei bei, steigt dank Talent rasch auf, bekleidet verschiedene Sprecherrollen, doch fühlt er sich nie wohl in seiner Sozialistenhaut. Seit er Parteimitglied ist, eckt er an und provoziert.

Als «conquistador», Eroberer, bezeichnen ihn seine Biografen Jacques Hennen und Gilles Verdez. Einen, der das Unwegsamen suche, wildes Gelände liebe und am liebsten fremdes Land erobere. 2001 gewinnt Valls seine erste Wahl. Er wird Bürgermeister von Evry, einer Banlieue vor den südlichen Toren von Paris. Evry ist eine *cité sensible*, steht für Kriminalität, für zu starkes, ungeplantes

13. Januar, 15 Uhr, als Valls im Parlament ans Rednerpult schritt und mit dunkel funkeln Augen das Wort ergriff.

«Ins Herz getroffen»

Vereint in Schock, Zorn und Trauer, hatten sich zuvor die Volksvertreter für eine Schweigeminute erhoben und stimmten darauf die Marseillaise an – zum ersten Mal seit 1918. Damals markierte das vereinte Singen der Nationalhymne das Ende des Grossen Krieges. Jetzt war es das Fanal zu einem neuen. «Ja, Frankreich ist im Krieg», sagt Valls mit fester Stimme, «im Krieg mit dem Terrorismus, dem Dschihadismus und dem radikalen Islamis-



Erleben Sie das grösste Fussballspiel der Welt live!

21. bis 23. März 2015
FC Barcelona – Real Madrid

Fr. 1950.-
Preis pro Person

Im Preis inbegriffen:

- Linienflug Zürich–Barcelona–Zürich
- 2 Übernachtungen im Doppelzimmer in 1. Klass-Hotel inkl. Frühstück
- Einzelzimmerzuschlag Fr. 240.-
- nummerierte Sitzplatztickets für das Fussballspiel
- sämtliche Transfers

SAN-SIRO-REISEN

Fussballreisen mit Stil

Weggismattstr. 3 · CH-6004 Luzern
san-siro-reisen@bluewin.ch · www.san-siro-reisen.ch



Idol: Sozialist Clemenceau.

Wachstum. Hier wohnen Einwanderer aus Portugal, dem Maghreb und aus Schwarzafrika.

Valls kommt an und packt den Besen aus. Er stockt die lokale Polizei ums Dreifache auf, rüstet sie mit modernen Waffen aus, lässt Überwachungskameras aufstellen. Als er Einwanderer aus Nord- und Schwarzafrika auffordert, sich stärker um Integration zu bemühen, hagelt es heftige Kritik aus dem eigenen Lager.

Die Parteilinke sieht in Valls schon lange einen Fremdkörper. Schonungslos hat er den Genossen eröffnet, dass er von der 35-Stunden-Woche gar nichts hält. Wohlstand müsse zuerst erarbeitet werden, bevor man ihn umverteilen könne. Als er anregt, «sozialistisch» aus dem Namen und Programm der Partei zu streichen, platzt Parteichefin Martine Aubry der Kragen. «Entweder du liebst die Partei, oder du verlässt sie!», droht sie ihm in einem offenen Brief.

Oberster Polizist Frankreichs

Der ehrgeizige Valls bleibt, und er lädt nach, diesmal in Buchform. Die Partei sei so «betrunken von der Saga», Globalisierung und Ultraliberalismus zu bekämpfen, dass sie vergessen habe, an eigenen Ideen zu arbeiten und sich aufs Regieren vorzubereiten, schreibt er in einer Kampfschrift mit dem Titel «Pouvoir». Der Name ist Programm. *Pouvoir* bedeutet: Fähigkeit, Kraft, Macht – die heilige Drei-Valls-igkeit des Turbopolitikers.

Valls will nach oben. Doch die Zeit ist noch nicht reif. Bei den sozialistischen Vorwahlen für die Präsidentschaftskandidatur 2011 holt er mickrige sechs Prozent der Stimmen. Pragma-



«Sarkozy der Linken»: mit Gattin Anne Gravoine.

tisch stellt er sich hinter die Kandidatur Hollandes. Nach seinem Wahlsieg belohnt Hollande den Immigrantensohn mit einem Schlüsselposten. Valls wird Innenminister, *pre-*

Fähigkeit, Kraft, Macht – die heilige Drei-Valls-igkeit des Turbopolitikers.

mier flic, oberster Polizist Frankreichs. Er nutzt das Amt zur Politur seines Renommees: Dauernd ist er auf Achse, ist zur Stelle bei Unfällen, Katastrophen oder Polizeiaktionen und gewinnt das Vertrauen eines Apparats, der als Bastion der Konservativen gilt.

«Sarkozy der Linken» nennt ihn die Presse. Valls mag den Vergleich nicht. Lieber beruft er sich auf den echten Napoleon oder de Gaulle, am liebsten aber auf Georges Clemenceau (1841–1929), den legendären «Tiger» und feisten Sozialisten, der hundert Jahre zuvor dasselbe Amt bekleidet hatte. Clemenceaus Motto lautete: «Erst muss man wissen, was man will, dann muss man den Mut haben, es zu sagen, und anschliessend die Tatkraft, es zu tun.»

Valls macht Clemenceaus Devise zur eigenen und lebt sie bis zur letzten Konsequenz. In seiner ehemaligen Gemeinde Evry lässt der Innenminister 2013 ein Roma-Lager räumen. Roma seien «nicht integrationswillig» und sollten daher besser in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Auf Kritik reagiert Valls gelassen. «Ich bin ein Mann der Linken», sagt er unverdrossen und vertraut darauf, dass Hollande ihn weiter stützt. Hollande tut's. Wohlweislich. Denn das Volk ist inzwischen auf den Super-Flic aufmerksam geworden. Von allen Politikern,

rechts wie links, genießt er laut einer Umfrage für *Le Point* die grösste Zustimmung.

Während Präsident Hollande im Popularitätstief versinkt und seine Partei im Frühling 2014 die Kommunalwahl verliert, avanciert Valls zum starken Mann der schwachen Regierung: Valls ist nun unverzichtbar. In der Stunde der grössten Niederlage ist er der Einzige, der den Sozialisten Schneid verpasst. Hollande beugt sich dem Unvermeidlichen und beruft Valls zum Premier. In Hollandes Auftrag soll er eine politische Öffnung nach rechts einleiten.

Liebäugeln mit einer «Patriot Act»

Erneut hat Valls mit seinem Idol Clemenceau gleichgezogen, der im Ersten Weltkrieg zum Premier avancierte. Und wie sein Übervater Clemenceau läuft Valls nun in der Krise zur Hochform auf. Er will die Geheimdienste stärken, die Überwachung erhöhen, die Kontrollen aufstocken, um den Terroristen das Handwerk zu legen. Valls ist wieder *premier flic*, mehr noch, er ist der *shérif de France* und liebäugelt mit einer «Patriot Act», wie sie die USA nach 9/11 verabschiedet haben.

Noch sitzt Frankreich der Schock in den Knochen. Noch kann Hollande von der Terrorangst profitieren. Doch der Präsident spürt, dass ihm der unverzichtbare Valls seit den letzten Tagen noch gefährlicher im Nacken sitzt. Kürzlich erinnerte er seinen Regierungschef süffisant daran, dass dessen sozialistisches Vorbild Clemenceau am Einzug in den Elysée-Palast gescheitert sei.

So schreitet Frankreich ins Gedenkjahr von Waterloo. Draussen im Land herrscht Wirtschaftskrise und Krieg, und in der Regierung schwelt eine Fehde. ○

«Die Freiheit ist wichtiger»

Von Alex Reichmuth — Datenspezialist Franz Grüter warnt nach den Attentaten in Paris vor zu viel Staatsschutz. Die Überwachung der Bürger müsse Grenzen haben, ist der SVP-Politiker überzeugt.

Franz Grüter, bisher waren Sie laut eigenen Angaben auf einer «Mission gegen den Überwachungsstaat». Nach den Attentaten in Paris ist es wohl vorbei damit.

Nein. Gegenwärtig wird überall hysterisch nach mehr Überwachung geschrien. Es braucht Leute, die auf die Folgen hinweisen, die ein überbordender Staatsschutz in einem demokratischen Land hätte.

Die Attentate zeigen, dass die Presse- und Meinungsfreiheit in Gefahr ist. Sie muss geschützt werden.

Wenn alle Bürger der Schweiz nach dem Giesskannenprinzip von einigen Geheimdienstangestellten überwacht werden, birgt dies erhebliche Risiken. Wer stellt sicher, dass die vielen Daten nicht missbraucht werden? Ich bin sicher nicht gegen jegliche Überwachung. Aber die Freiheit der Bürger ist tendenziell höher zu gewichten. Zudem kann auch eine ausgebauten Überwachung Attentate nicht verhindern, wie man in Paris gesehen hat.

Das ist unfair. Naturgemäss bekommt man nicht mit, wie viele geplante Attentate der Staatsschutz verhindert. Man erfährt nur, wenn doch etwas passiert.

In der Schweiz kann der Staat schon heute sechs Monate rückwirkend verfolgen, wer sich wo aufgehalten, wer mit wem telefoniert und wer wem E-Mails geschrieben hat. Mit solchen Daten sind komplette Profile von Menschen möglich, auch wenn diese völlig unschuldig sind. Doch mit der laufenden Gesetzesrevision sollen noch mehr Daten erhoben werden können, etwa mit dem Einsatz von Spionage-Software. Und diese Daten sollen doppelt so lange aufbewahrt werden.

Heute müssen Daten nach nur sechs Monaten gelöscht werden. Das ist lächerlich kurz. In Frankreich ist es dank der Aufzeichnung von Telefon- und E-Mail-Daten gelungen, die Hintermänner der Attentäter zu finden.

Ich bin nicht gegen eine verbesserte Datenauswertung und gegen die zielgerichtete Überwachung potenzieller Attentäter. Wir brauchen aber nicht noch mehr Daten von uns allen. Die vorhandenen müssen besser genutzt werden. Die Gefahr besteht, dass wir wieder in den Fichenstaat zurückfallen. Wollen wir, dass am Ende Fingerabdrücke und DNA-Profile von allen Bürgern hinterlegt werden? Die USA haben nach

den Attentaten von 9/11 die Überwachung ins Uferlose gesteigert. Davon haben wir nur dank Edward Snowden erfahren. In Europa drohen jetzt die gleichen Fehler.

Fehler? Immerhin hat Amerika nach 9/11 weitere grosse Attentate verhindert.

Sicher. Aber gemäss Benjamin Franklin geht gerade dann die Freiheit verloren, wenn sie mit zu viel Überwachung erhalten werden soll. Man muss die Mittel des Staates und die Freiheitsrechte der Bürger immer sorgfältig gegeneinander abwägen. Diktatorische Verhältnisse, um die Freiheit zu erhalten – das kann es nicht sein.

Sie malen den Teufel an die Wand. Niemand in der Schweiz will eine diktatorische Überwachung. Kriegsreporter Kurt Pelda hat die Kompetenzen unseres Nachrichtendienstes kürzlich als «Witz» bezeichnet.

Pelda und ich liegen wohl gar nicht so weit auseinander. Ich stimme mit ihm überein, dass der Nachrichtendienst Namenslisten erstellen sollte – was er heute nicht darf. Ich bin aber entschieden dagegen, noch mehr Daten zu erheben.

Heute muss unser Nachrichtendienst von Kollegen im Ausland darauf aufmerksam gemacht werden, wenn in der Schweiz ein Treffen von Extremisten stattfindet.

Das stimmt. Es wären jedoch genügend Daten vorhanden, dass unsere Behörden das selber merken könnten. Aber eben: Der

Schweizer Staatsschutz darf vorhandene Daten nur sehr eingeschränkt auswerten. Absurderweise machen das dann ausländische Nachrichtendienste.

Wie bitte?

Technologie macht nicht halt vor Landesgrenzen. Aufgrund von Vorkommnissen schliesse ich darauf, dass unsere Daten effektiv im Ausland verwertet werden. Darum ist es heikel, noch mehr Daten zu erheben.

Sie sind Geschäftsführer der Internetfirma Green.ch, die Daten bunkert und darum möglichst wenig Instrumente für den Nachrichtendienst will. Ihr Widerstand hat kommerzielle Gründe.

Die Schweiz ist in den letzten Jahren in der Tat zu einem bedeutenden Standort für die Beherbergung von Unternehmensdaten geworden – nicht zuletzt, weil bei uns der Datenschutz noch hochgehalten wird. Sicher bietet das kommerzielle Chancen. Mein Misstrauen gegenüber noch mehr Überwachung entspringt aber vielmehr dem Einblick, den ich dank meiner Tätigkeit habe. Die Überwachung geht schon heute sehr weit. Direkte Demokratie ist die bessere Terrorbekämpfung.

Direkte Demokratie hält Dschihadisten nicht von Attentaten ab.

Es ist eine Illusion, zu glauben, wir könnten Attentate verhindern, wenn wir noch mehr Daten erheben. Viel mehr Sorgen als angeblich fehlende Überwachung macht mir, dass wir nach Vorfällen wie in Paris kaum genügend Polizei und Militär aufbieten könnten, um gefährdete Orte zu sichern.

Franz Grüter ist Chef des Datenunternehmens Green.ch und Kantonalpräsident der SVP Luzern. Er hat ein überparteiliches Referendumskomitee gegen das neue Überwachungsgesetz des Bundes gegründet.



«Direkte Demokratie ist die bessere Terrorbekämpfung»: Politiker und Unternehmer Grüter.



Entscheidende Überlegungen: Adolf Eichmann vor Gericht in Jerusalem, 1961 – Monate später wurde er hingerichtet.

Philosophie

Einbruch des Bösen

Von Regula Stämpfli — Nach den Attentaten von Paris werden Forderungen nach der Todesstrafe laut. Das Entsetzen ist gross. Aber die Frage stellt sich: Wie muss man mit Tätern umgehen, die andere Menschengruppen gezielt ausrotten wollen?

Le Pen fordert Referendum über die Todesstrafe»: Die Schlagzeile von *Spiegel* online entsetzte die meisten Leser weit über Deutschland hinaus. Alle, die sich auch nur ein bisschen mit der Geschichte und der Wirkung von Todesurteilen befassen – sei es in den USA, sei es in vielen arabischen Ländern –, wissen: Der Weg zur Menschlichkeit und zur Demokratie kann nicht mit Hinrichtungen gepflastert sein. Eine Einführung der Todesstrafe in Ländern, in denen sie längst abgeschafft wurde, wäre tatsächlich ein Zurückfallen in Willkür und voraufklärerische Zustände. Trotzdem stellen sich angesichts der jüngsten Anschläge verstörende Fragen.

Breiviks erschöpfte Wärter

Politik besteht nicht einfach aus Theorie und absoluten Normen, daher muss das politische Handeln immer wieder überprüft werden. Das

Böse hat sich dieser Tage in Paris und Nigeria in unvertrauter Art offenbart. Wie muss der liberale Rechtsstaat reagieren? Wenn wir nicht in einer Welt leben wollen, in der ethische Grundsätze als verhandelbar und austauschbar gelten, dann braucht es klare Regelungen für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, jenseits von momentan praktizierter Gerechtigkeit. Zum Satz «Fiat iustitia, et pereat mundus» meinte der Philosoph Kant: «Wenn die Gerechtigkeit untergeht, hat es keinen Wert mehr, dass Menschen auf Erden leben.» Diese Einsicht, dass Gerechtigkeit und Vergeltung herrschen müssen, wird inzwischen gern und locker mit dem Hinweis auf «Umstände» zugunsten der Täter geopfert.

Wenn sich eine Zivilisation daran misst, wie gut Straftäter versorgt werden, wird das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen missachtet. Es geht hierbei nicht um Bagatelldelikte und

«Jugendsünden», sondern um Taten an Menschen, in denen sich so etwas wie das Böse manifestiert. Es geht um Taten, denen gegenüber jeder Mensch nur mit Entsetzen reagieren kann und aufgrund deren er sprachlos ist. Taten, die nie hätten geschehen dürfen. Taten, die den Willen der Täter zum Ausdruck bringen, jede Menschlichkeit, ja die Tatsache des Menschseins schlechthin zu verneinen.

Wie aber unterscheiden wir «normale Verbrechen» vom Bösen? Erinnern Sie sich an Anders Breivik? Den Norweger, der Kinder und Jugendliche in ihrem Sommerlager eiskalt hingerichtete? Der sich rechtsextremem Schriften zur Begründung seiner «rechtmässigen» Tat bediente und bis heute keinen einzigen Mord bereut? Breivik ist seit über vierzig Monaten in Isolationshaft in Norwegen. Im Herbst 2014 verkündete er, eine Partei gründen zu wollen, und seit 2013 will er im Gefängnis Politikwis-

senschaft studieren. Die Wärter, die Breivik versorgen müssen, sind gemäss einem neueren norwegischen Bericht völlig erschöpft. Breivik ist freundlich und ein Meister der Manipulation. Keinem Wärter kann es zugemutet werden, Breivik länger als eine Woche zu betreuen. Sie können, wollen nicht ständig nett mit dem Kindsmörder sein, der, hätte er die Chance, sofort wieder morden würde.

Breivik pflegt einen immensen Schriftverkehr. Tausende von Seiten, die kontrolliert werden müssen, um die Ausbreitung seiner zerstörerischen Gedanken zu verhindern. Zwanzig der besten Gefängnismitarbeiter sind allein mit Breivik beschäftigt – so sehen diese Staatsjobs aus. Breivik ist kein «normaler» Gefangener, er soll es nie sein. Er schreibt weiterhin Manifeste, um eine «Bonus-Attacke» zu garantieren. Der Preis, den Norwegen und seine Bewohner dafür zahlen müssen, Breivik «zivilisiert» und lebenslänglich zu versorgen, ist nicht nur monetär eine Belastung, sondern vor allem im Kopf all jener eine unmenschliche Anforderung, weil sie Breivik ständig begegnen und damit leben müssen, dass er locker noch weitere vierzig Jahre so weitermachen kann. Jean Améry meinte einmal: «Das Böse stellt uns Menschen eben nicht nur vor die Frage, wie viel wir davon verstehen können, sondern wie viel wir davon verstehen sollen.»

Hannah Arendts Plädoyer

Was tun, wenn es Verbrechen gibt, die so unaussprechlich sind, dass sie nie hätten geschehen dürfen? Verbrechen, über die auch im Neuen Testament steht, dass es für die Täter besser gewesen wäre, sie wären nie geboren worden und dass sie – wie selbst der grosse Vergeber Jesus meint – mit einem «Mühlstein am Hals gehängt und ersäuft würden im Meer».

In «Eichmann in Jerusalem» unterstützt die Philosophin Hannah Arendt – eine Verächterin der Todesstrafe – die Hinrichtung des «Schreibtischtäters» Eichmann. Seltsamerweise wird die bemerkenswerte Passage von Arendt nur sehr selten zitiert, obwohl sie die entscheidenden Überlegungen zur Todesstrafe in einem zivilisierten Land formuliert. In ihrem fiktiven Plädoyer des Staatsanwaltes kommt Arendt zum Schluss, dass es angesichts der Planung und der Taten von Eichmann «keinem Angehörigen des Menschengeschlechts zugemutet werden kann, mit ihm weiter die Welt teilen zu müssen».

Zwei Argumente sind dabei entscheidend: Erstens hält Arendt überhaupt nichts von der Kollektivierung von Schuld. Sie sieht es als eines der Grundübel der Moderne und als Verrat am liberalen Rechtsstaat an, plötzlich «alle» anzuklagen. Ich habe dazu den Satz «Herrschaft des Niemand» geprägt, denn wenn alle schuld sind, ist letztendlich niemand mehr verantwortlich. In einem Gerichtshof gibt es nur persönliche Schuld und

Unschuld, die sich aufgrund objektiver Tatbestände nachweisen lassen müssen. «Auch wenn achtzig Millionen Deutsche getan hätten, was Sie getan haben, wäre das keine Entschuldigung für Sie.» Zweitens muss Eichmann zum Tode verurteilt werden, weil er den Willen kundtat, die Welt nicht mit einer ganzen Reihe von Kategorien, Menschen, Volksgruppen und insbesondere dem jüdischen Volk teilen zu wollen, und alles daran gesetzt hatte, diese auszurotten. «Keinem Angehörigen des Menschengeschlechts kann zugemutet werden, mit denen, die solches wollen und in die Tat umsetzen, die Erde zusammen zu bewohnen. Dies ist der Grund, der einzige Grund, dass Sie sterben müssen.»

«Alles ist vergeben»

Die Mörder in Paris haben mit ihrer Tat klar den Willen kundgetan, dass sie mit bestimmten Volks- und Berufsgruppen die Welt nicht teilen wollen: Juden und Karikaturisten, die sich über den Propheten mokieren. Sie haben den Mord sorgfältig geplant mit dem Ziel, möglichst viele nach ihrer Wahl definierte Menschen, die es in ihren Augen nicht verdienen, weiterhin mit ihnen zusammenzuleben, gezielt zu ermorden.

Angesichts des Bösen stellt sich die Frage nach der Urteilskraft, die verlangt, Unterschiedliches unterschiedlich und Gleiches gleich zu behandeln. Wer die Morde in Paris mit einem geplanten Mord beispielsweise eines Geschäftspartners gleichstellt, hat die Tragweite dessen, was nie hätte passieren dürfen, nicht erfasst. Der Fall Breivik zeigt, wie sehr die Welt, die entschieden hat, ihr Leben weiterhin mit einem kaltblütigen und planmässig vorgehenden Massenmörder zu teilen, noch jahrzehntelang unter diesem leiden muss.

Das Böse stellt uns nicht nur vor die Wahl, wie viel wir davon als «normal» betrachten, sondern auch vor diejenige, wem wir dies – und seien dies «nur» die Gefängnisangestellten – jahrzehntelang zumuten wollen. Das Opfer, sei es individuell oder wie im Fall von Paris darüber hinaus auch noch kollektiv, muss seinen Weg finden, mit dem Schmerz, der Trauer und der Wut umzugehen. Geschieht dies, wie in der neuesten Ausgabe von *Charlie Hebdo*, mit dem Slogan «Alles ist vergeben», so nimmt das den Tätern den Grossteil der beabsichtigten Sprengkraft, die sich die Radikalisierung und Spaltung unserer Zivilgesellschaft erhofft hatten. «Alles ist vergeben» wirft die Täter und ihre Motive auf ihre eigene kleine Erbärmlichkeit zurück und lässt keinen Platz mehr für Heroisierung und falsches Pathos.

Ob Eichmann, Breivik oder die Attentäter von Paris: Jeder Einzelne ist aufgerufen und verpflichtet, sich Gedanken darüber zu machen, wie mit dem Bösen umzugehen ist. Gegenüber dem Bösen kann es keine Neutralität geben. ○

Fernseh-Kritik

Klassenfahrt

Manipulierter Trauermarsch in Paris. Von Wolfgang Koydl

Normalerweise beschäftigt sich eine TV-Kritik mit einer Sendung, die im Fernsehen gezeigt wurde. Diesmal geht es um Bilder, die man nicht zu sehen bekam. Die Rede ist von der Demonstration, bei der in Paris Hunderttausende gegen islamistischen Terror und gegen Islamophobie auf die Strasse gingen. Mit von der Partie waren Staats- und Regierungschefs aus vierzig Ländern, darunter Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga: Arm in Arm, gleichsam als Vorhut der Massen, marschierten sie voran.

Angeblich. Denn inzwischen weiss man, dass dies nicht stimmte. Die Politiker liefen alleine durch eine von Anrainern und Bewohnern gesäuberte Strasse. Nutzer europäischer Medien freilich erfuhren dies erst im Nachhinein – dank einem aussergewöhnlichen journalistischen Duo:



Staatsoberhäupter am 11. Januar.

Der Kreml-Sender Russia Today stellte Bilder des von Sicherheitsbeamten umringten Politikerhäufleins ungeschnitten auf seine Webseite, die linke deutsche *Tageszeitung* geisselte das potemkinsche Spektakel.

Um eines klarzumachen: Natürlich kann man Spitzenpolitiker nicht unter eine riesige Menschenmenge mischen, schon gar nicht nach einem Anschlag. Doch man sollte nicht den Eindruck vermitteln, als habe diese Verbrüderung stattgefunden. In Deutschland hackte man auf die «Tagesschau» ein, weil sie genau diesen Sachverhalt vermittelte. Tatsächlich aber machten sich fast alle Medien desselben Fehlers schuldig. Die *Weltwoche* zeigt auf ihrer Website, wie es wirklich war – das Drängeln, das Schäkern, die aufgesetzte Betroffenheit der Elite, die sich benahm wie Gymi-Schüler auf einer Klassenfahrt. Man weiss nicht, wie man auf die Bilder reagieren soll: lachen, weinen, schimpfen oder doch nur resignieren.

Link zum Video: www.weltwoche.ch

Familienbild mit Fehler

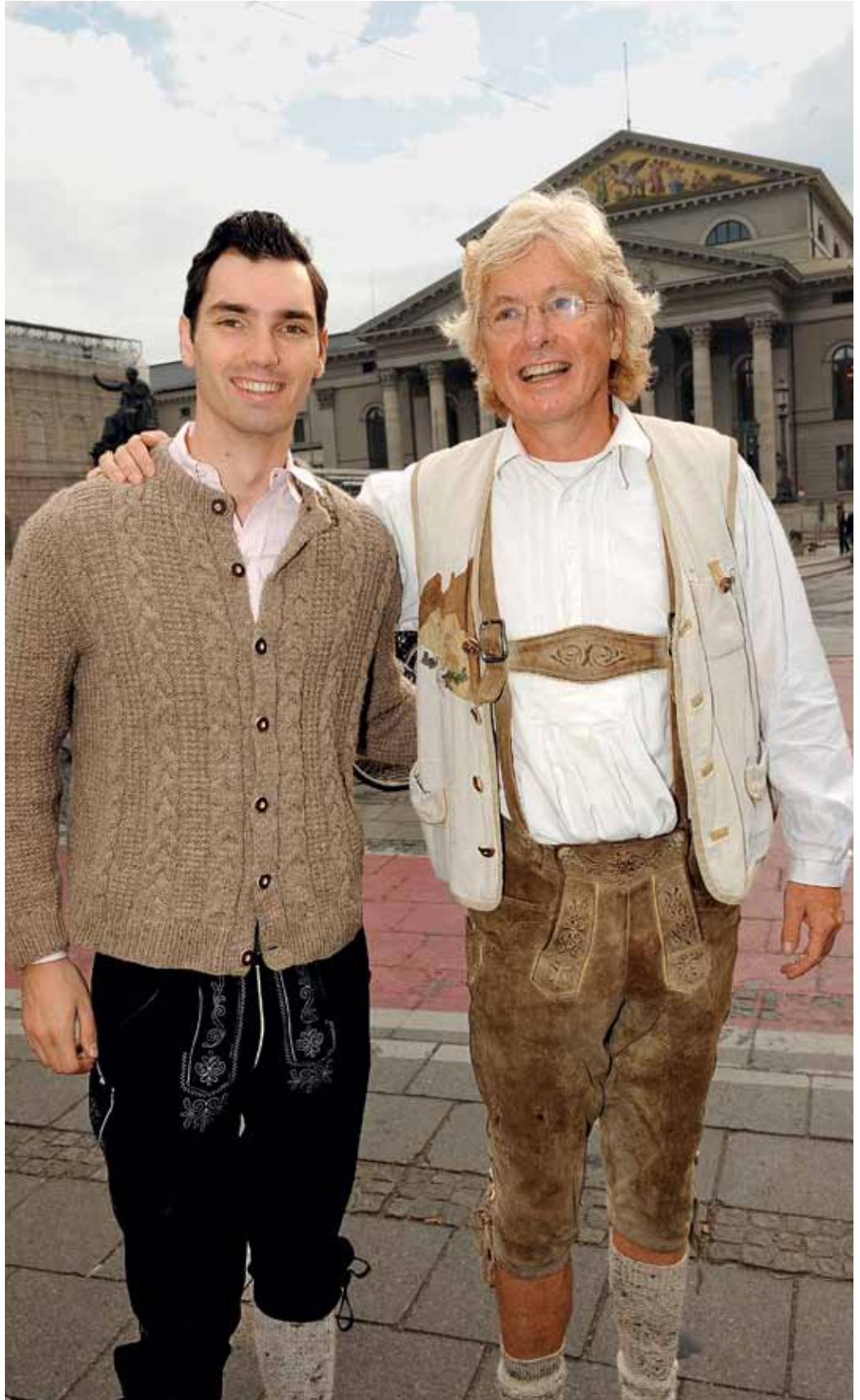
Von Markus Schär — Mit seinen drei Söhnen baute August von Finck in der Schweiz innert zwanzig Jahren ein Firmenimperium auf. Allerdings missachtete er die Ansprüche seines Neffen Nino von Finck. Wegen des Erbstreits droht ihren Schweizer Unternehmen nun ein Erdbeben. Teil 3/3.

«Ich verfolge diese Rankings», sagt Nino von Finck. Der junge deutsche Banker meint die Listen der grössten Vermögen, auf denen auch seine Familie steht, zumindest jene seines Onkels August von Finck. Unter den Reichsten des Wirtschaftsmagazins *Bilanz* findet sich der «Herr auf Schloss Weinfelden», wie es ihn jeweils adelt, zusammen mit seinen drei Söhnen noch auf Platz 21; mit einem seit je auf fünf bis sechs Milliarden Franken geschätzten Vermögen ist die Familie aus den Top Ten gerutscht. Auf der Liste des *Manager-Magazins* für Deutschland steht sie auf Rang 19, auf jener von *Forbes* für die Welt auf Platz 171. Dazu kommt in Deutschland ein Cousin von Nino von Finck, Wilhelm «Billy» von Finck, der mit 1,9 Milliarden Euro auf Platz 72 steht; er fehlt bei der *Bilanz*, obwohl auch er in der Schweiz lebt.

Die Familie von Finck zeige sich «höchst öffentlichkeitsscheu», bedauern die Fahnder nach den Reichsten jedes Jahr. Nicht nur August von Finck wohnt seit 1998 offiziell auf Schloss Weinfelden im Thurgau, ohne dass die Einheimischen auf der Strasse oder bei ihren Steuerrechnungen etwas davon merken. Auch von seinen drei Söhnen, die wichtige Schweizer Unternehmen führen, gibt es kaum aktuelle Fotos. Die *Bilanz* stürzte sich deshalb auf die Angetraute des zweitältesten Sohnes Maximilian, die Brasilianerin Ana Paula Araújo, die vorher für *Sports Illustrated* mit Bademode lockte und mit dem Rolling-Stones-Gitarristen Ron Wood schäkerte. Die Verschwiegenheit der Familie erklärt auch, dass sich ihr wahres Vermögen kaum schätzen lässt. Denn sie legt ihre Milliarden, mutmasslich einige mehr als fünf bis sechs, seit je mit Vorliebe so an, dass sie niemandem Rechenschaft schuldet.

Sprengstoff im Testament

Wie sich die Familie dagegen sperrt, Auskunft zu geben, weiss niemand besser als Nino von Finck. Sein Vater Helmut von Finck trat am 14. Februar 1985 den beiden rund dreissig Jahre älteren Halbbrüdern August und Wilhelm, dem Vater von Wilhelm «Billy», sein Erbe für 65 Millionen D-Mark ab, obwohl es damals mindestens 760 Millionen galt. Dabei achteten allerdings alle Beteiligten nicht darauf, dass der 1980 verstorbene Erblasser, der Münchner Bankier August von Finck senior, seinen Sohn Helmut nur als Vorerben für einen männlichen Nachfahren eingesetzt hatte. Und Nino von Finck, 1985 geboren, ist der Nacherbe, den sich der Patron wünschte.



Der Nachfahre, den sich der Patron wünschte: Helmut von Finck mit Sohn Nino (l.).

Als er 2003 volljährig wurde, fragte er deshalb seine Onkel mit einem höflichen Brief nach seinem Erbe. «Ich wollte meine Familie kennenlernen», erzählt er. «Aber sie ging nie auf meine Kontaktversuche ein.» Deshalb erstritt sich Nino von Finck die Auskunft auf dem Rechtsweg. Das Landgericht und das Oberlandesgericht München wiesen seine Klage ab, der Bundesgerichtshof aber gab ihm recht und schickte den Fall zurück. Die höchsten deutschen Richter meinten 2009 zum Entscheid der Vorinstanzen, der Nacherbe könne aus der Vereinbarung, die sein Vater am 14. Februar 1985 mit den Halbbrüdern schloss, keine Auskunftsansprüche herleiten: «Das hält der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.»

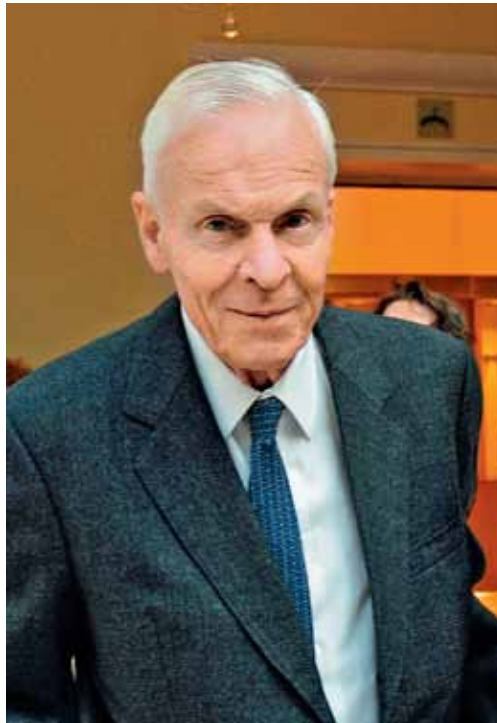
Noch mehr Sprengstoff steckt in einer Anmerkung, die das höchste Gericht beiläufig machte. August von Finck senior hatte in seinem Testament von 1974 festgeschrieben, seine männlichen Nachfahren müssten die familieneigene Bank Merck Finck & Co als persönlich haftende Gesellschafter fortführen: Wenn ein Erbe dieser letztwilligen Verfügung zuwiderhandle, «so soll ihm jeglicher Erbteil

«Ich wollte meine Familie kennenlernen. Aber sie ging nie auf meine Kontaktversuche ein.»

entzogen und er auf den Pflichtteil gesetzt sein». 1990 aber hatte zuerst Wilhelm von Finck seine Anteile an der Familienbank dem Bruder August abgetreten und darauf August von Finck das von seinem genialen Grossvater aufgebaute Traditionshaus Merck Finck & Co der britischen Barclays Bank verkauft. Deshalb merkte der Bundesgerichtshof an, es könnte «allenfalls zweifelhaft sein», ob dieses Abstossen der Familienbank «dem Erblasserwillen entsprochen hätte». Diese Frage aber, schloss das Gericht 2009, bedürfe noch keiner Entscheidung.

Die Kläger bekamen also Recht und gewannen trotzdem noch keinen Euro. «Mein Geld war nach diesem Verfahren am Ende», sagt Helmut von Finck; ihm fehlten deshalb die Mittel, um mit dem Rechtsstreit um sein leichtfertig weggegebenes Erbe nochmals von vorne anzufangen. «Das hält kein normaler Mensch durch, finanziell, psychisch, zeitlich.» Schliesslich stieg, da der Spruch des Bundesgerichtshofs viel verheisst, ein mit Helmut von Finck befreundeter Münchner Industrieller ein, um das aufwendige Verfahren gegen rund ein Dutzend Anwälte der Gegenseite zu finanzieren.

Letztes Jahr hörte das Landgericht München Zeugen an, um zu entscheiden, ob Helmut von Finck am verhängnisvollen 14. Februar 1985 überhaupt geschäftsfähig war. Dieses Jahr fällt es sein Urteil. «Wir kommen auf die Zielgerade», glauben die Kläger; spätestens bis in fünf Jahren sollte der Bundesgerichtshof als höch-



Öffentlichkeitsscheu: August von Finck jun.

te Instanz seinen Entscheid treffen. Und das Warten auf das Urteil fällt Helmut und Nino von Finck weniger schwer als August von Finck mit seiner Familie: Bis dahin bleibt ungewiss, wem das Erbe gehört; es lässt sich also schlecht darüber verfügen.

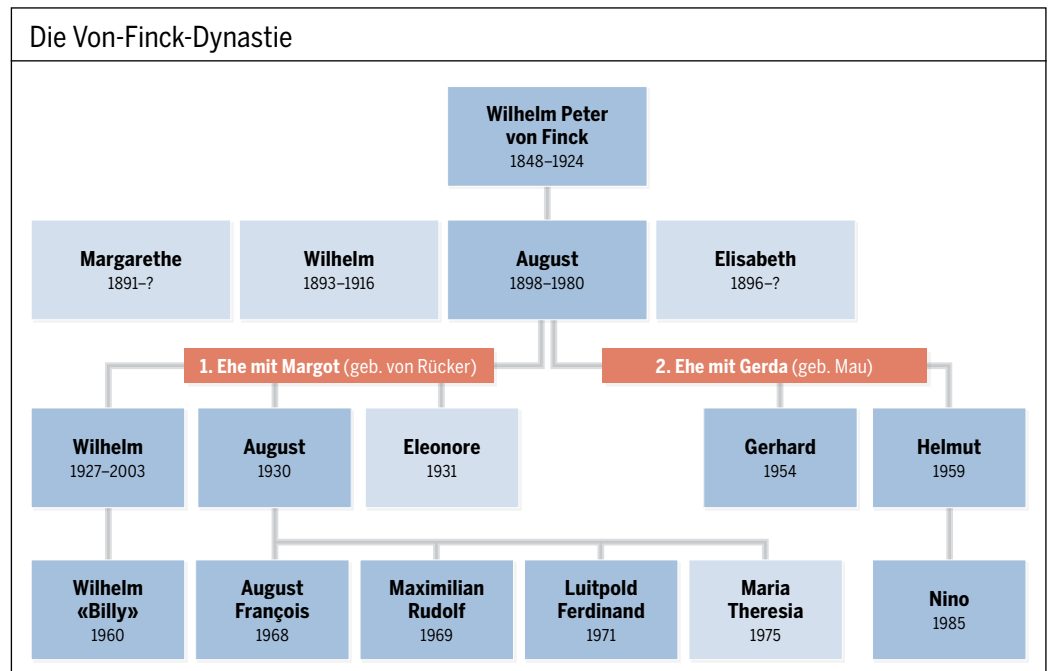
Das hat Folgen für mehrere wichtige Schweizer Unternehmen. Denn August von Finck stiess, nachdem sein Freund Franz Josef Strauss 1988 gestorben war, fast sein ganzes Erbe in Deutschland ab, weil er sich wegen des drohenden Euro und des gefräßigen Fiskus im Sozialstaat vor einer kalten Enteignung fürchtete: nicht nur die Familienbank Merck Finck & Co, sondern auch die vom Grossvater geerbten Beteiligungen an der Allianz-Versicherung und der Münchner Rück, den Isar-

werken und der Löwenbräu. Und er brachte seine Milliarden in die Schweiz, wo er mit dem vom Bruder Wilhelm übernommenen Schloss Weinfeld schon einen Stützpunkt hielt.

Er stieg Anfang der neunziger Jahre bei drei grossen Schweizer Unternehmen ein, die in Krisen um das Überleben kämpften: bei Mövenpick, wo sich der Gründer Ueli Prager 1992 von der Mehrheit an seiner Gastronomie-kette trennte; bei Alusuisse-Lonza, die auch mit ihren drei Standbeinen, in der Aluminiumproduktion, der Verpackung und der Chemie, nicht zum Gleichgewicht fand, und bei Oerlikon-Bührle, das von der Waffenschmiede zum Gemischtwarenladen samt dem Schuhgeschäft von Bally wucherte. Mit der Erbin Hortense Anda-Bührle pflegte August von Finck seit langem einen engen Kontakt. Er stiess die Beteiligung an Oerlikon aber wieder ab, als der Mischkonzern nicht aus der Misere fand, und er gab auch jene an Alusuisse-Lonza auf, als 1998 die Financiers Martin Ebner und Christoph Blocher auf einen Zusammenschluss mit dem deutschen Viag-Konzern drängten.

Umsichtige Berater

Denn August von Finck, der lieber Bauer als Bankier geworden wäre, sieht sich nicht als Investor, sondern als Industrieller, der wie sein Grossvater und sein Vater langfristig Wert schafft. Die Wirtschaftsjournalisten spotten zwar über ihn, die *Süddeutsche Zeitung* höhnte: «August von Finck ist ein ungeschickter Unternehmer, aber ein erfolgreicher Verkäufer.» Der vom Vater nie anerkannte Gustl, dem der Bankierkollege Ferdinand von Galen nachsagte, rechts von ihm stehe bloss der Dschingis Khan, könne nur mit dem Erbe der Familie Kasse machen. Doch die Kritiker übersehen: Der angeblich ungeschickte Unternehmer stützt sich auf umsichtige Berater, so auf den Generalbevollmächtigten Gerd Amstätter, den ehemaligen



Bürochef von Ministerpräsident Franz Josef Strauss, und den Kaufmann Ernst Knut Stahl, dessen Name das Diktum *nomen est omen* wahr macht. Und er wählt tatkräftige Manager aus, vor allem Sergio Marchionne, den heutigen Fiat-Motor, den er bei Alusuisse schätzen lernte.

So ist innert zwanzig Jahren ein Imperium in der Schweiz herangewachsen, das aus langfristigen Beteiligungen besteht und das die

«August von Finck ist ein ungeschickter Unternehmer, aber ein erfolgreicher Verkäufer.»

Familie so weit wie möglich der Öffentlichkeit entzieht. Den Anteil an Mövenpick baute sie so stark aus, dass sie sich selbst Geschäftsimmobilien verkaufen sowie Sonderdividenden ausschütten und den börsenkotierten Konzern schliesslich 2007 in Privateigentum überführen konnte. Bis dahin erzielte sie auf ihrer Beteiligung, wie die *Weltwoche* bestätigt bekam, eine Rendite von jährlich zwölf Prozent.

Den Erlös aus der Beteiligung an Alusuisse-Lonza, deren Wert sich in zehn Jahren vervierfacht hatte, steckte sie 1998 in die angeschlagene Genfer Warenprüferin SGS. Deren Aktienkurs hat sich seither verfünffacht; die Familie von Finck hält noch eine Beteiligung von fünfzehn Prozent im Wert von zweieinhalb Milliarden Franken und stellt damit drei von neun Verwaltungsräten neben dem Vertrauten Sergio Marchionne als Präsident. Und noch entschlossener setzte sie sich beim ehemaligen Gerlafinger Stahlwerk Von Roll durch, das als Konglomerat der Pleite entgegenschlidderte. August von Finck hielt seit 1997 zwanzig Prozent und sass im Verwaltungsrat; er riss 2007, nach der Ausgliederung des Traditions-geschäfts in die vonRoll Infratec, die Macht ganz an sich und herrscht über das Unternehmen mit Leuten seines Vertrauens. Im Aktienkurs zeigt sich noch kein Erfolg des Konzerns, der jetzt als Weltmarktführer auf Isolationsprodukte und Verbundwerkstoffe setzt; aber das braucht beim faktisch privat gehaltenen Unternehmen nichts zu bedeuten.

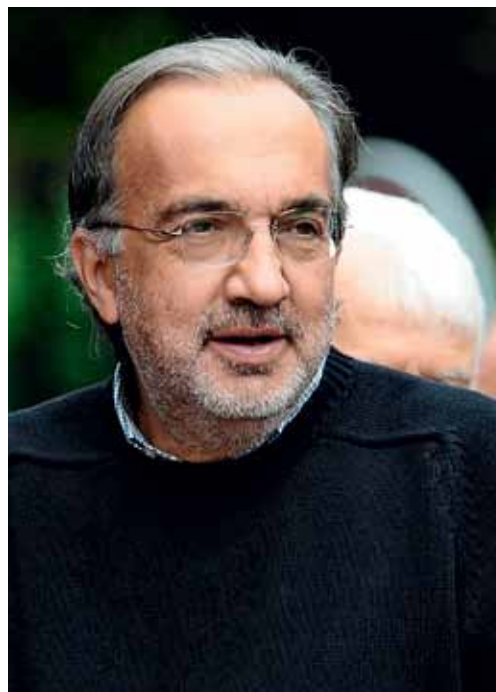
«Das wäre eine schöne Sache gewesen»

Aus Von Roll wuchs ausserdem 2009 die Zürcher Bank von Roll heraus. Die Vermögensverwalterin für Superreiche aus aller Welt, die sich vor dem Verfall ihrer Währungen fürchten, setzt auch auf Gold. Dafür pflegt August von Finck seit je ein Faible. Er stieg schon 1998 bei der amerikanischen Minengesellschaft Homestake Mining ein, liess seine Münchner Vermögensverwalterin Custodia bei steigenden Preisen fünf Tonnen Gold lagern und bietet das Edelmetall jetzt über die 2010 erworbene Handelskette Degussa an, die ehemalige Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt.



Langfristige Beteiligungen: Gastrokette Mövenpick.

Ein Vierteljahrhundert nach der Rettung seines Vermögens aus Deutschland gebietet August von Finck also über ein gutaufgestelltes Reich, das vorbereitet ist für die Übernahme und Weiterführung durch die drei geschäftstüchtigen Söhne, die inzwischen alle in Freienbach SZ eingebürgert sind. August François, 46, sitzt bei Von Roll und bei SGS, dort zusammen mit dem Vater, im Verwaltungsrat. Maximilian Rudolf, 45, trägt bei der Vermögensverwalterin Clair in Cham die Verantwortung für den Grossgrundbesitz der Familie. Und Luitpold Ferdinand, 43, führt Mövenpick, seit letztem Sommer als Verwaltungsratspräsident. Sogar die Jüngste, Maria Theresia, 39, die Kunstgeschichte stu-



Tatkräftiger Manager: Sergio Marchionne.

diert hat, darf als erste Frau in der Familie im Aufsichtsrat der Münchner Vermögensverwaltung Amira ein Amt ausüben.

In diesem harmonischen Familienbild mit Goldrahmen fehlt nur einer: Nino von Finck. Der Sohn von Helmut von Finck, vor dreissig Jahren geboren, nachdem sein Vater das schlechte Geschäft mit den Halbbrüdern gemacht hatte, bildete sich in der Frankfurter Privatbank Hauck & Aufhäuser zum Bankier aus, samt MBA und Analystenzertifikat. Vor sechs Jahren wechselte er zu Allianz Global Investors, also zur von seinem Urgrossvater mitgegründeten Versicherung, und führt ein Team von Vermögensverwaltern, derzeit von Ghana aus, wo seine Frau für das deutsche Auswärtige Amt arbeitet. Einen so fähigen Nachfahren, um sein Reich weiterzuführen, stellte sich August von Finck senior vor, als er 1974 sein Testament auf-

In diesem harmonischen Familienbild mit Goldrahmen fehlt nur einer: Nino von Finck.

setzte. «Das wäre eine schöne Sache gewesen», sagt der Enkel Nino von Finck. «Die Möglichkeit wurde mir leider genommen.»

Mit den Söhnen von August junior, also seinen Cousins, verstand er sich gut; der Kontakt brach aber ab, als er vor zwölf Jahren gegen seine Onkel klagte. «Das ist schade und traurig», sagt Nino von Finck. «Ich würde mich immer noch freuen, wenn wir zusammensitzen könnten.» Danach sieht es vorläufig nicht aus; das dürfte sich aber ändern, wenn die Richter entscheiden: Falls sie Helmut und Nino von Finck recht geben, droht dem Imperium der Familie ein Erdbeben. ○

Amtlich verordnete Zuhälter

Von Alex Baur — Unter Berufung auf die EU hat das Bundesgericht entschieden: Eine Prostituierte darf nicht frei anschaffen – sie braucht einen Bewacher, der sie kontrolliert und mitkassiert.

Mögen die Politiker darüber streiten, ob sich die Schweiz künftig dem EU-Recht unterwerfen oder doch lieber unabhängig bleiben soll. In Bezug auf die Personenfreizügigkeit hat das Bundesgericht längst entschieden – und die Praxis des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Richtschnur erklärt. So auch im Urteil 2C_772/2013 vom letzten September. «Damit in ihren Beziehungen eine möglichst parallele Rechtslage besteht», ist dort zu lesen, «weicht das Bundesgericht praxisgemäss von der Auslegung abkommensrelevanter unionsrechtlicher Bestimmungen durch den EuGH nicht leicht hin, sondern nur beim Vorliegen <triftiger> Gründe ab.» Und was «triftig» ist, das steht in keinem Gesetz geschrieben; das bestimmen die hohen Richter selber.

Konkret ging es um eine Prostituierte aus Rumänien, die im Erotikklub «Palace» im luzernischen Root anschaffen möchte, und zwar als «selbständig Erwerbende». Im «Palace» bezahlen sowohl Freier wie Frauen einen fixen Eintritt, der sie zur freien Benutzung der Infrastruktur (Sauna, Pools, Zimmer) berechtigt. Das Sexgeschäft ist Sache der Prostituierten, der Betreiber des Klubs ist daran nicht beteiligt. Schon aus rechtlichen Gründen darf er den Frauen keine Auflagen (Arbeitszeiten, Praktiken, Preise et cetera) machen. Das würde unter den Straftatbestand «Förderung der Prostitution» fallen. Lediglich Sozialleistungen, Steuern und Arbeitsbewilligungen werden praktischerweise über den Klub abgewickelt.

Ob es sich bei den Prostituierten um «Freischaffende» oder «Angestellte» handelt, ist eine alte Streitfrage, die nicht nur von Kanton zu Kanton, sondern auch innerhalb der Kantone von Behörde zu Behörde, je nach Interessenlage, unterschiedlich gehandhabt wird. Das Bundesgericht hat nun die EU-Praxis im autonomen Nachvollzug für allgemeinverbindlich erklärt: Prostituierte in Sexklubs sind «Angestellte» – von wem auch immer.

Illegale Arbeitsverträge obligatorisch

Klubbesitzer finden sich damit unverhofft wieder in der Rolle des Zuhälters. Als Arbeitgeber sind sie nun gezwungen, Arbeitsverträge mit den Frauen abzuschliessen – Verträge, die es aus strafrechtlicher Sicht notabene eigentlich gar nicht geben dürfte. Denn jedes Lohnversprechen, jede Kündigungsfrist, jede Art von Weisung des «Chefs» bedeutet eine illegale Freiheitsbeschränkung der Frauen. Doch gemäss Urteil der Euro-Richter in Lausanne dürfen die

«Masseusen» – der altväterische Euphemismus steht sinnbildlich für die längst überwunden geglaubte Doppelmoral – nicht frei arbeiten. Der Zuhälter wird ihnen nun gleichsam von Amtes wegen zugeordnet.

Was als juristische Haarspalterei anmutet, hat Folgen. Da eine Rumänin als Angestellte nur begrenzt zugelassen wird, muss der Arbeitgeber nun erst mal nachweisen, dass er an ihrer Stelle keine «inländische» Prostituierte findet. Er muss also Stelleninserate schalten, von denen er zum Vornherein weiss, dass sich niemand melden wird. Denn Schweizerinnen sind in Sexklubs heute so rar wie Palmen in den Hochalpen. Erfolglos versuchte der Besitzer des «Palace», der Jurist und Unternehmer Ingo Heidbrink, die Stellen im Puff beim Arbeitsamt beliebt zu machen. Doch das ist nur der Anfang einer bürokratischen Odyssee.

Heidbrink gehört zu jener neuen Generation von Erotikunternehmern, die grossen Wert auf Legalität legen. Er beschäftigt in seinem Sex-Imperium zwei Bürolisten, die sich ausschliesslich mit der Immigrationsbürokratie herumschlagen. Was eine selbständige Prostituierte früher selber mit einer einfachen Meldung auf dem Einwohneramt bewerkstelligte, ist heute ein langwieriger Prozess.

Für die Frauen ändert sich wenig. Steuern, Kranken- und Sozialversicherung mussten sie

auch als Freischaffende zahlen. Es ist nur teurer geworden. Heidbrink kann den Aufwand verkraften. Anders sieht es für die KMU in der Branche aus. Zum Beispiel für das Ehepaar Schaible, das im Kanton Thurgau die Kontaktbar «Talbach» betreibt. Ursprünglich handelte es sich um ein schlecht rentierendes Hotel mit Restaurant; irgendwann quartierten sich Prostituierte ein, die vor Ort auf Kundenfang gingen. Schaible freuten sich über steigende Umsätze, die zumeist aus Rumänien angereisten Frauen ebenso. Ins Sexgeschäft mischten sich Schaibles nie ein, im Einvernehmen mit der lokalen Polizei sorgten sie lediglich für einen legalen Rahmen: keine Drogen, keine Zuhälter, die Frauen mussten ordentlich gemeldet sein.

«Arbeitsverträge» für Prostituierte wurden im Thurgau bereits vor ein paar Jahren Pflicht. Schaibles fanden sich damit unverhofft in der Rolle des Zuhälters, der den Umsatz der Frauen überwachen und an Staates Stelle Steuern und Abgaben eintreiben muss. Ohne Vorwarnung änderte das Migrationsamt die Spielregeln im Herbst erneut. Nun mussten auch Schaibles mit teuren Marktstudien, unsinnigen Inseraten und Anfragen beim Arbeitsamt den Beweis erbringen, dass keine «Inländerinnen» anstelle der Rumäninnen in ihrer Bar anschaffen wollen.

Anders als die Frauen in den staatlichen Zürcher Verrichtungsboxen mit ihren Roma-Zuhältern dürfen die Rumäninnen in den privaten Klubs nicht sofort mit der Arbeit anfangen, wenn sie ihre Papiere eingegeben haben. Sie müssen erst zwei bis drei Wochen untätig auf die Bewilligung warten. Steuern zahlen müssen sie trotzdem, auch wenn sie nichts verdienen. Willkommen im EU-Land der unbegrenzten Bürokratie. ○



Prostituierte in Sexklubs sind «Angestellte» – von wem auch immer.

Rundfunks Wärmelampe

Von Rico Bandle und Thomas Buchwalder (Bild) — Ralph Wicki plaudert Nacht für Nacht auf Radio SRF 1 mit Einsamen und Mitteilungsbedürftigen. Seine riesige, vorwiegend weibliche Anhängerschaft beschert dem «Nachtclub» Spitzenquoten. Für den Moderator, der vor kurzem nahe am Abgrund stand, ein Riesenglück.

Es ist ein Moment, auf den die «Nachtclub»-Hörerinnen und -Hörer warten. Eine Anruferin erzählt vom 99. Liebesbrief, den ihr Mann ihr vor der Hochzeit geschrieben hatte. Moderator Ralph Wicki bittet sie, den Brief vorzulesen. Sie tut es – und ist dabei so gerührt, als lese sie ihn zum ersten Mal. Nicht jeder Anruf ist dermassen emotional, aber Wicki hört immer geduldig zu, fühlt mit, zeigt Betroffenheit; egal, ob eine Frau von ihren Ferien auf Kreuzfahrtschiffen erzählt oder ein Mann weinend ein nicht enden wollendes Gedicht über den Tod seiner zwei Katzen vorliest.

Wickis raue Stimme hat eine leichte Falsett-färbung, durch die sanfte Aussprache strahlt sie eine Wärme aus, die den Hörern im Bett

«Ich überlegte mir, einfach wegzulaufen, immer weiter, bis es zu Ende ist.»

oder im Auto das wohlige Gefühl vermittelt: «Ich bin nicht alleine.»

Von Montag bis Donnerstag ist Wicki jede Nacht von 22 bis 1 Uhr auf Sendung, immer gibt er ein Thema vor, ob «Glück», «heimliche Liebesaffären» oder «Elvis». Manchmal spricht er zuerst mit einem Experten darüber, dann können sich die Hörer einschalten. Besser gesagt: die Hörerinnen, denn die grosse Mehrheit der Anrufer ist weiblich. So wie bei Fernsehsehler Mike Shiva. Überhaupt verbindet die zwei mehr als nur die langen Haare. Sie sind beide Grossmeister der Empathie. Wicki aber macht keine Lebensberatung, sondern hört nur zu. Und er verlangt keine vier Franken fünfzig pro Minute, seinen Lohn übernehmen die Gebührenzahler.

Harley und Hesse

Der Mann, der die Schweizer dazu bringt, ihr Innerstes auszubreiten, hat lange, dünne Haare, tätowierte Arme und ein furchiges Gesicht mit leuchtenden hellblauen Augen. Er ist der Typ Peter Maffay oder Steve Lee, das lebende Klischee des harten Kerls mit dem weichen Kern. Ein Mann, der in jedem Menschen das Positive sieht, der die Freiheit liebt und deshalb bewusst auf eine eigene Familie verzichtet. Ein Mann mit einem Faible für Harley-Davidson-Motorräder, der seine spirituelle Inspiration in den Romanen von Hermann Hesse findet.

Bevor Wicki die Sendung bekam, befand er sich in seiner bislang grössten Lebenskrise.

Mit zwei Musikfirmen war er eben gescheitert, sein Vorhaben, selbständig als Coach zu arbeiten, kam nicht voran. Wie Harry Haller, die Hauptfigur in Hesses «Steppenwolf», sah er mit fünfzig Jahren keine Perspektive mehr, harderte mit seinem Dasein. «Ich überlegte mir, einfach wegzulaufen, immer weiter, bis es zu Ende ist», sagt Wicki. Im Roman entdeckt Haller den Humor als Medizin für seine seelischen Leiden – und auch Wicki besann sich dieses Rettungsankers. Tatsächlich eröffnete sich ihm in dieser dunklen Phase plötzlich die Chance seines Lebens.

Freunde hatten ihm ein Inserat zugeschickt, Radio SRF 1 suche eine «eigenständige und lebenserfahrene Moderationspersönlichkeit» für eine neue Sendung namens «Nachtclub». Eine Sendung wie zugeschnitten für ihn. Er bewarb sich – und erhielt den Job. Die ersten paar Wochen sass er schweissgebadet vor Angst an den Mischpulthebeln. Mit dem unerwartet hohen Zuspruch wuchs das Selbstvertrauen. Heutesager: «Ich bin der glücklichste Mensch bei SRF.»

Wicki, 1961 in Luzern geboren, ist in einfachen Verhältnissen aufgewachsen, der Vater war Chauffeur, die Mutter Hausfrau. Über Umwege schaffte es der eher mittelmässige Schüler an ein katholisches Gymnasium. Man war Atomkraft- und Kapitalismus-kritisch, die Schüler ebenso wie die Lehrer. Ralph engagierte sich, trat den kommunistischen Poch (Progressive Organisationen der Schweiz) bei, verliess sie nach einem halben Jahr aber wieder. «Ich wollte mich für die Umwelt und die Liebe einsetzen, der ganze Marxismus und die sture Ideologie interessierten mich nicht.» Er, mehr Träumer als Rebell, gründete mit einem Freund eine eigene Partei, Tell 2000 hiess sie, er kandidierte gar für den Nationalrat, erfolglos. Seinen Idealen blieb er aber treu: Das Elend, das er auf einem zweiwöchigen Aufenthalt in Kenia erlebt hatte, veranlasste ihn dazu, in Bern Medizin zu studieren – er wollte helfen, die Ungerechtigkeit auf der Welt bekämpfen, Gutes tun.

Nach zwei Jahren anstrengendem Medizin-studium ohne absehbares Ende wechselte er zur Literatur, Politologie und Medienwissenschaft. «Ich wollte etwas machen, was das Herz mehr berührt», sagt er. Doch auch hier wurde er enttäuscht. Anstatt sich mit den grossen Fragen zu beschäftigen, widmete man sich in den Seminaren wochenlang vier Zeilen aus einem Gedicht; die Studenten plusterten sich

auf, indem sie möglichst unverständlich und mit möglichst vielen Fremdwörtern redeten. Nach fünf Semestern gab er auf.

Zweifel, Zufälle, Enttäuschungen

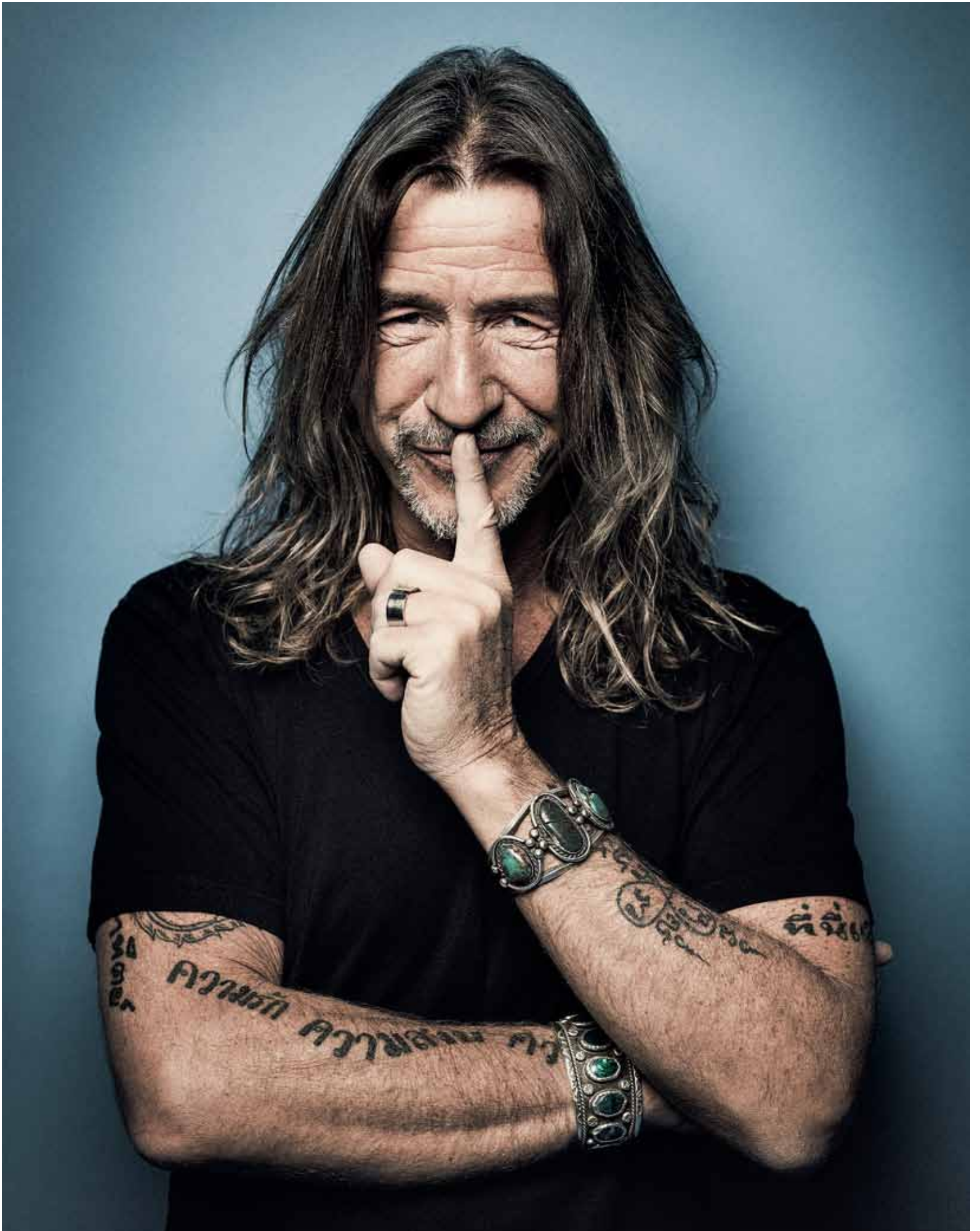
Noch während des Studiums hatte er ein Praktikum beim Lokalradio Extrabern gemacht, er berichtete aus dem Stadt- und Kantonsrat, obschon ihn diese Art von Politik eigentlich gar nicht interessierte. Seine Leidenschaft galt der Musik, dem Rock'n'Roll, der für ihn, der mit Schlagern aufgewachsen war, Freiheit bedeutete. Bei Extrabern stieg er zum Redaktionsleiter auf, 1992 wurde er Geschäftsführer von Radio 32 in Solothurn, 1998 folgte er dem Ruf von Radiopionier Giuseppe Scaglione und war beim Aufbau des sprachregionalen Jugendradios 105 beteiligt. Von 2001 bis 2006 war er dann Redaktionsleiter Musik und Layout des grossen Radio DRS 1, des heutigen SRF 1. Dann begannen die verunglückten Versuche als Selbständiger.

Auf Papier erscheint sein Werdegang wie eine gradlinige Radiokarriere. Die Wirklichkeit sah anders aus. Wickis Lebensweg ist von Zufällen, Enttäuschungen und auch Zweifeln geprägt. In seinem Drang nach Freiheit unternahm er immer wieder lange Reisen, insbesondere nach Südostasien, Thailand, Vietnam, zurzeit hat es ihm vor allem Myanmar angetan, wo er bald wieder hinreist. Auf den Reisen sind seine Tattoos entstanden, fast alles Lebensweisheiten. «Liebe, Friede, Glück», steht da auf Thailändisch oder das Samuel Beckett zugeschriebene Zitat, das sich auch Tennisspieler Stan Wawrinka einstechen liess: «Ever tried. Ever failed. No matter. Try again. Fail again. Fail better.» («Immer versucht. Immer gescheitert. Einerlei. Wieder versuchen. Wie-

Auf den Reisen sind seine Tattoos entstanden, fast alles Lebensweisheiten.

der scheitern. Besser scheitern.») Dass er keine Familie möchte, war für ihn schon immer klar, das hätte für ihn zu viel Fremdbestimmung bedeutet, immerhin ist er jetzt schon über zwanzig Jahre mit derselben Partnerin zusammen.

Nicht nur dank seiner Lebenserfahrung, sondern auch seinem Wissen über die Rockmusik kann Wicki in seiner Sendung aus dem Vollen schöpfen. Hunderte von Interviews mit Rockstars hat er geführt, Tausende von



«Ich bin der glücklichste Mensch bei SRF»: Moderator Wicki.

Konzerten gesehen, 15 000 Langspielplatten und 30 000 CDs in seiner privaten Sammlung angehäuft, darunter viele Raritäten. Je nach Lebensphase favorisierte er eine andere Band. Ob Faithless, Massive Attack, Morcheeba oder Abba, ihm gefällt fast alles. So wie er fast alle Menschen gern hat. Vor allem die ganz normalen. «Es ist doch wunderbar, wenn eine Hausfrau in die Sendung anruft», sagt er.

Phänomenaler Erfolg

Abends, bevor er ans Mikrophon geht, löscht er sämtliche Lichter rund um die Sendebox, innen dämpft er das Licht. Ganz allein ist er dann jeweils, nur eine dunkle Gestalt mit Taschenlampe – ein Securitas-Mann – sieht er jeweils durch die Gänge schleichen. Einsam fühle er sich aber nicht, er habe ja seine Hörer, sagt er. Zehn Telefonlinien hat er vor sich; wenn alle zehn Lämpchen leuchten, entscheidet der Zufall, welche Leitung er annimmt. Während die Musik läuft, bleibt ihm oft weniger als eine Minute, um den Anrufer kurz kennenzulernen. Er muss sich auf sein Gefühl verlassen können,



«Es ist doch wunderbar, wenn eine Hausfrau anruft»: Wicki im Studio.

kein Redaktor siebt vorher Spinner oder andere ungeeignete Anrufer aus. Kommt doch jemand durch, den man lieber nicht auf dem Sender haben möchte, ist es die grosse Kunst des Ralph Wicki, ihn abzuklemmen, ohne dabei unhöflich zu wirken.

Der Erfolg des «Nachtclubs» ist phänomenal. Erst vor einem Jahr ist Wicki mit der Sendung gestartet – und bereits ist er zu einer Institution geworden. Jeden Abend hören im Durchschnitt 205 000 Personen zu; während der Marktanteil von SRF 1 im letzten Jahr insgesamt leicht abnahm, legte er während des «Nachtclubs» deutlich zu. Ist Wicki einmal in den Ferien, wird ständig nach ihm gefragt, entsprechend undankbar ist die Aufgabe seiner Stellvertreter – niemand reisst sich jeweils um den Job.

Um ein Uhr, wenn die Sendung zu Ende ist, bleibt Wicki meistens noch im Studio, beantwortet ausserhalb der Arbeitszeit noch eine Stunde lang Hörer-E-Mails. Erst dann, wenn er sich von seinem Publikum verabschiedet, kommt das Gefühl von Einsamkeit auf. «Das Bedürfnis ist dann gross, noch mit jemandem über die Sendung zu sprechen.»

Aber es ist niemand mehr da. Bis es am nächsten Tag wieder heisst: «Nachtclub» mit Ralph Wicki».

Nachtclub: montags bis donnerstags, 22 bis 1 Uhr, Radio SRF 1



FM 93.6
RADDO DIE WELTWOCHEN

ROGER G E G E N ROGER



ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM PAPIERSAAL, KALENDERPLATZ 1 IN ZÜRICH

2. FEBRUAR 2015 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17:00 UHR

EINTRITT NUR MIT ANMELDUNG UNTER [TICKETS@RADIO1.CH](mailto:tickets@radio1.ch) (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).

PAPIERSAAL



Populistischer Kurzschluss

Eine radikale Forderung geistert durch die Politik: Die zuständigen Behörden sollen haftbar gemacht werden, wenn ein Straftäter rückfällig wird. Was auf den ersten Blick einleuchtet, hätte verheerende Folgen. *Von Frank Urbaniok*



Der gesetzliche Auftrag ist klar und unbestritten: Der Staat bestraft Täter und soll diese «resozialisieren», also mit erzieherischen und therapeutischen Massnahmen wieder auf den rechten Weg bringen. Damit es keine weiteren Opfer gibt. Doch die oft teuren Massnahmen stehen unter zunehmender Kritik. So forderte Nationalrat Ulrich Giezendanner (SVP) mit Blick auf den Fall «Carlos», dass bei einem Misserfolg einer Massnahme jene zahlen sollen, welche diese veranlasst haben.

Klingt gut. Doch was würde das konkret bedeuten? Ein Staatsangestellter müsste die gescheiterte Massnahme nachträglich aus seinem Sack finanzieren, was in vielen Fällen wohl den finanziellen Ruin bedeuten würde. Giezendanner erwähnte die vielgescholtene KESB und hatte die «ausufernde Sozialindustrie» im Visier. Doch strafrechtliche Massnahmen werden, im Fall «Carlos» wie auch anderswo, von Richtern angeordnet. Um solche Details kümmert sich ein Haudegen seines Kalibers natürlich nicht: Egal, ob Justiz, EU, Sozialwesen, Asylanten oder andere Ärgernisse – alle sind sie Köpfe derselben Hydra, einer schlimmer als der andere, da trifft es immer den Richtigen.

Mehr Rückfälle bedeuten mehr Opfer

In eine ähnliche Richtung zielt die Haftungsinitiative von Anita Chaaban: Wenn ein gefährlicher Straftäter auf einem Hafturlaub oder nach einer vorzeitigen Haftentlassung rückfällig wird, müssten die für den Entscheid verantwortlichen Behördenvertreter automatisch entlassen werden und die Behörde haften. Zwar würden die Betroffenen damit nur indirekt finanziell abgestraft. Das Prinzip ist aber dasselbe: die «Misserfolgshaftung».

Bislang gilt in allen zivilisierten Gesellschaften: Bestraft wird schuldhaftes, also vorsätzliches oder zumindest fahrlässiges Fehlverhalten. So ist es bereits heute durchaus möglich, Mitglieder einer Behörde zur Rechenschaft zu ziehen. Doch die Schuld muss wie bei jedem anderen Bürger erst bewiesen werden. Nun soll Misserfolg und nicht länger Schuld Anlass für Strafe und Haftung sein. Das passt in eine Zeit, in der Populismus Trumpf ist. Der Wut- und Empörungsbürger will bedient werden, und er dankt es mit Einschaltquoten und Wählerstimmen. Da kommen radikale Forderungen gerade recht. Nachdenken verboten, denn wir wollen

gefühlte Wahrheiten. Stimmen der Vernunft haben hier einen schweren Stand, sind aber nötiger denn je.

Ich kenne und schätze Anita Chaaban, die Mutter der Verwahrungsinitiative. Ihr geht es wirklich um mehr Opferschutz. Anders als manch einem politischen Trittbrettfahrer. Aber mit ihrer Haftungsinitiative erreicht sie das Gegenteil.

Dazu muss man wissen: Stufenweise Vollzugslockerungen, sogenannte Hafturlaube, sind wichtig, um einen Täter langsam und kon-



Köpfe der Hydra: Krimineller «Carlos».

trolliert an die Freiheit heranzuführen; vorzeitige bedingte Entlassungen sind wichtig, weil sie die Motivation des Täters für ein deliktfreies Leben fördern. Er hat etwas zu verlieren. Gibt es Probleme, kann er wieder in den Vollzug versetzt werden. Diese Handhabe fehlt, wenn er seine Strafe bis zum letzten Tag abgessen hat. Denken wir daran, dass mehr als 99 Prozent aller Straftäter ohnehin irgendwann entlassen werden – spätestens dann, wenn sie ihre Strafe vollständig verbüsst haben.

Deswegen gilt: Es gibt nichts Gefährlicheres, als Straftäter unvorbereitet von heute auf morgen zu entlassen. Täter, die ihre Strafe bis zum

letzten Tag absitzen, werden häufiger rückfällig. Mehr Rückfälle bedeuten mehr Opfer. Genau das ist zu erwarten, wenn keine Vollzugslockerungen mehr gewährt würden, weil jeder Misserfolg automatisch den Ruin des zuständigen Behördenmitgliedes zur Folge hätte. Deswegen ist die Initiative gefährlich.

Erste Hilfe? – Besser wegschauen

Sie ist aber nur eine Facette der Misserfolgshaftung. So wie sie Vordenker Giezendanner vorschlägt, ist die Misserfolgshaftung ein universelles Prinzip. Ihre verheerenden Folgen lassen sich am Beispiel der Medizin illustrieren. Würde jeder Misserfolg automatisch zum Ruin des Arztes führen, würden Krebstherapien mit einer neunzigprozentigen Heilungschance kaum mehr durchgeführt. Das würde zwar die Gesundheitskosten markant reduzieren, allerdings auch die Lebenserwartung jener neun von zehn Patienten, die man hätte heilen können. Am Ende beschränkten sich die Ärzte auf die Behandlung jener Gebrechen, die auch im ungünstigsten Fall von selber heilen.

Man stelle sich Spitzensportler vor, die automatisch und unter Kostenfolgen gefeuert würden, wenn sie den ersehnten Pokal nicht nach Hause tragen. Oder Feuerwehrleute, die den Wiederaufbau berappen müssten, falls sie aller Anstrengungen zum Trotz einen Brand nicht löschen könnten. Ganz zu schweigen von all den fehlbaren Polizisten, denen die Aufklärung eines Verbrechens misslingt, all den Lehrern, bei denen ein Schüler den Abschluss nicht schafft, all den Busfahrern, die im Stau steckenbleiben. Nach dem Prinzip Giezendanner müssten sie alle abgestraft werden.

Klingt absurd? In den USA gibt es längst Ärzte, die bestimmte Operationen nicht mehr durchführen, weil die Haftpflichtprämien unbezahlbar sind. Um Unfallopfer macht man im Land der unbegrenzten Haftungsfolgen am besten einen grossen Bogen – denn wehe dem, dem die Hilfeleistung misslingt und der zur Rechenschaft gezogen wird. Wollen wir tatsächlich eine Gesellschaft, die an der Seitenlinie steht und die Hände in den Schoss legt, statt bei schwierigen Herausforderungen Verantwortung zu übernehmen?

Frank Urbaniok ist forensischer Psychiater und seit 1997 Chefarzt des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes (PPD) des Kantons Zürich.

Entwarnung!

Von Henryk M. Broder — Angela Merkel und die Definition von «Islamisierung».



Auf die Frage, ob Asie «die Furcht vor der Islamisierung Deutschlands» für «berechtigt» halte, antwortete Angela Merkel in einem Interview mit der FAZ: «Nein. Die Muslime und ihre Religion, der Islam, sind Teil unseres Landes. Eine Islamisierung sehe ich nicht.» Ihre Antwort hatte eine gewisse Ähnlichkeit mit der von Bill Clinton, als er gefragt wurde, ob er Geschlechtsverkehr mit Monica Lewinsky gehabt habe: Es komme darauf an, wie man das Wort «Geschlechtsverkehr» definiere. Seine Ansicht hat sich in den USA, wo es etwas pruder als in Europa zugeht, mittlerweile durchgesetzt. Bei einer Umfrage der University of Kentucky unter 500 Studenten gaben achtzig Prozent der Befragten zu Protokoll, Oralverkehr sei kein Sex. Australische Wissenschaftler wollen herausgefunden haben, dass Oralsex als eine «neue Form von Enthaltensamkeit» praktiziert wird.

Auch «Islamisierung» ist eine Frage der Auslegung. Solange von den Türmen des Kölner Doms kein Muezzin zum Gebet ruft, der Verzehr von Schweinefleisch nicht verboten wird, das Bier beim Oktoberfest in Strömen fließt und niemand daran denkt, die Vielehe einzuführen, kann von Islamisierung keine Rede sein. Dass noch vor kurzem «Weihnachtsmärkte» in «Wintermärkte» umbenannt wurden, um die Gefühle der in Deutschland lebenden Muslime nicht zu verletzen, dass in immer mehr öffentlichen Schwimmbädern «Frauentage» eingeführt werden, hat natürlich mit einer schleichenden Islamisierung nichts zu tun, denn Weihnachten findet nun mal im Winter statt, und viele Schwimmbäder bieten Extrazeiten auch für Behinderte, Schwangere und Senioren an. Dass Aldi eine Flüssigseife namens Ombia aus dem Verkauf nimmt, nachdem sich ein Kunde auf Facebook darüber beschwert hat, dass auf dem Etikett des Seifenspenders eine Moschee abgebildet ist, beweist nur, wie ernst König Kunde genommen wird. «Es tut uns sehr leid, dass Sie die Gestaltung unserer Seife irritiert. Das ist keinesfalls unsere Absicht.» Die Aussage der Kanzlerin muss jedenfalls im Zusammenhang gesehen werden. Sie hat auch gesagt: «Mit mir wird es keine Maut geben.» Dann wurde eine «Infrastrukturabgabe» beschlossen.

Es kommt eben auf die Definition an.

Todsicheres Rezept

Von Silvio Borner — Die Aufhebung des Mindestkurses stellt die Schweizer Wirtschaftspolitik vor Herausforderungen. Was jetzt nicht getan werden darf.

Im Match zwischen dem Schweizer Franken und dem Euro steht es 1:1. Die Nationalbank hat die im Herbst 2011 eingeführte Untergrenze für den Euro von Fr. 1.20 mehr oder weniger überraschend aufgegeben. Damals war sie eine hoffnungsvolle Wette eingegangen, dass der Euro in drei oder vier Jahren von selber wieder genesen würde, so dass das Problem vom Markt automatisch gelöst würde. Diese eher naive Erwartung hat sich nicht erfüllt, und so hat sich der Franken sprunghaft aufgewertet. Ein harter Brocken für unsere Wirtschaft – doch schon naht Rettung in Gestalt der Politik! Wundermittel aus dem wirtschaftspolitischen Giftschrank werden der Bevölkerung schmackhaft gemacht, wie immer «ökologisch», «sozial» und «trotzdem wirtschaftlich positiv».

Strahlendes Vorbild bei der Weltrettung

Das sichtbarste Opfer der Aufwertung ist der Tourismus, dem man politisch zu Hilfe eilen muss und kann, indem man die Mehrwertsteuer für Hotels und Restaurants abschafft. Zudem erhöht man die staatliche Tourismusförderung im Ausland in dreistelliger Millionenhöhe und erlässt ein Verbot von Auslandsferien für alle Staatsbeamten nach russischem Vorbild. Zudem stellt sich der Bundesrat hinter die Initiativen für eine grüne Wirtschaft, die Erbschaftssteuer und den Ersatz der Mehrwertsteuer durch eine Energieabgabe. Die Erbschaftssteuer ermöglicht eine Reduktion der AHV-Beiträge, was den Konsum erhöht, und die «grüne Wirtschaft» sorgt dafür, dass wir keine Rohstoffe mehr importieren müssen, was die Exportausfälle kompensiert und erst noch unseren ökologischen Fussabdruck verkleinert. Wachstum hatten wir eh schon zu viel, aber viel zu wenig Umverteilung. Die Energiesteuer können wir dann in Lenkungsabgaben umwandeln, die wir aber nicht mit der Giesskanne der Bevölkerung zurückerstatten, sondern zur Finanzierung der ins Stocken geratenen Energiewende verwenden. Wir befinden uns hier ja in einem enormen Rückstand gegenüber Deutschland und den Visionen von Bundesrat und Parlament.

Nur Mut! Die Welt verlässt sich bei der Weltrettung auf uns als strahlendes Vorbild. Auch wenn die wachsenden Subventionen für Sonne, Wind und Sanierungen von Altbauten völlig unrentabel bleiben, bleibt ja das Geld in der

Schweiz und schafft zwischen Genf und St. Gallen sowie zwischen Basel und Lugano Tausende von neuen und grünen Arbeitsplätzen. Auch die Löhne sollten wir auf politischen Druck hin erhöhen, um die Konsumnachfrage zum Ausgleich der sinkenden Exportnachfrage zu stimulieren und den Kaufkraftverlust auf unserer Preisinsel abzufedern. Um die nimmersatten ausländischen Exporteure zu disziplinieren, soll unser allmächtiger und allwissender Preisüberwacher im Ausland gleiche Lieferbedingungen durchsetzen. Dafür muss unbedingt das kürzlich in letzten liberalen Zuckungen abgelehnte Kartellgesetz wieder auf den Tisch.

Wenn wir schon durch den freien Wechselkurs die geldpolitische Autonomie wiedergewonnen haben, sollten wir das auch finanz-, aussenwirtschaftspolitisch und vor allem konjunkturpolitisch als Chance sehen. In diesem Sinne sollten wir die bilateralen Verträge mit der EU von uns aus kündigen, um die Einwanderung von Arbeitskräften und den Einkaufstourismus zu stoppen. Dazu gehört auch die sofortige Verwirklichung von Ernährungssicherheit. Also wenn schon eine Preisinsel Schweiz, dann eine zugunsten der einheimischen Landwirte und der nachgelagerten Branchen. Auch wenn die Freizügigkeit ausser Kraft gesetzt wird, muss man die flankierenden Mass-



nahmen ausbauen. Nur mit gewerkschaftlich angeheizten Minimallöhnen und Gesamtarbeitsverträgen kann das schreiende Marktversagen im Arbeitsmarkt zugunsten von Frauen und Minderheiten korrigiert werden. Überdies ist der Kündigungsschutz umfassend zu garantieren. Zudem muss der Bund ein Konjunkturprogramm in Milliardenhöhe lancieren, mit dem Ziel, die Infrastruktur im öffentlichen Verkehr und in den Spitälern auszubauen und so die Engpässe mitsamt entsprechendem Dichtestress endlich aus der Welt zu schaffen.

Die erste und wichtigste Etappe, aus der sich der ökologisch-sozial-währungskompatible Umbau der Volkswirtschaft ergibt, ist die Energiewende. Zum Glück dürfen wir darüber noch lange nicht abstimmen, sondern lediglich bei den Wahlen im Herbst diejenigen Parteien berücksichtigen, die ein klares Ja zur Energiewende vertreten. Alles andere wird sich ergeben.

Und wenn die Wirtschaft dann aus dem letzten Loch pfeift, dann geht auch der Frankenkurs wieder zurück. Garantiert.

Lahmer Neustart in Amerika

Von Hansrudolf Kamer — Amerikas Wirtschaft wirkt gesünder, als sie ist. Die Politik trägt dem Rechnung und tut nichts Produktives. Die Präsidentenwahlen 2016 lähmen schon jetzt jeden Neuanfang.



Um diese Jahreszeit hält der amerikanische Präsident seine mit allem Pomp inszenierte State-of-the-Union-Rede. Die *world leaders*, wie sie auf Neudeutsch heissen, pilgern nach Davos. Nachhaltig ist keines der beiden Ereignisse. Sie geraten ziemlich schnell in Vergessenheit.

Zu Recht, denn das liegt in der Natur der Dinge. Mehr Schein als Sein. Zurzeit gilt wirtschaftlich Amerika als einziger Lichtblick.

Larry Summers, ein ehemaliger Finanzminister unter Obama, weist auf das amerikanische Wachstum in den letzten fünf Jahren hin, malt dann aber ein anderes Bild.

Das Wachstum sei im globalen Vergleich zwar stark gewesen, doch der Löwenanteil davon sei dem zyklischen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verdanken. Nur etwa drei Prozent seien auf eine Zunahme der Wirtschaftskapazität zurückzuführen. Auch jetzt sei der Anteil amerikanischer Männer im Alter zwischen 25 und 54 Jahren ohne Arbeit grösser als jener in Japan, Frankreich, Deutschland und Britannien.

Der Aufschwung ist nie richtig angekommen. Summers schreibt, die Zeit für Wachstumsimprovisationen der Notenbanken sei jetzt vorbei, es brauche mehr. Es brauche eine konkrete Politik zugunsten der Mittelklasse, die gefährdet sei. Daran, dass dies das Ziel jeder Politik in Amerika sein müsste, braucht er nicht zu erinnern.

Jeder verbeugt sich reflexartig vor der Mittelklasse und empfiehlt sich als ihr Champion. In seiner jährlichen Botschaft zur Lage der Nation rief Obama auf dem Capitol aus, er werde für sie kämpfen und die Steuern für die obersten Einkommensklassen erhöhen. Das tönt zwar gut, wird aber nicht «fliegen» – es ist wieder nur eine rhetorische Floskel, die der Parteipolitik, nicht aber den Adressaten dient.

Sachlich gesehen, wendet der Bundesstaat bereits jetzt zwei Drittel aller Ausgaben direkt oder indirekt für die Mittelklasse und die Armen auf, während die obere Mittelklasse und die Superreichen 69 Prozent der Steuern bezahlen. Dass die Mittelklasse in den vergangenen Jahren trotz allem staatlichen Aktivismus

in die Klemme geraten ist, belegt deshalb nur die Ineffizienz öffentlicher Wohltaten.

Als politische Konsequenz dieser Scheinaktivitäten sieht sich Obama einem Kongress gegenüber, der in beiden Kammern nun substantielle republikanische Mehrheiten hat. Ausserdem hat die Grand Old Party ihre Stellung in den Einzelstaaten ausgebaut. Sie kontrolliert nun die Legislativen in dreissig Gliedstaaten, was langfristig ihre Position stärkt.

Damit wären die Voraussetzungen für eine deutliche Kurskorrektur gegeben, die endlich den Weg aus der wirtschaftlichen Sackgasse weisen könnte. Doch dass es dazu kommt, ist wenig wahrscheinlich. Denn Republikaner wie Demokraten widmen sich bereits jetzt ihrem Lieblingssport – den Präsidentenwahlen 2016.

Wenn ein Präsident nicht mehr zur Wahl steht, weil das 22. Verfassungs-Amendment das verhindert, ist normalerweise in beiden Parteien Rambazamba angesagt. Bei den Demokraten allerdings könnte das Publikum diesmal Langeweile verspüren. Die haushohe Favoritin Hillary Clinton verdrängt potenzielle Gegner. Nur gerade Elizabeth Warren, die Senatorin aus Massachusetts mit indianischem Blut in den Adern, könnte für etwas Spannung sorgen.

Sie ist der Darling des linken und akademischen Flügels der Partei. Vor kurzem verhinderte sie die Bestätigung von Antonio Weiss im Senat, den Obama als dritten Mann im Schatzamt nominiert hatte. Dieser sei, erklärte Warren in der Kammer, ein gutes Beispiel für die Vetternwirtschaft, die die Administration Obama mit den Wall-Street-Bonzen pflege. Ganz ähnlich kritisiert sie auch regelmässig die Geldscheffelnden Clintons.

Das könnte die Republikaner an sich freuen. Doch viel Vitalität versprühen auch sie nicht. Die Liste der Anwärter ist zwar lang, doch enthält sie wenig neue Gesichter. Jeb Bush, der jüngere Bruder des früheren Präsidenten, und Mitt Romney führen sie an. Romney versucht es zum dritten Mal, was Rand Paul, selber ein Hoffnungsträger, zur Bemerkung veranlasste, die einsteinsche Definition von geistiger Umnachtung sei, immer wieder das Gleiche zu tun und ein anderes Resultat zu erwarten.

Romneys neu geweckter Ehrgeiz hat bei den Republikanern vorwiegend Kopfschütteln ausgelöst. Er ist kein Reagan, seine politischen Instinkte sind stumpf, und sein letzter Wahlerfolg liegt Jahre zurück. Auch die Erfolgserlebnisse von Jeb Bush sind eine Dekade alt. Das Hauptproblem ist sein Name. Seine Mutter Barbara, kernig wie immer, meinte dazu nur, es habe genug Bushs im Weissen Haus gegeben.

Der Bulle von New Jersey, Chris Christie, könnte das Feld aufmischen – oder Scott Walker, der Gewerkschaftenbändiger aus Wisconsin. Ehrgeizige Tea-Party-Senatoren hören vielleicht Gottes Stimme in der Wüste. Doch grosso modo hat die amerikanische Politik eine Blutauffrischung bitter nötig. Alle, auch die Mittelklasse, würden davon profitieren.



Darling der Linken mit Favoritin: Senatorin Elizabeth Warren, Hillary Clinton.

Von Weltblatt zu Weltblatt

Von Christoph Mörgeli

Das Outing ist total. Die Redaktionsrevolte gegen die Berufung von Markus Somme hat mit einem Schlag für die längst fällige Klarheit gesorgt: Jedermann weiss heute, wo die *Neue Zürcher Zeitung* politisch steht. Ganz sicher nicht mehr auf bürgerlich-liberalem Pfad. Auch ist jetzt allgemein bekannt, dass die Angestellten der NZZ ihren Chef selber wählen dürfen. Ein so fortschrittliches Mitbestimmungsmodell gibt's nicht einmal bei der Gewerkschaft Unia.

Die linksextreme *Wochenzeitung* kommentiert mit Wohlgefallen die Übereinstimmungen beider Blätter. Ihre Wortschöpfungen «bürgerliche Woz» und «linke NZZ» sind bezeichnend für das beidseitige verwahrloste Denken. Der Nachwuchsschreiber Corsin Zander durfte von der *Woz* bruchlos in die NZZ wechseln. Derweil gelangte der Journalist Simon Hehli vom Weltblatt *Blick am Abend* ins Weltblatt NZZ. Und löst dort das Problem des gewalttätigen Islamismus mit friedvollen Forderungen nach «Integration» und «öffentlichrechtlicher Anerkennung».

Das Letzte, was die NZZ-Redaktion will, ist eine Schärfung des politischen Profils. Das noch Letztere, was der Falkenstrasse passt, ist ein Zusammenrücken von FDP und SVP bei den kommenden Wahlen. Darum kennen die verbalen Prügel gegen die Volkspartei keine Grenzen. Darum wird das Parteitaglein des Parteichens BDP fast seitenlang abgehandelt – inklusive eines farbigen Parteilogos für deren «sach- und lösungsorientierte Kampagne». Die Eckpunkte der «verlässlichen Wirtschaftspartei» BDP heissen Frauenpower, Staatskrippen und Energiewende. Unkommentiertes Originalzitat in der NZZ: «In einer sozialen Marktwirtschaft müssten Politik und Staat ihre Impulse setzen.»

Ein solches «Impulssetzen» von Politik und Staat hat nichts mit freiheitlicher Gesellschaft und nichts mit sozialer Marktwirtschaft zu tun. Es ist vielmehr Ausfluss kommunistischer Planwirtschaft. Doch für solche Feinheiten fehlen der *Neuen Zürcher Zeitung* vor lauter Somme-Alarmismus sämtliche Alarmglocken. Das Qualitätshaus der Marktwirtschaft verkommt zum Marktladen der Planwirtschaft. Rötter als die Verkaufszahlen ist nur noch die Gesinnung. Da muss sich der ehemalige NZZ-Chefredaktor Markus Spillmann keine Sorgen um seine Zukunft machen. Er kann sich ohne Kursänderung beim *Tages-Anzeiger* melden – als Nachfolger von Chefredaktor Res Strehle.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Jordan schiesst auf Wirtschaft

Von Peter Bodenmann — Die Nationalbank (SNB) handelte, ohne den Bundesrat auch nur zu informieren.



Die schmerzhaften Verluste machen alle anderen.

Die Schweiz wird in regelmässigen Abständen von irrationalen Grundwellen erfasst. Blocher, Ebner und Schiltknecht wollten mit ihren Visionen die besten Schweizer Chemiefirmen und Banken kapern. Und versprachen allen Kleinanlegern, die mit ins Boot stiegen, satte Gewinne. Blocher und Schiltknecht stiegen rechtzeitig aus. Ebner etwas spät. Die schmerzhaften Verluste machten alle anderen.

Noch etwas bunter trieb es der proletarische Kings Club mit seinem Schneeballsystem. Teile der Innerschweiz verfielen ob unrealistischer Renditeversprechen in Trance. Und jetzt verkündet Blocher an seiner Albisgüetli-Hillbilly-Rede, alles werde bis Weihnachten gut. Dank Thomas Jordan, der entgegen all seinen Versprechen den Mindestkurs fallenliess. Heinz Karrer hat recht: Die SNB hätte den Mindestkurs problemlos halten können. Das Problem sei der steigende politische Druck von Seiten der SVP und ihrer Propheten gewesen. Für einmal recht hat auch Rudolf Strahm. Er hatte schon immer vor dem stocksteifen Monetaristen Thomas Jordan gewarnt. Vor jenem Jordan, der beim Sturz von Hildebrand im Hintergrund nicht untätig war.

Als die UBS gerettet werden musste, arbeiteten Bundesrat und Nationalbank während Monaten Hand in Hand. Vertraulich. Diesmal hat die Nationalbank den Bundesrat nicht einmal informiert. Weil der Bundesrat diesem katastrophalen Fehlentscheid nie zugestimmt

hätte. Stattdessen trat Thomas Jordan am Abend des fatalen Entscheides an einer Wahlveranstaltung der SVP auf, um sich als neuen SVP-Bimbo feiern zu lassen. Johann Schneider-Ammann ist stocksauer, auch wenn er sich das noch nicht anmerken lässt. Und Eveline Widmer-Schlumpf hat faktisch einen neuen wie auch immer zu erreichenden Mindestkurs definiert.

Thomas Jordan hat der Schweizer Wirtschaft in die Beine geschossen. Anstatt die Verantwortung zu übernehmen, teilt uns der sichtlich Überforderte per NZZ und *Le Temps* mit: «Was wir jetzt beobachten, ist ein massives Überschiessen der Märkte.» Und beklagt sich scheinheilig: «Wir haben jetzt eine deutlich überbewertete Währung.» Genau das zu verhindern, wäre und ist seine Aufgabe. Die meisten Unternehmen stoppen die Investitionen. Und verfügen Personalstopps. Firmen reagieren mit Auslagerungen. Die Zahl der Entlassungen wird sprunghaft ansteigen. Wie bei den Visionen und dem Kings Club wird die Realität die Fantasten einholen. Vor dem Sommer wird allen klar sein: Jordan und Co. sind ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Sie haben national und international jede Glaubwürdigkeit verloren. Der Bundesrat wird die Verlierer vom Eis nehmen müssen. Und eine neue Direktion der SNB wählen. Blocher hat recht, bis Weihnachten wird alles gut. Vielleicht.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Stresstest für Journalisten

Von Kurt W. Zimmermann — Um den Euro steht es schlecht. Nicht viel besser geht es unserem Wirtschaftsjournalismus.

Es kommt sehr selten vor, dass die kleine Schweiz Weltgeschichte schreibt. Vergangene Woche war es so weit.

Noch nie in der Neuzeit hat sich die Währung einer Industrienation schlagartig um zwanzig Prozent aufgewertet. Es gibt in der Geschichte keine Analogie zum Nationalbank-Effekt, den Franken vom Euro loszubinden.

Die Nationalbank machte eine einfache Aussage. Sie sagte: «Wir halten den Euro für eine Schrottwährung. Wir können nicht ausschliessen, dass der Euro kollabiert. Wir lassen ihn fallen.» Es war ein Signal nationalen Siegeswillens. Die Märkte haben sofort verstanden.

Haben auch unsere Journalisten verstanden? Wenn die kleine Schweiz einmal Weltgeschichte schreibt, ist das ein zwingender Anlass, die Reaktion der heimischen Medien anzuschauen.

Leider fällt die Bilanz nicht gut aus. Die führenden Zeitungen haben den Stresstest des Wirtschaftsjournalismus nicht bestanden. Es gibt eine Ausnahme, aber darauf kommen wir noch.

Vor allem die grossen Provinzblätter waren intellektuell heillos überfordert. Der *Tages-Anzeiger* etwa, die grösste Regionalzeitung, schwadronierte von einem «Vertrauensverlust» der Nationalbank, als ob ein solcher Kuschelfaktor im Kampf der Finanzsysteme eine Rolle spielen würde. Andere wie *Aargauer Zeitung*, *St. Galler Tagblatt* oder *Berner Zeitung* gingen noch eine Etage tiefer und thematisierten statt der währungspolitischen Weltlage lieber die Portemonnaies von Hüsl-Bauern, Einkaufstouristen und Schnäppchenjägern.

Wer wissen wollte, was rund um Franken und Euro ablief, und wer es kontrovers wissen wollte, der musste in die Fremde. Er musste die *New York Times* lesen («let's learn from the Swiss»), die *Financial Times* («a powerful jolt»), das *Wall Street Journal* («murder in Zurich») oder die *Frankfurter Allgemeine* («Krise im Euro-Raum»).

Dass es die heimischen Medien nicht besser konnten, kann man ihnen nicht einmal übelnehmen. Es spiegelt sich darin der Auf- und Abstieg des Wirtschaftsjournalismus.

Der Aufstieg des Wirtschaftsjournalismus begann in den frühen neunziger Jahren. Es wurde zunehmend sichtbar, dass die Globalisierung die nationalen Volkswirtschaften, nationalen Finanzplätze und nationalen Regulierungen aushebeln würde. Der Vertrag von Maastricht leitete zudem die Währungs-



Weltgeschichte: SNB-Chef Jordan.

union ein. Die Redaktionen stockten darum ihre Wirtschaftsressorts massiv auf. Sie stellten vermehrt auch Volkswirtschaftler ein, um die traditionelle Unternehmensberichterstattung mit makroökonomischen Sichtweisen zu ergänzen.

Es war die beste Phase des Wirtschaftsjournalismus. Sie dauerte bis 2007. Dann kam die Finanzkrise. Das Publikum schrie nach Rache.

Die Wirtschaftsjournalisten schwenkten nun auf eine aggressivere Linie ein. Sie spielten fast nur noch auf den Mann. Sachanalysen wurden unwichtig, es dominierten die Attacken auf die Managerkaste. Auch im neusten Fall zeigte sich diese Tendenz zur Personalisierung. Die Figur von Nationalbank-Chef Thomas Jordan war den meisten Journalisten ungleich wichtiger als die Erklärung des Sachzusammenhangs.

Nun kommen wir zur Ausnahme. Was die *Neue Zürcher Zeitung* in den letzten Tagen bot, war grossartig. Sie analysierte als Einzige präzise, unaufgeregt und sachkundig die monetäre Grosswetterlage rund um das Szenario, dass «der Franken nicht zu einem Quasi-Euro» wird. Natürlich war die *NZZ* auch das erste Deutschschweizer Blatt, dem Thomas Jordan ein Interview gab.

Die *NZZ*, wir wissen es alle, ist manchmal fürchterlich. Aber wenn es drauf ankommt, ist sie manchmal richtig gut.

Charlie, Ahmed

Von Beatrice Schlag — Wem der Terror gilt.

Fast drei Wochen nach dem Attentat auf die Redaktion von *Charlie Hebdo* sind unzählige atemlose Diskussionen geführt und ziemlich wenige Dinge gesagt worden, die den



Kopf klarer werden lassen. Das Wochenmagazin *Charlie Hebdo*, Europas vermutlich bekanntestes noch existierendes Satiremagazin, hatte eine wöchentliche Auflage von 60 000 Exemplaren. Zum Vergleich: Die Schweizer *Glückspost* verkauft jede Woche 140 000 Hefte. Wäre das verhältnismässig winzige *Charlie Hebdo* verschont worden, wenn es Mohammed weniger derb lächerlich gemacht hätte? Hätte sanftere Kritik Morde verhindert?

Ein zweifellos kompetenter Mann, um diese Frage zu beantworten, ist Salman Rushdie. Der indisch-britische Schriftsteller wurde 1989 vom damaligen iranischen Staatschef Chomeini für seinen Roman «Die satanischen Verse» mit einer Fatwa sehr konkret zum Abschuss freigegeben. Die Fatwa besteht bis heute. Rushdie sagte nach dem Paris-Attentat zur Satirediskussion in einer US-Politshow: «Ich kenne diese Ja-aber-Diskussionen zu gut. Was soll denn ein politisch respektvoller Comic sein? Schriftsteller, Künstler und Gelehrte sind dazu da, Dinge ins Wanken zu bringen. Das Einzige, was wir jetzt tun können, ist, keinen Millimeter zurückzuweichen.»

Dann sagte er etwas noch Wichtigeres. «Die USA und Europa spielen nicht gerne eine Nebenrolle. Aber so ist es in diesem Fall. Es geht um die Macht im islamischen Raum, nicht um uns. Der IS, die Taliban, al-Schabab oder Boko Haram interessieren sich nicht für westliche Reaktionen.» «Boko Haram» heisst «unreines Buch». Der Taliban-Mord an 150 Kindern und Lehrern in Pakistan im vergangenen Dezember war ein Attentat gegen welt-offene Erziehung. Weitere Attentate gegen Kinder stellten die Taliban in Aussicht. *Charlie Hebdo* war, wie London, Madrid und andere Attentate zuvor, aus der Sicht fundamentalistischer Islamisten ein Nebenschauplatz. Die muslimische Ärztin, die morgen in Barcelona oder Oslo einen jüdischen Patienten operiert und dafür möglicherweise ins Visier gerät, kann niemand schützen. Das oder Ähnliches steht in unseren Breitengraden an. Nicht, was Satire darf.

«Bei aller (völlig berechtigten) Kritik bleibt eine grosse Hochachtung vor dem Wirken und der Geschichte dieses Pioniers.» *Max Diener*



«Ruhe und etwas Zeit»: Schawinski interviewt Thiel.

Für den Gourmet-Leser

Nr. 3 – «Je suis Roger»; Roger Köppel über Roger Schawinski

Die Sahnehäubchen der Schweizer Medienlandschaft sind Roger und Roger. Das weiss doch jeder Gourmet-Leser.

Claudia Benoit, per E-Mail

«Je suis Roger»? Es ist nicht klar, wie Sie das in Ihrem Plädoyer für den Medienpionier Roger Schawinski meinen, Herr Köppel. Sie charakterisieren Schawinski zwar treffend! Doch warum wollen Sie ihn denn weiterhin als die interessanteste Reizfigur der Öffentlichkeit konservieren? Und wollen Sie das wirklich? Sie loben Schawinski als grossartigen und narzisstischen Zeitgenossen. Doch mögen Sie Narzissten wirklich? Sie haben ein gutes Bild für Thiel und für Schawinski gewählt: Thiel gibt den besseren Gockel her. Mit diesem Bild und im Unterton des Textes kränken Sie Schawinski. Möglicherweise ist das Ihr Stil, intelligent durchdacht von Ihnen. Oder ist es doch ganz unbewusst als Ausdruck eigener Kränkung und vielleicht Neid eingeflossen?

Ich persönlich mag Narzissten. Wenn sie stürzen, dann ist ihr Fall immer so dramatisch. Sie geben selbst im Untergang eine gute Figur ab. Ausserdem klatscht das hysterische Umfeld immer tollen Applaus. Wir sollten sie zwar eingrenzen, wenn sie unerträglich werden, was uns manchmal etwas Geld kostet. Wir sollten ihnen aber mehr Sorge tragen, als

das in Ihrem Plädoyer zum Ausdruck kommt. In der Regel genügen Ruhe und etwas Zeit. Schawinski hat bei Thiel die Contenance verloren und müsste sich vielleicht früher oder später bei ihm entschuldigen. Das ist aber eine ganz persönliche Angelegenheit, in die sich niemand einzumischen hat. Ich bin nicht Roger, auch nicht Charlie und leider auch nicht Andreas.

Marcel I. Raas, Frauenfeld

Roger der Jüngere legt dem Leser eine harsche Kritik an Roger dem Älteren vor, die er eigentlich gar nicht schreibt: Humorvoll *chläpft* er ihn, virtuell, links und rechts. Und wenn der Leser den armen Schawinski schmachvoll winselnd am Boden wähnt, pöppelt Köppel diesen in den letzten Sätzen wieder zum Star der Mediengilde auf. Der Star muss auf seine Replik verzichten, weil die Streitschrift ja lediglich so vorgesehen war, dann aber gar nicht geschrieben wurde. Das ist kunstvoller Journalismus ohne grobe Plumpheit. Und genau so verstehe ich die Freiheit zum Witz in einer freien Presse, über die ja derzeit – auch unter Verzerrung der durch die Aufklärung herausgeschälten Postulate an die Gesellschaft – heftig diskutiert wird.

Hans Christian Müller, Zürich

Also, Herr Köppel, dies ist ein wenig billig. Roger liebt Roger, Markt liebt Markt, Schulterklopfen hilft für einen Egomaneen auch nichts. *H. R. Reichlin, Gränichen*

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich zu Ihrem «Plädoyer für Roger Schawinski». Alles darf Schawinski einfach wirklich nicht. Aber bei aller (völlig berechtigten) Kritik bleibt eine grosse Hochachtung vor dem Wirken und der Geschichte dieses Pioniers in unserer Medienlandschaft. Hoffentlich kehrt er aus seinem Schmolliwinkel zurück. Und auf weitere Gespräche «Roger gegen Roger» freue ich mich jetzt schon. *Max Diener, Stallikon*

Das muss man gelesen haben

Allgemeine Bemerkung zur Ausgabe Nr. 3

Die letzte *Weltwoche*-Ausgabe muss man gelesen haben. Nebst den sehr interessanten Artikeln, zum Beispiel «Churchills Codeknacker», sind sämtliche Veröffentlichungen über Terror, Sicherheit, Islam mehr als nur lesenswert. Sie sind für unsere Gesellschaft von eminenter Aktualität und grösster Wichtigkeit. Die Probleme, die der Islam mit seiner Religionsauslegung verursacht, werden zunehmend explosiver und sind mit unserer Rechtsordnung nicht vereinbar. Wegschauen und einfach nicht wahrhaben wollen bringt nichts.

Die Religionsfreiheit ist eine der grossen Errungenschaften unserer westlichen Gesellschaft. Will jemand aus einem anderen Kulturkreis bei uns leben, hat er unsere Gesetze und Vorschriften zu beachten und einzuhalten. Er muss Eigenverantwortung übernehmen und Toleranz kennen. Eine Versklavung von Frauen ist nicht tolerierbar. Den Frauen hat der bei uns lebende Muslim die volle Gleichberechtigung zuzugestehen. Wie es scheint, erfordert der Koran eine Generalrevision. Gratulation an die *Weltwoche* für die Artikel. Es ist spannend, sämtliche Veröffentlichungen zu Terror, Sicherheit, Islam zu studieren!

Hans Furrer, Schwyz

Bürgerrechte gehen verloren

Nr. 3 – «Sicherheit»; Editorial von Roger Köppel

Unter dem Motto «Sicherheit» verlieren weltweit mehr und mehr Menschen grundsätzliche Bürgerrechte, vor allem das Recht auf Privatsphäre. Meiner Meinung nach ist Sicherheit ein Schritt in Richtung Diktatur durch die Kontrolle der Finanzkanäle, durch Reisekontrollen, Hotelregistrierung, vereinfachte Kommunikation, Überwachung et cetera. Nun frage ich mich, ob sich eine Beschränkung der Rechte unter dem Motto «Sicherheit» wirklich lohnt. Wie viele Menschen fallen denn eigentlich Terrorattacken weltweit zum Opfer? Seien wir grosszügig, sagen wir 30 000. Verkehrstote weltweit gibt es 1 200 000. Wo besteht mehr Handlungsbedarf? Und seien wir doch ehrlich, Terrorismus ist doch grundsätzlich ein Medieninstrument. Würde man nicht darüber

berichten, dann wäre Terrorismus als Thema obsolet, und unsere Politiker müssten nicht mit scheinheiligen Argumenten unsere Privatsphäre weiter beschränken und überwachen.

Robert Fischer, Widen AG

Warum nicht eine Fallpauschale?

Nr. 3 – «Illegal auf Staatskosten»; Philipp Gut über das Asylwesen

Es ist erstaunlich, wie viele Anwälte mit Asylanten beschäftigt sind. Eine willkommene Einnahme aus Staatsgeldern, vom Steuerzahler finanziert. Wieso ist noch kein Politiker auf die Idee gekommen, ähnlich wie bei den Spitälern eine Fallpauschale pro Asylant zu fordern? Konsequenz: Weniger Anwälte würden sich um solche Fälle bewerben. Zudem würden die Rekurse schneller abgewickelt.

Ernst Hostettler, Toffen

Die Details dieses Skandals sind eigentlich sekundär. Das Unglaubliche daran ist, dass Behörden und Beamte unsere sauer verdienten Steuern zum Fenster hinauswerfen. Das Gericht hat ohne Wenn und Aber entschieden. Umsetzen, fertig! Wenn ich als guter Schweizer Bürger nur eine Verkehrsbusse nicht bezahle, sind meine Tage in der Freiheit bald einmal gezählt. Auch zu denken gibt mir der Satz: «Daran hat der Gesetzesgeber wohl nicht gedacht.» Gesetze, die sich als falsch oder ungenügend erweisen, müssen sofort geändert oder ergänzt werden. Das ist die Pflicht des Gesetzgebers, wenn er totales Chaos verhindern will. Macht er das nicht, ist es zynisch, Gesetze zu erstellen, einen riesigen Apparat zur Kontrolle einzusetzen und den Steuerzahler zur Kasse zu bitten. Handlungsbedarf ist hier vonnöten, und zwar sofort!

Mark Gasche, Kirchberg

Zorn, nicht Hass

Nr. 1/2 – «Belogen, betrogen und beschimpft»; Wolfgang Koydl über die Pegida-Bewegung

Als im Zürcher Unterland lebender Deutscher hatte ich bisher vergeblich versucht, mir ein differenziertes Bild darüber zu verschaffen, wie es in Dresden momentan brodelt. Mittlerweile resigniert und enttäuscht von den gängigen Print- und TV-Medien, habe ich just meinen in Leipzig lebenden Onkel (konservativer Bildungsbürger, neu AfD-Mitglied und Pegida-Teilnehmer) nach seiner Einschätzung eines NZZ-Artikels («Zahmere Töne», 13.1.2015) sowie des jüngsten *Weltwoche*-Artikels gebeten.

Hier seine Antwort: «Die Berichterstattung der *Weltwoche* ist fair und eindeutig näher an der Wahrheit. Die Leute von der «Lügenpresse» [Anm.: Unwort des Jahres 2014] werfen den Menschen «Hass» vor, dabei sind

sie es, die die Menschen dort hassen, und Zorn (das wirkliche Gefühl) wird den Demonstranten nicht zugestanden. In Dresden ging es immer völlig entspannt zu. Gestern in Leipzig waren ein paar Fussballfans dabei, für die ich meine Hände nicht ins Feuer legen würde. Die liessen sich leicht aufheizen. Aber wenn, dann sind die Gegendemonstranten der grössere Skandal.» Der NZZ-Artikel reihte sich nur in den gängigen, medialen Einheitsbrei ein, und genau das mache die Menschen so zornig.

Gernot Bütow, per E-Mail

Harter Schlag

Nr. 1/2 – Mix & Remix ersetzt den Comic «Poldi»

Dass der «Poldi» verschwunden ist, die liebenswerte Nummer eins unserer Aufmerksamkeit und eine Art subtile Identifizierungsfigur, ist ein harter Schlag.

A. Schanz, Overijse

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man von der öffentlichen Hand angestellt sein und trotzdem eine liberale und staatskritische Grundhaltung leben?

Tom Keller, Humlikon

Ja! Liberale mit edler Gesinnung tun so etwas. Irgendjemand muss schliesslich Freiheit und Verantwortung in der Verwaltung vertreten. Es sei aber gewarnt: Im Vergleich zum Weg des Liberalen in der Verwaltung war die Odyssee ein Zuckerschlecken. Ob der Sirengesang des Kompromisses oder der einäugige Glaube an die überlegene Staatsplanung, Gefahren lauern überall. Also: Der liberale Staatskritiker muss für die öffentliche Hand arbeiten. Ob er es aushält, ist eine andere Frage.

Henrique Schneider, Ökonom HSG und Ressortleiter beim Schweizerischen Gewerbeverband


CRESTA
PALACE
Echt Ferien
SKI-(S)PASS CHF 35.–

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
Direkt bei Skilift, Gondelbahn, Skischulen und Loipen.
7 Tage Zi./Frühstück ab CHF 1225.– im DZ/Person
Ab 2 Nächten:
Skipass für CHF 35.– pro Person/Aufenthalts-tag

★★★★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren


das Bergjuwel

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

«An der Kehle der Weltwirtschaft»

Das Südchinesische Meer werde zur umstrittensten Zone der Welt, sagt Robert D. Kaplan. Der reisende Strategie zeigt Charakter und Grenzen der Grossmacht China auf und propagiert eine Aussöhnung mit dem Iran. Für Europa im Bann des islamischen Terrors sieht er nur eine Lösung. *Von Urs Gehriger und Sally Montana (Bild)*

Robert Kaplan, sind Sie Charlie?

Ich bin ein Betrachter aus der Ferne, und was ich sehe, sind Terroranschläge in Frankreich, bei welchen siebzehn Menschen umgebracht wurden. Sie ereignen sich in einer Phase der europäischen Geschichte, in der die Eliten weder den politischen noch den institutionellen Willen zeigen, mit Europas wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden. Soziale Spannungen haben sich aufgebaut; es ist unklar, was die Zukunft der EU sein wird. Terror, Immigration, das Scheitern, Einwanderer zu integrieren, ökonomisches Malaise, die Schwäche Frankreichs, eines Schlüsselstaats in Europa – ich sehe alle diese Faktoren in einer Kettenreaktion.

Anschläge in Paris, Terroralarm in Belgien und Deutschland, überall in Europa fürchtet man sich vor weiteren islamistischen Angriffen. Wie schätzen Sie die Lage ein?

Wichtig ist jetzt, nicht emotional zu reagieren, sondern analytisch. Die Europäer wollen Frieden und Sicherheit, aber dafür muss man einen Preis bezahlen.

Was ist der Preis?

Erhöhte Überwachung. Die beste Art, künftig solche Anschläge zu verhindern, ist die nachrichtendienstliche Observation von islamistischen Netzwerken. Nur so können diese vor einem gewalttätigen Anschlag ausgehoben werden.

In Frankreich debattiert man über eine Art «Patriot Act», wie sie die USA nach 9/11 verabschiedet haben. Kritiker sehen darin eine zu rigorose Beschneidung der Bürgerfreiheiten.

Erwartet nicht, dass das Entsetzen und der Zorn, welche die Anschläge von Paris entfacht haben, lange andauern werden. Besonders wenn jetzt kein nächstes Attentat mehr folgt. Wenn Europa vier weitere Monate ohne gravierenden Anschlag erlebt, wird die öffentliche Stimmung wieder abflachen auf ein Niveau der Taten- und Sorglosigkeit. Es ist eine Ironie: Je besser die Sicherheitsdienste ihren Job machen, solche Gruppen vor einer geplanten Tat aufbrechen, desto selbstgefälliger wird die Öffentlichkeit.

Angeführt von internationaler Politprominenz, haben vier Millionen Menschen in Paris Einheit gegen den Terror demonstriert. Eine Schlüsselfigur wurde allseits

vermisst: Barack Obama. War seine Absenz ein Beleg dafür, dass die USA ihr Interesse an Europa verlieren?

Die Obama-Administration hat den unverzeihlichen Fehler begangen, kein hochrangiges Regierungsmitglied an die grosse Kundgebung zu schicken. Vergessen wir nicht, wir leben in einem Medienzeitalter, Aussenpolitik hat eine wichtige symbolische Komponente. Ronald Reagan hatte diesen angeborenen Instinkt für Symbolik. Das ist einer der Gründe, weshalb man Reagan als grossen Präsidenten in Erinnerung behält.

Seit 2011 orientiert sich Amerika zunehmend am pazifischen Raum. Dort sorgt der Aufstieg Chinas für Nervosität. Sucht Peking bloss die Rolle eines freundlichen Hegemonen, oder hat es aggressiv-expansionistische Ambitionen?

China steigt auf normale Weise zu einer Grossmacht auf. Es ist kein Schurkenstaat, es droht kein anderes Land zu vernichten in der Art, wie der Iran gedroht hat, Israel zu zerstören. Wenn sich neue Mächte in der

«Die Europäer wollen Frieden und Sicherheit, aber dafür muss man einen Preis bezahlen.»

internationalen Arena formieren, kommt es oft zu Instabilität und Konflikten, denn das internationale System muss sich neu organisieren.

In Ihrem jüngsten Buch, «Asia's Cauldron», vergleichen Sie die heutige Rolle Chinas im Südchinesischen Meer mit derjenigen der USA in der Karibik vor hundert Jahren. Welches sind die Parallelen?

Zwischen 1898 und 1914 schlugen die USA die Spanier und bauten den Panamakanal. Dies erlaubte den Amerikanern, den Atlantik mit dem Pazifik zu verbinden und beide zu dominieren. Es war die Dominanz des karibischen Beckens, welche es den USA ermöglichte, die westliche Hemisphäre zu kontrollieren, was sie wiederum in die Lage versetzte, das Kräftegleichgewicht in der östlichen Hemisphäre neu zu ordnen. In ähnlicher Weise nun stellt das Südchinesische Meer für den Handel im Pazifik eine Verbindung zum Indischen Ozean dar, was China Optionen zur Expansion und Dominanz eröffnet.

Sie prognostizieren, das Südchinesische Meer werde zur «umstrittensten maritimen Zone der Welt». Welche Konflikte erwarten Sie?

Davos diskutiert seit Jahren über Globalisierung. Aber was ist Globalisierung wirklich? Es ist Containerschiffverkehr. Neunzig Prozent aller Güter, die von einem Kontinent zu einem andern transportiert werden, legen den Weg auf den Meeren zurück. Das heisst: Bevölkerte Wasserwege brauchen grössere Seestreitkräfte, die den Seehandel bewachen. Es gibt eine wachsende Gefahr von Zwischenfällen, die ausser Kontrolle geraten, die zu Militärkonflikten führen können. Die asiatische maritime Zone wird zu einer gedrängten, nervösen und komplizierten Weltgegend. Eine Schlüsselstelle ist das Südchinesische Meer, es liegt wie eine Kehle zwischen dem Westpazifik und dem Indischen Ozean; mehr als die Hälfte des Seehandels passiert dieses Gewässer. Dennoch bin ich überzeugt, dass es an der neuralgischen Passage nicht zu Krieg kommt.

Was stimmt Sie zuversichtlich?

Es ist nicht im Interesse von China, Japan, Südkorea und ostasiatischen Staaten, in einen militärischen Konflikt zu geraten. China möchte eine asiatische Version der Monroe-Doktrin etablieren, durch welche die USA im 19. Jahrhundert die Herrschaft über die westliche Hemisphäre von den Europäern übernommen hatten. Die USA werden dagegen versuchen, im ostasiatischen Raum zu bleiben. Sie werden sich hüten, einen Krieg mit China vom Zaun zu brechen. Dennoch werden sie mit Engagement versuchen, China davon abzuhalten, seine Nachbarn zu dominieren.

Auf welche Weise könnte China seine Nachbarn dominieren?

China wird wohl versuchen, Länder wie Vietnam, Malaysia oder die Philippinen zu finnlandisieren.

Finnlandisieren? Was meinen Sie damit?

Erinnern wir uns an die Zeit des Kalten Kriegs. Finnland, das eine lange Landgrenze mit der ehemaligen Sowjetunion hatte, war demokratisch, kapitalistisch, aber seine Aussenpolitik war abhängig von Moskau. Finnland konnte nicht der Nato beitreten, es gab von Moskau definierte Parameter, ausserhalb welchen Finnland sich nicht bewegen konnte. Finnlandisierung war für die Sowjetunion eine erfolgreiche Form der Dominanz und eine preiswerte dazu, denn sie



«Erwartet nicht, dass das Entsetzen und der Zorn lange andauern werden»: Bestsellerautor Kaplan, 62.

kostete den Kreml nicht viel an Ressourcen oder Energie. Ich denke also, was China versuchen wird, ist eine Form der Finnlandisierung des asiatischen Raums, indem es Vietnam, den Philippinen, Malaysia und Singapur Parameter für deren Sicherheits- und Aussenpolitik definiert, nach dem Vorbild der Sowjetunion mit ihrem Nachbarn. Überhaupt erinnert mich das Südchinesische Meer in vielem an das Mitteleuropa des 20. Jahrhunderts.

Mitteleuropa ist eine Landmasse, Ostasien ist von Meeren dominiert, das ist doch ein erheblicher Unterschied.

Wenn wir die Karte von Ostasien anschauen, stellen wir fest: Das Chinesische Meer hat eine Prominenz ähnlich der mitteleuropäischen Landmasse im 20. Jahrhundert. Der Unterschied allerdings ist, Europa war als Landschaft scharf begrenzt, mit Armeen befrachtet, die sich alle begegneten, es war der Schauplatz zweier Weltkriege sowie des Kalten Kriegs, sie alle wurden um die Kontrolle von Zentraleuropa geführt. Das Südchinesische Meer ist eine maritime Zone. Die Unterschiede zwischen den Bevölkerungen sind riesig. Dieser Umstand stimmt hoffnungsvoll. Ich bin zuversichtlich, dass das Südchinesische Meer als Barriere gegen Aggression funktionieren wird. Aus geografischen Gründen wird die Zone voraussichtlich friedlicher sein, als es Zentraleuropa im 20. Jahrhundert gewesen ist.

«Die EU ist eine Form der Globalisierung auf kontinentaler Basis.»

Bemerkenswert ist die Absenz von grossen ideologischen Kämpfen in der asiatischen Zone. Die Motoren der asiatischen Staaten scheinen durch Handel und Macht angetrieben, nicht durch Ideologie oder Moral.

Nach dem Kalten Krieg bezeichnete man Europa lange als «postnational». Die EU ist eine Form der Globalisierung auf kontinentaler Basis. Die Europäer waren pazifistisch, sie waren gegen hohe Verteidigungsbudgets. Dies mag sich nun möglicherweise ändern. Ostasien dagegen tickt anders. Ostasiatische Staaten sind sehr nationalistisch auf ethnischer Basis. Japan, China, Vietnam, die Philippinen, Malaysia, Südkorea, alle haben temperamentvolle ethnische Nationalismen. Bei ihren Disputen geht es nicht um humanistische oder politische Ideen, sondern um Nationalismus und wirtschaftliche Macht, um Besitz und Nutzung des Westpazifiks. Es geht um Geografie.

Welche Rolle spielt Geografie in der modernen Weltpolitik?



«Barriere gegen Aggression»: chinesisches Kriegsschiff im Südchinesischen Meer.

Jede intelligente Diskussion über Sicherheit beginnt mit Geografie. Die Lage auf der Karte ist das Erste, was einen Staat definiert, mehr als die jeweilige Philosophie oder Politik. Der Standort definiert Beschränkungen und Möglichkeiten eines Landes. Grossbritannien ist eine grosse Insel. Es konnte sich während Jahrhunderten in relativer Sicherheit entwickeln, dies ist einer der Gründe, warum sich eine solide Demokratie etablierte. Das Gefühl, man habe die Geografie überwunden, hat verhängnisvolle Formen angenommen. In Afghanistan und im Irak zum Beispiel mussten die US-Streitkräfte lernen, dass selbst mit modernster Technologie ein Land sich nicht beherrschen lässt. Selbstverständlich gibt es noch viele andere Faktoren. Fünfzig Prozent der Weltpolitik hängen von den federführenden Persönlichkeiten ab. Aber alles beginnt mit der Geografie. Sie definiert logistische Nachschublinien, Handelsrouten für Öl und Gas, Demografie et cetera. Kurz: Geografie ist eine reiche Tapisserie, die Sicherheit und Strategie grundlegend prägt.



Wie sollte Amerika auf eine von Peking dominierte Hemisphäre reagieren, auch bezüglich seiner Alliierten im pazifischen Raum?

Es wäre nicht verantwortungsvoll, wenn die USA ein chinesisches Imperium über den Indopazifik – den Indischen Ozean und den Westpazifik – einfach hinnehmen würden. Die USA sind eine Pazifikmacht. Sie haben während des Zweiten Weltkriegs, des Korea- und Vietnamkriegs im Pazifik gekämpft. Die Philippinen sind Amerikas ältester Vertragspartner. Die USA haben Zehntausende Truppen in Japan stationiert. Amerika hat tief verwebte emotionale Beziehungen mit den wichtigsten Ländern Ostasiens. Natürlich muss es Platz für China machen, während China sein Wirtschaftswachstum seit 35 Jahren in militärische Macht umsetzt. Aber die einzige verantwortliche Politik der USA ist, ein aktives Kräftegleichgewicht im Pazifik zu halten.

Im Oktober 2011 proklamierte Obamas damalige Aussenministerin Hillary Clinton «Amerikas pazifisches Jahrhundert». Sie kündigte an, die USA würden im Zentrum des Geschehens sein. Was hat die Obama-Regierung mit ihrer Pazifikpolitik bisher erreicht?

Präsident Obama hatte das richtige Konzept in diplomatischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht. Das Problem ist, dass die USA eine globale Verantwortung tragen, nicht nur im Pazifik, auch im Nahen Osten, in Südamerika. Auch in Europa sind die USA gebunden, in dieser neuen Ära des russischen Revanchismus muss Washington der Nato und Europa mehr Beachtung schenken. Es ist also nicht möglich, den Fokus to-

tal auf den Pazifik zu drehen, sondern nur, einen neuen Akzent zu setzen. Und hoffentlich werden die USA künftig weniger im Nahen Osten am Boden involviert sein, um einige ihrer militärischen Kräfte in den Pazifik zu verschieben.

Bewegen wir uns aus dem pazifischen Raum, sehen wir ein China, das seine Präsenz rund um den Globus intensiviert. Was steckt hinter der chinesischen Globalstrategie?

Nur etwas wird China stoppen, das sind seine eigene Wirtschaft und interne Stabilität. Zu Beginn stellte ich fest, dass Europa nicht imstande zu sein scheint, mit seinen eigenen ökonomischen Problemen zurechtzukommen. Es ist unklar, ob China dazu imstande ist, seine eigene Wirtschaft zu transformieren und zu reformieren. Doch selbst wenn Chinas Wirtschaftsleistung etwas sinkt, sehe ich Peking mehr Präsenz aufbauen, in Zentralamerika, in Afrika, im Nahen Osten, besonders weil es von dem Öl und Gas dort abhängt, und natürlich im asiatischen Raum.

Neulich unterzeichnete China via einen Telekom-Milliardär einen spektakulären Vertrag zum Bau eines Kanals quer durch Nicaragua. Mit der Alternativroute zum Panamakanal positioniert sich China als Schlüsselspieler in der westlichen Hemisphäre. Stellt das Projekt auch eine militärische Bedrohung für die USA dar?

Ich denke, wir sind weit davon entfernt. Dafür brauchte China eine Seestreitkraft, die sie rund um den Globus einsetzen kann.

Offenbar verfolgt China seinen Weg zur Grossmacht auch auf den Weltmeeren. Nachdem es von der Ukraine einen Flugzeugträger gekauft hat, baut es nun im Eiltempo seinen eigenen.

Als Reporter auf zahlreichen US-Kriegsschiffen habe ich gelernt, dass es zum Status einer Seestreitkraft mehr braucht, als bloss Schiffe zu kaufen und zu bauen. Es braucht Seeleute und Offiziere, die gut genug ausgebildet sind, um komplexe Systeme zu bedienen, Tausende Seemeilen vom Heimathafen entfernt. China hat bis heute erst im Indischen Ozean im Kampf gegen die Piraterie ein wenig Erfahrung gesammelt. Und es hat bloss zwei, drei Schiffe im Einsatz. Chinesische Exkursionen ausserhalb des Südchinesischen Meeres sind immer noch sehr limitiert. Wir sind Jahre davon entfernt, dass China mit einer Seestreitkraft etwas Substantielles in Zentralamerika ausrichten kann.

Ihre Helden im Buch «Asia's Cauldron» sind pragmatische, autoritäre Persönlichkeiten wie Singapurs Lee Kuan Yew, Malaysias Mahathir Mohamad und Chinas Deng Xiaoping, den sie als «einen der grössten Männer des 20. Jahrhunderts»

Robert D. Kaplan

Der 62-Jährige ist einer der führenden ausserpolitischen Strategen der USA und Senior Fellow am Center for a New American Security. Seine *home base* ist jedoch nicht der Bürotisch. In der Tradition des antiken Reisegelehrten Herodot erwirbt und prüft er sein Wissen im Feld. «Ein guter Ort, um die Gegenwart zu verstehen und Fragen über die Zukunft zu stellen, ist auf dem Boden», sagt Kaplan, «indem man so langsam wie möglich reist.»

Als er vor 35 Jahren mit dem Reisen begann, hatte er tausend Dollar in der Tasche, keinen Job und kein Rückflugbillet. Seine Exkursionen führten ihn an die verwüsteten Orte dieser Welt. Als einer der Ersten prognostizierte er die ethnischen Konflikte in der Dritten Welt. Als in Berlin die Mauer fiel, war er im Kosovo, weit weg von der vorherrschenden weltpolitischen Euphorie. Damals entstand sein erster Bestseller, «Balkan Ghosts». Die Lektüre soll US-Präsident Clinton davon abgehalten haben, Streitkräfte auf den Balkan zu entsenden. Seit zwei Jahrzehnten beeinflusst Kaplan als Journalist und Buchautor mit seinem nüchternen Realismus die amerikanischen Entscheidungsträger, Geheimdienste und die Generalität. Das renommierte *Foreign Policy*-Magazin zählt ihn zu den «Top 100 Global Thinkers». (geh)

bezeichnen. Sind autoritäre Herrscher in gewissen Regionen der Welt bessere Führer als demokratisch gewählte Staatschefs?

Ich denke, es ist unfair, Lee, Mahathir und auch Deng ausschliesslich als autoritär zu bezeichnen. Lee war der erste Premierminister Singapurs und übte von 1959 bis 1990 dieses Amt aus. Seine Autorität war sehr moderat und legte den Grundstein für eine parlamentarische Demokratie. Ähnlich verhielt es sich mit Mahathir, der von 1981 bis 2003

«Ich sehe nicht, wo Putin aus der Krise einen Nutzen ziehen will.»

Malaysias Premier war. Und Deng hat während seiner Zeit als Führer der Volksrepublik China von 1979 bis 1997 die Lebensqualität von mehr Menschen verbessert als irgendein anderer Staatschef, und er hat dies schneller getan als irgendjemand zuvor in der Wirtschaftsgeschichte. Die persönlichen ökonomischen Freiheiten, welche Hunderte Millionen von Chinesen gewannen, ist das Verdienst von Deng Xiaoping. Deshalb bezeichne ich ihn als einen der grössten Män-

ner des 20. Jahrhunderts. Die erwähnten Männer sind nicht vergleichbar mit Despoten Afrikas oder des Nahen Ostens wie Saddam Hussein oder Baschar al-Assad.

Ein anderer Politiker, den man gemeinhin mit dem Prädikat «autoritär» versieht, ist Wladimir Putin. Wie sehen Sie ihn?

Auch Putin steht in einer anderen Kategorie als Lee, Deng oder Mahathir. Nach dem Chaos der Jelzin-Jahre hat er zu Beginn seiner ersten Regierungszeit die innere Sicherheit Russlands verbessert, aber das ist das einzig Gute, was man über Putin sagen kann. Putin ist ein sehr rückschrittlicher, nationalistischer Staatschef, der mittels Mafia und Einschüchterung regiert. Während er versucht, die Sicherheitslandschaft in Europa zu verändern, hat er für sein Volk, was persönliche Freiheiten anbetrifft, sehr wenig erreicht.

Wie erklären Sie denn, dass Putin gerade im russischen Volk höchste Popularität genießt?

Wir leben in einem Zeitalter, in dem die öffentliche Meinung präzise erfassbar ist. Putin weiss sehr genau, was sein Volk will. Die Russen sind sehr nationalistisch. Es ist wahr, Putins Popularität ist während der Ukraine-Krise dramatisch gestiegen. Wenn sich die Krise hinzieht mit einer stark geschwächten russischen Währung und deutlich tieferen Öl- und Gaspreisen, wird die russische Wirtschaft leiden und Putins Popularität mehr und mehr sinken.

Blicken wir von der Warte Russlands aus: Wir beobachten eine Nato, das weltgrösste Militärbündnis, das sich seit dem Fall der Sowjetunion sukzessive der eigenen Grenze nähert. Dann nimmt die EU verdeckt und öffentlich Einfluss im Nachbarland Ukraine. Wie soll da ein russischer Präsident idealerweise reagieren?

Erstens, die Ukraine ist bedeutender für Russland als für Westeuropa oder die USA. Zweitens, jeder Leader in Moskau kennt die Geschichte seines Landes. Russland wurde nicht nur von Napoleon und Hitler angegriffen, sondern auch von Schweden, Litauern und Polen. Also wird jeder russische Staatschef nach einer weichen Einfluss-sphäre trachten, die als Barriere funktionieren kann. Für Russland ist es vernünftig, Einfluss in Zentral- und Osteuropa auszuüben. Die Art und Weise, wie Putin dies tut, ist jedoch nicht vernünftig. Seine Einflussnahme ist von sehr brutalem Charakter. Die Medien durch Dritte aufzukaufen, Osteuropa durch die Abhängigkeit von russischem Gas zu strangulieren, kriminelle Banden zu unterstützen, Geheimdienstaktionen zu lancieren – all das zeugt von krudem Imperialismus.

Wie beurteilen Sie die westliche Reaktion auf Putins Ukraine-Politik?

Trotz aller Medienschelte für Obama und Merkel glaube ich, dass die westlichen Führer einen respektablen Job gemacht haben, um Putin einzudämmen. Putin hat Einfluss über ein paar Enklaven in der Ostukraine. Aber der Rest der Ukraine hält stark zum Westen. Ich sehe nicht, wo Putin aus der Krise einen Nutzen ziehen will.

Haben die Sanktionen gewirkt?

Ja, ohne Sanktionen und Androhung von noch schärferen Sanktionen würde sich Putin heute viel aggressiver verhalten, in Moldawien und anderswo. Die Kombination von Sanktionen, diplomatischem Druck, Verstärkung der Nato in Zentral- und Osteuropa hat geholfen, Putin bis zu einem gewissen Punkt zurückzubinden; immerhin musste er das Projekt der South-Stream-Pipeline auf Eis legen. Aber morgen ist ein anderer Tag. Und manchmal, wenn ein Leader verwundet ist, kann er unberechenbar reagieren.

Ein Land, das schon viel länger unter rigorosen westlichen Sanktionen steht, ist der Iran. Millionen Menschen leiden darunter, derweil die Regierung das Atomprogramm

Amerikas Interesse. Die USA haben den IS im westlichen Teil vom Nordirak angegriffen. Der Iran tut dies im östlichen Teil des Iraks. Beide Parteien müssen neben dem Nuklearproblem auch über *deconfliction* sprechen, das heisst: Sie müssen sicherstellen, dass ihre Flugzeuge und anderen militärischen Mittel nicht zur gleichen Zeit am gleichen Ort agieren, sie müssen das Risiko einer Kollision mi-

«Eine Détente geht man mit Feinden ein, nicht mit Freunden.»

litärischer Mittel verhindern, indem sie ihre Bewegungen koordinieren. Die Nukleargespräche haben einen Kontext geschaffen für einen inoffiziellen Dialogkanal zwischen dem Iran und den USA, wo verschiedene Sicherheitsfragen besprochen werden können. Ist einmal ein Anfang gemacht, könnte eine Aussöhnung mit dem Iran strategische Auswirkungen von grosser Tragweite haben. Sie könnte ein Gegengewicht gegen eine künftige Einflussnahme Chinas im Persischen Golf bilden. Und einen Puffer gegen

Amerikas Verbündete in der Region – Israel und Saudi-Arabien – sind höchst alarmiert über das Atomprogramm des Iran und eine allfällige amerikanisch-iranische Annäherung.

Die Vorstellung, Israel oder Saudi-Arabien könnten eine Aussöhnung mit dem Iran bis in alle Ewigkeit verhindern, ist problematisch. Sie sollen die USA nicht daran hindern, eine diplomatische Gelegenheit zu ergreifen, die sich nur ein paarmal alle hundert Jahre bietet.

Ist es sinnvoll, einen langjährigen Freund wie Israel über Bord zu werfen, um sich einem Feind anzunähern?

Das spezielle Verhältnis zwischen den USA und Israel zu beenden, wäre extrem töricht. Wenn eine Annäherung an den Iran nachhaltig sein soll, müssen wir Israel schützen. Unsere Verbindung mit Israel basiert nicht nur auf dessen Charakter als demokratischer Staat, Israel ist auch eine wichtige Schachfigur, ein proamerikanischer militärischer Dynamo im Herzen des Nahen Ostens. Eine stolze und mächtige Nation lässt einen solchen Alliierten nicht einfach fallen, egal, wie ungünstig dessen Verhalten

Lindt
CONNAISSEURS

„Die Verführerische...“

...ein ganz individueller Charakter – wie alle 15 Connaisseurs-Pralinés. Schenken Sie Connaisseurs, die wertvollsten Meisterwerke unserer Maîtres Chocolatiers.

mit Hochdruck vorantreibt. Wie lautet hier Ihre Bilanz des Sanktionsregimes?

Sanktionen sind kein Allheilmittel. Sie lösen keine Probleme, sie setzen die betreffende Macht unter Druck. Sie machen kompromissfähiger und kooperationswilliger. Die Tatsache, dass die Iraner seit einiger Zeit mit den westlichen Spitzen und mit Russland über ihr nukleares Programm konferieren, hat zum Teil mit den Sanktionen zu tun.

Die USA und der Iran haben sich einander in jüngerer Zeit diplomatisch angenähert. Sie sind überzeugter Unterstützer einer Détente. Warum?

Aussenpolitik orientiert sich an Notwendigkeiten, nicht an Wünschen. Und verschiedene Notwendigkeiten haben die USA und den Iran zu einer gegenseitigen Annäherung motiviert. Beide Staaten haben überlappende Interessen. Beide wollen den Islamischen Staat (IS) zerschlagen. Beide wollen al-Qaida schwächen. In Jemen lässt der Iran Stammesführer der Huthi, einer schiitischen Zaiditengruppe, im Kampf gegen al-Qaida ausbilden. Das ist auch in

den russischen Einfluss im Transkaukasus, wo Putin aus Armenien einen Satellitenstaat gemacht und das ölreiche Aserbaidschan zu einer engeren Kooperation gezwungen hat.

Ist es sinnvoll, eine Annäherung zu forcieren, bevor ein Abkommen in den Atomverhandlungen geschlossen worden ist?

Die USA und der Iran haben sich einander während 35 Jahren komplett entfremdet. In dieser Zeit hat der Iran sein Nuklearprogramm massiv ausgebaut. Entfremdung hat also nichts gebracht ausser mehr Konfrontation. Die Hoffnung ist, dass Verhandlungen, kombiniert mit Sanktionen, und die Androhung von verschärften Sanktionen für den Fall, dass die Verhandlungen scheitern, den Iran zur Reflexion anhalten werden. Der Iran wird immer ein Nuklearprogramm haben, er ist eine Grossmacht in der Region. Die Frage lautet: Wird der Iran das Programm limitieren? Konkret: Ist dieses Nuklearprogramm weitgehend friedlich, und verfügt es nicht über die Fähigkeit zu einem *breakout*, das heisst über die Fähigkeit, innert weniger Monate eine Atombombe zu bauen?

manchmal sein mag. Gleichzeitig müssen wir Israel in der Siedlungspolitik in die Schranken weisen, um den Druck auf die USA seitens der muslimischen Staaten zu lockern.

Wie stellen Sie sich vor, dass Israel in eine amerikanische Annäherungsstrategie an den Iran integriert werden kann?

Eine Détente geht man mit Feinden ein, nicht mit Freunden. Der Zweck einer Entspannung ist, die Lücke zwischen dir und deinem Feind zu verkleinern. Gleichzeitig gilt es, die Bande mit dem Freund zu stärken. Israels Premier Netanjahu mag einen Preis für die Annäherung an den Iran verlangen, mehr und billigere Waffen, mehr Geheimdienstaustausch zum Beispiel. Und wenn die Regierung Obama schlau ist, wird sie auf Israel zugehen.

Das halten Sie für möglich?

Nixon und Kissinger haben sich China angenähert und gleichzeitig einen Dialog mit Chinas Erzfeind, der Sowjetunion, eröffnet. Man muss das eine tun und das andere nicht lassen. Das ist schwierig, aber möglich. ○

Voller Einsatz für die Schweiz.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Tablet verfügbar.

Probeabo
10 Ausgaben!
nur Fr. 40.–



Im Schatten von Regierungskartellen

Die Hochsteuerländer beschneiden mit ihrem Regulierungswahn weltweit den Spielraum der Unternehmen. Die Schweizer Wirtschaft hat dennoch gute Chancen – sofern die Politik nicht zu stark eingreift. *Von Beat Gygi*

Die Wirtschaftspolitik der Schweiz hat in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2009 ihre Stabilität bewiesen und durch Zurückhaltung einen grossen Erfolg erzielt, auf dem Gebiet des Finanzsektors aber gleichzeitig eine Niederlage erlitten, die nach der Beseitigung des Bankkundengeheimnisses und damit eines Teils der Privatsphäre langfristig wohl zunehmend schwerer und schwerer auf Wirtschaft und Gesellschaft drücken wird. Gewiss, die Erfolge auf den andern Gebieten waren gross, sie bestanden vor allem darin, dass

sich die Politiker von Bund und Kantonen nicht von der Hektik ausländischer Regierungen und Behörden anstecken liessen, sondern bewährte Spielregeln in Kraft liessen – vor allem auch auf dem Arbeitsmarkt – und sich mit Hilfeleistungen oder Gesetzesanpassungen zugunsten bedrängter Branchen zurückhielten – oder von ihren Fachleuten zurückgehalten wurden.

Die verschiedenen Wirtschaftssektoren zeigen in ihrer jüngeren Entwicklung keine wirklichen Einbrüche. Der Finanzsektor hat sich

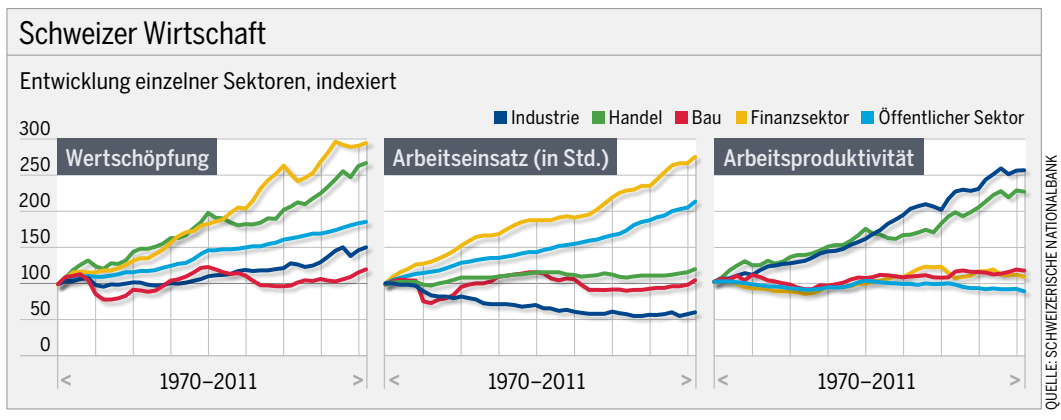
von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen her langfristig am zügigsten entwickelt, die grössten Produktivitätsfortschritte ergaben sich dagegen in der Industrie und im Handel. Die Grafiken hier zeigen aber vor allem auch, dass die Schweiz keine wirkliche Desindustrialisierung erlebt hat, der zweite Sektor ist vom Output her bis jüngst gewachsen, und die Arbeitsplätze sind nicht dramatisch geschrumpft. Meist widerstand der Staat auch der Versuchung, rasch mal ein paar Milliarden für öffentliche Vorhaben auszugeben, um die Nachfrage anzukur-



Platz für Wettbewerb: Hongkonger Tram mit Emmi-Werbung.

beln und Arbeitsgelegenheiten zu schaffen oder durch aktive Industriepolitik Unternehmen einen hoheitlichen Schubs zu geben. Der Bericht des Bundesrats im Zusammenhang mit dem Postulat «Eine Industriepolitik für die Schweiz» hält denn auch in sehr nüchternem Ton fest, dass gezielte Unterstützungen von Branchen oder Technologien wenig Erfolg versprechen und es besser sei, sich auf die Stärkung der Wettbewerbskräfte zu konzentrieren.

Dies ist allerdings oft rascher gesagt als getan. Wenn allein die inländische Gesetzesproduktion pro Jahr 5000 oder mehr zusätzliche Seiten in der Gesetzessammlung bedeutet und die von aussen kommenden Vorgaben hinzugenommen werden, ist es schwer vorstellbar, dass die Spielräume für das Wirtschaften eher zu- als abnehmen. Noch ist in frischer Erinnerung, wie das Parlament im Sommer 2011 nach der rasanten Erstarkung des Frankens bei der Revision des Kartellgesetzes plötzlich eine lau-



nische Wende vollzog. Statt wie bis dahin beabsichtigt den Wettbewerb und die Aufsichtsinstitution zu stärken, verlegten sich die Politiker plötzlich auf Massnahmen gegen die «Hochpreisinsel Schweiz», also auf Eingriffe zur Senkung der Konsumentenpreise.

Dass das Gesetz am Schluss wegen unvereinbarer Standpunkte im Parlament dann gar nicht zustande kam und die ganze Revision aufgegeben wurde, war eine positive Nachricht für alle, die an verlässlichen Rahmenbedingungen interessiert sind. Ähnlich launische Richtungsänderungen machte das Parlament bei der Revision des Aktienrechts, als plötzlich Managerlöhne und etwas später Frauenquoten als Themen in den Vordergrund rückten. Die Aktienrechtsreform ist noch im Gang, und es ist ungewiss, welcher Natur das Gesetz dereinst sein wird.

Anpassung an EU-Moden

Immerhin gibt es andere Indizien, die ein günstigeres Bild von den Schweizer Rahmenbedingungen zeichnen. Im «Global Competitiveness Report» des World Economic Forum steht die Schweiz als weltweit wettbewerbsfähigstes Land an der Spitze der Rangliste. Als grössere Schwäche gilt die Tatsache, dass das Land keine grossen Märkte hat, während die Institutionen als vertrauenerweckend beurteilt werden und das Bild mit Blick auf Bildung oder Innovationen geradezu verheissungsvoll aussieht. Klar, die wachsende Regulierungsflut ist in vielen Unternehmen ein unangenehmes Thema, laufend tauchen neue Vorschriften auf – etwa zu Mindestlöhnen, zur Arbeitszeiterfassung, Rückverfolgbarkeit von Produkten, zu Haftungsregeln, zur Zusammensetzung von Verwaltungsräten oder gar zu Geschlechterquoten in Unternehmensführungen.

Bei vielen solchen Vorgaben liegt der ursprüngliche Anstoss aber im Ausland, etwa in der EU, deren Recht zunehmend die schweizerische Wirtschaftsgesetzgebung prägt. Den schweizerischen Instanzen kann man dann allenfalls den Vorwurf machen, sie hätten die Umsetzung des von aussen eindringenden Rechts voreilig und auf übertrieben perfektionistische Weise in Schweizer Regeln umgesetzt. Im Vordergrund stehen dabei oft die bilateralen Verträge mit der EU, die jährlich

Dutzende von Anpassungen des Schweizer Rechts erfordern. Und die Regeln des EU-Binnenmarktes entwickeln sich keineswegs immer in Richtung freiere Märkte, sondern laufen oft auf eine Abschottung des EU-Raums vor der Weltmarktkonkurrenz im Stil einer «Festung Europa» hinaus. So kommt es etwa, dass das eidgenössische Parlament ein Finanzdienstleistungsgesetz entwirft, das in Anpassung an EU-Moden von völlig unwissenden und unmündigen Bankkunden ausgeht – in der Hoffnung, dass dies vielleicht ein Törchen zum EU-Markt aufstossen möge.

«Einigelung» der Welt

Die Wirtschaftspolitik ist in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend internationaler und breiter geworden, sie wurde immer mehr zu einem weltweiten Netz mit vielfältigen Kooperationen zwischen Regierungen, staatlichen Verwaltungen, Gesetzesproduzenten und Interessengruppen. Die Schweiz hat beim Netzausbau intensiv mitgearbeitet oder bisweilen mitarbeiten müssen, und das Land ist mit so vielen Knoten und Beziehungen in dieses System verwickelt, dass sich heute der Schluss nahezu aufdrängt: Vor zwanzig Jahren hatte die Schweiz mehr Spielraum für eine eigenständige Wirtschaftspolitik als heute.

Etwa zwanzig Jahre sind es nämlich her, dass tonangebende Regierungen aus der Gruppe der reicheren Industrieländer zum Schluss gekommen waren, es könne einfach nicht mehr so weitergehen wie bis dahin. In Scharen liefen ihnen damals die besseren Steuerzahler davon, weil vielen Bürgern und Firmen die Steuerbelastung zu hoch war. Die Abwanderung der Steuerpflichtigen war natürlich nur möglich, weil die Grenzen durchlässig waren, die Leute in anderen Ländern bessere Bedingungen vorfanden und ihre Steuerangelegenheiten auch dahin verschieben konnten – also weil es einen einigermaßen regen Wettbewerb zwischen den Ländern um die Steuerzahler gab.

Besonders stossend war das für Politiker in der G-7 oder in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), deren Länder von einem immer hungrieren und herzhaft zugreifenden Fiskus beherrscht waren. Vor allem für die Regierung

gen von Hochsteuerländern wie den USA, Deutschland oder Frankreich war es ein wachsendes Ärgernis, dass die mobileren Steuerzahler in Länder mit besseren Bedingungen abwanderten. Am liebsten wären sie ihnen ins Ausland nachgeeilt, um den Leuten auch an ihrem neuen Zufluchtsort in die Tasche zu greifen, egal, wo auf der Welt dies sein möge.

Es war klar, dass Politiker und Bürokraten sich allerlei Mittel und Wege überlegten, um ihre Bürger doch noch in den Griff zu bekommen. Und sie waren erfolgreich. Heute ist es so weit, dass die Regierungen und Verwaltungen ein weltweites Netz geknüpft haben, mit dem sie einen grossen Teil der Abwanderer wieder unter Kontrolle bringen können. Deutschland hat bei den Steuereinnahmen jüngst eine Rekordsumme erreicht, die USA schliessen ihre Bürger überall auf der Welt, egal in welchem Land, systematisch an ihr Steuereintreibungssystem an, die Schweiz meldet künftig gehorsam an andere Länder allerlei begehrte Informationen über Bürger und Geld aus dem betreffenden Ausland.

Internationale Vernetzung und Kommunikation ist nicht nur auf technischem Gebiet die dominierende Tendenz der modernen Entwicklung. Es ist ähnlich wie bei der Fabel vom Igel und vom Hasen: Der Hase mag mobil und schnell sein, aber wenn er rennend am Ende der Furche ankommt, ist der Igel immer schon da. Der automatische Informationsaustausch zwischen Behörden und die gegenseitige Hilfe der staatlichen Stellen untereinander führte quasi zu einer «Einigelung» der Welt.

Die Vorarbeiten zum Knüpfen eines Staatsapparates wurden in den neunziger Jahren an die Hand genommen, und im Juni 2000 war es so weit, dass sich die Regierungen der reicheren Industriestaaten in Paris trafen, um zu sondieren, wie sie sich besser gemeinsam gegen Bürger, Firmen und Steuerzahler verbünden und möglichst viel Geld aus ihnen herausholen könnten. Das war der Anfang einer intensiveren internationalen Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, die eigentlich einer grossangelegten und international organisierten Absprache von Tarifen und Konditionen entsprach. Damals in Paris wurden also erstmals öffentlich grosse Anstrengungen zur Bildung eines Kartells der Hochsteuerländer gegen die Kleineren und Flexibleren unternommen.

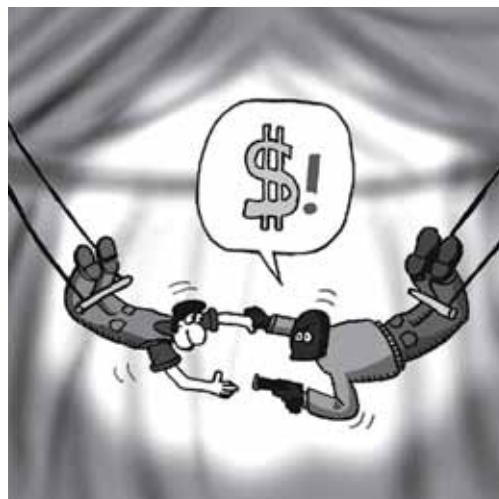
Schädlicher Steuerwettbewerb?

Die ganze Veranstaltung im Sommer 2000 wurde offiziell natürlich in einen sachlicher und seriöser anmutenden Rahmen gesetzt: Es ging um das Jahrestreffen der OECD, an dem sich die Minister und Verwaltungsleute der Mitgliedsländer traditionell zum Besprechen aktueller Themen trafen. Zuoberst auf der Traktandenliste stand das Thema «Kooperation im Kampf gegen Steuerschlupflöcher». Dieses war den vorbereitenden Gremien vor allem von den G-7-Staaten unter der Führung der USA und von

europäischen Hochsteuerländern als Hausaufgabe vorgegeben worden. Es dominierte die Auffassung, dass der Wettbewerb zwischen den Ländern um Steuerzahler und Steuersubstrat, also der Steuerwettbewerb, als schädlich anzusehen sei und endlich unterdrückt werden sollte. Die Regierungen, so der Wunsch und Befehl, sollten endlich einfacher zu den Einnahmen gelangen können, auf die sie ja Anspruch hätten. Seit dieser Zeit hat «der Staat» im Kräftemessen mit dem Privatsektor denn auch einiges an Terrain gewonnen.

Am Ministertreffen 2000 zeigte sich das Muster, nach dem das Regierungskartell von da an vorging. Damals wurde der Zwischenbericht «Towards Global Tax Co-Operation» als wichtige Etappe auf dem Weg zu einer «neuen, globaleren internationalen Steuergemeinschaft» dargestellt. Und das Committee on Fiscal Affairs wartete mit zwei grauen bis schwarzen Listen auf: erstens einer Aufzählung von potenziell «schädlichen» Steuersystemen in den Industriestaaten und zweitens einer Liste mit 35 Gebietskörperschaften, die als «Steuerparadiese» angeprangert wurden. Tage vorher hatte schon die mit der OECD verbundene Financial Action Task Force (FATF) *on money laundering* eine Liste jener 15 Gebietskörperschaften veröffentlicht, die beim Kampf gegen die Geldwäsche als «unkooperativ» galten. Seither sind schwarze Listen der FATF (oder französisch: GAFI) wichtige Waffen gegen Geldwäscherei, aber auch gegen Steuerhinterziehung und andere Vergehen, die der US-Regierung und Kollegen nicht passen.

Dass die OECD zu einer derart wirksamen Maschine zur Bekämpfung des Steuer- und Systemwettbewerbs und zur Umsetzung der hoheitlichen Kartellbestrebungen werden würde, ist aus der Sicht freiheitlich orientierter Mitglieder fast schockierend und war früher nicht erwartet worden. Die Organisation, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur Begleitung des Wiederaufbaus eingerichtet worden war, beruhte traditionell darauf, dass sie eher im Stil eines Think-Tanks wirtschaftliche Probleme analysierte, Studien erstellte,



Diskussionsgrundlagen aufbereitete und dass ihre Entscheide Einstimmigkeit erforderten, um Geltung zu erlangen. 1998 hatten die Schweiz und Luxemburg diese Eigenschaft einer freiheitlichen Organisation genutzt und sich den Versuchen zur Lähmung des Steuerwettbewerbs widersetzt. Die beiden Länder hatten den Auftrag zur Bekämpfung des «schädlichen» Steuerwettbewerbs nicht unterschrieben, sondern explizit als allzu willkürlich und interventionistisch kritisiert.

Gegengift zur Koordinierungswut

Aber die OECD wurde schrittweise umgebaut in einen Apparat, der auf die Interessen der grossen Hochsteuerländer ausgerichtet war. Das Grundverständnis der Freiwilligkeit wurde allmählich zurückgedrängt durch die Vorstellungen der auf Harmonisierung und Vereinheitlichung drängenden Regierungen. Es gab zahlreiche Runden mit Studien zu «fairen» und «schädlichen» Steuerregimes, dann entstand die G-20, die Vereinigung der «wichtigen» Industrie- und Schwellenländer, und sie unterstützte die Jagd auf kleine Länder mit niedriger Steuerbelastung. Und als der schweizerische Staat in der Finanzkrise 2008 die Grossbank UBS wirtschaftlich rettete und 2009 die gleiche Bank aus juristischer Sicht nochmals auffing und vor der US-Justiz schützte, eröffnete dies dem vergrösserten Regierungskartell die Möglichkeit, das Schweizer Bankkundengeheimnis zu knacken und den automatischen Informationsaustausch zu installieren. Der Bundesrat hat dieser massiven Beschädigung der Schweizer Spielregeln nicht sehr viel Widerstand entgegengehalten.

Heute ist die OECD mit ihrem neuen grossen Projekt namens Base Erosion and Profit Shifting (Beps) im Namen der Steuerharmonisierer unterwegs und durch die Unterstützung der Hochsteuerländer in eine starke Position gelangt. Auch in der Schweizer Steuerpolitik gilt bei Vorschlägen zum Steuersystem immer gleich eine der ersten Fragen der Sorge, ob sich dies wohl mit dem OECD-Plan vertrage. Beps umfasst im Prinzip alle Fragen, Regelungen und Praktiken, die irgendwie mit internationaler Steuerausweich- und Steuervermeidungspraxis zusammenhängen können.

Aber es gibt bei Kartellen immer die Hoffnung, dass sie wegen innerer Gegensätze letztlich instabil sind. Die G-20 beispielsweise gebärdet sich vor allem dann kraftmeierisch, wenn es darum geht, gemeinsam kleine Länder mit günstiger Steuerstruktur oder «Steuer-oasen» zu verfolgen. Wenn aber intern Interessengegensätze zwischen Industrie- und Schwellenländern an die Oberfläche kommen, verliert die Gruppe ihre Handlungsfähigkeit rasch. Dann gibt es wieder etwas Platz für Wettbewerb oder Nicht-Harmonisierung, und das ist kein schlechtes Gegengift zum weltweiten Koordinierungs-Mainstream. ○

«Diese Strategie endet in Tränen»

Seit Jahren überschwemmen die Notenbanken die Finanzmärkte mit Geld. Der Ökonom William White sah die letzte Finanzkrise kommen und denkt bereits über die nächste nach. Er erklärt auch, warum die Nationalbank die Euro-Franken-Kursuntergrenze aufgab. *Von Florian Schwab und Basile Bornand (Bild)*

Wir treffen William White, den ehemaligen langjährigen Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), in der Bar des «Trois Rois» in Basel. Der 71-jährige Kanadier kennt die Welt der Zentralbanken aus jahrzehntelanger Praxis. Der Entscheid der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die Kursuntergrenze aufzuheben, hat ihn trotzdem überrascht. Er fällt für ihn in eine Zeit, in der sich die dunklen Wolken am Wirtschaftshimmel nur mit Galgenhumor aufhellen.

Herr White, warum hat die SNB die Kursuntergrenze aufgegeben?

Der «Cap» wurde zu einer Zeit eingeführt, als der Franken sich rasch aufgewertet hatte und das unbegrenzt weiterzugehen schien. Das hat grosse Sorgen über die konjunkturelle Entwicklung ausgelöst, insbesondere im Aussenhandel. Die Absicht war wohl, den Firmen etwas Zeit zu verschaffen, um sich an den erstarkten Franken zu gewöhnen. Ein Beweggrund mag nun gewesen sein, dass nach Ansicht der SNB diese Anpassung in der Zwischenzeit möglich war. Noch wichtiger ist aber, dass der Euro in letzter Zeit gegenüber dem Dollar rasch an Wert

verloren hat und sich diese Entwicklung mit dem angekündigten Quantitative Easing-Programm (QE) der Europäischen Zentralbank (EZB) noch beschleunigen dürfte.

Mit welchen Folgen für die SNB?

Sie hätte in immer grösserem Umfang intervenieren müssen, was zu wachsenden Verlusten geführt hätte. Offenbar war sie nun der Meinung, dass es dies nicht wert war.

Was sind nun die Herausforderungen für die Schweiz nach der Wiederherstellung eines flexiblen Wechselkurses?

Es ist zu früh, um von frei schwankenden Kursen zu sprechen. Immerhin hat die Nationalbank Negativzinsen eingeführt. Denkbar sind weitere Massnahmen, um

die Kapitalzuflüsse in die Schweiz zu senken. Die hohen Überschüsse in der Schweizer Zahlungsbilanz deuten auf anhaltendes Aufwertungspotenzial des Frankens hin. Die natürliche Entwicklung wäre nun ein Strukturwandel weg von internationalen Handelsgütern. Die Schweizer Regierung sollte sich dem nicht in den Weg stellen.

Was ist die wichtigste Botschaft des EZB-Entscheids?

Es ist ein Weckruf an andere Zentralbanken, die noch immer versuchen, die Markt-

Ja, und im relativen Vergleich zu anderen Währungen verbilligt sich der Euro zweifelsohne. Die EZB will einen schwächeren Euro, aber ein eskalierender Vertrauensverlust wäre nicht in ihrem Interesse.

In einer Publikation haben Sie kürzlich festgestellt, dass sich die Welt an einer Art Währungskrieg entlanghangelt.

Wir leben momentan in einem internationalen Währungs-Nichtsystem, einer «Rette sich wer kann»-Welt, in der jeder seinen kurzfristigen Interessen nachlebt. Im Ge-

gensatz zu früher, als wir den Goldstandard oder das Bretton-Woods-System hatten. Ein System stellt Regeln auf, an die sich alle halten müssen und die die Integrität des Systems insgesamt sicherstellen. Auf lange Sicht bringt das Vorteile für alle.

Worin genau besteht das Problem?

Blenden wir zurück ins Jahr 2000. Damals öffnete die US-Notenbank Federal Reserve die geldpolitischen Schleusen und führte so eine Abwertung des US-Dollars herbei. Weil fast alle anderen Währungen gegenüber dem Dollar aufwerteten, sagten die anderen Teilnehmer: Wir werden

das nicht akzeptieren, weil unsere Exporte sich verteuern et cetera. Wenn die USA durch die Notenpresse ihre Währung auf einen Sinkflug schicken können, dann können wir durch dieselbe Massnahme das Ansteigen unserer Währung verhindern. Am Ende druckten alle Geld, was eine Ausweitung der Geldmenge und der Schulden in Gang setzte. Das globale System wird damit auf eine gefährliche Weise ankerlos. Jetzt gibt es mehr und mehr Leute, die ein neues, regelbasiertes Geldsystem fordern, das irgendwo verankert ist.

Sprechen Sie über einen grossen Wurf?

Ja, wir müssen innehalten. Ich kann Ihnen derzeit nicht detailliert sagen, was getan



«Wir leben momentan in einer «Rette sich, wer kann»-Welt.»

schwankungen möglichst zu unterdrücken. Das kann zu grossen Verwerfungen führen.

Hat die EZB Ihres Erachtens mit dem Entscheid gerechnet oder ihn, wie teilweise gemutmasst wird, gar herbeigewünscht?

Ich weiss nicht, wer mit wem im Vorfeld gesprochen hat. Es gibt die Theorie, laut der die Wechselkursgrenze der SNB die Wirkung des QE-Programms der EZB verstärkt hätte. Aber es gibt auch Argumente für die gegenteilige Wirkung. Ohne die Ansicht der EZB zu dieser Frage zu kennen, kann man darüber schwer etwas sagen.

Eine Schwächung des Euro scheint auf jeden Fall beabsichtigt.

werden müsste. Aber es gibt eine Reihe kluger Bücher zu dem Thema. Besonders empfehle ich «The Money Trap» von Robert Pringle, in dem er einige konkrete Empfehlungen abgibt, wie man mit bescheidenen Eingriffen den eingeschlagenen Pfad verlassen kann. Bereits früher hat die sogenannte Gruppe Palais Royal ihre Empfehlungen formuliert, die einer Generalüberholung des Währungs- und Finanzsystems nahekommen. Beteiligt waren sehr wichtige und erfahrene Funktionäre. Das «Jeder ist sich selbst der Nächste» kann nicht ewig gutgehen. Das ist das genaue Gegenteil eines Systems, das auf den langfristigen Nutzen aller getrimmt ist. Ich habe grosse Angst, vor dem, worauf das Ganze zuläuft.

Woher kommt diese Angst?

Daher, dass das Problem keine Grenze kennt. Der Himmel ist die Grenze. In ihrem Abwertungswettbewerb haben die Notenbanken keine natürliche Beschränkung. Die Schweiz illustriert diese Problematik

sehr gut. Als kleines Land ist sie mit dieser währungspolitischen Grosswetterlage konfrontiert. Der Schweizerischen Nationalbank (SNB) blieb nichts anderes übrig, als dem nachzuleben, so gut es eben ging. Ich habe keinerlei Zweifel, dass die Verantwortlichen die Risiken der Wechselkursgrenze erfassten. Sie machten das Beste aus einer verzwickten Lage.

Wird das Euro-Währungsgebiet unverändert bleiben?

Das hoffe ich. Man kann auf die Euro-Gründung zurückblicken und Gedanken darüber anstellen, was versäumt wurde. Aber heute sind wir, wo wir sind. Jedes Land, das den Euro-Raum verlassen möchte, wird einen hohen Preis dafür zahlen. Das ist vermutlich unglücklich, aber so wurde die Euro-Zone nun einmal konstruiert.

Man spricht derzeit wieder über die Möglichkeit eines Austritts Griechenlands.

Auch im Falle Griechenlands, dessen Staatshaushalt kürzlich endlich wieder einen Primärüberschuss verzeichnet hat, wäre die Folge eines Austritts eine sehr, sehr tiefbewertete Währung. Dazu kommt das Risiko, dass die Währungsabwertung sich nicht in der gewünschten Weise ent-



«Wir gehen in die falsche Richtung»: Ökonom White.

wickelt, der reale Wechselkurs unverändert bleibt und man am Schluss nichts anderes hat als eine hohe Inflation im Inland, und die Schuldenlast in Euro wird drückender als zuvor. Gar nicht zu reden von den ganzen rechtlichen und vertraglichen Fragen.

Ist die Euro-Zone heute nicht besser auf den Austritt eines Landes vorbereitet als noch vor zwei Jahren?

Ja, da wurden in der Zwischenzeit unter dem Titel Ring-Fencing Vorkehrungen getroffen. Trotzdem muss man sehr kühn sein, um sich das herbeizuwünschen.

Wäre es nicht einen Versuch wert?

In einem komplexen System wie der Wirtschaft können Sie die Konsequenzen nicht von vornherein kennen. Gemeinsam mit der BIZ empfehle ich den Politikern, aber auch uns Funktionären in den Zentralbanken und internationalen Organisationen: Seien wir uns bewusst, wie wenig wir eigentlich wissen. Die Hybris des «Natürlich verstehen wir das alles!» ist aber schwer zu überwinden. Das hat mit dem Wesen des Menschen zu tun und das Wesen des Menschen ändert man nicht so leicht.

Was bedeutet dies für die Politik?

Anstatt mit dem grossen Wurf zu versuchen, irgendwelche Kennzahlen zu maximieren,

sollten wir uns darauf konzentrieren, die Wahrscheinlichkeit zu senken, dass die ganz schlimmen Dinge passieren.

Welche drei Bücher über Wirtschaft sollte man gelesen haben?

Um auf der Argumentationslinie dieses Gesprächs zu bleiben: Hans-Werner Sinns «Gefangen im Euro», dann die bereits erwähnte «Money Trap» (Geldfalle) von Robert Pringle und schliesslich die Ausführungen der BIZ in ihrem Jahresbericht über das Thema Schuldenfalle.

Schuldenfalle?

Dank der tiefen Zinsen ist der Schuldendienst erträglich, und man häuft immer mehr Schulden an. Irgendwann stellt man dann fest, dass es kaum noch möglich ist, die Zinsen auf ein «normales» Niveau anzuheben, ohne einen riesigen Flurschaden anzurichten.

Über Inflation wird derzeit nicht gesprochen.

Zu Unrecht! Man hört vielfach, es könne derzeit keine Inflation geben, weil es überschüssige Produktionskapazitäten in der Weltwirtschaft gibt. Dabei zeigt die Geschichte in Lateinamerika oder Russland nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, dass der Prozess anders funktioniert.

Wie funktioniert er denn?

Man kann sehr viel Geld ins System pumpen. Alles ist gut, solange die Leute nach Liquidität lechzen und ängstlich auf dem Geld sitzen. Wenn sie aber zu einem bestimmten Moment das Geld loswerden wollen, weil sie beispielsweise pessimistischer werden oder weil sie sich um die Kaufkraft ihrer Währung sorgen, dann können sich die Dinge sehr, sehr schnell in Richtung Inflation wenden.

Sie gelten als eine Art Cassandra des Finanzsystems. Wie wird das Jahr 2015?

Die Wirtschaft ist keine Maschine. Voraussagen im Stil von: «Wenn wir dies hineingeben,

«Die Verantwortlichen der SNB machten das Beste aus einer verzwickten Lage.»

dann kommt jenes heraus», sind schwierig. Es kann über lange Zeit, wie in den Jahren vor der Krise, scheinbar reibungslos laufen, und dann – urplötzlich! – geht alles in die Brüche. **Worüber sollten wir uns derzeit Sorgen machen?**

Die fortwährende Anhäufung von Schulden. In ihrem letzten Jahresbericht legt die BIZ

dar, dass die Gesamtverschuldung unter Ausblendung des Finanzsektors heute zwanzig Prozentpunkte des Bruttoinlandproduktes (BIP) höher ist als vor Ausbruch der Finanzkrise nach 2007. Eine Entschuldung hat noch nicht einmal begonnen. Wir gehen entschieden in die falsche Richtung.

Das letzte Mal war der US-Hypothekenmarkt die Quelle des Unheils. Wo droht heute Ungemach?

Die schockierendsten Zahlen sehe ich bei der japanischen Staatsverschuldung. Diese beträgt mittlerweile 250 Prozent des BIP. Das ist eine sehr, sehr grosse Zahl. Die japanische Notenbank finanziert mit ihrer neuen Auflage der geldpolitischen Lockerung vierzig Prozent der japanischen Staatsausgaben.

Wo sehen Sie sonst noch gefährliche Entwicklungen?

Ein relativ neues Element, das auch die BIZ als Erste angesprochen hat, ist die Entwicklung bei der grenzübergreifenden Verschuldung. Die Banken haben seit der Finanzkrise ihr grenzüberschreitendes Kreditgeschäft massiv heruntergefahren. An die Stelle der Banken sind jetzt andere Finanzinstitutionen getreten, hauptsächlich grosse Vermögensverwaltungsfirmen, die in Schwellenländern exponiert sind.

Warum rücken diese grenzüberschreitenden Kreditbeziehungen jetzt wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit?

Weil bei vielen dieser Firmen die Kreditwürdigkeit fragwürdig ist. Und jetzt geraten sie in Schwierigkeiten. Der US-Dollar ist seit dem Sommer erheblich angestiegen. Wer sich in Dollars verschuldet hat, muss jetzt in heimischer Währung mehr bezahlen. Ich weiss nicht, wo das enden wird, aber man sollte es im Auge behalten. Das Traurige daran ist, dass solche Währungsschwankungen auch bei vielen früheren Krisen eine wichtige Rolle gespielt haben. Man hätte daraus lernen können. Aber das ist nicht passiert. Offenbar vergessen die Leute bei solchen Transaktionen immer wieder die einfache Tatsache, dass die Schuldenlast in der Heimwährung stark ansteigen kann. Da sind wir wieder bei der Natur des Menschen.

Haben die Zentralbanken solche Risiken heute im Griff?

Ich bin nicht sehr zuversichtlich, dass die Zentralbankengemeinschaft verstanden hat, dass ihre analytischen Instrumente intellektuell bankrott sind. Viele Notenbanken vertrauen immer noch auf grosse Modelle der Volkswirtschaft. Alle Schlüsse, welche die Notenbanken daraus ziehen, sind falsch, weil die Modelle nicht in der Lage sind, die Realität abzubilden. Die meisten dieser Modelle kommen ohne

einen Bankensektor, ohne Geld, ohne Verschuldung oder das Konzept der Pfadabhängigkeit aus.

Sie empfehlen Ihren ehemaligen Kollegen aus Zentralbankkreisen, intellektuellen Bankrott anzumelden?

Das ginge zu weit. Immer mehr Zentralbanker hinterfragen die früheren Modelle. Sie wurden in ihre heutige Rolle hineingedrängt. Was sie in den Jahren 2008 und 2009 unternahmen, um die Finanzmarktstabilität wiederherzustellen, war zweifelsfrei richtig und hat uns vor dem Abgrund gerettet. Doch danach ging es nicht mehr um die Finanzmarktstabilität, sondern um die Stimulie-

«Die schockierendsten Zahlen sehe ich bei der japanischen Staatsverschuldung.»

rung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch die Notenpresse – eine Entwicklung, die in den USA begann und jetzt fast überall stattfindet. Der Druck auf die Notenbanken, weiterzumachen, ist immens.

Weshalb?

Weil die Regierungen ihre Aufgaben nicht wahrnehmen. Sie mögen den Gedanken, dass das auf Dauer funktionieren wird, weil sie dann um schmerzhaftes Massnahmen herumkämen. Ich denke hingegen, dass es in der jetzigen Situation falsch ist, Hoffnungen auf Notenbankprogramme zur monetären Stimulierung zu setzen. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass damit der Druck zur Schuldenreduktion verringert wird und die Akteure im Gegenteil dazu verleitet werden, noch mehr Schulden zu machen. Damit kann man vielleicht erreichen, dass die Lage kurzfristig etwas rosiger aussieht. Auf lange Sicht richtet man Schaden an.

Die Rechnung scheint bislang aufzugehen.

Es gibt da einen alten Witz: Ein Mann fällt aus dem Fenster im zwanzigsten Stockwerk. Als er das zweite Stockwerk erreicht, ruft jemand aus dem Fenster: «Wie geht es?» Die Antwort: «Noch geht es gut.» In dem komplexen System, das die Wirtschaft ist, gilt die alte Regel: Das Spiel ist nicht aus, bis das Spiel aus ist. Und das Spiel ist noch nicht aus.

Was wäre die bessere Strategie?

Die Lösung liegt eher bei den Regierungen als bei den Notenbanken. Eine erste Antwort wäre eine international koordinierte Anstrengung, um den Spielraum für Infrastrukturinvestitionen auszuschöpfen. Fast überall auf der Welt braucht es viel mehr Investitionen in die Infrastruktur. Auch in entwickelten Marktwirtschaften wie Deutschland.

Was könnten oder sollten Regierungen sonst noch tun?

Punkt eins: Es gibt da draussen einen Haufen Schulden, die nie zurückgezahlt werden

können. Aus der Geschichte wissen wir: Je früher die Geldgeber dies anerkennen, desto besser. Das kostet etwas, aber es kostet deutlich weniger als die Verschleppung des unhaltbaren Zustandes immer weiter in die Zukunft. Diese Vogel-Strauss-Strategie endet in Tränen.

Und Punkt zwei?

Strukturelle Reformen, welche das Wachstum ankurbeln. Aus meiner Erfahrung beim zuständigen Komitee der OECD kann ich sagen: Da gibt es viele tiefhängende Früchte zu ernten!

Zum Beispiel?

Blicken wir nach Europa: Wie weit ist Europa immer noch von einem einheitlichen Markt entfernt, der grosse Skalenerträge in sehr vielen Bereichen erschliessen würde! Den Dienstleistungssektor müssen viele Länder wirklich für die ausländische Konkurrenz öffnen. Es ist kein Zufall, dass diejenigen Länder mit den abgeschottetsten Dienstleistungssektoren am meisten von ihren Exporten abhängen – also Deutschland, Japan, China und Südkorea.

Hat Ihnen Ihr Einblick in wirtschaftliche Zusammenhänge eigentlich persönliche Vermögensvorteile gebracht?

Ich bin von Natur aus kein Spekulant. Deswegen bin ich zur Notenbank gegangen. ○



Wie reich ist Wladimir Putin?

Über das Vermögen des russischen Präsidenten wird wild spekuliert. Am unteren Ende der Skala stehen die knapp 90 000 Franken, die Putin 2013 versteuerte. Die höchste Schätzung geht von 130 Milliarden aus. Damit hätte Putin doppelt so viel Geld wie der offiziell reichste Mann der Welt. *Von Wolfgang Koydl*

Wenn es um sein eigenes Geld geht, schlüpft Wladimir Putin gerne in verschiedene Rollen: Mal wird er lyrisch, mal vulgär, und manchmal gibt er die erstaunte Unschuld. Nein, der reichste Mann Europas sei er ganz bestimmt nicht, belehrte er einmal einen amerikanischen Journalisten. Er sei vielmehr der reichste Mann der Welt. Sein Reichtum, erläuterte der Kremlchef mit gespielter Treuherzigkeit, sei das Vertrauen des russischen Volkes, das ihn immer wieder wähle. Bei so viel Schwülstigkeit glaubte man im Hintergrund Geigen schluchzen zu hören.

Fünfmal weniger als Leuthard

Für den zweiten Teil der Antwort zog Putin freilich ein anderes Register. Berichte über seine Vermögensverhältnisse seien lediglich «Gerüchte, nicht der Rede wert». «Blödsinn», den man «jemandem aus der Nase gepopelt und aufs Papier geschmiert hat». Meistens aber tut der russische Präsident so, als wisse er gar nicht, wovon die Rede ist. «Mein Gehalt wird jeden Monat aufs Konto überwiesen», meinte er bei anderer Gelegenheit lapidar. «Keine Ahnung, wie viel es ist.»

Tatsächlich ist das Vermögen des mächtigsten aller Russen ein streng gehütetes Geheimnis. Im Umlauf sind verschiedene Zahlen. Am unteren Ende stehen im Jahr 2013 offiziell versteuerte 3 672 208.00 Rubel (knapp 90 000 Franken) präsidiales Jahresgehalt, die obere Grenze liegt bei 130 Milliarden Dollar für Aktienpakete, Konten und Industriebeteiligungen, welche die *Sunday Times* vor einem Jahr nannte. Im ersten Fall würde der Chef der Weltmacht fünfmal weniger verdienen als Alain Berset oder Doris Leuthard. Trifft die zweite Angabe zu, wäre Putin doppelt so reich wie der mexikanische Unternehmer Carlos Slim Helú, der demnach zu Unrecht als reichster Mann der Welt gälte.

«Die Herausforderung besteht darin, dass es nicht einfach ist, eine Linie zu ziehen zwischen dem, was er tatsächlich selbst besitzt, und dem, was er nur kontrolliert», fasste Juan Zarate, ein ehemaliger Berater von US-Präsident George W. Bush das Problem zusammen. «Es ist knifflig festzustellen, was Putin gehört und was nicht.» Gleichwohl ist das amerikanische Finanzministerium davon überzeugt, dass der Russenpräsident über erhebliche Vermögenswerte verfügt.

Viele Sanktionen, die Washington im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise gegen russische Oligarchen und Unternehmen verhängte, richten sich indirekt gegen den Kremlchef.

Denn es ist unbestritten, dass eine kleine Gruppe von Bekannten Putins aus alten Leningrader Tagen vom Aufstieg ihres Freundes kräftig profitierte und ihn mutmasslich an ihrem Erfolg teilhaben liess und lässt. «Diese Burschen kamen aus dem Nichts und wurden unter Putin Milliardäre», schrieb Sergei Alexaschenko, ein früherer russischer Zentralbanker.

Dabei soll es um staatliche Aufträge mit getürkten Ausschreibungen, um Schmiergelder und um die Zahlung von zweifelhaften Kommissionen gehen. Ob Krankenhäuser, Pipelines oder Olympiastätten – überall werde üppig mit verdient. Eine «komplette Verschmelzung des staatlichen Sektors mit privaten Geschäftsinteressen», sieht Wladislaw Inosemzew, der Direktor des Moskauer Think-Tanks Zentrum für postindustrielle Studien. In den USA fasst man es knapper. Dort spricht man schlicht von «Kremlin Inc.» mit Putin als ihrem CEO: die Kreml GmbH.

Spur in die Schweiz

Die US-Finanzbehörde stützt sich unter anderem auf einen CIA-Bericht. Der Report wurde zwar nie veröffentlicht, aber er geht offenbar von einem Privatvermögen Putins in Höhe von 40 Milliarden Dollar aus. Das deckt sich mit Angaben, die der russische Politologe Stanislaw Belkowski bereits vor Jahren gemacht hat. Demnach soll Putin persönlich 4,5 Prozent Anteile am Gaskonzern Gazprom, 37 Prozent am Erdölunternehmen Rosneft, und gigantische 75 Prozent am Ölhändler Gunvor halten, der seinen Hauptsitz in der feinen Rue du Rhône in Genf hat.

Mit einem Jahresumsatz von 91 Milliarden Dollar ist Gunvor der viertgrösste Ölhändler der Welt. Der Kreml hat jegliche Verbindung des Staatspräsidenten zu dem Schweizer Unternehmen stets vehement in Abrede gestellt. Das britische Magazin *The Economist* zog eine entsprechende Behauptung zurück, nachdem der damalige Gunvor-Miteigentümer und Putin-Freund Gennadi Timtschenko eine Klage angestrengt hatte. Am 19. März vergangenen Jahres, einen Tag bevor das Weisse Haus ihn auf die Sanktionsliste setzte, verkaufte Timtschenko seinen 43-Prozent-Anteil an seinen Kompagnon, den Schweden Torbjörn Törnqvist, dem offiziell nun 87 Prozent des Konzerns gehören.

Eine Firmendelegation reiste anschliessend nach Washington, um ihre Sicht der Dinge darzulegen und vor allem abermals jede Verbindung zum Kremlchef zu widerlegen. «Wla-

dimir Putin hat und hatte niemals Besitz, weder direkt noch indirekt, noch auf irgendeine andere Weise an Gunvor, noch ist er Nutznießer von Gunvor oder hat Zugang zu Gunvor-Fonds», erklärte ein Mitglied des Managements. Das US-Finanzministerium zeigte sich unbeeindruckt: «Putin hat in Gunvor investiert und womöglich Zugang zu Gunvor-Geldern.»

Eine weitere Einrichtung, die ins Visier der Amerikaner geriet, ist die Bank Rossija. Auch hier soll es Fäden in den Kreml und zum Staatschef geben. Die Obama-Administration nennt das Geldinstitut offen «Putins persönliche Bank» und ihren Vorsitzenden Juri Kowaltschuk seinen «Kassier».

Kowaltschuk hatte die in den letzten Monaten des Sowjetreiches von Partei- und Geheimdienstkreisen gegründete Bank 1990 gekauft. Vor allem die Stadtverwaltung von St. Petersburg unterstützte die Bank nach Kräften – zu einer Zeit, als Putin stellvertretender Bürgermeister des einstigen Leningrad war. Heute hat die Bank Einlagen in Höhe von elf Milliarden Dollar. Zu ihren Hauptaktionären gehören einige der ältesten und besten Bekannten Putins.

Unter ihnen befindet sich neben dem ehemaligen Gunvor-Mann Timtschenko auch Wladimir Jakunin, mächtiger Chef der russischen

In den USA spricht man schlicht von «Kremlin Inc.» mit Putin als ihrem CEO: die Kreml GmbH.

Eisenbahnen. Auch ein wirklicher Freund des Kremlherrn wurde dank eines Rossija-Aktienpakets von 3,2 Prozent zum Multimillionär: Sergei Roldugin, einst Cellist am berühmten Leningrader Marinsky-Theater und Götti von Putins ältester Tochter Maria. In den Verwaltungsrat der Bank wurde ausserdem ein Deutscher berufen: Matthias Warnig arbeitete für die DDR-Staatssicherheit, als Putin in Dresden für den KGB Zeitungsartikel ausschnitt. Nach der Wende mauserte sich der Stasi-Spion zum Unternehmer. Heute ist er Geschäftsführer des deutsch-russischen Pipeline-Konsortiums Nord Stream, dessen Aufsichtsratsvorsitzender mit dem Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder ein weiterer Putin-Freund ist.

Als die Rossija-Bank im vergangenen März mit Sanktionen belegt wurde, zeigte sich Wladimir Putin spontan solidarisch. «Soweit ich weiss, handelt es sich um eine mittelgrosse Bank», spielte er die Bedeutung des Geldhauses



«Er wollte immer Sachen haben»: Russlands Machthaber Putin.

herunter. «Bis jetzt hatte ich noch kein Konto dort, aber ich werde ganz bestimmt gleich am Montag eines eröffnen und die Präsidentschaftsverwaltung anweisen, mein Gehalt dorthin zu überweisen.» Gerührt berichtete Bankchef Kowaltschuk kurz darauf von einer alten Dame. Inspiriert vom Präsidenten, hätte sie ihre Ersparnisse ebenfalls auf die bedrängte Bank transferiert.

Entscheidender als die paar Rubel der Babuschka war freilich ein Beschluss, den der Kreml ein paar Tage später traf. Mit einem Fe-

derstrich wurden Russlands Stromversorger, mehrere Staatsfirmen und Lokalverwaltungen sowie die Schwarzmeerflotte angewiesen, ihre bestehenden Bankverbindungen zu kündigen und Konten bei der Bank Rossija zu eröffnen. In der entsprechenden staatlichen Regulierungsbehörde sitzen – welch ein Zufall – der Sohn von Rossija-Chef Kowaltschuk und Igor Settschin, Vorstandsvorsitzender des Mineralölkonzerns Rosneft und Vertrauter Putins.

All dies steht in krassem Kontrast zum Bild des bescheidenen, allem Luxus abholden

Mannes, das Putin von sich zu verbreiten sucht – auch wenn der eine halbe Million Franken teure A.-Lange-&-Söhne-Tourbograph «Pour le Mérite» an seinem rechten Handgelenk diesen Eindruck trübt. Offiziell besteht sein gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen aus einer 77-Quadratmeter-Wohnung, zwei alten Wolgas sowie einem Lada Niva mit Anhänger für ein Segelboot. Eine von dem Oppositionspolitiker Boris Nemzow erstellte Liste von zwanzig Palästen, Datschas und Villen, den Flugzeugen, Jachten und Autos Putins beinhaltet auch staatliche Residenzen und Transportmittel. Schliesslich fliegt auch Barack Obama in der Air Force One mit einem eigenen Flugzeug um die Welt.

Schon als Schüler mit Armbanduhr

Dennoch wird mitunter die Frage laut, wozu Putin all das viele Geld nötig hat. Wie anderen russischen und sowjetischen Führern vor ihm gehört ihm ohnehin quasi das ganze Land, er braucht genauso wenig ein Portemonnaie wie die Königin von England. «Ist es nur Ego?», fragt denn auch Bruce Misamore, der ehemalige Finanzchef des zerschlagenen Erdölkonzerns Yukos. «Vermutlich wird er es nicht vererben, und ich bezweifle, dass wir Putin eines Tages als einen der führenden Philanthropen der Welt sehen werden.» Die amerikanische Geheimdienstexpertin Fiona Hill mutmasst denn auch, dass einige der Geschichten über den Krösus Putin bewusst aus seinem Umfeld gestreut werden. «Russen wollen immer das Grösste und Beste», sagt sie. «Das gehört zum Image.» Wer ernst genommen werden will im neuen Russland, der muss Geld haben und es auch zeigen. Protz und Bling-Bling sind nicht peinlich, sondern notwendig. Wahrscheinlich ist dies eine Reaktion auf die Jahrzehnte kommunistischer Kargheit und Tristesse.

Putin freilich scheint schon zu Sowjetzeiten den schönen Dingen des Lebens zugetan gewesen zu sein, wie die amerikanisch-russische Schriftstellerin Masha Gessen enthüllte. In ihrer Biografie «Der Mann ohne Gesicht» beschreibt sie, dass der kleine Wolodja schon als Schuljunge eine Armbanduhr und als Student ein Auto besass – beides ein unvorstellbarer Luxus in jener Zeit, und beides Geschenke seiner Eltern, die ihr einziges überlebendes Kind vergötterten und bedingungslos verwöhnten.

Später als KGB-Mann in Dresden hatte Putin zuweilen mit Mitgliedern der westdeutschen Terrortruppe «Rote Armee Fraktion» (RAF) zu tun, die von der DDR unterstützt wurde. Einem RAF-Mann blieb der kleine Russe im schlecht sitzenden Popeline-Anzug in schlechter Erinnerung. «Er wollte immer Sachen haben», erzählte er Gessen. «Er sagte mehreren Leuten, was er sich aus dem Westen wünsche.» Er selbst habe ebenfalls einen Wunsch erfüllen müssen: einen Weltempfänger vom Typ Grundig Satellit und ein Autoradio von Blaupunkt. ○

«Für ganz Europa sprechen»

Nichts könne das Projekt Europa gefährden – kein Austritt Griechenlands aus dem Euro-Raum, kein Abschied der Briten von der EU, sagt Ex-Kommissions-Chef José Manuel Barroso. Und was wird aus der Schweiz und der EU? *Von Wolfgang Koydl und Lena Meienberg (Bild)*

Herr Barroso, die Griechen wählen demnächst ein neues Parlament, und die Wahrscheinlichkeit eines «Grexit», eines Ausscheidens Griechenlands aus der Euro-Zone, wächst. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat erklärt, dass man einen solchen Schritt inzwischen verkraften könne. Sehen Sie das auch so locker?

Für jedes Projekt ist es schädlich, wenn ein Mitglied aussteigt. Dennoch muss man auch sagen, dass sich die Bedingungen in der Euro-Zone deutlich von jenen auf dem Höhepunkt der Finanzkrise unterscheiden. Jetzt verfügen wir einerseits über Instrumente und Institutionen, andererseits ist das Vertrauen grundsätzlich wiederhergestellt worden. Die Existenzkrise des Euro liegt hinter uns. Aber selbst jene, die sich ein Szenario des schlimmsten Falls ausmalen, erwarten kein grosses Problem für den Fall, dass dieses Szenario tatsächlich eintritt.

Warum?

Die meisten Länder an der europäischen Peripherie haben eine bedeutsame wirtschaftliche Erholung begonnen. Irlands Wachstum ist spektakulär, und was das Vertrauen der Märkte angeht, so stehen auch Portugal und Spanien vergleichsweise besser da. Das gilt sogar für Italien. Wir verfügen über neue und sehr starke Rettungsmechanismen.

Es wird also nicht mehr notwendig sein, die Euro-Zone um jeden Preis zusammenzuhalten?

Auf dem Höhepunkt der Krise habe ich und hat die Kommission konsequent deutlich gemacht: kein «Grexit» oder Austritt eines anderen Landes! Denn es war uns bewusst, dass es einen Dominoeffekt, eine Ansteckungsgefahr gab. Im Gegensatz zu manchen Mitgliedsstaaten wollten wir ein Ausscheiden Athens um jeden Preis vermeiden. Heute ist die Lage anders. Kein Land darf gezwungen werden, gegen seinen Willen im Euro-Raum zu bleiben. Wir sind eine Gemeinschaft freier Länder, in der Euro-Zone ebenso wie in der Europäischen Union. Wenn also ein Land das Gefühl hat, dass es die Bedingungen nicht mehr erfüllt, dann muss es dieses Problem den anderen Ländern vorlegen.

Der Ausgang für die Griechen stünde also notfalls weit offen?

Die Griechen wollen gar nicht raus, weder die Regierung noch die grösste Oppositionspartei. Sie wollen im Euro-Raum bleiben. Wenn Sie genau hinhören, dann bemerken Sie, dass sich ihre Rhetorik verändert hat. Auch die Mehrheit der griechischen Bevölkerung unterstützt, trotz aller Probleme, eine weitere Euro-Mitgliedschaft.

Wieder mal ein Freibillett für die Griechen?

Nein, denn die Griechen müssen auch verstehen, dass sie andere Länder nicht in eine unannehmbare Lage bringen können. Der Euro steht für Solidarität und Verantwortung. Man kann nicht nur einen Teil davon haben. Man kann nicht sagen: «Okay, ich mache, was ich will, die anderen werden mir

«Kein Land ist gezwungen, Mitglied dieser Union zu sein.»

schon helfen.» Das funktioniert nicht. Gleichzeitig müssen die anderen Staaten verstehen, dass einige Länder aussergewöhnlichem Druck und Stress ausgesetzt waren wie Griechenland und dass deshalb besondere Anstrengungen nötig sind.

Dem Euro geht es also wieder prächtig?

Ich erinnere mich an Gespräche mit Marktexperten im Jahr 2011, die einen unmittelbar bevorstehenden Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone vorhersagten. Sie hatten unrecht, weil sie die politischen Faktoren in Europa unterschätzten. Schauen Sie: Als ich 2004 Kommissions-Präsident wurde, hatten wir fünfzehn EU-Mitglieder. Heute haben wir neunzehn Länder, die den Euro verwenden – mehr, als es damals Mitglieder gab. Das zeigt, dass das Wachstum des Euro allen professionellen Pessimisten getrotzt hat. Dessen Widerstandsfähigkeit ist grösser, als manche Leute annehmen. So gross ist diese Widerstandsfähigkeit, dass er auch eine grosse Krise in einem Mitgliedsland überstehen wird.

Ihr Nachfolger Jean-Claude Juncker hat den Griechen empfohlen, wie sie am besten abstimmen sollten. War das ein kluger Schachzug?

Ich werde keinen Kommentar zu meinem Nachfolger abgeben. Ich respektiere ihn, er ist ein persönlicher Freund, und es wäre nicht angemessen für einen Vorgänger, seine Worte zu kommentieren.

Gut. Aber viele andere EU-Politiker haben den Griechen ähnliche Ratschläge erteilt.

Wir sind eine Union von Demokratien. Kein Land ist gezwungen, Mitglied dieser Union zu sein. Das unterscheidet die Europäische Union von anderen Versuchen in der Vergangenheit, wo eine Zentralmacht eine bestimmte Art von Verhalten aufoktroieren wollte. Man mag seine persönlichen Präferenzen haben, ich habe auch meine. Aber eine Institution wie die EU sollte keine parteipolitischen Empfehlungen abgeben. Die EU wird das griechische Wahlergebnis respektieren. Aber jede griechische Regierung muss genauso die Verpflichtungen respektieren, die der griechische Staat eingegangen ist.

Die EU scheint oft Probleme mit Wählerentscheidungen zu haben. Eine Ihrer ersten Reisen nach Ihrer Wahl zum Kommissionspräsidenten führte Sie 2004 nach Dublin, wo Sie den Iren klarzumachen versuchten, dass sie beim zweiten Referendum über den Vertrag von Lissabon das Kreuz an der richtigen Stelle machen sollten.

Das war etwas anderes. Damals ging es nicht darum, der einen oder anderen Partei den Vorzug zu geben. Es ging darum, sich für die Europäische Union auszusprechen. Sie können doch nicht vom Präsidenten der EU-Kommission erwarten, dass er nicht die EU verteidigt. Ich war ausserdem überzeugt davon, dass es besser war für Irland, in unserer europäischen Familie zu bleiben. Das gilt auch für andere Länder. Niemand ist gezwungen, gegen seinen Willen in der EU zu bleiben. Einige Länder treffen Entscheidungen im Parlament, andere per Volksabstimmung, beides sind legitime Methoden. Die EU ist ein komplexes politisches Spiel, aber am Ende ist es doch so, dass alle Mitglieder zusammen sind, weil sie sich dazu entschieden haben. Das gilt genauso, wenn jemand austreten will. Wir haben zurzeit diesen Fall mit unseren britischen Freunden. Sie müssen selbst entscheiden, ob sie bleiben wollen. Ich spreche nicht mehr für die EU-Kommission, sondern als Privatmann, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand in den europäischen Institutionen den Briten Steine in den Weg legt, wenn sie die Union verlassen wollen.

Aber ein «Brexit», ein Austritt Grossbritanniens, würde eine Menge Schaden anrichten. Sie können doch nicht einfach sagen: «Bye-bye and good luck»?



«Ich betrachte die Schweiz als meine zweite Heimat»: Ex-Kommissions-Chef Barroso.

Ja, ein Austritt würde viel Schaden anrichten, vor allem für die Briten. Aber natürlich auch für die EU, schliesslich ist Grossbritannien ein sehr wichtiges Mitglied. Egal, ob wir über Grossbritannien und die EU reden oder über Griechenland und die Euro-Zone: In keiner Gruppe ist es eine gute Nachricht, wenn ein Mitglied

sie verlassen will. Aber in der EU würden die Austritte der Briten und Griechen das Projekt Europa nicht grundsätzlich in Frage stellen. Im Gegenteil: Manche würden sogar sagen, dass sich dadurch das Projekt sogar beschleunigen würde. Es würde von denjenigen, die dabei bleiben, weiterverfolgt werden.

Vor gut einem Jahr haben die Schweizer einen neuen Deal zur Personenfreizügigkeit gefordert. Die Reaktion von Ihnen persönlich, von Ihrer Behörde, von der EU, von den Mitgliedsstaaten fiel harsch aus. Die Schweiz stand wie ein Wiedergänger des *evil empire* da – die *evil* Eidgenossenschaft. War dieser brutale Rundumschlag nicht überzogen? >>>

Es war keine überzogene Reaktion, sondern eine ehrliche Reaktion. Denn wir mussten unseren Schweizer Freunden etwas erklären. Ich benutze das Wort Freund in seiner wahren Bedeutung. Ich betrachte mich als aufrechten Freund des Landes, ich habe sechs Jahre hier gelebt,

«Die Schweiz hat viele Probleme mit der EU.»

mein erster Sohn wurde hier geboren, und ich betrachte die Schweiz als meine zweite Heimat. Aber gerade wegen dieser Nähe musste ich den Schweizern übermitteln, welche Gefühle in der EU herrschten. Nicht nur in der Kommission, sondern auch in den Mitgliedsstaaten. Einige dieser Staaten sind Nachbarn der Schweiz, und sie konnten es nicht hinnehmen, dass die Schweiz auf der einen Seite Nutzniesser des Binnenmarktes ist, aber zugleich nicht bereit ist, selber einen Beitrag zu leisten. Das habe ich getan, und wenn das zu hart war, war das meine Schuld. Das gebe ich zu. Aber es geschah mit den besten Absichten.

Aber die Schweiz ist noch nicht einmal Mitglied der EU.

Ich glaube, dass die meisten Schweizerinnen und Schweizer mit der EU zusammenarbeiten wollen. Die Rede ist nicht von einem Beitritt, den fordert niemand, den erwartet im Augenblick niemand. Aber wenn man zusammenarbeiten will, muss jede Seite einen Beitrag leisten, und das Prinzip der Personenfreizügigkeit ist eben sehr wichtig für das Funktionieren des Binnenmarktes. Das haben wir übermittelt, vielleicht war es brutal, aber die Intention war gut.

Die Schweizer sind perfekte Partner. Sie zahlen alle Rechnungen an die EU pünktlich, sie setzen weitgehend ohne Murren Brüsseler Direktiven um, und jetzt wollen sie eine einzige Übereinkunft neu aushandeln. Ist das zu viel verlangt?

Das stimmt nicht, es geht nicht nur um ein einziges Abkommen. Die Schweiz hat viele Probleme mit der EU.

Aber wir reden konkret über die Personenfreizügigkeit.

Die wird von der EU als fundamentales Prinzip betrachtet ...

... also unverhandelbar?

Es ist eine Frage der Gegenseitigkeit. Schweizer Unternehmen haben das Recht, sich überall in der EU niederzulassen. Es ist eine Frage der Fairness, dass dieses Recht in beide Richtungen gilt.

Noch einmal: Für die EU gibt es nichts zu verhandeln?

Ich will keine Worte verwenden, die missverstanden werden können. Noch mal: Es ist eine Sache der Fairness. Die EU bietet der Schweiz Personenfreizügigkeit an und übrigens ausserdem Zugang zum grössten Binnenmarkt der Welt, nach Wert berechnet, mit 500 Millionen Verbrauchern. Es ist nicht fair, wenn die Schweiz dasselbe Prinzip der Freizügigkeit der Europäischen Union nicht bietet. Das wird ihr von unseren Mitgliedsstaaten zutiefst verübelt.

Aber der Text des Abkommens gestattet ausdrücklich beiden Parteien Neuverhandlungen, wenn eine von ihnen das für notwendig hält.

Das ist nicht der Punkt. Unser Rechtsstandpunkt ist: Fällt dieses Abkommen, fallen alle. Das ist die berühmte Guillotineklausele. Rechtlich gesehen ist es klar. Wenn das Prinzip der Freizügigkeit in Frage gestellt wird, kann es eine Menge Schaden in den Beziehungen anrichten.

Liegt die harsche Reaktion vielleicht auch daran, dass die Schweiz in der Frage der Freizügigkeit einige stille Bewunderer in der EU hat? Ziemlich offen in Grossbritannien, versteckter in anderen Ländern.

Das ist richtig, aber die Antwort auf die britische Bitte nach Neuverhandlungen dieses Prinzips war ein absolutes Nein. Um die Verträge in Europa zu ändern, braucht man Einstimmigkeit. Und die meisten Mitglieder, angefangen bei Deutschland, sagten sofort nein. Dieses Prinzip wird nicht in Frage gestellt. Was wir verhandeln können, sind die Bedingungen. Das ist ein legitimer Punkt. Es gibt Probleme mit der Freizügigkeit, nicht nur in Britannien. Als ich in der Kommission war, haben wir vereinbart, dass die bestehenden Regeln strikt angewendet werden. Wenn ein EU-Bürger in ein anderes Land geht, ohne seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen, dann kann er nach einer gewissen Zeit ausgewiesen werden. Das Prinzip ist nicht verhandelbar, die Bedingungen schon. Der Binnenmarkt würde nicht mehr funktionieren. Stellen Sie sich vor, eine Schweizer Firma geht nach Frankreich, und Frankreich sagt: «Schön, aber ihr könnt keine Schweizer mitbringen, wir wollen nicht noch mehr Schweizer.» Wäre das fair?



«Wow, schau dir die an! Wenn ich doch nur zwei Stunden jünger wäre!»

Firmenansiedlungen im Ausland haben auch früher wunderbar funktioniert, auch ohne das Prinzip der Freizügigkeit.

Okay, aber jetzt haben wir die Europäische Union, und wir haben einen Vertrag mit der Schweiz. Es war übrigens nicht die EU, die diesen Vertrag gebrochen hat.

Immer mehr schleicht sich ein neuer Faktor in die Debatte über die Personenfreizügigkeit ein: der Islam. Wie ernst nehmen Sie das?

Das ist eine ernste Entwicklung. Aber die Antwort ist nicht das, was Madame Le Pen vorschlägt, nämlich, die Grenzen zu schliessen. Die Attentäter von Paris waren französische Staatsbürger. Es ist eine Frage der Integration verschiedener Gemeinschaften. In Europa neigen wir manchmal dazu, uns selbst Vorwürfe zu machen. Aber diese fundamentalistischen Ideologien haben nichts mit Europa zu tun. Sie wurden von Menschen importiert, die unseren Werten total entgegenstehen. Leider gab es Leute, die unsere Freiheiten nutzten, um unsere Bürger anzugreifen. Diese Bedrohung muss mit allen Mitteln bekämpft werden, die uns rechtlich zur Verfügung stehen.

Sehr viele Europäer sind enttäuscht, ja desillusioniert von der EU. Dieser Prozess vollzog sich während Ihrer Amtszeit. Was ist da passiert?

Natürlich sind sie enttäuscht, aber nicht nur von der EU. Die Desillusionierung über nationale Regierungen und einzelne Parteien ist viel grösser. Wegen der sozialen Krise, der hohen Arbeitslosigkeit, der Angst vor der Globalisierung gibt es in vielen Ländern einen Trend zu Extremen, eine Unzufriedenheit mit

«Leider gab es Leute, die unsere Freiheiten nutzten, um unsere Bürger anzugreifen.»

denheit mit Mainstream-Parteien. Das reicht viel tiefer als die Gegnerschaft zur EU. Natürlich wurde auch die EU als Teil des Problems angesehen, manchmal auch zu Recht. Aber manche Regierungen machen einfach uns, die Kommission, zum Sündenbock, wenn sie kritisiert werden. Sie vergessen dabei freilich, dass sie in Brüssel – einstimmig – diese Entscheidungen selbst getroffen haben.

Eine etwas grundsätzlichere Frage: Was ist für Sie der Unterschied zwischen der EU und Europa?

Europa ist grösser als die EU ...

Ich denke nicht an die Geografie ...

Die EU ist ein Projekt europäischer Staaten, die beschlossen haben, ihre Souveränität zu bündeln und gemeinsame Ziele zu verfolgen. Einige Länder, die uns sehr nahe stehen, sind ebenfalls Mitglieder der europäischen

Familie – die Schweiz oder Norwegen. Sie haben sich entschieden, der EU nicht beizutreten, was wir respektieren. Aber sie teilen unsere Werte von Freiheit, offenen Gesellschaften und offenen Volkswirtschaften. In China, in den USA, in Afrika oder Lateinamerika steht die EU für ganz Europa. Das ist gerechtfertigt, denn die EU hat heute eine wahrlich kontinentale Dimension, in demografischer und ganz sicher in ökonomischer Hinsicht. Sie ist berechtigt, für ganz Europa zu sprechen.

Sollte die EU anstreben, eines Tages den ganzen Kontinent zu vereinnahmen?

Das möchte ich nicht so sagen, denn für mich ist das Prinzip der Freiheit wichtig. Ich muss akzeptieren, dass es immer ein, zwei, drei Länder geben wird, die nicht beitreten wollen. Mein Ideal von Europa ist, dass es von jenen Ländern aufgebaut wird, die das wollen. Die EU ist für jene, die sie wollen. Wir respektieren alle, die sie nicht wollen. Jeder Druck wäre nicht hinnehmbar. Wir sollten die Autonomie anderer Völker achten.

Aber ist die EU nicht wirtschaftlich so mächtig, dass sie einen Sog erzeugt, dem sich kleinere Länder wie die Schweiz gar nicht entziehen können?

Ja, aber schauen Sie doch: Das 21. Jahrhundert wird ein sehr risikoreiches, turbulen-

tes, herausforderndes Jahrhundert sein – gemessen an dem, wie es begonnen hat. Selbst die grössten europäischen Nationen wie Deutschland oder Frankreich besitzen nicht den notwendigen Einfluss, um mit den Big Playern Amerika oder China auf

«Die EU ist nicht weniger wichtig für die Schweiz als umgekehrt.»

Augenhöhe die Zukunft der Welt zu erörtern. Deutschland mit 80 Millionen Menschen ist nichts im Vergleich zu Chinas Milliarden. Aber Deutschland hat eine kluge strategische Entscheidung getroffen. Indem es seine eigenen Interessen verteidigt, vertritt es auch Europas Interessen. Das erhöht Deutschlands Einfluss in der Welt. Viele Europäer verstehen das nicht: Im selben Masse, in dem sie ihre Souveränität innerhalb der EU verdünnen, verbessern sie ihre globalen Einflussmöglichkeiten mit Hilfe der EU.

Aber wie steht es mit kleinen Ländern wie der Schweiz? Langfristig haben die doch keine Wahl, als gleich beizutreten oder ewig als Anhängsel mitzulaufen.

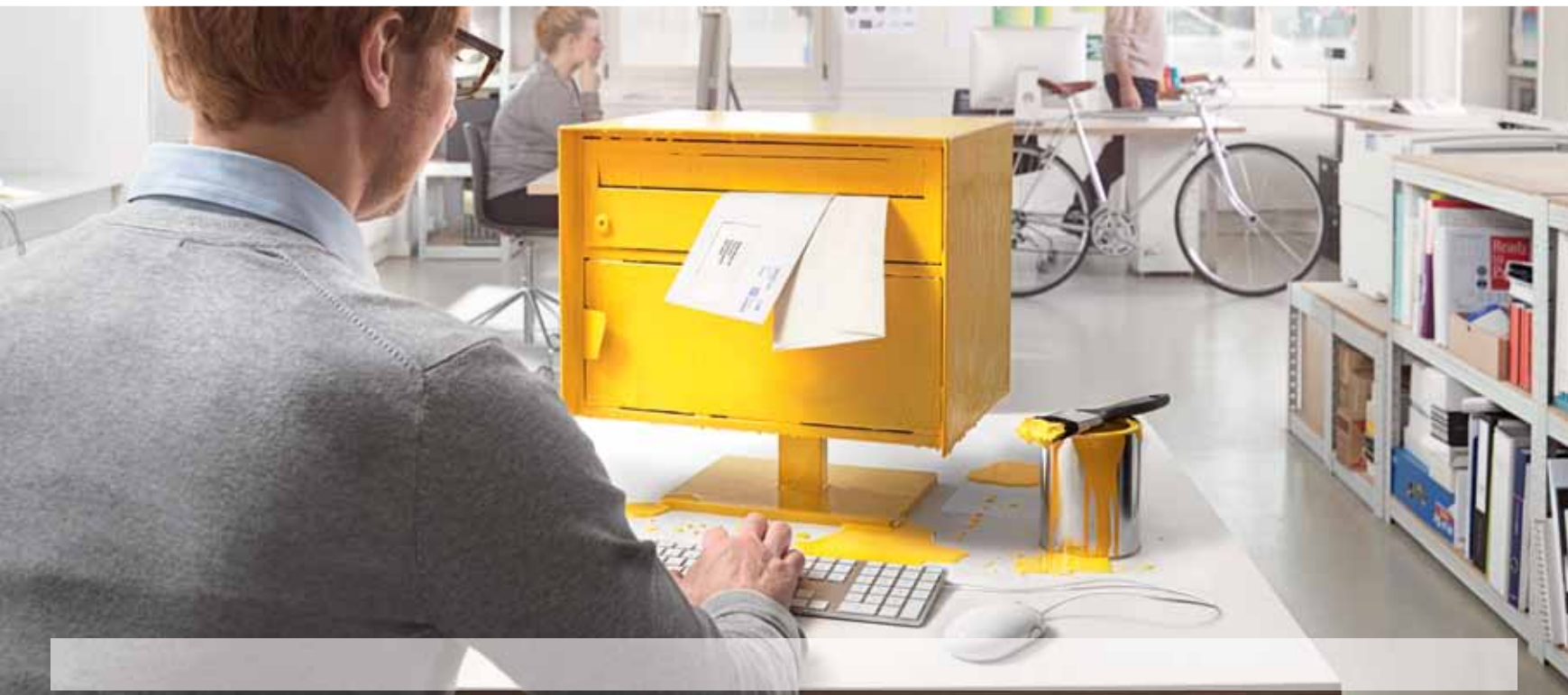
Keine Regel ohne Ausnahmen, sicher. Sie müssen das sehen wie einen Markt. Auf

dem gibt es auch Nischenanbieter. Ich kenne die Schweiz, ich kenne ihre Feinfühligkeit, ich weiss, wie stolz sie ist. Deshalb erteile ich meinen Schweizer Freunden keine Ratschläge. Das müssen sie entscheiden. In der EU haben wir mit 29 Mitgliedern eine kritische Masse erreicht. Wenn man es richtig handhabt, dann können auch Drittstaaten von diesem System profitieren, ohne sich voll zu integrieren. Sie müssen allerdings einen Beitrag leisten. Die Schweiz mit ihrer klugen Diplomatie hat diesen Weg gewählt. Sie ist ein wohlhabendes, friedliches Land, aber eben auch dank der EU. Der Nutzen für die Schweiz ist sehr gross.

Aber die Schweiz ist nicht minder wichtig für die EU.

Stimmt. Sagen wir es diplomatisch: Die EU ist nicht weniger wichtig für die Schweiz als umgekehrt. Grundsätzlich gilt: Ich halte es für möglich, so ein Arrangement weiterzuführen. Aber wir sollten die Zukunft offenhalten.

José Manuel Barroso war 2004 bis 2014 Präsident der Europäischen Kommission. Davor war er zwei Jahre lang Premierminister Portugals.



**Mit Briefen immer zuerst im Blickfeld:
Auch das ist die Post.**

Die Post macht viel mehr, als man denkt. Mit unseren Services rund um Ihre Geschäftskorrespondenz sorgen wir für eine wirkungsvolle Kommunikation. Bewegen auch Sie Ihre Kunden: post.ch/gelb-bewegt

DIE POST 
Gelb bewegt.

Maschinistin der Macht

Was macht Angela Merkel zur einflussreichsten Frau Europas? Ihre Rhetorik ist bescheiden, ihr Charisma und ihre Befugnisse sind begrenzt. Die Antwort ist ihre überlegene Machttechnik: Sie schöpft maximale Macht aus einer schwachen Position. Von Roland Tichy und Dewa Waworka (Illustration)

Deutsche Bundeskanzler sind, so haben es die hungerschnellen Verfassungskonstrukteure 1948 gewollt, institutionell schwach: Sie werden nicht wie der französische Präsident vom Volk gewählt – die stärkste Legitimation. Weil die Deutschen damals von Volkstribunen das Näschen ziemlich voll hatten, muss sich der Bundeskanzler seither eine Mehrheit der Stimmen im Deutschen Bundestag zusammensuchen. Der wiederum wird von Listen-Abgeordneten beherrscht. Die Listen, deren Spitzen von oben nach unten in den Bundestag einrücken, werden von Parteifunktionären in fragwürdigen Hinterzimmerentscheidungen ausgejast. Daher stehen achtzig Prozent der Abgeordneten schon vor der eigentlichen Wahl fest – und diese Sicherheit des Mandatsgewinns kettet sie an die Partei. Aber die Bettelei um Zustimmung bei den Abgeordneten ist kein einmaliger Vorgang.

Eine Bundeskanzlerin oder ein Bundeskanzler braucht eine Regierung; und die wird über eine Koalition der Parlamentsparteien gebildet. Sie sind die Warlords des Parlamentarismus, entscheiden über Positionen, Personen und Posten. Zwar ernennt der Bundeskanzler seine Minister. Aber die des Koalitionspartners eben nicht; das macht der schon selber. Zwar bestimmt der Bundeskanzler laut Grundgesetz die «Richtlinien der Politik», aber auch diese Richtlinienkompetenz endet wieder beim Koalitionspartner, dessen Minister ihren «Geschäftsbereich» eigenverantwortlich verwalten. Und entlassen kann der Bundeskanzler zwar einen unbotmässigen Minister – aber nicht einen der anderen Partei.

Sozialpolitischer Irrsinn

Damit nun ja keiner zu kurz kommt in diesem Spiel, wird zudem ein Koalitionsvertrag geschlossen. Eigentlich ist das weder im Grundgesetz vorgesehen noch etwas, was man mit sonstigen Verträgen etwa gemäss Staats- oder auch bürgerlichem Recht vergleichen könnte. Es ist eine Verabredung, die niemanden rechtlich bindet. Trotzdem wird das Schriftstück mit grossem Brimborium verhandelt, unterzeichnet wie eine Art Weltfriedensvertrag und dann zelebriert mit einer Genauigkeit, die weit höher ist als der Fahrplan der deutschen Eisenbahn.

Angela Merkel kennt das Spiel. Deswegen hat sie bei der Bildung dieser Koalition ohne langes Nachdenken einen Koalitionsvertrag geschlossen, der Schwachsinn ihrer Partei, der Union, (unendlich teure Rentenerhöhung für

Mütter) mit ähnlich teurem Schwachsinn der SPD (eine Frühverrentung gegen jede demografische Realität) zu einem Gesamtpaket des sozialpolitischen Irrsinns kombiniert. Die politische Logik erzwingt ein Gesetz, das sozial wie finanzpolitisch das reine Grauen ist. Merkel spricht dies im kleinen Kreis auch aus. Aber gibt es Alternativen? Es gibt keine. Also fügt Merkel sich in die realpolitische Wirklichkeit. Jeder Politiker mit Gestaltungswillen und Verantwortungsbewusstsein würde revoltieren. Merkel dagegen exekutiert den Wahnwitz höchst präzise. Das ist der Preis, den sie für ihr Amt zahlen zu müssen glaubt.

Nun darf man Merkel keinesfalls Gestaltungswillen und Verantwortungsbewusstsein absprechen. Sie hat das alles, nur leider sind eben die Umstände nicht günstig. Mit ihrer

«Merkel ist von ungeheurer Zähigkeit. Sie kann länger auf Sonne warten als jeder Grieche.»

Anpassungsfähigkeit ist sie ein Kind ihrer Umwelt. Aufgewachsen und gross geworden in der DDR, hat sie früh gelernt, beinharte Realitäten zu akzeptieren und doch das Beste für sich herauszuholen. Wer versuchte, aus der DDR zu türmen, riskierte nicht nur Leib und Leben, sondern auch das seiner Verwandten und Freunde. Merkel fand ein warmes Plätzchen an der Universität und vertrödelte den Mauerfall in der Sauna. Sie hielt die Revolution sicherlich für erstrebenswert – nur eben nicht für realistisch.

Man sollte das nicht mit Schafsgeduld oder gar Dumpfheit verwechseln. Merkel konzentriert sich auf das Wesentliche, erkennt Lücken im System und die Gunst des Augenblicks – und reagiert dann schnell, grausam und entschieden. In nur sechs Wochen hat sie Deutschland in das kernige Abenteuer des schnellen Ausstiegs aus der Atom- und letztlich auch der Kohleenergie getrieben: Lichtgeschwindigkeit angesichts der verharzten Schwerfälligkeit einer Industriegesellschaft. Aber das Entsetzen über die Folge des Seebebens vor Japan, das die dortigen Kernkraftwerke in den GAU stürzte, war eine jener blitzlichtkurzen Chancen, die Merkel zu nutzen weiss – seither ist ihre schwarze Partei grün bis auf die Knochen und die konkurrierende grüne Partei domestiziert wie ein Pudel: Kläffen darf er, aber nicht beissen. Zwar droht auch die deutsche Wirt-

schaft ins Gras zu beissen; aber Merkel lässt sich nicht mehr abbringen, wenn sie einen Weg eingeschlagen hat.

Ähnlich ihre Euro-Politik: Griechenland ist das intergalaktische schwarze Loch der Finanzwirtschaft und bezieht seine Stärke aus der Drohung, dass es nicht nur Fantastilliarden, sondern gleich das ganze europäische Sicherheitsgefüge verschlingen könnte, das in sechzig Jahren aufgebaut wurde. Merkel hatte sich bei der ersten Auflage der Griechenland-Krise vorgenommen, mit dem damaligen griechischen Bandenführer Papandreou – immer gut erholt, braungebrannt und gutgelaunt – so lange zu verhandeln, bis «er so grau im Gesicht ist wie ich». Merkel ist von ungeheurer Zähigkeit – und uneitel. Sie kann länger auf Sonne warten als jeder Grieche. So ist es ihr gelungen, das schwarze Loch wenigstens einzuhegen. Zwar mögen Nobelpreisträger wie Paul Krugman, US-Präsident Obama und der Börsartigkeitsspekulant der Welt, George Soros, Druck auf sie ausüben, dass das Loch wieder aufgerissen und mit deutschen Milliarden gefüllt werde. Vergebens. Merkel kann zum Fels werden, der umso schwerer wird, je stärker der Druck ist.

«Alternativlos»

Das erfährt derzeit Wladimir Putin. Sie weiss, dass sie als Kanzlerin eines ebenso verteidigungsunfähigen wie -unwilligen Landes schwach ist gegen brutale Machtpolitik. Also weicht sie so langsam wie nur irgend möglich zurück und hinterlässt ihm die Krim und den Donezk sowie sein Kernland mittels Sanktionen in einem abgewirtschafteten Zustand. Dies erinnert verblüffend an General Michail Kutusow: Der hat Napoleons Truppen immer weiter in die von ihm vorher verbrannten, rauchenden, verkohlten russischen Weiten gelockt. Plötzlich erfährt Putin, dass auch der Weg nach Westen so verdammt weit wie verlustreich werden kann.

Eben weil ihre Position schwach ist, hat Merkel die Kunst perfektioniert, Gegner abzuräumen, ungeduldige Männer auflaufen zu lassen und ein feinmaschiges Netz von Abhängigkeiten zu schaffen. Vor allem aber: Ihre Kunst ist es, die Sache auf einen Punkt hinzutreiben, an dem ihre Positionen plötzlich alternativlos sind.

«Alternativlos» war für sie das deutsche Engagement in Afghanistan, «alternativlos» ihre Euro-Politik. Jetzt hat sie sich diejenigen vorgenommen, die «Alternativen» zu ihrer



Kanzlerin aller deutschen Parteien: Angela Merkel.

Politik anbieten. Es ist ja ziemlich albern auf den ersten Blick, sich einige tausend sogenannte Pegida-Anhänger vorzunehmen, die in Dresden gegen allerlei Kümernisse wie Einwanderung, Krieg mit Russland, Rundfunkgebühren und das Welthandelsabkommen demonstrieren. Aber Merkel erkannte, dass die Deutschen ohne amtliche Approbation sowieso nicht demonstrieren, und vor allem, dass es für sie eine grosse Chance ist: Die Idee, einen gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen «rechts» dazu zu instrumentalisieren, den politischen Gegner auszuschalten, stammt ja von der postkommunistischen Linken und bedroht faktisch die CDU als konservative Kraft.

Jetzt hat sich aber Merkel an die Spitze der Komintern-ähnlichen Massenbewegung gesetzt, die einige ältere Herren und Damen mit Gehstock angreift, als stünden sie an der Spitze einer Braunhemdenbewegung von Hunderttausenden, die morgen putschen. Mit ihrer Attacke gegen einige harmlose Zipfelmützen-Michel gewinnt sie die Zustimmung aller, und zwar im Wortsinn: aller Parteien im Deutschen Bundestag. Alle gemeinsam führen jetzt den Kampf gegen die rechtskonservative Partei «Alternative für Deutschland», die eigentlich hauptsächlich ihrer konservativen CDU gefährlich zu werden drohte.

Damit hat sie geschafft, was ihre Vorgänger zwar auch versuchten, aber nie in dieser perfek-

ten Form erreichten: Sie ist aus dem schwächlichen, von den Parteien abhängigen und vom Koalitionspartner gelähmten Kanzlerdasein deutscher Prägung zur Präsidentin aufgestiegen; getragen und gestützt von allen relevanten Parteien, allen Medien und von einer Zweidrittelmehrheit der Deutschen, die alles sein wollen, nur nicht liberal oder gar «rechts». Jetzt ist sie die Kanzlerin aller deutschen Parteien, sie kennt keine Parteien mehr.

Die Maschinistin der Macht hat sie alle ausmanövriert.

Der Ökonom **Roland Tichy** war bis 2014 Chefredaktor der deutschen *Wirtschaftswoche*. Er unterhält heute die Meinungsseite www.rolandtichy.de.

Wer das Jahr 2015 prägen wird

Weltpolitisch steht ein spannendes Jahr bevor. In den USA gewinnt der Wahlkampf an Fahrt, in der Euro-Zone nehmen die Fliehkräfte wieder zu, und Schwellenländer kämpfen um die Bewahrung der wirtschaftlichen Erfolge der letzten Jahre. Fünf Personen, die man im Auge behalten sollte.

Jeb Bush – Kronprinz der Republikaner

Gewählt wird Amerikas Präsident 2016, doch erste Weichen werden bald gestellt. Übersichtlich die Lage bei den Demokraten, Hillary Clinton allein auf weiter Flur. Getümmel dagegen bei den Republikanern, zwei Handvoll Namen kursieren. Mike Huckabee hat Ambitionen. Rand Paul, Tea-Party-Held aus Kentucky, entwickelt magistrale Züge. Eben hat sich Mitt Romney, ehrgeiziger Mormone, nach seiner Schlappe gegen Obama 2012 erneut in Position gebracht. Keiner jedoch ragt an Format und Renommee aus dem Feld heraus wie Jeb Bush, 61, der Kronprinz des Bush-Clans.

Jeb war schon immer Vaters Favorit. Er gilt als der Intelligenteste des Clans und legt Wert auf Eigenständigkeit. Früh ging er eigene Wege, setzte sich vom Familiensitz in Texas nach Florida ab, machte Millionen mit Immobilien statt mit Öl, heiratete eine Latina statt einer Weissen. Zwei Mal war er Gouverneur von Florida. Dort erinnert man sich gerne an ihn. Während Bruder George W. als Präsident Amerika in zwei Kriege führte, setzte sich Jeb im *Sunshine State* für Bildung und Einwanderer ein. Jeb, der fließend Spanisch spricht, nennt die Integration von Migranten einen «Akt der Liebe». Mit dem Ausspruch hat er sich im rechten Flügel der eigenen Partei Feinde geschaffen. Bei den Latinos dagegen, dem rapide wachsenden Wählersegment, gilt er als Mann der Zukunft.

Clinton versus Bush also? Wie die grossen Clans vor ihnen, die Rockefellers, Roosevelts und Adams', sind die Bushs und Clintons das, was Amerikaner immer schon fasziniert hat: Celebrities. Spannender allerdings wäre ein neues Gesicht. Amerika hat noch immer die Kraft aufgebracht, sich von Grund auf neu zu erfinden. So bleibt die Hoffnung, 2015 werde das Jahr, in dem ein neuer Star am US-Firmament aufsteigen möge. *Urs Gehriger*

Frauke Petry – Parallelen zu Merkel

Das Führungspersonal der neokonservativen Partei Alternative für Deutschland (AfD) besitzt nur sehr eingeschränkte Strahlkraft: Ein Trio alter Herren von um die siebzig Jahren gruppiert sich um den Vorsitzenden, den ewig besserwisserisch und beleidigt wirkenden Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke. Umso deutlicher hebt sich die Vizesprecherin der Partei ab: Frauke Petry ist weiblich, jung, ehrgeizig, protestantisch und wertkonservativ. Sie kommt aus Ostdeutschland und ist studierte Naturwissenschaftlerin. Klingt ver-

traut? Die Unterschiede liegen darin, dass Petry Chemikerin ist und Angela Merkel Physikerin und dass die Kanzlerin ihre konservativen Überzeugungen längst abgestreift hat wie einen abgetragenen Hosenanzug.

Wenn man davon ausgeht, dass die AfD in diesem Jahr eher an Bedeutung gewinnen als verlieren wird, dann ist die 39-jährige Petry das künftige Gesicht ihrer Partei. Schon jetzt schlägt sich die mit einem Pastor verheiratete Mutter von vier Kindern in Talkshows besser als deren bisheriger Dauergast Lucke.

Entscheidend aber ist, dass sie im Gegensatz zu Lucke nicht zwischen den wirtschaftsliberalen und konservativen Flügeln ihrer Partei hin- und herlaviert. Petry hat sich eindeutig festgelegt: Sie setzt gesellschaftspolitisch auf erkonservative Werte. Derweil andere in der AfD sich noch wegen des Umgangs mit den als rechtsextrem geschmähten Dresdner Pegida-Demonstranten zerfleischen, setzte sie ein Zeichen und empfing deren Organisatoren in ihrem Büro im Landtagsgebäude. «Wenn Bürger jede Woche auf der Strasse protestieren, dann ist es unsere Pflicht als gewählte Politiker, mit ihnen zu reden», verteidigte sie ihren Entschluss. Ein sehr grosser Teil der Demonstranten sind enttäuschte Wähler von Merkels Partei, und sie stehen stellvertretend für zahllose andere CDU-Wähler überall in Deutschland. Sie

sehen sich ihrer politischen Heimat beraubt. Frauke Petry ist entschlossen, ihnen eine neue Heimat zu bieten. *Wolfgang Koydl*

Emmanuel Macron – Boxer und Pianist

Dank den Attentaten ist er ein bisschen aus der Schusslinie gekommen, Emmanuel Macron wird sich darüber nicht beklagen. Er war das Feindbild der zerstrittenen Nation. Die Linke empört sich über jedes seiner Interviews und war über den Auftritt des Wirtschafts- und Industrieministers in Las Vegas zu Beginn des Jahres ganz besonders aufgebracht. «Ich wünschte mir mehr Franzosen, die Milliardäre werden möchten», hatte er an der Elektronikmesse, zu der er vielversprechende Startup-Unternehmen begleitete, erklärt. Aber gegen die «loi Macron» sind selbst die Notare und Anwälte auf die Strasse gegangen, um die Reglementierung ihrer Berufe zu verteidigen. Es geht um die Öffnung der Geschäfte am Sonntag und mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Und letztlich auch um die 35-Stunden-Woche.

Emmanuel Macron war ein Musterschüler, er ist mit seiner ehemaligen, zwanzig Jahre älteren Lehrerin verheiratet. Und er ist ein Wunderkind geblieben. Nach dem Besuch der staatlichen Eliteschulen (ENA, Science Po) war er Mitarbeiter der Philosophen Etienne Balibar und Paul Ricœur. Er ist Boxer und Pianist – bei-



«Akt der Liebe»: Jeb Bush.



Konservative Alternative: Frauke Petry.

des auf beachtlichem Niveau – und Mitherausgeber der linken Zeitschrift *Esprit*. Er leitete ein Theater. Mitglied der Partei wurde er im Alter von 22 Jahren. Zur Bank Rothschild ging er nur, weil Sarkozy 2007 die Wahl gewann. Für einen Deal zwischen Nestlé und Pfizer kassierte er einen Zwei-Millionen-Bonus. Als er Minister wurde, musste er seine Vermögensverhältnisse offenlegen.

Während der Debatten über die «loi Macron» haben die Abgeordneten erstmals seit dem Ersten Weltkrieg die Marseillaise angestimmt. Mit den Attentaten sind die Aussichten seines Reformplans für die Republik sehr viel besser geworden. Der Präsident der Banque de France fordert für die «loi Macron» eine «nationale Allianz» und verspricht einen sofortigen Wachstumsschub. Der letzte französische Haushalt ohne Defizit geht auf Georges Pompidou zurück. Auch der Literaturprofessor kam über die Rothschild-Bank in die Politik. *Jürg Altwegg*

Joaquim Levy – Bulle vom Zuckerhut

Brasiliens neuer Finanzminister Joaquim Levy braucht die politische Kraft eines Bullen, um die siebtgrößte Volkswirtschaft der Welt wieder auf Kurs zu bringen. Denn das Land steckt in einer zähen Krise. Die Börsenkurse sitzen bleischwer im Keller. Der Wert der Landeswährung Real ist eingebrochen. Für 2014 wurde ein Wirtschaftswachstum von gerade einmal 0,3 Prozent verzeichnet, in diesem Jahr wird weniger als ein Prozent erwartet. Dafür lag die Inflationsrate im vergangenen Jahr bei 6,6 Prozent. Das Haushaltsdefizit verdoppelte sich seit Beginn der ersten Amtszeit von Präsidentin Dilma Rousseff von Anfang 2011.

Die Berufung des aus Rio de Janeiro stammenden 53 Jahre alten Ökonomen und Schiff-

bauingenieurs auf die Schlüsselposition in ihrem Kabinett kommt dem Eingeständnis eines Scheiterns und einer wirtschaftspolitischen Kehrtwende von Rousseff gleich. Levy war zuletzt Präsident der für Investitionsmanagement zuständigen Abteilung bei Bradesco, der zweitgrößten Privatbank Brasiliens, wo er Einlagen in Höhe von gut 130 Milliarden Dollar verwaltete. Er füllt damit genau die Klischeefratze aus, die Rousseffs eigene Wahlkämpfer in ihrer zynischen Angstkampagne gegen ihren konservativen Herausforderer Aécio Neves noch vor wenigen Wochen von «gierigen» Bankern gezeichnet hatten.

Levy promovierte in Chicago, von 1992 bis 1999 war er beim Internationalen Währungsfonds in Washington tätig. Unter Lula wie schon unter dessen konservativem Amtsvorgänger Fernando Henrique Cardoso arbeitete Levy bereits früher im Finanzministerium.

Formal hat der Finanzminister in Brasília beträchtliche Macht: Er kontrolliert die beiden Staatsbanken Banco do Brasil und Caixa Econômica Federal sowie die staatliche Entwicklungsbank BNDES, dazu die Pensionsfonds und schliesslich die halbstaatlichen Öl- und Stromkonzerne Petrobras und Eletrobrás. Levy hat bereits unvermeidliche Ausgabenkürzungen angekündigt, unter anderem im Rentensystem und bei Sozialleistungen. In diesem Jahr wird ein Primärüberschuss im Staatshaushalt von 1,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts angestrebt, in den kommenden Jahren von mindestens 2 Prozent. Die Inflation soll bis 2016 auf 4,5 Prozent gedrückt werden. Wenn Rousseff ihren Finanzminister mit dessen immenser Machtfülle hantieren lässt, kann Levy zum «Chicago Bull» werden, den die Wirtschaft des Landes dringend braucht. *Matthias Rüb*

Jens Weidmann – Tugenden für den Euro

Die Europäische Zentralbank (EZB) ist Ende der Neunziger nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank aufgebaut worden, um den Euro, so die damaligen Beteuerungen, zu einer gleich stabilen Währung zu machen wie die D-Mark. Mit dieser Propaganda suchten primär deutsche Politiker, dem Volk die Abschaffung der D-Mark schmackhaft zu machen. Nun hat sich allerdings nach gut fünfzehn Jahren Währungsunion und nach der Durchmischung von Nord- und Süd-Mentalitäten in den Führungsgremien der deutsche Geist von Disziplin und Solidität weitgehend aus der EZB verflüchtigt. Aber noch nicht ganz. Jens Weidmann, Präsident der zum Satelliten gewordenen Deutschen Bundesbank und Mitglied des EZB-Rats, tritt immer wieder mit Voten auf, die an Tugenden aus der D-Mark-Zeit erinnern.

Der 46-jährige Ökonom hat seine Karriere zwar von Anfang an im Euro-Regime, unter anderem im Bundeskanzleramt, gemacht, ist aber einer der letzten Kämpfer für die traditionelle Linie. Er warnt vor überrissenen Erwartungen an die Geldpolitik, in der heute viele ein Zaubermittel sehen, um hartes Arbeiten zu umgehen oder die Staatskassen zu füllen.

Damit stellt er sich gegen den Machbarkeitsglauben, der im EZB-Chef Draghi den prominentesten Verfechter hat. Weidmann widersetzt sich einer massiven Ausweitung der Wertpapierkäufe, während für Draghi die Bilanzverlängerung geradezu zum Prestigeziel geworden ist. Ist Weidmann einfach der Neinsager, der keine eigenen Lösungen anzubieten hat? Nein, meint er, er habe ja geholfen, in der EZB das Instrumentarium für unkonventionelle Geldpolitik zusammenzustellen, aber eben in kontrolliertem Rahmen. *Beat Gygi* ○



Wunderkind im Aufwind: Emmanuel Macron.



Immense Machtfülle: Joaquim Levy.



Disziplin statt Illusionen: Jens Weidmann.



«Wenn die Maschinen auch den Denkpart übernehmen, wird die Lage komplizierter»: vollautomatisiertes Lager.

Google ist nur der Vorname

An vielen Stellen im Produktionsprozess ist der Mensch ein Auslaufmodell. Wir stehen an der Schwelle zu einer fundamentalen Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, einem zweiten Maschinenzeitalter. Die Politik wird zum grössten Problem. *Von Florian Schwab*

Es geht um das Schachbrett. Vor fast zwanzig Jahren besiegte der Computer Deep Blue erstmals einen Schachweltmeister aus Fleisch und Blut – ein epochaler Sieg der künstlichen Intelligenz über den menschlichen Verstand. Seither stehen die computerisierten Geräte den Menschen in immer mehr Disziplinen aus.

Auch das kann man anhand des Schachbretts verstehen: Die Legende will es, dass der Kaiser des Gupta-Reiches im 6. Jahrhundert unserer Zeitrechnung vom Schachspiel so beeindruckt war, dass er dessen Erfinder zu sich

einlud und ihn fragte, was er sich zur Belohnung wünsche. Die scheinbar bescheidene Antwort: «Ich wünsche mir nur etwas Reis, um meine Familie zu ernähren.» Und zwar ein Reiskorn für das erste Feld des Schachbretts, zwei für das zweite, vier für das dritte und so fort. «So soll es geschehen», verfügte der Kaiser. Indes: Er konnte sein Versprechen nicht einlösen, denn die von dem Erfinder vorgeschlagene Exponentialfunktion hätte sich auf den 64 Schachfeldern auf 18 Trillionen Stück aufaddiert – eine zwanzigstellige Zahl.

Diese Erzählung ist dem Buch «The Second Machine Age» entnommen, das vor einem Jahr in den USA und im letzten Sommer in deutscher Übersetzung erschienen ist. Das Werk ist in aller Munde. Der Wirtschaftsnobelpreisträger von 2001, Michael Spence, bezeichnete es als «grandios». Das «zweite Maschinenzeitalter» hat auch die Aufmerksamkeit von WEF-Gründer Klaus Schwab geweckt. Am Jahrestreffen in Davos werden die beiden Autoren, die amerikanischen Professoren Andrew McAfee und Erik Brynjolfsson, einen grossen

Auftritt haben. Sie unterrichten am Massachusetts Institute of Technology (MIT), der wichtigsten naturwissenschaftlichen Universität der USA.

Die Kernthese: Was in der Industrialisierung – dem ersten Maschinenzeitalter – der Ersatz menschlicher Muskelkraft durch die Gewalt der Dampfmaschine und später der Elektrizität war, ist heute – im zweiten Maschinenzeitalter – der Ersatz des menschlichen Gehirns durch Computer.

Für Brynjolfsson und McAfee hat die industrielle Revolution der Entwicklung der Menschheit den einen zündenden Impuls gegeben, der nicht nur die Bevölkerungszahl bis heute explodieren liess, sondern auch die menschliche Entwicklung allgemein: Lebensqualität und -erwartung, Gesundheit, Bildung. Die Folgen der heute stattfindenden digitalen Revolution werden «mindestens so tiefgreifend sein», schreiben die beiden Ökonomen gleich zu Beginn ihres Werks.

Im Google-Mobil

Für die Schreibearbeit haben sie den Elfenbeinturm der Akademie verlassen und sind hinausgegangen in die Welt der modernen Tüftler und Erfinder, die aus einer guten Idee und ein paar Computern volkswirtschaftliche Mehrwerte in Milliardenhöhe generieren. Sie sind in Googles selbstfahrendem Automobil mitgefahren, haben den lernfähigen Industrieroboter Baxter kennengelernt und wurden Zeugen davon, wie der MIT-Computer Watson die gewieftesten menschlichen Spieler in der Fernseh-Wissensshow «Jeopardy» ausstach.

Für die beiden Forscher besteht kein Zweifel daran: Die Kraft dieser Innovationen ist positiv. Sie erweitert die Handlungsmöglichkeiten jedes Einzelnen und erschliesst eine völlig neue Welt an Dienstleistungen. In ihrem Buch stossen sie zu den Kernpunkten fast aller aktuellen ökonomischen Debatten vor: Was steckt hinter der in vielen Ländern stattfindenden Erosion des Mittelstands? Wodurch sind die Märkte gekennzeichnet, in denen brillante Unternehmer wie Bill Gates, Steve Jobs oder Eric Schmidt zu unvorstellbarem Reichtum gelangten? Was bedeutet der Siegeszug der Computer für den Mann von der Strasse?

Wir wollen Antworten auf diese Fragen und reisen in den Osten der USA. Unser erstes Ziel führt uns nach Cambridge, Massachusetts, einem Stadtteil von Boston und Sitz des berühmten MIT. An der zugehörigen Sloan School of Management unterrichtet Professor Erik Brynjolfsson. Sein Büro erreicht man nach einem längeren Durchgang durch – für akademische Verhältnisse – ausnehmend grosszügige Räumlichkeiten. Entlang weitläufiger Gänge sind die Einzelbüros der Meisterdenker angeordnet. Im Zentrum finden sich offene Begegnungsräume, Konferenztische und die futuristisch anmutenden Arbeitsplätze der

Assistentinnen. In einem grossen Eckbüro treffen wir den Buchautor. Amerikanisch informell wird die Hierarchie eingedampft: Der gefeierte Professor ist einfach nur Erik. Jeden seiner Sätze könnte man ungefiltert drucken, so klar und spezifisch ist der Familienvater und gefeierte Akademiker im Ausdruck.

Die digitale Revolution, holt er aus, sei «wohl wichtiger» als das, was an der Schwelle zum 18. Jahrhundert geschehen sei. Der wichtigste Unterschied: Die Maschinen brauchten immer noch jemanden, der sie bediente. «Wenn die Maschinen auch den Denkpart übernehmen, wird die Lage komplizierter.»

Brynjolfsson erklärt die drei Eigenschaften, in denen die Kraft der digitalen Revolution verborgen liegt. Zum einen seien ihre Errun-

Die Forscher sind sich einig: Es entsteht eine völlig neue Welt an Dienstleistungen.

genschaften zum Teil kostenlos zugänglich, zum Zweiten seien sie ohne Qualitätsverlust vermehrbar, und drittens seien sie auf Knopfdruck beliebig vervielfältigbar. «Das sind wunderbare ökonomische Eigenschaften», und: «Ich bin überzeugt, dass das, was wir in den letzten zehn Jahren gesehen haben, nur ein milder Vorgeschmack darauf ist, was noch kommt.» Um beim Schachbrett zu bleiben: Wir sind in der Mitte, auf Feld 32, mit acht Milliarden Reiskörnern. Der Raketenstart steht erst noch bevor.

Gast aus ferner Zukunft

Seit Erscheinen des Buches ist Erik zum Schluss gelangt, dass der künstlichen Intelligenz ein enormes Potenzial innewohnt. Ein Beispiel: Während sich Googles selbstfahrendes Auto mit herkömmlichen Sensoren in der Gegend zurechtfindet, wollen andere Autofirmen Systeme entwickeln, die ähnlich «sehen» wie ein Mensch und dadurch immerfort automatisch dazulernen. «Deep Learning» heisst die zugehörige Technologie in der Fachsprache.

Brynjolfsson befürchtet, dass die politischen und ökonomischen Institutionen der schnellen Verbreitung solcher Technologien derzeit noch im Wege stehen. «Das wird immer mehr zum Flaschenhals», stellt er fest.

Unsere Reise führt uns weiter nach New York. Seit einer Woche absolviert Brynjolfssons MIT-Professorenkollege und Co-Autor Andrew McAfee hier einen Forschungsaufenthalt bei der Russell Sage Foundation, die sich hauptsächlich der Untersuchung gesellschaftlicher Fragen verschrieben hat.

Das ist genau McAfees Thema: Welche gesellschaftlichen Umwälzungen löst die digitale Revolution aus? Die Foundation hat ihren Sitz in einem eleganten Stadthaus in der

Upper East Side. Herzstück des Gebäudes ist ein holzgetäferter Konferenzraum mit schweren Ledersesseln in gedämpftem Licht. In dem klassischen Ambiente wirkt McAfee, sportlich im weissen Hemd, mit kahlrasiertem Kopf und ohne Krawatte, wie ein Gast aus ferner Zukunft.

Urkräfte des Kapitalismus

Wie Brynjolfsson ist McAfee der Überzeugung, «dass der Wandel noch viel schneller geht als gedacht und beschrieben». Immerhin sind die Urkräfte des Kapitalismus am Werk: Was sich durchsetzt, entscheiden wir alle. Das marktwirtschaftliche System sei «sehr gut darin, eine immer grössere Vielfalt an Produkten zu kreieren, was uns alle reicher macht».

Ein bedeutender Teil dieser Entwicklung, so schreiben es die beiden MIT-Professoren in ihrem Buch, spiele sich ausserhalb der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des Bruttoinlandproduktes ab: Sehr leistungsfähige Applikationen seien heute gratis, wodurch sie gar nicht in die volkswirtschaftlichen Kennzahlen einfliessen, obwohl sie unbestreitbar einen Wert darstellen. Andrew McAfee liefert ein Beispiel aus seinem jüngsten Alltag. Er habe sich bislang noch nie länger in New York aufgehalten, doch eine Kombination verschiedener Navigations-Apps, davon viele kostenlos, «erlaubt es mir, mich so gut zurechtzufinden wie jemand, der Jahrzehnte hier gelebt hat».

Solche Innovationen spülen Althergebrachtes ohne viel Federlesens davon. Eine aktuelle Kampfzone zwischen der Welt des ersten Maschinenzeitalters und der Welt des zweiten Maschinenzeitalters ist diejenige von Regierungen und Taxifahrern gegen den Fahrdienst Uber. Dazu McAfee: «Das Uber-Management hat ein paar Fehler gemacht und damit die Wut auf sich gezogen – wenn die Frage aber ist, auf welcher Seite ich stehe, dann ist es klar: auf der Seite des Konsumenten, der jederzeit in ein Auto springen kann und dorthin gebracht wird, wo er hinmöchte.»

Ein zweites Konfliktfeld zwischen der Welt von gestern und der Welt von heute tut sich nach Ansicht McAfees im Bereich der Bitcoin-Technologie auf. «Ich weiss nicht, ob Bitcoin als Währung gut ist. Aber ich weiss, dass die dahinterstehende Technologie das Zeug dazu hat, vertragliche Beziehungen vorbei an Banken, herkömmlichen Gerichten und nationalen Rechtssystemen einzugehen.» Ob das eine gute Sache sei? McAfee zögert: «Der Technologie Steine in den Weg zu legen, ist sicher falsch.»

Magische Zutaten

Wir kommen darauf zu sprechen, warum die USA nach wie vor Taktgeber der digitalen Revolution sind, während sich andere Länder damit schwertun. Zuerst sei es die schiere Grösse des Marktes in den USA, welche die rasche Ent-

Die interessantesten Start-ups

Eine persönliche Zusammenstellung der Firmen, die 2015 abheben könnten. *Von Andreas von der Heydt*

Ginger.io — Das Unternehmen besteht aus Experten in den Bereichen Datenwissenschaft, Softwareentwicklung, Interaktionsdesign, klinische Forschung und Medizin. Ginger.io setzt sich zum Ziel, die Patientenbetreuung durch Wissenschaftler, Ärzte und Gesundheitsdienstleister zu verbessern. Die Firma befindet sich an der Schnittstelle zwischen Big Data, Gesundheitswesen und Mobilfunktechnologie. Die Sammlung von Patienteninformationen mittels einer Smartphone-App hilft den Anbietern dabei, Patienten zu betreuen und Änderungen in ihrem Verhalten und Gesundheitszustand festzustellen.

Headspace — Bereits über eine Million Nutzer macht sich den Kopf mit Hilfe von Headspace frei – eine neue Erfahrung, Meditation und Entspannung zu erleben. Eine grossartige App, um Ihren Tagesablauf darzustellen, Fortschritte zu erzielen und dafür unterwegs belohnt zu werden. Finden Sie etwas Extra-ruhe und Klarheit mit dem kostenlosen «Take 10»-Programm – während zehn Minuten pro Tag.

Canva — Das australische Start-up Canva erlaubt es Nichtdesignern mit Drag-and-Drop-Tools Grafiken zu entwerfen. In den vergangenen sechzehn Monaten hat mehr als eine Million Nutzer mehr als sieben Millionen Designs entwickelt.

Electric Objects — Das New Yorker Start-up hat einen Computer mit dem Namen Eo1 entwickelt, um die Kunst aus dem Internet in Ihr Wohnzimmer zu bringen. Als eine der ersten Firmen bietet es ein Gesamtpaket aus einem elektronischen Bildschirm, einem Verteilungssystem und aus Kunstwerken an. Sie können Tausende von Objekten, darunter originale Kunstwerke, entdecken und ausstellen. Sie können auch eigene Kreationen hochladen. Eine begrenzte Anzahl Eo1 ist ab Mai 2015 verfügbar. Man muss sich beeilen.

Simpolfy — Das Polit-Start-up Simpolfy aus Seattle ist ein parteipolitisch ungebundenes Projekt (derzeit in der Betaphase). Es bezweckt seinen Mitgliedern mitzuteilen, wer ihre Volksvertreter sind und welche Anliegen diese unterstützen. Zudem eröffnet

es einfache Kontaktmöglichkeiten zu Politikern direkt über die Website.

Blinkist — Sie lieben grossartige Sachbücher, aber haben keine Zeit? Das Start-up Blinkist aus Berlin hat eine App entwickelt, welche die Kernaussagen aus populären Sachbüchern in 15-Minuten-Lektüren für das Mobiltelefon herausdestilliert. Derzeit sind über 500 Bücher verfügbar, und monatlich kommen vierzig neue hinzu.

Crypho — Crypho ist ein norwegisches Start-up, das verschlüsselte Echtzeitkommunikation für das Internet anbietet. Es ermöglicht es, innerhalb von Minuten und ohne die Installation zusätzlicher Software, einen verschlüsselten End-to-End-Kommunikationskanal für Ihre berufliche Kommunikation zu öffnen. Crypho funktioniert innerhalb der Cloud. Angeboten wird ein kostenloses Nutzerkonto für Privatpersonen, aber auch Nutzerkonten für Grossfirmen.

Fuel3D — Die Firma ist ein Spin-out der Universität Oxford. Ihr Angebot besteht aus Handscannern, die mit dreidimensionalen Modellierungs- und Drucklösungen zusammenarbeiten. Ihr Fuel3D-Handscanner, beispielsweise, ist ein Point-and-Shoot-Bildgebungssystem in 3-D,



Kunst aus dem Internet: Electric Objects.

das hochaufgelöste Form- und Farbinformationen (ca. 350 Mikron) von Objekten erfasst und weniger als ein Zehntel vergleichbarer Produkte kostet.

Metamind — Das Unternehmen liefert eindruckliche Lösungen im Bereich künstliche Intelligenz – Artificial Intelligence (AI) – für Unternehmen. Diese sind auf Deep Learning aufgebaut, einem Sammelbegriff für Technologien, bei denen es nicht mehr erforderlich ist, dass Experten irgendwelche Algorithmen vorgeben. Stattdessen sind die Technologien selbstlernend, indem sie Daten beobachten. Dies erschliesst Lösungen für natürliche Sprachverarbeitung, *computer vision* (mensenähnliches Sehen für Computer) und datengestützte Vorhersagen wie beispielsweise automatische Diagnosen aus bildgebenden medizinischen Untersuchungen, Gefühlsmodule im Finanzwesen, Marketing und Social-Media-Analysen et cetera.

Cratejoy — Ja, wir sind derzeit mittendrin in der Sharing Economy. Ein zentraler Bestandteil davon sind abonnierbare Dienste. Cratejoy ist eine von Grund auf selbstentwickelte All-in-one-Plattform für Abonnementdienste. Sie hilft Ihnen, Zeit zu sparen und sich auf das zu konzentrieren, was wirklich zählt: das Wachstum Ihrer Firma. So enthält sie einen Website-Generator, einen Abo-Dienst und einige elegante Analyse-Tools.

Alfred — Für 99 US-Dollar im Monat wird Alfred Ihr persönlicher Butler. Er kommt einmal im Monat bei Ihnen daheim vorbei und übernimmt Ihre allwöchentlichen Besorgungen: den Einkauf, die Ausstattung Ihrer Tiefkühltruhe, Wäsche, chemische Reinigung, Änderungsschneiderei und den Paketversand. Der Dienst startete Ende 2014 in New York und Boston. Es bringt vielbeschäftigte Personen mit gutorganisierten, sachkundigen und intuitiven Dienstleistern zusammen. Der Dienst wirkt diskret im Hintergrund Ihres Lebens, so dass Sie selbiges auskosten können. Wenn es Alfred gelingt, bei seinen Dienstleistungen ein hohes Niveau zu gewährleisten, dann wird er zweifelsfrei ein Blockbuster.

Dies ist eine gekürzte Fassung des Artikels «25 hot startups to watch in 2015», der ursprünglich im Weblog des World Economic Forum in Zusammenarbeit mit LinkedIn erschienen ist.

Andreas von der Heydt leitet die Kindle-Inhalte bei Amazon in Deutschland. Zuvor war er in diversen leitenden Stellen bei Amazon und L'Oréal tätig. Er ist ein Leadership-Experte und Management-Coach. Von der Heydt hat zudem den Consumer Goods Club gegründet.

Aus dem Englischen von Florian Schwab

wicklung und Verbreitung neuer Produkte begünstige. «Daneben gibt es vier magische Zutaten für Erfolgsgeschichten wie Google und Amazon: hervorragende Forschungsuniversitäten, Rechtssicherheit, ein grosser Pool von Risikokapital und eine kulturelle Akzeptanz unternehmerischen Scheiterns.» In allen Regionen ausser den USA müsse man bei dem einen oder anderen Punkt Abstriche machen.

Als zentrale Schattenseite der von ihnen prognostizierten Entwicklung sehen Andrew McAfee und Erik Brynjolfsson, dass sie immer grössere wirtschaftliche Ungleichheit begünstige. «So gut der Kapitalismus als Motor des Fortschritts ist, so wenig schafft er es offenbar, alle Bevölkerungsschichten am Wachstum teilhaben zu lassen.» Die Kaufkraft der Mittelschicht sei vielerorts in den letzten beiden Jahrzehnten gesunken. Daran habe die digitale Revolution einen «wichtigen Anteil» – für Brynjolfsson «den wichtigsten».

Die Maschine braucht den Menschen

Auf dieses Problem wollen die beiden Autoren in Davos aufmerksam machen. Und sie wollen die Regierungen wachrütteln: «Technologie ist kein Schicksal», lautet der letzte Abschnitt ihres Buches. «Wir haben unser Schicksal selbst in der Hand.» Die zentrale Herausforderung bestehe darin, die Institutionen an die technologisierte Gesellschaft der Zukunft anzupassen. Brynjolfsson bemüht dazu folgende Analogie: Gleich wie man im 18. Jahrhundert als Antwort auf die Industrialisierung die allgemeine Schulpflicht eingeführt habe, so müsse man auch heute wieder Antworten entwickeln. Wer aus der ökonomischen Küche des MIT nun ähnlich radikale Massnahmen erwartet, wie die Radikalität des Wandels vermuten liesse, der irrt sich aber.

Die beiden Autoren legen den politischen Entscheidungsträgern nahe, den Herausforderungen mittelfristig mit den Werkzeugen des «kleinen Einmaleins der Ökonomie» beizukommen. Sprich: mit Dingen, die wir kennen und von denen wir wissen, dass sie funktionieren: Förderung des Unternehmertums, Beseitigung von bürokratischen Hemmnissen

Von einem bedingungslosen Grundeinkommen wollen die beiden Autoren nichts wissen.

und – als soziale Massnahme – Einführung einer negativen Einkommenssteuer nach den Ideen von Milton Friedman. Von einem bedingungslosen Grundeinkommen, wie es offenbar selbst höchst erfolgreiche Start-up-Unternehmer für wünschenswert halten, wollen die beiden Autoren dagegen nichts wissen. Sie sind der Überzeugung, dass die Arbeit dem Leben einen Sinn gebe.



«Besonderer Blick auf die Welt»: Wissenschaftler Brynjolfsson (l.), McAfee.

Gibt es aber in Zukunft überhaupt noch genügend Arbeitsplätze, in denen die krummgeschnitzten Menschen neben den Supermaschinen bestehen können? Ja, davon sind McAfee und Brynjolfsson überzeugt. Der Mensch müsse sich auf das Urmenschliche konzentrieren: komplexe, anspruchsvolle Kommunikation sowie seine überragende und im Stahlbad der Evolution trainierte Fähigkeit, in einer chaotischen Welt Muster zu erkennen.

Als Beleg für diese These dient erneut das Spiel der Könige: Es ist bislang keinem Computer gelungen, im sogenannten Freestyle-Schach zu obsiegen, bei dem es den menschlichen Spielern gestattet ist, technische Hilfsmittel zu verwenden. Die tröstliche Erkenntnis: Das Team Mensch und Maschine ist unschlagbar, der Mensch demzufolge nicht ganz überflüssig. Aber auch für einfachere Tätigkeiten werde in Zukunft Bedarf an menschlichen Arbeitskräften bestehen. So gebe es unzählige Dienstleistungen, bei denen wir den Austausch mit einem echten Menschen schätzten.

Säuglinge in der digitalen Welt

Dennoch: Die Anforderungen an all jene, die die Herausforderungen des zweiten Maschinenzeitalters annehmen möchten, werden steigen. Hier hilft gemäss McAfee und Brynjolfsson nur die alte Weisheit, dass die richtige Ausbildung der Schlüssel zum Erfolg ist. Auffallend sei, dass sehr viele Super-Unternehmer der digitalen Revolution keine o8/15-Ausbildung absolviert hätten, sondern Schulen besuchten, die das selbständige Denken und die geistige Neugier ins Zentrum rücken und nicht das Wiederkauen des Lehrplanstoffes.

«Alle erfolgreichen IT-Unternehmer eint ein besonderer Blick auf die Welt. Sie suchen beständig nach Verbesserungsmöglichkeiten», sagt McAfee. Sein Kollege Brynjolfsson warnt davor, als Reaktion auf die schonungslose Darstellung des «zweiten Maschinenzeitalters» die Kinder ab dem Säuglingsalter der digitalen Welt auszusetzen. «Ich glaube nicht, dass dies die Entwicklung der eigentlichen menschlichen Stärken günstig beeinflusst, die in Zukunft Seite an Seite mit den Computern immer grössere Innovationen auslösen werden.»

Andrew McAfee, Erik Brynjolfsson: The Second Machine Age. Plassen. 368 S., Fr. 32.90

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

- **Wahljahr 2015**
Mehr Unternehmer nach Bern ins Parlament
- **Euro-Untergrenze**
Aufhebung als Chance packen: Jetzt Regulierungskosten senken
- **Neue Mediensteuer**
Billag-Referendum in Rekordzeit erreicht



www.gewerbezeitung.ch



«Mittlerweile sind wir ziemlich gross»: Alliance-Trust-Chefin und «Young Global Leader» Garrett-Cox.

Eine gewaltige Reise

Der Alliance Trust ist eine der ältesten Investmentgesellschaften Grossbritanniens. Seit 2008 wird er von Katherine Garrett-Cox geführt, welche die altehrwürdige Institution in der Londoner City einer ehrgeizigen Verjüngungskur unterzieht. *Von Imke Henkel und Muir Vidler (Bild)*

An diesem Januarmorgen leuchtet die Londoner City kalt und sonnenklar. Männer und Frauen in dunklen Wintermänteln kreuzen zielstrebig die Strassen zwischen pompösen Glasfassaden und schweren Barocksteinmauern. Aber die eiligste Zeit der frühen Morgenstunde ist jetzt, um halb acht, bereits vorbei. Die Händler sitzen längst vor ihren Bildschirmen, die Analysten haben ihre erste Schaltkonferenz hinter sich.

Katherine Garrett-Cox ist seit sieben Uhr im Büro. Sechster Stock, Gresham Street, kaum fünf Gehminuten von der Bank of England entfernt. Die Réceptionistin hat sich verspätet: Londoner Verkehr. Garrett-Cox holt ihren Gast selbst vom Lift ab, Kaffeebecher in der linken Hand. Die Vorstandsvorsitzende einer der ältesten britischen Investmentgesellschaften tritt

mit liebenswürdigem Understatement auf. Im schlichten türkisgrünen Kleid, die langen, dunkelbraunen Haare fallen glatt, am rechten Handgelenk ein schmaler Goldreif, kaum sichtbare Ohrstecker, der naturfarbene Lippenstift

«Wir wollen die Investmentfirma werden, der in Grossbritannien am meisten vertraut wird.»

hat blasse Spuren am weissen Plastikdeckel des Kaffeebechers hinterlassen. Während Garrett-Cox ihren Gast in das minimalistisch eingerichtete Eckzimmer bittet, durch dessen Glaswände man auf die ernstesten grauen Quadersteine des gegenüberliegenden City-Gebäude blickt, leuchtet auf der Wand hinter ihr ein Bildschirm

mit dem Satz, den sie ihren Mitarbeitern als Vision verschrieben hat: «Wir wollen die Investmentfirma werden, der in Grossbritannien am meisten vertraut wird.» Die wirkliche Welt befindet sich derweil in einem Zustand, der Unsicherheit und Misstrauen wachsen lässt.

Garrett-Cox selbst entwirft das düstere Bild: «Das zurückliegende Jahr», sagt die Vorstandsvorsitzende, «war ein Jahr gewaltiger Überraschungen. Nicht alle davon positiv.» Niemand habe im Januar 2014 vorhersehen können, dass der Ölpreis auf fünfzig Dollar und darunter stürzen würde. Dann die geopolitischen Verwerfungen: Russlands Besetzung der Krim, Krieg in der Ukraine, der syrische Bürgerkrieg, der Aufstieg der Terrororganisation Islamischer Staat. Und jetzt, kaum hat das neue Jahr begonnen, die Morde islamistischer

Terroristen in Paris. «Entsetzlich», sagt Garrett-Cox. «Ganz entsetzlich.» Schliesslich die Ebola-Seuche. Ein sehr guter Freund, zugleich der klügste medizinische Kopf, den sie kenne, habe den Gedanken aufgeworfen, ob die Seuche die Weise sei, wie die Natur der Überbevölkerung begegne: «Eine beängstigende These.» Besorgniserregend sei ausserdem der wachsende Nationalismus weltweit. In Schottland habe sie das unmittelbar erlebt. Zwar entschied das Referendum noch einmal gegen die Abtrennung vom Rest des Königreichs, aber beendet sei das Thema damit nicht.

Der Angstfaktor

«Einerseits also», fasst die Finanzfachfrau zusammen, «wirkt die Welt auf mich zerbrechlich, zunehmend fragmentiert und verängstigt. Auf der anderen Seite, wenn Sie sich die verschiedenen Volkswirtschaften ansehen, gibt es grüne Triebe, gute Anzeichen für wirtschaftliche Stabilität und Erholung. Ich frage mich nur, ob der Angstfaktor das Jahr 2015 vielleicht in der ersten Hälfte noch dominieren wird.»

Überwiegt bei ihr Pessimismus? Nein, sagt Garrett-Cox ohne zu zögern. Persönlich sei sie absolut optimistisch, definitiv der Menschentyp, für den das Glas immer halbvoll sei. «Aber es wird schwieriger werden, in diesen unruhigen Zeiten den richtigen Kurs zu finden. Es gibt das schöne Sprichwort: «Bei einer Flut steigen alle Boote.» Aber ich glaube nicht, dass in diesem Jahr alle Boote nach oben steigen werden. Sie werden sich Ihr Boot sehr sorgfältig aussuchen müssen.»

Wird der Alliance Trust zu den steigenden Booten gehören? 1888 entstand die Gesellschaft in Schottland aus dem Zusammenschluss dreier Hypotheken- und Grundstücksgesellschaften. Noch vor zwei Jahren beschrieb der Londoner *Evening Standard* das Unternehmen als eine «verschlafene Investmentgesellschaft, die sich seit 125 Jahren in Dundee versteckt». Garrett-Cox wechselte 2007 vom Morley Fund, dem Fondsmanagement-Zweig der Versicherungsgesellschaft Aviva, wo sie für die Investition von über 160 Millionen Pfund verantwortlich war, zum sehr viel kleineren Alliance Trust. Ein Schritt, der in der Fachpresse mit gelindem Staunen kommentiert wurde. Ein Jahr später stieg sie zur Vorstandsvorsitzenden auf. Es waren Krisenjahre. Die Anlagen des Alliance Trust schnitten damals bereits seit Jahren schlechter ab als die der Konkurrenz. Eine verschlafene Gesellschaft?

Garrett-Cox lacht etwas bemüht. «Wir haben eine gewaltige Reise hinter uns gebracht in den vergangenen fünf oder sechs Jahren. Das Unternehmen ist jetzt an einem ganz anderen Ort.» Nein, verschlafen sei Alliance Trust definitiv nicht. «Wahrscheinlich haben viele noch nicht verstanden, dass sich unser Geschäft, wenn man das Vermögen betrachtet, das wir verwalten, in den letzten drei Jahren

mehr als verdoppelt hat. Mittlerweile sind wir ziemlich gross. Wir verwalten jetzt ungefähr zwölf Millionen Pfund Sterling.»

Für die Vorstandsvorsitzende bedeutete das harte Kämpfe. Weil der Trust jahrelang unterdurchschnittliche Ergebnisse vorgelegt hatte, begehrte der Hedge-Fund Laxey Partners, Anteilseigner von Alliance Trust, auf und forderte, externe Investmentmanager einzusetzen. Im Frühjahr 2012 gewann Garrett-Cox die entscheidende Hauptversammlungsabstimmung gegen den Antrag, versprach aber, sich die Kritik zu Herzen zu nehmen. Seit sie die Führung von Alliance Trust übernahm, tauschte Garrett-Cox den gesamten Vorstand aus. Entschiedenem Sparmassnahmen fiel unter anderem das Büro in Hongkong zum Opfer, das, so Garrett-Cox, unrentabel und zu teuer gewesen sei. Sie entliess Mitarbeiter, stellte neue ein. Und sorgte dafür, dass Alliance Trust eine neue Technologieplattform bekam. All das zu einer Zeit, als

«In solchen Positionen brauchen Sie den Rückhalt, um sich Selbstzweifel leisten zu können.»

rundum die Finanzwelt zusammenbrach: «Ich wurde Vorstandsvorsitzende etwa einen Monat vor der Lehman-Pleite. Es war also», sagt sie mit kühler Untertreibung, «eine interessante Reise. Aber ich würde nichts ändern wollen. Denn was Sie während einer Krise über sich selbst und Ihren Führungsstil lernen, ist sehr viel wertvoller als die Bequemlichkeit, wenn alles immer nur glattgeht.»

Typisch weiblicher Zug?

Was also hat sie über ihren Führungsstil gelernt? «Dass Sie entschlossen sein müssen. Entschlossen und schnell. Denn schnelle Entscheidungen sind sehr viel besser, als solche, die sich ewig hinziehen.» Das andere aber, das sie gelernt habe, klingt gar nicht nach Härte: «Sie müssen Ihre Mitarbeiter mit sich nehmen. Sie müssen zuhören.» Ein typisch weiblicher Zug? Garrett-Cox lacht. «Ich weiss nicht. Ich weiss es wirklich nicht. Aber viele Unternehmenschefs, die ich treffe, glauben, zu führen bedeute zu reden. Ich dagegen denke, dass Führung viel mehr mit Zuhören zu tun hat. Ich habe mal dieses wunderbare Zitat gelesen: «Wenn Sie glauben zu führen, aber dann, wenn Sie sich umschauchen, niemanden hinter sich sehen, dann sind Sie nur etwas spazieren gegangen.»»

Die Mitarbeiterführung verrät den Stil des Hauses, der auch der Stil ist, wie mit dem Geld der Kunden umgegangen wird. «Wir sind unserer Investorenbasis gegenüber sehr, sehr aufmerksam», sagt Garrett-Cox. «Unsere Gesellschaft gehört zu siebzig Prozent Privatanlegern. Viele davon halten Anteile in der fünften oder sechsten Generation. Wir haben nur

ein einziges Mal Aktien ausgegeben: Das war 1888. Seitdem setzen wir auf Kapitalzuwachs und auf die wachsende Dividende. Derzeit bewegen wir uns auf die 48. Dividendenerhöhung in Folge zu. Als Alliance Trust zuletzt die Dividende gekürzt hat, war ich noch nicht auf der Welt.»

Solch ein Jahrhundertblick steht in krassem Widerspruch zu einer der, wie Garrett-Cox meint, bedenklichen Konsequenzen der Finanzkrise, nämlich Kurzlebigkeit: «Portfolios werden hektisch gehandelt, die Märkte sind unglaublich aktiv, und die Einzigen, die dabei am Ende verlieren, sind die Investoren.» Die beste Weise zu investieren, sei stattdessen: «Finden Sie gute Unternehmen, auf die Sie vertrauen können, mit stabilem, vorhersehbarrem Wachstum, und halten Sie deren Anteile mehrere Jahre lang.» Zu dieser Planbarkeit gehöre auch, erklärt Garrett-Cox, dass Alliance Trust als sozial verantwortlicher Investor auftrete: «Nach der Finanzkrise wollen die Menschen, dass wir die Unternehmen mehr zur Rechenschaft ziehen. Das ist ausgezeichnet. Als globale Investoren tragen wir die Verantwortung dafür, dass wir den Unternehmen helfen, das Richtige zu tun.»

Wiedersehen in Davos

«Katharina die Grosse» lautete einst der Spitzname der City für die aufstrebende Fondsmanagerin, die schon in ihren Zwanzigern erfolgreich für die Finanzfirma Hill Samuel in amerikanische Aktien investierte. Garrett-Cox verdreht die Augen. «Journalisten brauchen immer einen Aufhänger.» Dass der Spitzname auch darauf anspielte, dass sie zugleich mit ihrer Karriere vier kleine Kinder manage, ärgert sie: «Wer fragt denn Männer, ob sie Familie und Karriere vereinbaren können?»

Führungspositionen, hat Garrett-Cox erfahren, sind einsam: «Ein Klischee, ich weiss, aber es ist so.» Ihr half, dass sie 2005 als eine der «Young Global Leader» des Weltwirtschaftsforums vorgeschlagen wurde. «Meinen Freunden aus diesem Kreis verdanke ich, dass ich hier bin.» Denn als ihr vor sieben Jahren der Chefessel des Alliance Trust angeboten wurde, war sie ratlos. Nach einem langen Dinnergespräch mit ihren Freunden von den Young Leaders habe sie angenommen. «Sie kannten mich und kannten meine Fähigkeiten.» Vielen fehle solch ein Freundeskreis Gleichgestellter. «Gerade in exponierten Positionen brauchen Sie den Rückhalt, um sich auch etwas Selbstzweifel, etwas Bescheidenheit leisten zu können.»

Entsprechend freut Garrett-Cox sich auf das Wiedersehen, die Begegnungen und die Gespräche in Davos. Sie wird eine ganze Woche bleiben, von Montag bis Sonntag früh. Plant die begeisterte Skiläuferin bei so einem langen Aufenthalt auch einen Abstecher auf die Piste ein? «Nein», sagt sie mit Nachdruck, «dazu bleibt überhaupt keine Zeit.» ○

«Helden unserer Zeit»

Der Startenor Andrea Bocelli erhält am WEF den «21st Annual Crystal Award» für seine künstlerische Leistung. Im Gespräch äussert sich der Sänger über Erfolg, die Liebe zu seinem Land, Lampenfieber und die Tücken einer eigenen Stiftung. *Von Beatrice Schlag*

Herr Bocelli, Sie sind mit über 80 Millionen verkauften Alben der erfolgreichste Tenor der Welt. Ihre Videos wurden auf Youtube über 400 Millionen Mal ...

... hören Sie auf. Dafür kann ich doch nichts. Jedem hat der Himmel Talente geschenkt. Nichts damit anzufangen, halte ich für ein Vergehen. Aber sein Talent zu nutzen, ist doch kein Verdienst. Vom Konzept der Meritokratie halte ich rein gar nichts.

Talent ohne Arbeit bringt einen nicht weit.

Das wäre noch schöner, wenn einer, der Talent geschenkt bekommen hat, nicht daran arbeiten müsste. Natürlich arbeite ich hart, natürlich setzen einem die langen Reisen, die Klimawechsel und die Jetlags manchmal zu. Aber das gehört doch dazu.

Auch die Kritiker, die Ihre Gesangstechnik und Ihre unbekümmerten Wechsel zwischen Oper und Popmusik bemängeln?

Oscar Wilde sagte, dass einem die Menschen alles verzeihen ausser Erfolg. Das stimmt leider. Aber ich habe mich kaum je damit beschäftigt, diese Rezensionen zu analysieren. Seien wir ehrlich: Heutzutage sind Kritiken nicht viel mehr als Folklore.

Was unterscheidet die Stimme eines Weltklassetenors von der eines sehr guten?

Die unmittelbare Erkennbarkeit. Die Welt ist voller guter Sänger mit technisch hervorragend geschulten Stimmen, die auf jeder Bühne auftreten können. Der Unterschied zwischen ihnen und denen, die das Publikum liebt, liegt in der Unverwechselbarkeit der Stimme. Nehmen Sie ein Album von Luciano Pavarotti, Mario Del Monaco oder Beniamino Gigli. Sie wissen vom ersten Ton an, wer da singt. Grosse Sänger haben einzigartige Stimmen. Wer keine einzigartige Stimme hat, wird vielleicht Klassenbester, aber nie ein Ausnahmekünstler. Gigli wurde nicht Gigli, weil er technisch gut war. Eine gute Technik haben viele. Es war bei ihm wie bei allen andern Grossen die Persönlichkeit der Stimme.

Wissen Sie, was diese Persönlichkeit ausmacht?

Das ist kaum zu erklären. Kunst ist etwas Mysteriöses. Sie ist ein Geschenk, dem man mit Worten nicht beikommt. Wenn jemand Menschen mit seiner Stimme oder seiner Malerei berühren kann, hat er eine Gabe mitbekommen, ein Charisma. Mehr kann man dazu nicht sagen.

Warum reissen sich weibliche Stars von Sarah Brightman und Céline Dion bis Christina Aguilera und Jennifer Lopez darum, mit Ihnen im Duett zu singen?

Das ist ein Privileg, das mich natürlich freut. Warum sie das gerne tun, weiss ich nicht, aber es ist ein grosses Vergnügen.

Gibt es neben den grossen Tenören auch Popstars, von denen Sie gelernt haben?

Frank Sinatra war immer ein Fixpunkt, auch der französische Chansonnier Charles Aznavour. Die junge Whitney Houston bewunderte ich sehr. Céline Dion ist ausserordentlich. Heute sind es bemerkenswertere vor allem die Frauen, die spannende Stimmen haben.

Stimmt es eigentlich, dass Sie bis heute unter heftigem Lampenfieber leiden?

Stimmt leider. Es wird zwar etwas weniger, aber weg ist es nicht. Ich würde viel lieber nur Alben aufnehmen, denn so habe ich die Musik kennengelernt. Wie hätte ich ohne Schallplatten die Stimmen von Caruso oder Maria Callas hören können? Wie Glenn Gould [kanadischer Piano-Virtuose, der sich mit 32 von der Bühne zurückzog, Anm. d. Red.] verwende ich viel Zeit auf die Arbeit im Studio. Aber der Kontakt mit dem Publikum ist wichtig. Er macht glaubwürdig, was auf den Alben zu hören ist. Leider macht mir die Bühne nach wie vor Bauchweh.

Reiche und gutausgebildete Italiener setzen sich zunehmend ins Ausland ab. Haben Sie nie daran gedacht, in ein anderes Land zu ziehen?

Ich verlegte ein paar Jahre lang meinen Wohnsitz nach Monte Carlo, als meine Söhne klein waren. Aus Sicherheitsgründen und weil ich wollte, dass sie Fremdsprachen lernen. Aber das war nicht von Dauer, dazu bin ich zu sehr Italiener. Aber ich verstehe alle, die gehen, weil das Land mit jedem Tag unregierbarer wird. Die Leute gehen nicht wegen der Steuern. In den meisten zivilen Ländern zahlt man ähnlich viel wie in Italien.

Warum also?

Wie will man in Italien als Unternehmer etwas auf die Beine stellen? Hier pocht jeder auf seine Rechte und vergisst seine Pflichten. Von den vielen fähigen und einsatzwilligen Italienern gehen die meisten ins Ausland. Denn in Italien herrscht immer noch das Ideal des Arbeitsplatzes auf Lebenszeit, ohne dass man dafür viel tun muss. Unser erster Verfassungsartikel sagt, Italien sei eine demokratische,

auf Arbeit gegründete Republik. In Wahrheit ist sie eine demokratische Republik, die auf die Arbeitsplatzgarantie gegründet ist. Das klingt wie ein Wortwitz, aber es ist keiner. Ausserdem ist die Einheit Italiens auf dem Papier nicht einmal 150 Jahre alt. In Wirklichkeit hat es sie nie gegeben. Es gibt Regionen, wo es so etwas wie Bürgersinn immer gegeben hat, und andere, wo er nie vorhanden war.

Vor vier Jahren haben Sie Ihre Stiftung, die Andrea Bocelli Foundation, gegründet. Effizient wohlätig zu sein, ist nicht einfach. Welches waren Ihre Kriterien?

Ich bin nicht mit Ihnen einverstanden. Das Einzige, was effiziente Wohltätigkeit erschwert, in Italien wie in vielen andern Ländern, ist die Bürokratie. Ansonsten wäre es nicht besonders schwierig. Und es verschafft grosse Befriedigung. Jemandem von null auf die Chance geben zu können, ein glückliches Leben zu führen, ist das Grossartigste, was man im Leben tun kann. Das Problem ist, dass es heute der Wohltätigkeit gegenüber ein grosses Misstrauen gibt. Aber das liegt, wie gesagt, oft am unmöglichen Verhalten der Bürokratie, die einen im Griff hat und oft den eigenen Enthusiasmus schmälert, Geld zu spenden. Das ist leider eine Tatsache.

Viele verspotten Wohltätigkeit als Massnahme reicher Leute, um ihr schlechtes Gewissen über das angehäuften Vermögen zu beschwichtigen.

Jeder, der das Gefühl hat, im Leben sehr viel Glück zu haben, fragt sich irgendwann, wie er sich nützlich machen kann. Und weil man als Einzelner wenig zustande bringt, ist eine Stiftung dafür das geeignetste Instrument. Eine Gruppe, in der jeder seine Kompetenz, seinen Willen und seine Begeisterung einbringt, kann manchmal Grosses leisten.

Wer leitet Ihre Stiftung?

Die Präsidentin ist Laura Biancalani, eine Freundin von mir, die ich schon sehr lange kenne. Sie arbeitete bereits mit achtzehn Jahren als Freiwillige für Aidskranke. Dann absolvierte sie ein Rechtsstudium, machte an der mailändischen Wirtschaftsuniversität Bocconi einen Master in Stiftungsrecht und arbeitete danach für die Stiftung einer Bank. Als ich sie anfragte, sagte sie sofort zu und stürzte sich kopfveran in die Arbeit.

Wie bestimmten Sie die Ziele Ihrer Stiftung?
Vor allem mit dem Herzen. Die Bocelli-Stiftung läuft zweigleisig: Der Strang «Challenges» arbeitet mit einem multidis-



«Frank Sinatra war immer ein Fixpunkt»: Opernsänger Bocelli.

ziplinären Team von Wissenschaftlern des Massachusetts Institute of Technology, um Mittel zu erarbeiten, die sehbehinderten und blinden Menschen helfen, ein autonomes, unabhängiges Alltagsleben zu führen. Der zweite Strang, «Break the Barriers», soll den mittellosesten Schichten der Bevölkerung in Italien und in Entwicklungsländern zugute kommen. Und da die Stiftung ein Jahr nach dem Erdbeben in Haiti gegründet wurde, haben wir uns vor allem auf Haiti konzentriert. Wir taten uns mit dem amerikanischen Arzt und Priester Rick Frechette zusammen, der seit Jahrzehnten in Haiti arbeitet und für seinen Einsatz mehrfach ausgezeichnet wurde. Für mich gehört er zu den Helden unserer Zeit.

Sie wurden mit Glaukom geboren und erblindeten trotz zahlreicher Operationen mit zwölf Jahren vollständig. Was erhoffen Sie sich von «Challenges»?

Dass vor allem Alleinlebende in Städten trotz ihrer Sehbehinderung in der Lage

sein werden, sich ohne Hilfe in ihrer Aussenwelt zu bewegen. Ich glaube an Ideen und damit an sehr vieles, was uns heute noch unvorstellbar erscheint.

Wie stark sind Sie selber in die Stiftungsarbeit involviert?

Ein Stiftungsgründer ist wie ein Vater: Wenn das Kind auf der Welt ist, muss es auf eigenen Füßen stehen lernen. Natürlich engagiere ich mich, so gut ich kann. Aber in der Praxis sind es Laura Biancalani und inzwischen auch meine Frau Veronica Berti, die sich voll der Stiftung widmen.

Wie sieht Ihre Bilanz heute aus?

Es ist viel zu früh, Bilanz zu ziehen. Für eine Stiftung sind vier Jahre nichts. Wenn sie gut läuft, wird sie mit jedem Jahr effizienter. Aus unserer Sicht war schon die Realisierung des Waisenhauses «Casa dei piccoli angeli» in Haiti sehr befriedigend. Aber das ist erst der Anfang. Ich glaube, es kommt noch sehr viel Besseres.

Was würden Sie jemandem raten, der eine Stiftung gründen will?

Nicht auf Ratschläge zu hören, sondern seinem Herzen, seinem Instinkt und seinem Gewissen zu trauen. Wohltätigkeit ist ein riesiges Feld, auf dem es unendlich viel zu tun gibt.

Was leistet das WEF?

Meine Frau Veronica und ich essen zu Hause in Forte dei Marmi gerne mit vielen Leuten. Es sind selten weniger als fünfzehn Leute am Tisch, Kinder, Freunde, Mitarbeiter. Wir diskutieren, denken nach, konfrontieren einander und kommen uns näher. In der Welt ist es ähnlich: Die riesige Familie braucht Begegnungen, wenn sie zu gemeinsamen Lösungen für die grossen anstehenden Probleme kommen will, ohne die bestehenden Unterschiede zu vernachlässigen. Und genau das hat sich das WEF auf die Fahne geschrieben.

Der toskanische Tenor Andrea Bocelli, 56, erlangte mit dem Song «Con te partirò» (englische Version: «Time to Say Goodbye», mit Sarah Brightman) Weltruhm. Er zählt zu den erfolgreichsten italienischen Sängern.

Billiges Öl, teure Sonne

Der tiefe Ölpreis ist Gift für die Träume der Klimaschützer. Investitionen in erneuerbare Energien werden immer unattraktiver. Die Umsetzung der Öko-Wende muss neu beurteilt werden. Das Bundesamt für Energie (BfE) indes will davon nichts wissen. *Von Alex Reichmuth*

Bedeutungsvolle Ereignisse treffen oft unerwartet ein. So war es auch beim Absturz des Ölpreises. Kein Politiker und kaum ein Analyst sahen die Verbilligung des schwarzen Goldes innert so kurzer Zeit kommen. Derzeit kostet das Fass Öl (159 Liter) um fünfzig Dollar, somit weniger denn die Hälfte als noch vor einem halben Jahr. Die Zürcher Kantonalbank schrieb in einem Analysebericht mit Blick auf die Ölpreissenkung von einem «schwarzen Schwan», also von einem extrem unwahrscheinlichen, aber umso wichtigeren Ereignis.

Wie das billige Öl die Welt verändern könnte, wurde in den letzten Wochen facettenreich beschrieben. Die wirtschaftlichen und politischen Folgen erscheinen gravierend, ist doch das finanzielle Gedeihen vieler erdölexportierender Staaten wie Venezuela und Russland auf Notierungen deutlich über den jetzigen angewiesen – was deren Verhalten auf der Weltbühne beträchtlich verändern könnte. Über einen Aspekt der Baisse gab es aber noch wenig zu lesen, obwohl er gerade hierzulande interessieren müsste: über die Folgen für die sogenannte ökologische Wende – insbesondere für die Umsetzung der Energiewende, wie sie in der Schweiz und in Deutschland angedacht ist, und für das Gelingen der Klimapolitik mit der beabsichtigten Abkehr von den fossilen Brennstoffen.

Der Schweinezyklus hat gewirkt

Wie tiefgreifend die Folgen sind, hängt natürlich entscheidend davon ab, wie lange der Ölpreis auf niedrigem Niveau verharrt. Im Gegensatz zu 2009, als die Notierungen kurzfristig noch tiefer sanken, steht dieses Mal nicht eine Wirtschaftskrise und eine Nachfrageflaute hinter der Baisse. Zwar schwächelt die Nachfrage nach Öl auch jetzt etwas, vor allem wegen des verlangsamten Wachstums in Schwellenländern wie China oder Brasilien. Die Gründe für den Preiszerfall liegen aber vor allem im Überangebot: Weil die Preise jahrelang deutlich über hundert Dollar pro Fass lagen, explodierten die Investitionen in unkonventionelle, relativ teure Fördermethoden – etwa in die Schieferölgewinnung in den USA oder in Offshore-Bohranlagen vor der Küste Brasiliens. Die Ölschwemme, die damit produziert wurde, löste zusammen mit dem Entschieden des Erdölkartells Opec gegen eine Förderbeschränkung den Sturzflug der Preise aus. Der vielbesagte Schweinezyklus hat gewirkt.

Eine gewisse Verteuerung des Öls ist zwar absehbar, denn bei den gegenwärtigen Preisen

kann kaum ein Produzent seine Kosten mehr decken. Eine Rückkehr zu dreistelligen Fasspreisen wird es dieses Mal aber laut Ölexperten wohl nicht geben. «Wir erwarten frühestens im zweiten Halbjahr 2015 eine moderate Erholung», schreibt Sara Carnazzi Weber, Ölspezialistin bei Credit Suisse, auf Anfrage. «Einen Preis von hundert Dollar werden wir auf absehbare Zeit nicht mehr sehen», meint ihre Kollegin Susanne Toren von der Zürcher Kantonalbank.

Der britische *Independent* schrieb gar von einem «Konsens, dass die Ölpreise zumindest für einige Jahre tief bleiben». Es scheint, so die Zeitung weiter, «dass es die grossen Preissprünge, die für die 2020er und 2030er Jahre vorausgesagt wurden, nicht geben wird». Das muss eine herbe Ernüchterung für die Protagonisten einer ökologischen Energiewende be-

Die Rentabilität von Wind- und Sonnenenergie rückt in noch weitere Ferne.

deuten, für die ein steigender Ölpreis eine existenzielle Bedingung ist. Treffend drückte es Peter Atherton aus: «Die Subventionen für erneuerbare Energie wurden der Öffentlichkeit mit dem Argument wirtschaftlicher Vorteile schmackhaft gemacht», so der britische Energieanalyst. Diese Argumente basierten aber auf der Vorstellung, fossile Brennstoffe würden teurer, so dass die Subventionen für Erneuerbare mit der Zeit sinken könnten. «Das ist nun sehr in Frage gestellt», folgerte Atherton.

Wie wirkt sich der tiefe Ölpreis konkret aus? Dass der Verbrauch unmittelbar steigt, ist wenig wahrscheinlich. Man fährt nicht mehr

Auto, weil Benzin und Diesel etwas billiger zu haben sind. Man stellt die Ölheizung nicht höher, weil es weniger kostet. «Der direkte Verbrauch an Öl ist kaum elastisch», so UBS-Aktienanalyst Alexander Stiehler. Mittelfristig könnten aber Investitionen, um von Ölprodukten wegzukommen, auf die lange Bank geschoben werden – etwa Gebäudesanierungen und der Ersatz von Ölheizungen. Bei Neubauten sind Ölheizungen zwar trotz abstürzender Preise kaum mehr ein Thema, zumindest nicht in der Schweiz. Hier bleiben Wärmepumpen und Minergie-Standard Trumpf. Aber Hausbesitzer von Altbauten dürften mit einer Sanierung tendenziell zuwarten. Auch Industrieunternehmen, die knallhart rechnen, werden es sich zweimal überlegen, ob und wann sie in energieeffiziente Technologien investieren – man denke etwa an Fluggesellschaften, die den Kauf spritsparender Flugzeuge in Erwägung ziehen.

«Katastrophe für den Planeten»

Der tiefe Ölpreis könnte sich auch bei der Stromproduktion auswirken. Die Rentabilität des sogenannten neuen erneuerbaren Stroms, insbesondere der Wind- und der Sonnenenergie, rückt in noch weitere Ferne, als sie es ohnehin schon ist. Zwar ist die Produktion von Strom aus Öl weltweit mit einem Anteil von nur fünf Prozent eine Randerscheinung.

Nur wenige Länder wie Saudi-Arabien, Mexiko oder Japan treiben in grösserem Mass Stromgeneratoren mit Öl an. Aber der tiefe Ölpreis könnte sich indirekt auswirken. «Gas- und Ölpreise entwickeln sich namentlich in Europa mit einer gewissen Parallelität, auch wenn es in den Langfristverträgen weniger explizite Kopplungen als früher gibt», sagt Urs Meister, Energiespezialist der Denkfabrik Avenir Suisse. Können aber Gaskraftwerke, die europaweit einen beachtlichen Produktionsanteil haben, billiger produzieren, drückt das die Strompreise nach unten – oder belässt sie länger auf dem tiefen Niveau, auf dem sie gegenwärtig in Europa sind. «Somit erhöhen sich die Subventionen, die den Produzenten von erneuerbarem Strom bezahlt werden müssen, damit diese existieren können», so Meister. Der Staat müsse tiefer in die Tasche greifen. «Ist das Subventionsbudget gedeckelt, reicht es einfach für weniger Alternativstromanlagen», sagt Meister. Peter Zweifel, Wirtschaftspräsident der Universität Zürich, kommt zu ähnlichen Schlüssen. «Wenn die





Unberechenbares schwarzes Gold: Szene aus dem US-Film «There Will be Blood» (2007).

Öl-Baisse jahrelang anhält, würde sich das stark auf die Erneuerbaren auswirken.»

Der tiefe Ölpreis torpediert auch alle Anstrengungen zum Klimaschutz. Ob es je ein globales Abkommen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses geben wird, ist ohnehin zweifelhaft. Die Klimakonferenz in Lima im letzten Dezember endete mit einer Pseudoeinigung. In Europa, das bisher im Klimaschutz vorangegangen ist, schwindet angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Bereitschaft zu Selbstbeschränkungen. Billiges Öl steigert den Anreiz, sich an einem allfälligen Klimaabkommen nicht zu beteiligen, zusätzlich. «Länder, die von einem Emissionshandel fernbleiben und auch von CO₂-Abgaben absehen, können umso mehr wirtschaftliche Vorteile für ihre Industrie herausholen, je tiefer der Ölpreis ist», sagt Urs Meister von Avenir Suisse. «Der sinkende Ölpreis verringert den Druck, die Klimaverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen», sagt Peter Zweifel von der Universität Zürich. Viele finden das betäublich. «Aus Umweltsicht ist der Preissturz eine Katastrophe für den Planeten», sagte Olivier Cadot, Direktor des Lausanner Konjunkturforschungsinstituts Crea, Anfang Januar.

Wie reagieren die Anhänger einer grünen Wende auf die unerwartete Ölpreis-Baisse?

Zumindest einige von ihnen fallen durch hartnäckiges Leugnen auf oder setzen auf das Prinzip Hoffnung. Er gehe davon aus, dass das Öl «sehr schnell wieder teurer wird», meinte Stefan Batzli von AEE Suisse, der Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, gegenüber der *Aargauer Zeitung*. Der grünliberale Nationalrat Josias Gasser, Betreiber eines Windrads bei Chur, ist gemäss *Bündner Tagblatt* überzeugt, dass es sich bei der Baisse um eine «vorübergehende Situation» handle. Es werde trotz allem immer schwieriger, «an den letzten Tropfen Öl zu kommen».

Der «Peak-oil» als Maxime

Energieexperte Daniele Ganser, ebenfalls ein Anhänger der Peak-Oil-These, betont gegenüber der *Weltwoche*, ein Preis von fünfzig Dollar pro Fass sei immer noch hoch, wenn man einige Jahre zurückschaue. Das stimmt zwar, ändert aber nichts daran, dass für das Gelingen der Energiewende Ölpreise von hundert Dollar oder mehr nötig wären.

Der Zerfall des Ölpreises ist Gift für das Gelingen der Energiewende. Einige ihrer Anhänger gehen angesichts dieser neuen Gefahr schon mal in Stellung. Hanspeter Guggenbühl, Journalist und erklärter Wachstumsgeg-

ner, machte sich kürzlich für eine «variable Lenkungsabgabe» stark, die einen Mindestpreis für Öl garantiert. Ähnliches forderte Nick Beglinger: «Wenn die fossilen Energien langfristig günstig bleiben, braucht es höhere Lenkungsabgaben, um den Verbrauch senken zu können», so der Chef des Lobby-Verbands Swis cleantech gegenüber der «Tagesschau».

Welche Konsequenzen hat der Ölpreiszerfall aus Sicht des Bundesamts für Energie (BfE), das bei der angestrebten Öko-Wende in der Schweiz federführend ist? Offenbar keine. «Der Ölpreis müsste über mehrere Jahre, wenn nicht Jahrzehnte auf tiefem Niveau verharren, um die Energie- und Klimapolitik des Bundes massgeblich zu beeinflussen», schreibt Marianne Zünd auf Anfrage. Die BfE-Sprecherin weist darauf hin, dass die Ölressourcen «global begrenzt» seien. Der Peak Oil gilt beim Bund also noch immer als Maxime: «Was heute konsumiert wird, kann später fehlen, und wird somit langfristig wieder zu einem Preisanstieg führen», so Zünd. Sie verweist zudem auf die Klimakonferenz in Lima. Dort hätten sich «insbesondere die beiden grössten Emittenten, die USA und China, zu Klimazielen verpflichtet». Der Realitätsverlust beim Bundesamt für Energie scheint weit fortgeschritten zu sein. ○

«Die Kunden hören uns wieder zu»

Jürg Zeltner ist einer der wenigen Schweizer in der UBS-Führungsetage. Der Chef der Vermögensverwaltung über die Aufhebung der Euro-Untergrenze, die Werte des hiesigen Finanzplatzes und den angeschlagenen Ruf der Banker. Von Claude Baumann und Gian Marco Castelberg (Bild)

Herr Zeltner, die Schweizerische Nationalbank hat vergangene Woche völlig überraschend die Euro-Untergrenze aufgehoben. Welche Auswirkungen hat dieser Entscheid für UBS-Kunden?

Der heftige Einbruch am Schweizer Aktienmarkt und die Verwerfungen bei den Devisen zeigen auf, wie wichtig die Diversifikation in den Portfolios der Kunden ist. Wer das getan hat, also Wertschriften in allen wichtigen Märkten weltweit halten und gleichzeitig die Währungsrisiken absichern, konnte die Folgen des Entscheides finanziell besser verkraften. Die anhaltend hohen Schwankungen an den Finanzmärkten geben uns auch die Möglichkeit, den Kunden zu beweisen, dass es uns braucht: Beratung war nie wichtiger als jetzt.

Nun kam aber die Universität Zürich in einer Studie kürzlich zum Schluss, dass die Firmenkultur in den Banken unehrliches Verhalten unter den Mitarbeitern begünstige. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie davon gehört haben?

Dass der Umgang mit Geld eine Verlockung darstellt, wurde nicht erst durch diese Studie von Professor Ernst Fehr herausgefunden. Sie ist eher ein Mahnbrief, den man unserer Branche nun mit auf den Weg gegeben hat. Und das akzeptiere ich.

Warum denn?

Als Bankangestellter arbeiten Sie bisweilen mit viel Geld und sehr vermögenden Menschen zusammen. Man ist nahe an der Quelle. Da kann durchaus ein gewisser Neidfaktor entstehen. Die Grenzen verschwimmen. Umso wichtiger ist es, dass eine Bank Richtlinien setzt. Es gilt auch hier: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Als Bankangestellte müssen wir uns stets vor Augen halten, dass es nicht unser eigenes Geld ist, das wir da verwalten. Vielmehr tragen wir die wohl grösste treuhänderische Verantwortung überhaupt.

Wobei Ihre Branche gerade damit ein Riesenproblem hat. Man traut ihr heutzutage nicht mehr.

Während der Finanzkrise haben wir sicher Schaden genommen. Aber seien wir ehrlich, Banken hat man nie wirklich gemocht, man hat sie respektiert – dieser Respekt kommt nun allmählich zurück.

Ist das nicht bloss Wunschdenken?

Nein. Ich glaube, die Notwendigkeit der Beratung in Finanzfragen war noch nie grös-

ser als jetzt. Die Materie ist so komplex geworden, und die Risiken sind für Anleger schwer einzuschätzen. Die Finanzmärkte sind extrem fragil. Die Kunden hören uns allmählich wieder gerne zu. Ich denke auch, es gibt mittlerweile eine gewisse Sättigung in Sachen «Banker-Bashing». Die Leute können durchaus differenzieren. Banken braucht es nun einmal in jeder Volkswirtschaft. Ich bin drei Wochen im Monat im Ausland unterwegs und stelle fest, dass diese Wahrnehmung ausserhalb der Schweiz schon viel weiter gediehen ist. Das Vertrauen kehrt zurück.

Wie weit fühlen Sie sich dazu verpflichtet, als Topmanager der grössten Bank unseres Landes eine Vorbildfunktion zu übernehmen?

Natürlich haben sich die Ansprüche an die obersten Verantwortlichen seit der Finanzkrise verändert. Das öffentliche Interesse ist enorm, und wir werden genau beobachtet. Zu den schlimmsten Zeiten wurden unsere Kinder nicht mehr an die Geburtstagspartys ihrer Schulkameraden eingeladen. In der Krise war das tatsächlich so.

Haben Sie nie das Gefühl, auf einem Schleudersitz zu sein?

Als Chef muss man sich immer bewusst sein, dass man an seinen Leistungen gemessen

«Unsere Kinder wurden nicht mehr an die Geburtstagspartys der Schulkameraden eingeladen.»

wird und dafür auch nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung hat. Solange ich das Vertrauen und die Wertschätzung innerhalb der Bank spüre, nehme ich gerne auf diesem Sitz Platz.

Sie zählen zu den wenigen Schweizern auf der obersten Führungsebene der UBS. Ist das Würde oder Bürde?

Meine Laufbahn hat vor mehr als dreissig Jahren bei der UBS begonnen, und ich habe verschiedene Zusammensetzungen der Geschäftsleitung erlebt. Ich kann also beurteilen, ob eine Mannschaft am gleichen Strick zieht oder nicht. Heute spüre ich eine grosse Übereinstimmung.

Sie haben eine Banklehre gemacht und es bis ins Topmanagement geschafft. Wäre das heute auch noch möglich?

Bei der Lehre ist es ja nicht geblieben. Ich habe mich weitergebildet. Aber ja, ich denke, das wäre auch heute noch möglich. Die Ausbildungsgefässe in der Schweiz sind viel durch-

lässiger als früher. Mein Traumberuf war Tierarzt. Doch dieser Weg blieb mir verschlossen, weil ich nie studiert habe. Heute sind die Möglichkeiten, nach einer Lehre eine akademische Laufbahn einzuschlagen, vielfältiger. Aber es braucht immer auch den Willen, hart zu arbeiten. Wenn man bereit ist, die Extrameile zu gehen, erschliessen sich einem viele Wege, die zunächst undenkbar erschienen.

Die Globalisierung hat zu enormen Angleichungen in der Welt geführt. Das gilt auch für die grossen Finanzkonzerne. Ist eigentlich noch etwas schweizerisch an der UBS?

Sehr viel sogar. Wir sind hier daheim, hier ist unser Hauptsitz. Wir rechnen in Franken ab, und der Schweizer Teil unserer Bank ist ein enorm wichtiger Ertrags- und Gewinnpfeiler. Auch wichtige Abteilungen der Investmentbank sind schweizerisch, und wir haben einen Schweizer CEO. Last, but not least strahlt unser Kerngeschäft, die Vermögensverwaltung, noch sehr viel Schweiz in die Welt hinaus.

Trotzdem, das Swiss Banking hat in den vergangenen Jahren massiv gelitten. Faktisch ist das Schweizer Bankgeheimnis verschwunden.

Die steuertransparente Welt zwingt den Finanzplatz, sich auf seine echten Stärken zu besinnen. In den vergangenen Jahren hat sich die Branche allerdings einreden lassen, den Schweizer Banken sei es immer nur um Steuerhinterziehung gegangen.

Und das ist falsch?

Ich möchte daran erinnern, dass sich der Schweizer Finanzplatz nicht erst in den letzten zwanzig Jahren entwickelt hat. Schon früher ging es in erster Linie um Sicherheit. Die ausländischen Kunden wollten ihr Geld in guter Hand wissen, in einer harten Währung angelegt, und das in einem politisch stabilen System. Das mit den Steuern wurde erst viel später zu einem Thema. Allerdings müssen wir uns den Vorwurf gefallen lassen, dass wir es zuerst versäumt haben, uns dem veränderten internationalen Verständnis anzupassen. Das holen wir nun auf. Das ist schmerzhaft, aber unausweichlich. Manchmal habe ich das Gefühl, wir würden uns hinter allem verstecken und ja nichts mehr mit dem Etikett «Schweiz» anschreiben. Dabei ist es höchste Zeit, dass wir unsere echten Werte hervorstreichen. Wir dürfen uns nicht verschliessen.

Wealth Management, wie es neudeutsch heisst, bieten heute auch eine Deutsche Bank oder der britische HSBC-Konzern an.



«Banken hat man nie wirklich gemocht»: UBS-Manager Zeltner.

Bereitet Ihnen das als oberster Vermögensverwalter der UBS keine Sorge?

Nein, denn unser Zuschnitt ist anders. Keine internationale Grossbank kann von sich behaupten, mehr von Vermögensverwaltung zu verstehen als wir. Bei uns ist Vermögensverwaltung sozusagen die DNA. Die Mehrheit der Konzernleitungsmitglieder der UBS versteht das Wealth Management von der Pike auf.

Das soll bei der Konkurrenz anders sein?

Ja. Bei den meisten Grossbanken ist keiner im Topmanagement, der das Vermögensverwaltungsgeschäft so umfassend versteht.

Wie meinen Sie das?

In der Art, wie Entscheide gefällt werden. Bei uns steht die Vermögensverwaltung zusammen mit dem Privat- und Firmenkundengeschäft klar im Zentrum, während das Investmentbanking und das Asset-Management eine Zulieferfunktion haben. Viele unserer Innovationen drehen sich ums Wealth Management. Es gibt keine andere Grossbank, die das gleiche Modell betreibt und eine so umfangreiche Produkteplattform und einen so strukturierten Anlageprozess hat wie wir. Das spiegelt sich wie gesagt auch im Profil der Geschäftsleitung.

Alle Welt spricht vom Potenzial der Schwellenländer in Asien und Lateinamerika.

Wäre nicht auch Afrika ein ungemein vielversprechender Markt?

Natürlich, doch da müssen Sie noch mehr in Jahrzehnten denken; der Kontinent ist stark fragmentiert. Bis die Infrastruktur steht, die erforderlichen Gesetze in Kraft sind und das politische System funktioniert, wird noch geraume Zeit verstreichen. Natürlich wird in Afrika bereits viel Vermögen generiert. Doch vorläufig sind es vor allem ausländische Investoren, die davon profitieren. Wir sind zwar vor Ort, aber Afrika ist für die UBS noch kein Onshore-Markt. Aber das Potenzial ist zweifelsohne vorhanden, selbst wenn es noch enorme Rückschläge geben wird.

Darum schickt die UBS vorerst einmal 2500 Fahrräder an bedürftige Kinder in Afrika, wie es eine neue Initiative am diesjährigen Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos vorsieht?

Spätestens seit der Finanzkrise müssen wir Banken unsere Rolle überdenken. Der Privatsektor trägt heute eine grössere Verantwortung. Das gilt im Besonderen auch für das Vermögensverwaltungsgeschäft einer UBS, die immerhin 2,3 Billionen Franken betreut.

Doch warum schicken Sie ausgerechnet 2500 Fahrräder nach Afrika?

In ländlichen Gegenden Südafrikas müssen viele Kinder täglich sechs Kilometer und mehr zu Fuss gehen, um zur Schule zu gelangen. Deshalb haben sie weniger Zeit zum Lernen, oder sie bleiben der Schule ganz fern. Wenn nun alle Teilnehmer am WEF in Davos während des diesjährigen Treffens durchschnittlich sechs Kilometer zu Fuss unterwegs sind, werden die UBS und die UBS Optimus Foundation 2500 speziell konzipierte Fahrräder für Kinder in Afrika spenden – eines pro Teilnehmer. In Davos können wir uns dafür sozusagen globales Gehör verschaffen.

Liefern Sie mit dieser Aktion nicht vielmehr neuen Zündstoff für Kritiker, die Ihnen dann vorwerfen, die Bank heimse Milliardengewinne ein und schicke dann ein paar Fahrräder nach Afrika?

Das können Sie so auslegen. Für mich ist es eher ein Zeichen dafür, dass wir heute unsere gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und unsere Strahlkraft dafür nutzen, auf die Probleme aufmerksam zu machen. Natürlich machen wir noch viel mehr, als Fahrräder zu spenden. Trotzdem können auch wir nicht alle Probleme dieser Welt lösen. Aber ich trage lieber meinen Teil dazu bei, als gleich zu sagen: «Es lohnt sich ohnehin nicht.»

Hat man das nicht schon immer behauptet?

Immer mehr Menschen haben bei ihren Finanzen nicht nur pekuniäre Erwartungen, sondern auch die Absicht, etwas Gutes zu tun. Diese Sensibilität ist durch die Finanzkrise noch geschärft worden. Unser Engagement in diesem Zusammenhang ist ebenfalls ein Zeichen dafür, dass wir aus dem, was mit unserer Bank geschehen ist, etwas gelernt haben. ○



«Tabus kann man brechen»: Filmerin al-Mansur.

Revoluzzerin mit Kamera

Haifa al-Mansur, Star-Regisseurin aus Saudi-Arabien, setzt sich für eine organische, aber radikale Veränderung der Gesellschaft des Nahen Ostens ein.

Von Pierre Heumann

Auf ihre sympathisch verschmitzte Art ist die saudi-arabische Filmemacherin Haifa al-Mansur eine Revoluzzerin. Sie will zwar keine Ordnungen umstürzen, weil sie nicht glaubt, dass sich ihre reaktionäre Heimat auf einen Schlag in die Gegenwart katapultieren lässt. Aber ihr Ziel verliert sie nicht aus den Augen: die längst überfällige Gleichberechtigung der Frau in Saudi-Arabien. Tabus, sagt Mansur, könne man brechen. Dazu seien sie da. Und sie muss es wissen, ist sie doch in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der Frauen mehr verboten als erlaubt ist.

Ihr Kampfmittel gegen Tabus ist die Kamera. In ihrem bisher erfolgreichsten Streifen erzählt sie die Geschichte der burschikosen zehnjährigen Wadjda. Sie hat einen Wunsch, der in Saudi-Arabien – dem Land, das Frauen das Autofahren verbietet, weil es ihnen eine als unanständig geltende Freiheit geben würde –

für Mädchen als unsittlich gilt: Sie will ein Fahrrad.

Gedreht hat Mansur den Film in Saudi-Arabien. Das war schwierig, weil sie als Frau in der Öffentlichkeit nicht mit Männern zusammenarbeiten sollte. Sie hielt sich daran, «aus

«Ich bin keine Aktivistin, sondern verstehe mich als Künstlerin, die eine Debatte anstossen will.»

Respekt vor der Tradition im Land», und blieb bei Szenen, die sich draussen abspielten, in einem Kleinbus. Unsichtbar. Mit Hilfe eines Monitors verfolgte sie, was auf der Strasse gefilmt wurde, und gab ihre Regieanweisungen per Walkie-Talkie. Ihr Ziel sei nicht die Provokation, sagte sie wiederholt: «Ich bin keine Aktivistin, sondern verstehe mich als Künstle-

rin, die mit ihrem Werk eine Debatte im Land anstossen will.»

Sie will Konservative nicht durch beleidigende Provokationen vor den Kopf stossen, sondern die Menschen unterhalten und mit ihrem Film ihre Herzen berühren. Diplomatie mit der Linse ist ihre Stärke, nicht die Konfrontation. Sensibel geht sie das in Saudi-Arabien heikle Thema Frauenrechte an, vorsichtig tastet sie sich heran, um die Leute nicht abzuschrecken: «Sie sollen sich ja nicht abwenden, sondern hinsehen und mir zuhören.» Sie wisse, sagt Mansur, dass der Weg lang sei, und manchmal habe sie Erschöpfungszustände. Aber immer hege sie die Hoffnung, dass sich eines Tages die Dinge zum Positiven verändern werden.

So auch im Film: Am Ende hat Wadjda ihr Velo. Sie hat es mit dem Geld gekauft, das sie an einem Koran-Wettbewerb gewonnen hatte. An einer Strassenkreuzung dann die versöhnlich

stimmende Schlusszene: Männer fahren im Auto an Wadjda vorbei, sie sitzt auf dem Sattel, blickt nach links und nach rechts – und lacht. Das Fahrrad und die Sehnsucht danach als Symbol: Wer mobil ist, so Mansur, könne sein eigenes Schicksal in die Hand nehmen.

Dass es einen langen Atem braucht, um die Stellung der Frau zu verbessern, ist auch das Thema in Mansurs nächstem Film, den sie derzeit vorbereitet: das Leben von Mary Shelley, Autorin der Horrornovelle «Frankenstein». Im September sollen die Dreharbeiten beginnen.

Der Film wird auch ein Stück Autobiografie von Mansur sein. Die Britin Mary Shelley sei zu Beginn des 19. Jahrhunderts «in einem Europa aufgewachsen, das damals ähnlich konservativ war wie heute Saudi-Arabien», sagt die 41-jährige Filmemacherin. Aber es gelang Mary, sich Gehör zu verschaffen und eine eigene, profilierte Stimme zu bekommen. «Sie hat diesen Roman «Frankenstein» geschrieben», sagt Mansur mit einem enthusiastischen Lachen, «es ist einfach fantastisch, wie sie das in der von Männern dominierten Welt geschafft hat.» Ja, sie identifiziere sich mit Shelley, sagt Mansur, auch weil ihr Beispiel eine Hoffnung für den Mittleren Osten sei. «Ich hoffe aber nicht, dass es im arabischen Raum bis zur Gleichberechtigung ebenfalls 200 Jahre dauern wird», sagt sie mit einem schelmischen Lachen.

Zwang zur Verborgenheit

Mansur, die erste Filmemacherin Saudi-Arabiens, kommt aus einem Land, in dem es keine Kinos gibt. Weil sich ihr Vater in einer Videothek Filme auslieh, kam sie zu Hause mit Jackie Chan oder Bruce Lee in Berührung, was ihren Horizont über ihre Kleinstadt hinaus erweitert hat. Dank den Filmen kam sie mit Dingen in Kontakt, die sie in ihrem Umfeld zuvor nie gesehen hatte – «zum Beispiel Menschen, die sich ineinander verlieben». Emotionen werden in ihrer Heimat nicht ausgelebt.

Das Medium Film hat es ihr angetan, auch weil sie spürte, dass sie sich mit Hilfe von Filmen eine Stimme verschaffen könnte. Die heranwachsende Haifa litt nämlich darunter, dass sie als Mädchen stets unsichtbar zu sein hatte. Im Film «Wadjda» hat sie diesen Zwang zur Verborgenheit aufgegriffen: Die Schulleiterin mahnt eine Gruppe schwatzender Mädchen zur Ruhe: Gehört zu werden, sei, wie nackt zu sein, so ihr Argument.

Ihr Elternhaus war traditionell, aber – für saudische Verhältnisse – liberal. Haifa, als achttes von zwölf Kindern auf die Welt gekommen, durfte alles tun, was ihren Brüdern erlaubt war. Einen Schleier musste sie nicht tragen, und ihre älteste Schwester, eine Ärztin, ging sogar ohne

Kopftuch zur Arbeit. Über die Familienmitglieder wurde viel getratscht in der Stadt, sie waren Aussenseiter. An diesem Weder-gesehen-noch-gehört-werden-dürfen-Gefühl änderte sich auch nichts, als Haifa nach ihrer Matur an einer Universität in Kairo studierte und später, wieder zurück in Saudi Arabien, in der Medienab-

«Ich würde mich gerne für all das entschuldigen, was im Namen des Islam geschieht.»

teilung einer der grossen Ölfirmen einen Job fand. Sie sei damals mit den für ihr Land typischen Problemen einer Frau konfrontiert gewesen, sagt sie, sie durfte auch als Erwachsene keine Stimme haben. So erhielt sie den Mietvertrag für ihre Wohnung erst, als der Vater unterschrieb. Und um zur Arbeit zu gelangen, musste sie einen Fahrer engagieren. Weil er des öfteren



«Unsittlicher» Wunsch: Waad Mohammed in «Das Mädchen Wadjda».

zu spät kam, kaufte sie ihm einen Wecker – den er dann allerdings verkaufte.

Heute lebt Mansur in Bahrain, zusammen mit ihren beiden Kindern und ihrem Mann, einem amerikanischen Diplomaten. Und sie ist überzeugt, dass sich Saudi-Arabien zwar sehr langsam, aber sicher in die richtige Richtung bewegt. Für Aussenstehende sei die Dynamik, weil sie sich innerhalb der Familie entfalte, schwierig zu erkennen. Sie stelle aber eine neue Offenheit fest – zum Beispiel gegenüber neuen Technologien –, die es so früher nicht gegeben habe, sagt Mansur. Immer mehr Saudis würden auch akzeptieren, dass Frauen in der Gesellschaft eine neue Rolle übernehmen. Vor zwei Jahren wurden zum Beispiel erstmals Frauen in ein Gremium gewählt, das dem König beratend zur Seite steht, und in diesem Jahr soll ihnen erlaubt sein, sich an den städtischen Wahlen zu beteiligen.

Ihr Optimismus hat freilich seine Grenzen: Die Fortschritte seien oft mit restriktiven Auf-

lagen verbunden. So dürfen Mädchen oder unverheiratete Frauen inzwischen zwar Rad fahren – aber sie müssen von einem männlichen Aufpasser, einem *mahram*, begleitet sein, also dem Vater, einem Bruder oder dem Ehemann.

Es ist Mansur klar, dass sich soziale Fortschritte nur langsam einstellen, dass mit Rückschlägen zu rechnen ist. Als sie ihren Dokumentarfilm über den Gesichtsschleier, «Frauen ohne Schatten», drehte, sagte ihr einer der Scheichs klipp und klar vor laufender Kamera, dass sich im islamischen Gesetz keine Vorschriften finden, wonach Frauen verhüllt sein müssen. Als sein Zitat im Nahen Osten am Fernsehen und in Kinos zu hören war, löste es einen Sturm der Entrüstung aus. Worauf der Scheich seine Aussagen widerrief. Die Regisseurin lacht heute darüber: «Ich glaube, er hat überreagiert.»

Sie macht sich denn auch keine Illusionen. Es werde noch viel Zeit verstreichen, bis sich die Rechte der Frauen in Saudi-Arabien mit denjenigen im Westen vergleichen lassen: «Auch in den progressivsten arabischen Staaten werden Frauen heute noch in traditionelle Rollen abgedrängt.» Für Frauen wäre in Saudi-Arabien freilich schon viel gewonnen, wenn sie ohne *mahram* reisen, Geschäfte und Bankkonten eröffnen oder Auto fahren dürften: «Das wäre möglich, ohne die Traditionen anzugreifen», sagt sie. Der Nahe Osten brauche dringend eine Veränderung der Werte – «das lässt sich aber nicht über Nacht erzwingen».

Dabei denkt sie nicht nur an die Stellung der Frau. «Die grausamen Terrorattacken der radikalen Islamisten machen mich wütend, und ich würde mich gerne für all das entschuldigen, was im Namen des

Islam geschieht. Wir müssen unsere Kultur überprüfen.» Dabei gehe es nicht um Imagepflege oder um bloss oberflächliche Anpassungen, «sondern um tiefgreifende Veränderungen».

Und erneut spricht die an organische Entwicklung glaubende Revoluzzerin: Es gehe um Überzeugungsarbeit und nicht um Konfrontation. In diesem Sinne sei Druck nötig, damit moderatere Interpretationen des Islam überhandnehmen. Es sei an der Zeit, dass Künstler, Regierungen und deren Beamte, NGOs und die religiösen Gelehrten den Terror anprangern und den zerstörerischen Ideen aus der Region entgegenwirken. Alle Muslime müssten dabei mithelfen, «es ist unsere Verantwortung: Die Radikalen sind Teil von uns.»

Haifa al-Mansur hat als erste Regisseurin in Saudi-Arabien einen Spielfilm realisiert. «Das Mädchen Wadjda» ist mehrfach ausgezeichnet worden. Aufgewachsen im erzkonservativen Königreich, studierte al Mansour in Kairo Literatur, später in Sydney Regie und Filmwissenschaft. Sie lebt in Bahrain.

Napoleon und die moderne Welt

Das heutige Europa ist in vielerlei Hinsicht ein Ergebnis der sechzehnährigen Herrschaft Napoleon Bonapartes zwischen 1799 und 1815.

Von Andrew Roberts

Wenn wir uns die moderne westliche Welt und ihre Werte anschauen, drängt sich der Schluss auf, dass ohne Napoleon alles ganz anders (und sehr viel schlechter) wäre. Werte, die für uns heutzutage selbstverständlich sind – religiöse Toleranz, Gleichheit vor dem Gesetz, Aufstieg durch Leistung und so weiter. –, definieren die moderne Gesellschaft. Hätte es Napoleon nicht gegeben, wären diese und viele andere Werte im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert vermutlich abgeschafft worden. Denn er war es vor allem, der die Ideen und Institutionen, die das Fundament unserer modernen Gesellschaft bilden, festigte, kodifizierte und weit über Frankreich hinaus verbreitete.

Als Napoleon im November 1799 durch einen Staatsstreich an die Macht kam, war Frankreich fast ein *failed state*. Militärische Niederlagen, Korruption, Hyperinflation und Vetternwirtschaft zerstörten die politischen und sozialen Fortschritte, welche die Revolution in zehn Jahren erreicht hatte. Aber in nur sechs Jahren machte Napoleon, zunächst als Erster Konsul bis 1804 und dann als Kaiser der Franzosen, Frankreich zur mächtigsten Nation Europas. Er sorgte dafür, dass diejenigen Errungenschaften der Revolution, die sinnvoll waren und die Nation voranbrachten, bewahrt wurden, während die abträglichen Dinge – etwa die Zehn-Tage-Woche, der groteske Kalender, der quasireligiöse «Kult des höchsten Wesens» und die Einführung von Gleichheit mittels Guillotine – abgeschafft wurden. «Wir haben den Roman der Revolution beendet», erklärte Napoleon auf einer Sitzung des Conseil d'Etat (Staatsrats). «Wir müssen nun mit ihrer Historie beginnen.» Eine seiner ersten öffentlichen Handlungen bestand darin, die Revolution für vollendet zu erklären.

Bewunderung von Stendhal

Die Schaffung eines Staatsrats aus Experten und Technokraten, die ihn bei der Einführung neuer Gesetze beraten sollten, war eine wichtige Voraussetzung für die Reformen, die Napoleon zunächst in Frankreich und dann in vielen anderen Ländern in seinem Herrschaftsbereich einführte – vor allem in Italien, den Niederlanden, in Belgien, Luxemburg und

Deutschland. Der Staatsrat, der wie so viele napoleonische Institutionen (die Bank von Frankreich, der Rechnungshof, die Ehrenlegion) noch heute existiert und die ihm zugeordnete Funktion ausübt, kommt jeden Mittwoch zusammen, um die Gesetze zu überprüfen. Von 1799 bis 1804 wurde in seinen Sitzungen das bürgerliche Gesetzbuch ausgearbeitet, der Code civil, der später unter der Bezeichnung Code Napoléon bekannt wurde.

Napoleon leitete mehr als die Hälfte der 105 Sitzungen des Staatsrats, in denen der Code formuliert wurde, und setzte sich mit aller Kraft für das Projekt ein, um das Gesetzbuch durch das Unterhaus, das Oberhaus und das Tribunat zu bekommen. Auch wenn er die Gesetze nicht persönlich formulierte, trägt die Sammlung zu Recht seinen Namen. Zuvor

Der Code Napoléon bildet das geistige Fundament der Gesetze der Europäischen Union.

hatte es in Frankreich nicht weniger als 42 verschiedene Gesetzbücher gegeben, einige auf der Grundlage römischen Rechts, andere auf der Grundlage des Gewohnheitsrechts, oft einander widersprechend und veraltet. Mit der Veröffentlichung des Code civil im Jahre 1804 gab es in Frankreich und in weiten Teilen des französischen Empire ein einheitliches Gesetzeswerk, von dem Stendhal sagte, es sei stilistisch so bewundernswert, dass er täglich darin lese. Mit Hilfe des Gesetzbuches konnten nun viele geschäftliche und andere Streitigkeiten auf so erfolgreiche Weise entschieden werden, dass es selbst nach dem Sturz Napoleons 1815 in vielen der eroberten Länder beibehalten wurde. Noch heute ist die Rechtsordnung von vierzig Ländern auf fünf Kontinenten vom Code Napoléon geprägt. Er bildet das geistige Fundament der Gesetze der Europäischen Union.

Auch die Einführung des metrischen Systems in Europa war für Napoleon ein wichtiges Instrument zur Stärkung von Handel und Wirtschaft. Zum ersten Mal in der europäischen Geschichte nach dem Ende des Römischen Reiches konnten Warenmengen präzise und unmissverständlich bestimmt werden, während es im Ancien Régime Dutzende von



«Ich bin die Revolution»: Napoleon-Porträt von

Masseinheiten gegeben hatte, die je nach Region und manchmal auch innerhalb einer Region voneinander abwichen. Bevor Napoleon das metrische System für Westeuropa verbindlich machte, gab es beispielsweise nicht weniger als zehn unterschiedliche Definitionen des Hohlmasses *setier* (gewöhnlich um die 85 Liter) und fünfzig verschiedene Flächen-



Jean-Baptiste Mauzaisse, 1833.

masse (die *sétérée* etwa wurde im Flachland anders berechnet als im Bergland). Napoleon führte die metrische Grundeinheit ein, die allgemeinverbindlich und gültig war.

Er setzte auch Französisch als allgemeine Standardsprache durch, vor allem für Schulen und in den staatlichen Behörden. Im Ancien Régime oblagen die administrativen, juristischen,

polizeilichen und fiskalischen Angelegenheiten beispielsweise in der Region Corbières, deren 129 Gemeinden Okzitanisch sprachen (mit Ausnahme von drei Dörfern im Süden, wo Katalanisch gesprochen wurde), Behörden in vier Städten (Carcassonne, Narbonne, Limoux und Perpignan), aber es war nicht eindeutig klar, welche Stadt für welche Kommune zuständig

war. Die Schaffung von Départements, mit jeweils einem Präfekten sowie Unterpräfekten, sorgte für eine klare administrative Struktur und eine erheblich vereinfachte Verwaltung. Bis heute werden die Départements von einem Präfekten kontrolliert.

Indem Napoleon den Franzosen die Möglichkeit eröffnete, durch ihre Leistungen (statt



Napoleonische Vermächtnisse: Arc de Triomphe ...

durch Geburt) gesellschaftlich aufzusteigen, konnte er ihre Energien und ihren Enthusiasmus für seine Zwecke nutzen. Nicht weniger als 10 seiner 26 Marschälle kamen aus der Unterschicht – Söhne von Gutsverwaltern, Dienern, Handwerkern, Bauern, Gastwirten und so weiter. (Man könnte sogar von 11 Marschällen sprechen, weil Marschall Sérurier zwar behauptete, sein Vater sei vom König ernannt worden, es sich aber herausstellte, dass der Maulwurfjäger auf einem königlichen Gestüt war). Eine solche quasi uneingeschränkte Meritokratie, die den Aufstieg in der Armee ermöglichte, war im Ancien Régime unbekannt gewesen. Das Offizierskorps war praktisch die exklusive Domäne von Adel und Bürgertum gewesen. Im Gegensatz dazu wurden zwei napoleonische Marschälle Könige, während die übrigen in den Rang von Fürsten, Herzögen und Grafen erhoben wurden.

Emanzipation der Juden

Die Reformen auf dem Gebiet des Erziehungswesens waren für den Rest Europas ein grosser Ansporn, nicht zuletzt deswegen, weil die *grandes écoles*, die *lycées* und die Sorbonne sich einen erstklassigen Ruf erworben hatten. Die alten europäischen Herrscher, vor allem in Österreich, Russland und Preussen, erkannten, dass sie nur dann Würden bestehen können, wenn sie möglichst viele Modernisierungsprojekte der französischen Aufklärung übernahmen. Eine solche Reform war die Emanzipation der Juden. In allen von Napoleon eroberten Gebieten, also praktisch in ganz Westeuropa, konnten Juden die Gettos verlassen und erhielten zum ersten Mal die gleichen religiösen und politischen Rechte wie ihre christlichen Nachbarn. Im Kirchenstaat mussten sie nicht mehr

den gelben Stern tragen. 1813 wurden auch in Deutschland die Juden rechtlich gleichgestellt, nicht zuletzt weil man sich erhoffte, eine modernisierte, aufgeklärte Gesellschaft werde Napoleon besser bekämpfen können. Für die Juden war dies ein erster Vorgeschmack ihrer bürgerlichen Freiheit. (Nach Napoleons Sturz 1815 mussten sie im rekonstituierten Kirchenstaat allerdings wieder den gelben Stern tragen.) Napoleon glaubte an die Freiheit der Religionsausübung, auch dies ein Eckpfeiler der

«Mit der Kraft eines Wirbelwinds beseitigte er die versteinerten Hindernisse des Fortschritts.»

Aufklärung, und im Konkordat mit dem Vatikan 1801 wurde dieses Recht für Frankreich wieder bekräftigt, nachdem die Religionsausübung von der Revolution jahrelang verboten worden war.

«Sie wollen die Revolution zerstören, indem sie meine Person angreifen», sagte Napoleon 1804 nach einem von dreissig royalistischen Anschlägen auf ihn. «Ich werde sie verteidigen, denn ich bin die Revolution.» Von seinem charakteristischen Egoismus einmal abgesehen, traf das durchaus zu. «Mit der Kraft eines Wirbelwinds beseitigte er die versteinerten Hindernisse des Fortschritts», schrieb der Schweizer Historiker Jacob-Frédéric Lullin de Châteauvieux 1817, «und er erreichte mehr für die Menschheit als die Habsburger in achthundert Jahren oder die Bourbonen in sechshundert Jahren.»

Napoleon war sich durchaus im Klaren darüber, dass sein historisches Vermächtnis nicht auf seinen militärischen Eroberungen beruhen würde (nach der Niederlage im Russlandfeld-



... und Ehrenlegion (Modeschöpfer Lagerfeld).

zug 1812 und der Schlacht von Waterloo 1815 war davon nicht mehr viel übrig), sondern auf den Institutionen, die er als Erster Konsul und Kaiser geschaffen hatte und die unser Leben bis auf den heutigen Tag prägen. Natürlich war nicht alles gut, was diese prometheische Figur anpackte. Beispielsweise wurde die Saat des ultranationalistischen bismarckschen Deutschland gesät, als sich nach der Niederlage bei Jena und Auerstedt 1806 alle Preussen im antinapoleonischen Widerstand zusammenschlossen. Aber die meisten seiner Errungenschaften schlagen doch positiv zu Buche.

Ein weiteres napoleonisches Vermächtnis kann in dem Glanz und der Schönheit von Paris gesehen werden, der Stadt des Lichts. Vier Seine-Brücken gehen auf Napoleon zurück, und viele aus seiner Zeit stammende Reservoirs, Kanäle und Abwasseranlagen sind noch immer in Betrieb. Das französische Aussenministerium steht auf einem Teil der kilometerlangen Quai-mauer, die er an der Seine bauen liess, und die Säule auf der Place Vendôme und der Arc de Triomphe sind bis heute touristische Sehenswürdigkeiten, genau so wie die grossen Boulevards, die unter ihm angelegt wurden.

Das moderne Frankreich, das in den vergangenen 200 Jahren einen grossen Einfluss auf das übrige Europa hatte, ist in vielerlei Hinsicht ein Ergebnis der sechzehn-jährigen Herrschaft Napoleons zwischen 1799 und 1815. Als man gegenüber Napoleons Mutter anerkennend von den Leistungen ihres Sohnes sprach, erwiderte sie: «Mais pourvu que ça dure!» (Solange sie Bestand haben). Das gilt bis heute.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Andrew Roberts: Napoleon the Great.
Lane Allen. 936 S. Fr. 44.90

Man muss noch Ziele haben im Leben!





Das letzte Abendmahl der letzten Hippies: Film-Still aus «Inherent Vice».



Göttliche Gurus

Von Daniele Muscionico

Pizzas auf Indisch, das Dope eingebacken in die Tomaten. Duftkerzen mit Patschuli, Blüten im Langhaar. Im Hintergrund spielt die Musik von Grateful Dead. Und Mother Mary kümmert sich um sie alle, die Mitglieder dieser Manson Family.

Das letzte Abendmahl in der Hippiekommune. So oder anders ist das also und war es vielleicht. Die malerische Zentralperspektive macht Anleihen bei jener christlichen Episode, die man uns eingebläut hat. So oder ähnlich sass man also zusammen, am Anfang der Zeitrechnung und dann wieder Ende der sechziger Jahre, in Südkalifornien. Der Prophet versammelt seine Jünger, damals, als Charles Manson noch ein kleiner, wütender Mann und schlechter Musiker war, aber noch kein Massenmörder.

Männer unter Männern. Die Frau als Sättigungsbeilage. Das Bild beschreibt eine Sehnsucht. Kurz und vereinfacht ist es eine meskalingesättigte Version von Manets «Frühstück im Grünen», «Déjeuner sur l'herbe». Eine nackte Frau zwischen zwei bekleideten Männern, draussen im Freien. Dass hier alle bekleidet sind, kann sich im nächsten Moment ändern; und dass man sich nicht in der Natur trifft, ist der Natur des Treffens geschuldet.

Kommt dazu: Draussen brennt die Sonne, draussen tobt Los Angeles. Der Regisseur Paul Thomas Anderson («There Will Be Blood») hat «Inherent Vice», den Kriminalroman von Thomas Pynchon, adaptiert, ein Zeitbild aus den siebziger Jahren. Es sind die Jahre nach der Wahl von Nixon und nach den Morden der Manson-Familie, und was einmal wie Gold glänzte im Hippiezeitalter, entpuppt sich rückblickend als blecherner Eskapismus.

Am schönsten kann diesen Eskapismus Joaquin Phoenix in der Rolle des Privatdetektivs und Drogenliebhabers Doc Sportello. Durch seine ehemalige Freundin wird er in eine mögliche Entführung eines Immobilienspekulanten verwickelt; wobei, wer weiss, ob der Gesuchte überhaupt existiert oder nur ein Gerücht einer Konspiration oder Einbildung ist.

Alles ist möglich und nichts sicher. Das macht «Inherent Vice» aktuell und Joaquin Phoenix als Sportello, der von einem wahnhaften Fiasko ins nächste stolpert, zu einem Zeitgenossen. Denn die Deutungshoheit liegt hier nicht beim Menschen, sondern bei der menschengemachten Paranoia. Um es mit den Worten des Films zu sagen: «Wir haben mit der Vergangenheit abgeschlossen, aber die Vergangenheit nicht mit uns.»

«Inherent Vice»: ab 12. Februar im Kino.

Top 10

Knorr's Liste

1	Frau Müller muss weg Regie: Sönke Wortmann	★★★★☆
2	Wild Regie: Jean-Marc Vallée	★★★★☆
3	St. Vincent Regie: Theodore Melfi	★★★★☆
4	Wild Tales Regie: Damian Szifron	★★★★☆
5	Durak Regie: Juri Bykow	★★★★☆
6	Paddington Regie: Paul King	★★★★☆
7	Fury Regie: David Ayer	★★★★☆
8	Unbroken Regie: Angelina Jolie	★★★☆☆
9	The Theory of Everything Regie: James Marsh	★★★☆☆
10	Exodus: Gods and Kings Regie: Ridley Scott	★★★☆☆

Kinozuschauer

1 (1)	Honig im Kopf Regie: Til Schweiger	33 484
2 (2)	Taken 3 Regie: Olivier Megaton	17 409
3 (3)	The Best of Me Regie: Michael Hoffman	12 867
4 (-)	Unbroken Regie: Angelina Jolie	9590
5 (-)	Wild Regie: Jean-Marc Vallée	7565
6 (4)	The Hobbit: Battle of the Five ... Regie: Peter Jackson	5517
7 (7)	Paddington Regie: Paul King	4929
8 (-)	Annie Regie: Will Gluck	4855
9 (-)	St. Vincent Regie: Theodore Melfi	4842
10 (5)	Fury Regie: David Ayer	4299

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (3)	Hercules (Rainbow)
2 (1)	Guardians of the Galaxy (Disney)
3 (-)	Step Up – All in (Rainbow)
4 (2)	Expendables 3 (Impuls)
5 (4)	Monsieur Claude... (TBA)
6 (7)	Eiskönigin – Völlig unverfroren (Disney)
7 (5)	Transformers 4 (Rainbow)
8 (6)	Der Hobbit – Smaugs Einöde (Warner)
9 (8)	22 Jump Street (Sony)
10 (-)	The Captive (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Verschlussen und verbissen: «The Imitation Game».

Kino

Seelenwunder Eigenbrötler

«The Imitation Game», Biopic über den Mathematiker Alan Turing, in England heftig umstritten, aber mehrfach Oscar-nominiert. Von Wolfram Knorr

Biopics sind in. Von «Unbroken» über «The Theory of Everything», «Wild» und «The Imitation Game» bis «American Sniper», «Foxcatcher» und «Selma» locken wahre Lebensgeschichten mit Authentizität, auch wenn sie die Tendenz zum roten Teppich aus Heil und Hosianna haben. Meist ist an ihnen fast nichts authentisch und wenig wahr. In «The Theory of Everything» über den Physiker Stephen Hawking verkörpert Eddie Redmayne den schwerbehinderten Astrophysiker schwindelerregend (Golden-Globe-Gewinner und Oscar-nominiert), wirklichkeitsnah ist die Filmvita dagegen weniger. «Unbroken» liefert nachweisbar den Leidensweg des US-Sprinters und Kriegsgefangenen Zamperini, die Film-Bio gerinnt zum Heldenpotpourri. Es wird nicht mehr hochgekitscht, aber die Autoren und Regisseure bleiben nach wie vor Bio-Kosmetiker.

Wohin das führen kann, demonstriert der hochgelobte, mit zahlreichen Nominierungen geehrte Film «The Imitation Game» über den britischen Mathematiker Alan Turing (1912–1954), der mit einem Kryptografenteam im Bletchley Park während des Zweiten Weltkriegs die deutschen Funksprüche der Enigma-Maschine entschlüsselte. Eine schon mehrmals verfilmte Erfolgsstory, nie aber stand so richtig der geniale Kopf im Zentrum des dramatischen Geschehens, in jenem Revier also, in dem die Bio-

grafien so gerne auf die Pirsch gehen: im Intimen. Dort werden den Objekten die Felle über die Ohren gezogen, ihre Innenleben ausgelegt. Doch weil das Halali ein Amüsiergewerbe ist, muss effektiv dramatisiert und präpariert und die Historie ein wenig manipuliert werden.

Gefühlsquarantäne als Leid-Motiv

«The Imitation Game» von Morten Tyldum («Headhunters»), nach einem Drehbuch von Graham Moore, ist die exzellente Psychostudie über einen schrulligen Eigenbrötler, einen hochfahrenden, arroganten Mathematiker und zugleich seelenwunden Dulder (Turing beging 1954 Selbstmord). Verschlussen und verbissen, wie er ist, wird die Gefühlsquarantäne zu seinem Leid-Motiv. Am streng geheimen Arbeitsplatz muss er sich mit bornierten Vorgesetzten herumschlagen, die seine «Turing-Maschine», mit der er das Enigma zu knacken hofft, für pure Verschwendung halten, und privat muss er seine Homosexualität verbergen. Sie war damals strafbar. Ein Geheimnisträger in doppelter Hinsicht. Diese Verknüpfung wird nun mit John Cairncross (Allen Leech) verdichtet, einem Sowjet-Spion. Im Film gehört er zu Turings Team, und er erpresst ihn, nachdem Turing ihn als Spion geoutet hat, umgekehrt mit dessen Homosexualität. So erzwingen sie gegenseitiges Schweigen. Auch wenn am Ende SIS-Chef Stewart Men-

zies (Mark Strong) Turing offenbart, Cairncross bewusst plaziert zu haben, entsteht der Eindruck, Turing sei ein Landesverräter gewesen.

Eine haarsträubende, wahrheitswidrige Manipulation, behaupten britische Historiker. Cairncross und Turing seien nie zusammengekommen. Eine derartige Geschichtsklitterung im Namen der Schwulenbewegung sei unverschämt. Dazu passe, dass Turing seine Entschlüsselungsmaschine «Christopher» getauft habe, nach einem verstorbenen Schulfreund, seiner ersten grossen Liebe. Alles Humbug. Wie auch immer, unter Naturschutz stehen die begehrten Objekte der Biopics trotzdem nicht.

«The Imitation Game» mag Historiker erzürnen, die Mehrheit aber wird von Benedict Cumberbatch («Sherlock») – geeicht auf bizarre Charaktere – in der Rolle Turings derart gefesselt sein, dass die historischen Fragwürdigkeiten verdampfen. Vor diesem Hintergrund agiert und reagiert Cumberbatch mit gebrochenen Seelenfarben auf dem schwierigen Weg quälender Selbstbefreiungsversuche, immer im Klammergriff eiserner Disziplin und unmenschlicher Moral. Wenn er am Ende, wegen «grober Unsittlichkeit» verurteilt, statt zu einer Gefängnisstrafe zu einer grausamen Hormonbehandlung verdonnert, die einer chemischen Kastration gleichkommt, vor seiner Maschine steht, wird man Zeuge einer Leichenbitteridentitätsauflösung. Das ist grosse Mimenkunst, grosses Kino. Oscar- und Bafta-nominiert, aber



Nebulös: «Black Coal, Thin Ice».

Fragen Sie Knorr

Ich schaue gerne Filme jenseits des Mainstreams. Aber manche nehmen mir die Freude. Jüngstes Beispiel «Fish & Cat», hochgelobt und angeblich ein «Film über die Zeit». Stimmt, ich habe mich durchgefühlte vier Stunden gequält! Klären Sie mich auf.

S. H., Zürich



Schockschwerenot! Was viele am Film faszinieren dürfte, ist die stilistische Umsetzung: Alles, ohne Schnitt, in einer einzigen Einstellung, und das über zwei Stunden. Das alleine

bei den Golden Globes ging Cumberbatch leer aus. Sollten die Historiker obsiegen? ★★★★★

Weitere Premieren

Baymax — Seit «Wall-E» unterliegt der Roboter einem Wandlungsprozess: von der Maschine zum seelenvollen Knuddelwesen. Mit dem Mi-



Punkt, Punkt, Komma, Strich: «Baymax».

chelin-Männchen-artigen, Marshmallow-weichen Baymax kommt eine besonders geniale Kreation von Disney ins Kino. Der Roboter, reduziert auf das Kindermotto: Punkt, Punkt, Komma, Strich – fertig ist das Mondgesicht. Mit diesem Minimalismus, nach einer Comicvorlage aus dem Hause Marvel, wird mit bewährtem Disney-Know-how bis in die psychologisch ausgefeilten Charaktere furios und witzig jongliert. Ein Jux, nicht nur für Kinder. ★★★★★

Black Coal, Thin Ice — Ein chinesischer Kommissar vermasselt eine Festnahme, wird dabei schwer verletzt und nach seiner Genesung entlassen. Um sein zerrüttetes Leben wieder in den Griff zu bekommen, nimmt er den alten Fall noch mal auf und gerät an eine mysteriöse Frau, in die er sich verknallt. Der Neo-Noir-Thriller aus China erhielt in Berlin den Goldenen und auch noch den Silbernen Bären. Reichlich verwunderlich. Denn bis auf atmosphärisch magische Bilder bleibt die Story so nebulös wie die winterliche Stimmung. ★★★★★

ist es aber noch nicht. Der iranische Filmemacher spielt eben auch mit der Zeit: Er folgt einer Figur, lässt sie bei einer bestimmten Handlung fallen und kommt aus einer anderen Perspektive zu ihr und der vorher getätigten Handlung zurück. Eingebettet in eine Krimi-Story. Das kann eine Sogwirkung entfalten, aber klar, andererseits ist das halt ein Experiment, nicht jedermanns Sache. Kein Grund zum Sichärgern.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Nothing but Jazz

Von Peter Rüedi

Dies ist keine CD für Fans von «innovativem» Jazz, die Fraktion jener Arriergardisten, für die Postbop oder Modern Mainstream so etwas ist wie ein bisschen fortgeschrittener Dixieland. Einmal abgesehen davon, dass traditioneller Jazz, wenn er nur intensiv genug, also nicht museal als Retrofolklore interpretiert wird, allemal freudvoll anzuhören ist, Jelly Roll Morton oder Fats Waller etwa im Originaltext und nicht durch Charles Mingus oder Gil Evans vermittelt oder «geadelt». Auf den Stil kommt's allemal weniger an als auf die Haltung. Darauf, was einer mit ihm anstellt. Und Sean Jones, 36, ein Trompeter, vorschneellen Kritikern schon durch seine Funktion als Lead-Trompeter des Jazz at Lincoln Center Orchestra als Wynton-Marsalis-Traditionalist verdächtig, schlägt mit seiner Rhythmusgruppe (Orrin Evans am Piano, Luques Curtis am Bass und Obed Calvaire am Schlagzeug) einen solchen Funkenregen aus scheinbar konventionellem Material, dass alle Fragen nach neu oder alt, traditionell oder «aktuell» obsolet werden. Diese Musik erzählt Geschichten in einer vertrauten Sprache, aber sie sind neu, überraschend, aufregend, erheiternd, ergreifend und lustig; die vier entwickeln sie mit einem so umwerfenden Swing und Einfallsreichtum, mit so viel Witz und Wärme, dass das Vergnügen über alle allfälligen ideologischen Vorbehalte triumphiert. Jones nennt sein Album nicht ohne Ironie «Im.pro.vise – Never Before Seen», und tatsächlich klingt dieser Jazz in den Gundkoordinaten vertraut, aber in jedem Detail neu, im Wortsinn un-erhört. Das Quartett mit der Trompete als einzigem Bläser ist ein riskantes Format. Jones und seine Truppe bewältigen es spielend, mit einer Kombination von rauer Power und artistischer Eleganz, und auch in den wenigen bekannten Standards («How High the Moon») ohne Nostalgie oder den Rückgriff in die orthodoxe Kiste, ob in Up-Tempi wie dem Bop-Klassiker «Dr. Jekyll», einem Latin-Reisser («New Journey») oder der Herzausreisserballade «We'll Meet Under the Stars». Auch einen kruden Blues gibt's hier. *No excuses. Nothing but Jazz.*



Sean Jones: Im.pro.vise – Never Before Seen. Mack Avenue Records MAC 1080

Karrierter Anzug

Die «Milchbar» nach den Börsenturbulenzen; Psychoanalytiker Acklin wird siebzig; der neue «Münsterhof». Von *Hildegard Schwaninger*



Alles, ausser Milch: Trudie Götz, Michel Péclard.

Nach den Turbulenzen an der Börse tat es gut, sich bei einem Drink zu entspannen. So war der Andrang am Donnerstagabend riesig, als **Michel Péclard** zur Eröffnung der umgebauten «Milchbar» an der Kappelergasse lud. Milch wurde nicht getrunken; dafür erwischte mancher ein Glas Wein oder Champagner zu viel. Am Schluss des Abends war die Runde fröhlich. Gastgeber Péclard strahlte, in einem brandneuen, karierten Anzug von **Tom Ford**. Die «Milchbar», bisher ein gemütlicher Schnellimbiss für Kaffee und Sandwiches, hat jetzt auch einen ersten Stock, ein grosses Antipasti-Angebot und sogar ein Hotelzimmer, das man mieten kann. **Manuela Leonhard**, die rechte Hand der Stadtpräsidentin **Corine Mauch**, schaute vorbei sowie die Modeunternehmerfamilie **Gablinger**, die man sonst kaum an Anlässen sieht. Péclard und Gablingers sind verbandelt; der schillernde Zürcher Gastro-King bekam den Zuschlag für das *rooftop*-Restaurant im neuen Modissa-Haus an der Bahnhofstrasse, das im Frühling eröffnet wird. Man sah den Maler **Max Zuber** mit seiner Muse **Regina Wartmann**, Modeunternehmerin **Trudie Götz** sowie das – in letzter Zeit etwas von der Bildfläche verschwundene – Ehepaar **Walter und Irina Beller**.

Kaum zu glauben, dass der Schriftsteller und Psychoanalytiker **Jürg Acklin** siebzig wird. Ein agiler Mann voller Schaffenskraft! Er

schreibt Bücher, ist Psychoanalytiker mit eigener Praxis. Dank seinem Geschick schafft er es, seine Patchwork-Familie bestens im Griff zu haben. Alle kommen glänzend miteinander aus. Er hat zwei Töchter aus erster Ehe, und mit **Beate**, die er in einem Restaurant in Sils Maria kennenlernte, als er bei ihr Forelle blau bestellte, hat er einen sportbegeisterten Sohn. Geleitet wird der Geburtstag von **Jürg Acklin** am 20. Februar im Theater Rigiblick. «Das Überhandnehmen nimmt überhand» heisst das Programm, das sich auf einen Text von Acklin aus

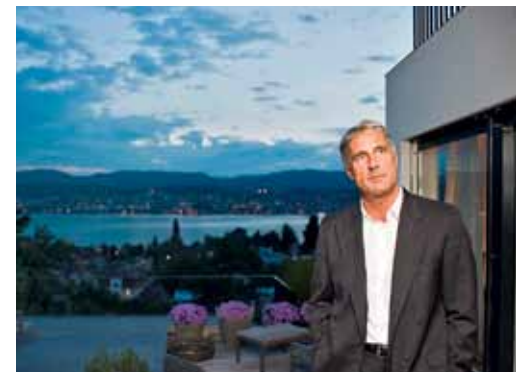


Voller Schaffenskraft: Jürg Acklin.

dem Jahr 1973 («Das Überhandnehmen») bezieht. Konzipiert wird der Abend von dem Musiker **Armin Brunner** (Acklin und Brunner waren einst Kollegen als Redaktoren beim

Schweizer Fernsehen). Die Laudatio spricht Schriftsteller **Thomas Hürlimann**. Saxofonist **Daniel Schnyder** macht Musik. Ermöglicht wird der Abend durch den Verlag Nagel & Kimche, bei dem Acklins Bücher der letzten Jahre erschienen sind: die Beziehungstrilogie «Der Känguruhmann», «Das Tangopaar», «Froschengesang» (krisenhafte zwischenmenschliche Beziehungen sind Acklins Spezialität, in seiner Praxis wie in seinen Büchern), «Der Vater», «Defekt», «Vertrauen ist gut».

Seit längerem umgürt **Gabriella Baumann-Svon Arx**, die mit ihrem Wörterseh-Verlag das 10-Jahre-Jubiläum feiert, den Schönheitschirurgen **Enrique Steiger**. Sie möchte ein Buch mit ihm machen. Baumann ist Spezialistin für Betroffenheitsliteratur. Es gibt kein Problem, das sie auslöst: Asperger-Syndrom, Magersucht, Geschlechtsumwandlung, Missbrauch, Panikattacken. Die von solchem Ungemach Betroffenen sind ihre Autoren, viele landen auf der Schweizer Bestsellerliste. In ihr Konzept würde auch der Arzt Enrique Steiger passen, der mehrere Monate im Jahr in Drittweltländern die Ärmsten der Armen kostenlos behandelt und operiert. Doch Steiger zeigte bisher kein Interesse. Jetzt gibt es einen Lichtblick: Beim traditionellen Wörterseh-Znacht im Zürcher Restaurant «Weisser Wind» tauchte Steiger auf, ein blendend aussehender Mann und guter Golfspieler. Es gab Ghackets mit Hörnli



Ghackets mit Hörnli: Enrique Steiger.

und Apfelmus, aber zum Buchschreiben liess sich Steiger nicht überreden.

Das Restaurant «Münsterhof», eine von Zürichs eleganten Traditionsbeizen, seit Mai 2014 geschlossen, geht wieder auf (am 4. Februar). Der begabte Luzerner **Tobias Buholzer** erkochte sich dort einen Michelin-Stern und 16 Gault-Millau-Punkte, doch dann brauchte er eine Burnout-Pause und machte Knall auf Fall zu. Jetzt übernimmt **Leopold Weinberg** («Helvetia», «Helveti-Diner», «George», «Volkshaus» in Basel). Sein Motto für den «Münsterhof»: «Carpe diem».

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Misten, melken, Kälber tränken

Der Bauer Toni Heinen, 52, und die Kindererzieherin Barbara Nigg, 44, sind seit kurzer Zeit ein Paar. Ihre gemeinsame Leidenschaft sind die Kampfkühe.



«Rinderli-Stecken»: Ehepaar Heinen-Nigg.

Barbara: Mein Wunsch, endlich Bäuerin zu sein, war riesig. Ich war schon immer ein Landei und fühlte mich in der Grossstadt unwohl. Als Kind war ich in den Ferien immer auf der Alp der Grosseltern im Glarnerland oder bei meiner Gross tante auf dem Bauernhof.

Toni: Ich bin Kampfkuh-Bauer mit Leib und Seele, darum suchte ich eine Frau, die mich nie vor die Wahl stellt: «Ich oder die Tiere.» Diese Frau habe ich in Barbara gefunden. Man kann nicht davon sprechen, dass ein Funke übersprungen sei, nein, es war ein Grossbrand.

Barbara: Ich habe nicht nur den Mann fürs Leben gefunden, sondern auch ein Zuhause, das zu mir passt. Jetzt lebe ich bereits auf seinem Hof, und wir teilen den Alltag und die Arbeit. Auf diese sind wir stolz, denn sie ist ein Standbein der Schweizer Kultur. Ich bin noch am Lernen, weiss aber schon viel über die Aufzucht von Kampfkühen.

Toni: An Barbara liebe ich einfach alles. Es aufzuzählen, gäbe eine lange Liste. Kurz: Was gefällt mir weniger gut an ihr? Nichts.

Barbara: Der Tagesablauf auf dem Hof ist von der Jahreszeit, dem Wetter und dem Tierbestand im Stall abhängig: Es gibt keine Arbeit,

die ich nicht gerne ausführe, und Toni sagt, ich würde mich gut als Bäuerin machen. Misten, melken, die Kälber tränken, heuen – auch die Alpauf- und -abfahrt mache ich. Ställe instand setzen, Weiden einzäunen, Schnee räumen: Das erledigt Toni. Beinahe alle unsere Aktivitäten auf dem Hof stehen im Dienst der Tiere.

Toni: Nach Barbara sind die Kühe meine zweite grosse Leidenschaft: Stierkälber gehen in die Mast, aber die Mädchen werden mit der Muttermilch aus der Flasche aufgezogen. Mit vier Monaten werden sie in den Stall geführt und ans Anbinden gewöhnt. Halbjährig, bekommen sie ihre Glocken umgehängt und kommen auf eine separate Weide, wo sie zum ersten Mal untereinander Kämpfe austragen.

Barbara: Den erste Kampf bestreiten die Rinder in fünf Kategorien im sogenannten «Rinderli-Stecken». Dieses findet hofintern statt, rund sechzig Tiere nehmen am Wettbewerb teil. Anhand der Platzierung des jeweiligen Rindes wird sein Wert festgelegt.

Toni: Ziel ist es, die Rangordnung und damit die Leitkuh einer Herde zu ermitteln: Wer zurückweicht, hat verloren. Die Siegerin wird im Zweikampf erkoren, und der Wert der Königin steigt bei Züchtern ins Unermessliche. Aber auch die sieben Bestklassierten sind für den kantonalen Kuhkampf in Aproz zugelassen.

Barbara: Am grossen Tag finden die Ausscheidungswettkämpfe statt. Die Kühe werden gemeinsam in den Ring geführt. Die letzten sieben Kühe, die in der Arena verbleiben, erhalten eine wertvolle Walliser Treichel, die sie künftig auf der Weide tragen dürfen.

Toni: Nicht nur meine Tiere tragen heute zu meinem Glück bei, sondern auch Barbara, die meine Leidenschaft für die Kampfkühe teilt.

Barbara: Ob wir eine Bauernhochzeit planen, verraten wir nicht. Nur den allfälligen Ort.

Toni: Dem Himmel so nah und dem Narrenvolk so fern: hoch auf der geliebten Alp zwischen allen Tieren und mit unseren engsten Freunden.

Bauer, ledig, sucht...
www.3plus.tv/forms/anmeldung-0

Protokoll: Franziska K. Müller

Im Bundesratsbus

Von *Andreas Thiel* — Der Bundesrat gönnt sich ein paar gemütliche Tage am WEF.

Simonetta: Juhu, wir gehen ans WEF!

Eveline: Und dort reden wir dann mit all den anderen über die Probleme der Wirtschaft!

Didier: Und zwar ohne Ueli.

Eveline: Das müssen wir begiessen.

Simonetta: Alain, mach den Champagner auf!

Alain: Der Korken will nicht raus.

Eveline: Johann hat ein Taschenmesser.

Johann: Ja, aber da ist kein Korkenzieher dran.

Eveline: Wieso ist da kein Korkenzieher dran? Das ist doch ein Schweizer Offiziersmesser.

Johann: Ja, aber den Korkenzieher hat Ueli bei der letzten Sparrunde wegrationalisiert.

Didier: Wieso? Der war doch praktisch!

Johann: Ja, aber nicht kriegsentscheidend.

Simonetta: Du musst die Flasche schütteln!

Alain: Ich kann schütteln, wie ich will, der Champagner geht nicht auf.

Johann: Was können wir da tun?

Alain: Wir müssen Korken, die nicht knallen, einfach verbieten, dann kann das nicht mehr passieren.

Doris: Oder wir behaupten gegenüber der Presse einfach, der Korken habe geknallt, und wir hätten den Champagner getrunken.

Eveline: Oder wir schreiben rückwirkend für Champagnerflaschen Drehverschlüsse vor.

Johann: Rückwirkend? Das ist unmöglich.

Eveline: Ja, aber das ist ja dann das Problem der Kellerei.

Doris: Und dann verklagen wir die Kellerei, weil sie trotz rückwirkendem Gesetz keinen Drehverschluss auf die Flasche gemacht hat.

Alain: Oder wir verbieten Champagner ganz allgemein.

Johann: Aber dann können wir ja auch keinen mehr trinken.

Simonetta: Stimmt. Wir sollten auch mal an uns denken.

Johann: Die Probleme der Wirtschaft zu lösen, ist schwieriger, als ich gedacht habe.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Wallfahrt nach Bierzo

Von Peter Rüedi



Schon wahr: Nüchtern betrachtet, ist Wein nichts als vergorener Traubenmost, und ein Materialist mag ihn auch in den elaboriertesten, finessenreichsten Varianten so trinken. Als das, was er ist. Allein, Wein bedeutet auch eine ganze Menge, er hat einen kulturellen, spirituellen, magischen Stellenwert, einmal abgesehen vom Effekt der darin enthaltenen Substanz C₂H₅OH. Sein transitorisches Potenzial sucht im banalsten Sinn der Stadtstreicher mit seiner Literflasche unter der Brücke; im sublimsten ist es der Grund, weshalb Wein so wichtig ist in der Liturgie der Eucharistie, der Wandlung. Das ist gewiss der Hauptgrund, weshalb die katholische Kirche, im Grossen ohnehin die Erbin des römischen Imperiums *urbi et orbi*, über die Mönche seit dem frühen Mittelalter auch die Weinbautradition der Römer bewahrte und fortsetzte. Zu welchen etwas ausschweifenden Gedanken mich eine Flasche mit der Etikette «Altos de Losada» aus der kleinen nordwestspanischen Appellation Bierzo bringt. Liegt doch der Betrieb (Losada Vinos de Finca) bei der Ortschaft Cacabelos nur ein paar Schritte ab vom Pilgerweg nach Santiago de Compostela im benachbarten Galicien. Hier unterhielten Mönche, darunter Zisterzienser aus Cluny, Pilgerastätten und brachten, zu sakralem wie profanem Gebrauch, aus Frankreich ihre Reben mit. Nach einer Lesart ist die Bierzo-Sorte Mencía eine Verwandte der Cabernet Franc. Um aus der Kulturgeschichte zur Materie zurückzukehren: «Altos de Losada», eine Cuvée aus an die hundert Jahre alten Mencía-Reben, ist ein mit nichts zu vergleichender grosser Rotwein: mit hinreissender dunkler Frucht und vibrierender Würze, fabelhaftem Biss (den macht die Säure, die Schiefermineralik der Lehm Böden und das klug eingesetzte Holz), eine höchst komplexe Angelegenheit, bei der sich mit jedem Schluck neue Facetten entdecken lassen. Ein aufregender Wein aus einem klimatisch gesegneten Winkel des Hinterlands von Kastilien-León. Allein eine Wallfahrt wert. Zumindest eine virtuelle. (Mit Nachsicht und Ablass des heiligen Jakob dürfen wir rechnen.)

Losada Vinos de Finca: Altos de Losada Bierzo DO 2009. 14%. Fr. 29.– (statt Fr. 34.–). www.gerstl.ch

Schwyzer Klassiker

Das Restaurant «Adelboden» in Steinen SZ ist eine sichere Burg für Feinschmecker. Von David Schnapp



So einfach, so wohltuend gut: «Adelboden»-Chef Franz Wiget.

Nach einem Ausflug nach Amerika (*Weltwoche* Nr. 1/2 und 3/2015) und meist kulinarischer Avantgarde stand mir der Sinn nach klassischer hochstehender Küche made in Switzerland. Eine der ersten Adressen dafür ist das Restaurant «Adelboden» in Steinen, Kanton Schwyz. In rund vierzig Minuten ist man von Zürich aus da – und in einer ganz anderen Welt. Vor mir baut sich ein pittoreskes Panorama auf, mit dem Morgartenberg und dem Ägerisee im Blick.

Seit 27 Jahren bewirten Franz und Ruth Wiget hier Gäste, und Wiget sagt: «Ich koche klassische französische Küche. Moderne Küche interessiert mich zwar, aber sie passt nicht zu mir.» Das Erlebnis im «Adelboden» ist höchst authentisch. Man spürt in jedem Moment, dass hier einer (viel) arbeitet, weil er das gerne tut. Wiget will seine Gäste nicht mit technischen Spielereien und Komplikationen auf dem Teller beeindrucken. Hier ist alles – von den gemütlichen Holzstuben über das warme, knusprige Schwarzbrot bis hin zu jedem einzelnen Gang – auf Wohlfühlatmosphäre kalibriert.

Süss-herzhafte Kombination

Ich esse einen vierteiligen Apéro, ein Amuse-Bouche (Jakobsmuschel-Carpaccio mit Salsa verde), dann sechs Gänge, einen Zwischengang und ein Vordessert (Baba au rhum), Friandises und Petit Fours für sehr faire 185 Franken.

Höhepunkte: das Gänseleber-Pavé mit Brioche, einer Dörrbirnencreme, einem Gelee sowie einer Currysauce, die der süss-herzhaften Kombination eine besondere Note verleiht. Dunkel und kräftig schmeckte das knusprig gebratene Rotbarbenfilet mit Fregola Sarda an einer leichten Tomatensauce, Oliven, Miesmuscheln und einer herrlichen Noilly-Prat-Sauce. Oder das «Landei» mit festem Eiweiss und flüssigem Eigelb, gebettet auf etwas Spinat, gewürzt mit weissem Trüffel sowie einer Sbrinz-Sauce – so einfach, so wohltuend gut.

Vor dem Hauptgang (Entenbrust mit orientalischen Gewürzen) gibt es den Hausklassiker *Gummelistunggis*. *Gummel* heissen hier die Kartoffeln; Wiget nimmt Agria, in der Schale gekocht, drückt sie durch eine Presse und streicht die Masse dann viermal durch ein feines Sieb, was für eine seidene Textur und eine füllige Luftigkeit sorgt. Dann kommt die Kartoffelcreme auf einen tiefgründigen Trüffeljus und wird mit fein geraspeltem Périgord-Trüffel bedeckt. Ein Schwyzer Klassiker mit internationaler Ausstrahlung – ganz wie Franz Wiget und sein «Adelboden».

Restaurant Adelboden
Schlagstrasse, 6422 Steinen-Schwyz
Tel. 041 832 12 42
Sonntags und montags geschlossen
Ausführliche Besprechung des Menüs
auf www.dasfilet.ch



Auto

Eins oder null

Der BMW X6 macht es einem leicht: Man mag ihn nicht, oder man mag ihn. Dann ist es ein erstaunliches Fahrzeug. *Von David Schnapp*

Als BMW 2008 eine neue Fahrzeugkategorie schuf, für die hochspezialisierte Marketingexperten den Namen Sports Activity Vehicle (SAV) erfanden, hätte die Qualität der Reaktionen breiter nicht sein können: Von Anerkennung bis Hohn und Spott war alles dabei. Die weltberühmte Auto-Fernsehshow «Top Gear» machte sich in einem Beitrag lustig über den Wagen, der so dargestellt wurde, als könne er nicht einmal eine Wiese mit leichter Hanglage hochfahren.

Heute lacht keiner mehr; der Mut, ein Auto zu bauen als Mischung aus SUV und Coupé,

hat sich auszahlt. 260 000 X6 wurden seit 2008 im BMW-Werk in Spartanburg (South Carolina, USA) gebaut, und es sieht nicht so aus, als würde die Erfolgsgeschichte gerade jetzt abreißen. Der neue X6, den BMW kürzlich auf den Markt gebracht hat, sieht immer noch eigenwillig aus und ist qualitativ und technisch auf einem hohen Niveau.

Kraftstrotzende Präsenz

Wer einen X6 fährt, hat mit Vorteil so viel innere Standfestigkeit, dass ihm abfällige Bemerkungen über sein Auto nichts anhaben können. Der Wagen polarisiert durch seine kraftstrotzende Präsenz: zwei Tonnen schwer, fast fünf Meter lang, wuchtig von vorne, erstaunlich elegant von der Seite her gesehen und mit einem stark abfallenden Ende, das je nachdem als besonders gelungenes Stück Automobildesign oder als gestalterischer Irrweg gesehen wird. Der X6 ist sozusagen ein digitales Auto, es gibt nur eins oder null – er gefällt einem oder dann halt nicht.

Um das kurz zu erwähnen: Mir gefällt er, aber das war nicht immer so, zugegeben. Er

gefällt mir viel besser, seit ich gesehen habe, was er kann. In der Version als X6 M50d hat der Wagen zwar eine schwer zu artikulierende Typenbezeichnung, aber einen sehr feinen Sechszylinder-Dieselmotor mit drei Turboladern: eine Technologie, die nur BMW einsetzt. Die Fahrleistungen sind mit 381 PS und 740 Nm im Verhältnis zum Verbrauch (etwa acht Liter im Test) als sehr wirtschaftlich zu bezeichnen. 5,2 Sekunden vergehen, bis aus dem Stand 100 km/h erreicht sind, und so unaufgeregt der X6 Vorwärtsenergie entwickelt, so effektiv vernichtet er sie wieder, wenn man heftig auf die Bremse steht.

Das eher sportlich abgestimmte Fahrwerk ermöglicht entspannte Autobahn- und Landstrassenfahrten ebenso, wie es – falls sich einem zufällig die Gelegenheit bietet – sehr dynamisches Fahren zulässt. Wer kann, sollte den X6 entweder abseits der Strasse bewegen, wo er ziemlich solide Offroad-Fähigkeiten beweist. Oder man scheucht ihn über einen Handlingkurs, wo das grosse Ding dank intelligentem Allradsystem sehr ansehnlich durch Kurven driftet und einen spontan über die Gesetze der Physik nachdenken lässt.

Fazit: Autos, die jedem gefallen, sind oft etwas beliebig. Das kann man dem X6 wirklich nicht vorwerfen. Das ist – neben seinen erstaunlichen technischen Fähigkeiten natürlich – seine vielleicht grösste Qualität.

BMW X6 M50d

Leistung: 381 PS, Hubraum: 2993 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
Preis: Fr. 115 700.–





«Das Leben lang geprobt»: Fotograf und Künstler Pfeiffer, 68.

MvH trifft

Walter Pfeiffer

Von Mark van Huisseling — Er ist der erfolgreichste Schweizer Modefotograf und im AHV-Alter – wie geht das?

Du fotografierst schon sehr lange...» – «Seit 1971.» – «... und eigentlich immer ähnlich oder gleich.» – «Ja, also vom Stil her. Ich meine, ich kann nicht viel anderes, technischerweise. Ich hab einen Blitz und eine Kamera, so war's schon immer.» – «Aber die längste Zeit kam dein Stil nicht an, trotzdem hast du ihn durchgezogen...» – «Ja, das war schlimm.» – «Und jetzt sind Kreativdirektoren oder Art-Buyer [so heissen Leute, die Fotografen für Werbung et cetera buchen], die dich jahrelang ignoriert haben, deine Fans – kannst du das ernst nehmen?» – «Ach, all das Lob, das ich jetzt höre: «Oh, Walter, it's so great!», und Hunderte von Freunden auf Facebook... nein, ich nehm's nicht wahnsinnig ernst. Ich kenn's ja, dass es, wie soll ich sagen?, wieder umschlägt. Was heute oben ist, kann morgen unten sein. Ich hätt ein paar Mal aufgeben können – «Ihre Zeichnungen gefallen mir eigentlich, aber diese Fotos, die könnt' ich grad selber machen...» Solche blöden Sätze halt.»

Walter Pfeiffer, 68, ist ein Schweizer Künstler und Fotograf aus Beggingen SH, der in Zürich lebt und arbeitet; «er zählte lange Jahre zu den Untergrund-Fotografen im Umfeld schwuler Zines [Magazine von Fans für Fans]. Seine Arbeiten wurden erst ab den frühen 2000er Jahren durch Beiträge für die Zeitschriften *i-D*, *Butt* oder *Vogue* einem weiteren Publikum bekannt», steht bei Wikipedia. In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts wohnte er in einer Art offenem Haus im Kreis 2, wo sich Künstler und solche, die es sein wollten, trafen – so etwas wie das Zürcher Gegenstück zu Andy Warhols Factory in New York City, schrieben Journalisten. Heute fotografiert er Porträts von Berühmtheiten, darunter Cara Delevingne, Georgia May Jagger oder Pharrell Williams, und Modestrecken für die wichtigsten Zeitschriften. Zudem arbeitet er seit Jahrzehnten als Kunstfotograf, Werke von ihm gibt es etwa im Kunsthaus Zürich oder im Fotomuseum Winterthur.

Zurzeit sind einige in der Galerie Sunday Inventory in Zürich zu sehen (Zwinglistrasse 30, bis 7. März), dieses Gespräch fand ebendort statt.

«In der Modebranche, kann man sagen, herrscht Jugendwahn – wie schaffst du es, stilbildend zu bleiben, mit 68?» – «Ja, ich bin einer der Ältesten, aber irgendwie ist das gar kein Problem, ich hatte immer Junge um mich... Aber bei den Jungen, ich seh's ja in der Schule [er lehrte an der F+F-Schule für Kunst und Design und an der Ecal, Ecole cantonale d'art de Lausanne], ist's oft so, dass sie mit Diplom entlassen werden, dann machen sie eine Arbeit, und die kann gut sein, dann kommt die zweite – und die ist dann nicht mehr so gut.» – «Wo kommen deine Ideen her?» – «Aus der Erfahrung natürlich, und aus dem Leben, ich höre auf alle beim Shooting, auf das Modell, den Coiffeur und so weiter... Wenn einer eine gute Idee hat, warum soll ich die nicht übernehmen? Ich hab immer gearbeitet, die längste Zeit für mich, hab nie aufgehört, ich hab Schule gegeben, für den kargen Lebensunterhalt. Wenn du auf ein Set kommst das erste Mal, ist's, wie wenn du in ein Schulzimmer kommst – dreissig Schüler, die du noch nie gesehen hast. Ich will gar nicht zuviel wissen, ich hab Lampenfieber. Ich komm' an, und dann läuft's, sonst kannst du grad wieder gehen. Ich hab das das Leben lang geprobt, jetzt hab ich einfach hochprofessionelle Leute um mich. Als ich das erste Mal für *Vogue* arbeitete, fragten sie: «Walter, wer ist dein Agent? Und wie heisst dein Assistent?» Ich hatte keinen. Jetzt hab ich die beste Agentur» (Art + Commerce in New York).

«Hättest du gerne deinen Erfolg von heute bereits mit dreissig gehabt?» – «Nähä, nein, das wär gefährlich gewesen – nehmen wir an, ich hätt nur einen Hit gehabt, und was dann? Saufen? Es ist viel schwerer, zuerst aufzusteigen und dann die Gratwanderung zu machen. Man kann sich nichts erlauben. Absturzgefahr! Wenn's [mit dem Erfolg] jetzt fertig wär, wär's weniger schlimm.» – «Waren die Jungen von 1970 kreativer, als es die Jungen von 2015 sind?» – «Glaube ich nicht, es gibt auch jetzt solche, die herausragen werden, mit der Zeit. Weil sie auch ein hartes Leben haben oder weil es Getriebene sind. Entweder ist einer getrieben oder nicht; ich muss immer etwas machen, mich immer beschäftigen.» – «Du schwimmst auch, wanderst oft, fährst viel Zug.» – «Ich schwimme jeden Tag. Aber ich muss sagen, wenn ich arbeite, wie zum Beispiel gestern für die französische *Vogue* mal wieder, werd ich abgeholt, mit der schwarzen Limousine zum Flughafen gebracht, alles ist organisiert... Sonst würd ich den Zug nehmen, ich muss das Niveau nicht haben für mich. Und Wandern liebe ich.» – «Welche ist deine liebste Wanderung?» – «Die, die ich nicht kenne, wenn ich nicht weiss, was kommt, auf der man sich verläuft.»

Sein liebstes Restaurant: «Ich hab zehn leichte Fragen und eine schwere.» – «Ouh, sollen wir die schwere grad am Anfang nehmen?» – «Okay, dein Lieblingsrestaurant?» – «Ja, das habe ich.»
«Zum Kropf», In Gassen 16, Zürich, Tel. 044 221 18 05

1		2		3		4	5			6	7	8		9
						10		11						
12	13		14							15			16	
17						18								
	19													
						20				21	22			
23		24		25						26				
27						28					29	30		
31			32		33					34				
		35				36					37			
38											39			
		40								41				

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Problem ohne einhellige Lösung

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Schon stark, sowohl in Bezug auf Ausmass als auch auf Intensität. 6 Postzugraub 1963, britische Räuberbande - fehlt noch ein legendärer Name. 10 Leghorn: keine Henne sondern britisch gesagt eine italienische Stadt. 12 Agamemnon ist einer, ebenso Iphigenie und Orestes. 15 Das ist ..., sprach Cicero – oder war es Seneca? 17 Henry, nicht I. sondern jener VIII. 18 Im Vatikan, denkt man sich, muss es so zu- und hergehen. 19 Die langen Behältnisse assoziieren oft traurige Verhältnisse. 20 Ob man's glaubt oder nicht: Dort befindet sich das Schlaraffenland. 23 Die unerschrockene Art lässt auf ihn schliessen. 26 Essen? Muss man in den USA vergessen. 27 Sie führt uns zügig durchs Elsass. 28 Der unbestimmte Artikel ergibt mit einem Vogel einen speziellen Sakko. 31 Die Französin ist eine Helle, ganz wie es sich für ihren Namen geziemt. 34 Sagenhaft, die Schicksalsfrauen aus dem hohen Norden. 35 Fingerdruck mit heilender Wirkung, wie nicht nur Japaner wissen. 37 Bedrohte Raubtiere, in ihrem Fall auch wegen ihrer Felle. 38 Dank ihr begannen neue, rosige Zeiten. 39 Mineralgemenge: Wir kennen hier sulfidische, oxidische wie silikatische. 40 Die meisten gehen mal in ... und erhalten dann ... 41 Die Wirksamkeit lässt sich auch daraus erschliessen.

Senkrecht — 1 Gedichtet wird mit ihm ganz und gar unromantisch. 2 Schön ist sie, diese Kartoffelsorte, finden Portugiesen. 3 Nicht nur stur, sondern auch sakrosankt. 4 Beiträge an andere: nicht Altruismus sondern schlicht ein Muss. 5 Dolce far niente, so richtig nur an diesem Strand. 6 Lant: ein Diamant, aber nur damit. 7 Bundesrepublik, nein, nicht Deutschland, zehn Mal grösser. 8 Gehen, wie man es gemeinhin in Irland tut. 9 War ein ägyptischer Gott, ist ein bündnerischer Ort. 11 Bei Hautrötung kann man auf eine leichte schliessen. 13 Keine Frage: Er bedeutet Einbusse. 14 Sie sind unsichtbar, doch furchtbar, wenn zu laut. 16 Was gewisse Schüler besonders gerne machen. 21 Als Fi mit dieser Zugabe präsentiert sich der singende Barbier. 22 Ewig, kommt man zum Schluss, erscheint es vor allem Franzosen. 23 Jungen, die sich wie drollige Phantasiegeschöpfe aufführen. 24 Wirklich professionell, wie er sich mit Durchsichtigem beschäftigt. 25 Eisenzeitliches Königreich auf Zypern. 29 Sich an gewissen chemischen Vorgängen nicht beteiligend ist dann dies. 30 Ist nicht schwer: von dort hierher. 32 Fürwort, fragt sich nur, für oder auf wen bezogen. 33 Für Schotten ist es keine Frage, dass von ihrem Land her gesehen Dänemark dort liegt. 36 Aufguss, teils dann wirklich kulinarischer Genuss.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 400

M	A	T	U	R	A		T	E	E	T	A	S	S	E	
A		A		A	I	R	A	G		A		T	I	V	
G	E	R	B	E	R		B	A	L	L	D	A	M	E	
D	R	A	I	N		A	L	L	I	G	A	T	O	R	
	L		O	K	E	N	E		C		N	I	N	E	
K	O	P	T	E		L		T	H	A	I	S		S	
N	E	R	O		F	A	Z		I	T	E	T	A	T	
A	S	E	P	S	I	S		R	E	E	L		N		
B	E	N		W	A	S		S	E	R	L	A	C	H	E
E	R	D		G	A	S		A	E	L	A		H	O	N
N		R		S	K	A		L		O	S	W	A	L	D
	M	E		D	I	O		E	C	H	T		M	T	E

Waagrecht — 1 MATURA 5 TEETASSE 11 AIRAG (Nationalgetränk i.d. Mongolei) 12 TIV 13 GERBER (Gala, Käse) 16 BALLDAME 19 DRAIN 20 ALLIGATOR 21 OKENE 22 NINE (engl. f. neun und den Namen eines Rappers) 23 KOPTE 25 THAIS 26 NERO 27 FAZIT 28 ETAT 30 ASEPSIS 32 REEL 34 BEN (Big Ben: Vulkan in Australien) 35 WASSERLACHE 39 ERDGAS 40 AELA 41 HON 42 SKAL (schwed. f. zum Wohl!) 43 OSWALD 44 MEDIO 45 ECHE 46 MTE (MetiEr)

Senkrecht — 1 MAGD 2 TARA 3 RAENKE 4 AIR (engl. f. Luft) 5 TABLE (franz. u. engl. f. Tisch) 6 EGAL 7 TALG 8 STATIST 9 SIMON (Ammann) 10 EVEREST 14 ERLOESEN 15 BIOTOP 17 LICHTERLOH 18 DANIELA 20 ANLASS 23 KNABEN 24 PRENDRE (franz. f. nehmen) 25 TIRÉE (Tiere) 27 FIASKO 29 ANHOLT 31 SWASI 33 ELAST 36 SALE 37 CHAM 38 ENDE

Lösungswort — **RATLOSIGKEIT**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



VIVE ELLE

NEUE DIAMANT-KOLLEKTION
AUS DEM ATELIER BUCHERER

Das feine Formenspiel
im Esprit des Art déco –
Triumph der Schönheit,
Hommage an die Sinnlichkeit
der 20er-Jahre.

BUCHERER

1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN

Basel Bern Davos Genève Interlaken Lausanne Locarno Lugano Luzern St. Gallen St. Moritz Zermatt Zürich
Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg München Nürnberg | Wien | Paris | bucherer.com